IWK

Internationale
Wissenschaftliche
Korrespondenz

zur Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung

URSULA RATZ: Eine bürgerlich-sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft aus dem Jahre 1915
HENRYK SKRZYPCZAK: Some strategic and tactical problems of the German free trade union movement during the Weimar Republic
GERHARD BOTZ/JOHANN SCHAUER: Der Nachlaß des Anarchisten Carl Dopf (1883 - 1968)
JÜRGEN STILLIG: Der Fonds Albert Thomas in den Archives Nationales in Paris
FORSCHUNGS– UND PUBLIKATIONSVORHABEN
NEUE LITERATUR

13
Aug. 71

Internationale wissenschaftliche Korrespondenz
zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

Im Auftrage der Historischen Kommission zu Berlin
herausgegeben von Henryk Skrzypczak

Inhalt

URSULA RATZ: "Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland". Eine bürgerlich-sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft aus dem Jahre 1915 . . . . . S. 1

HENRYK SKRZYPCZAK: From Carl Legien to Theodor Leipart, from Theodor Leipart to Robert Ley. Notes on some strategic and tactical problems of the German free trade union movement during the Weimar Republic . . . . . S. 26

GERHARD BOTZ (I) / JOHANN SCHAUER (II): Der Nachlaß des Anarchisten Carl Dopf (1883 - 1968)

I. Der österreichische Schriftsteller Carl Dopf und der Hamburger Anarchismus nach der deutschen Revolution S. 45

II. Übersicht über die Bestände des Nachlasses Dopf . . . . . S. 53

JÜRGEN STILLIG: Die Mission Albert Thomas' in Rußland vom 22. April bis 13. Juni 1917 – Der Fonds Albert Thomas in den Archives Nationales in Paris . . . . . S. 56

FORSCHUNGS– UND PUBLIKATIONSVORHABEN zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und angrenzender Gebiete XII . . . . . S. 58

BERICHTIGUNGEN UND ERGÄNZUNGEN . . . . . S. 67

NEUE LITERATUR . . . . . S. 69 - 97

Hilfsmittel: S. 69 – Quellenveröffentlichungen: S. 69 – Beiträge zur Ideengeschichte: S. 75 – Biographische Beiträge: S. 82 – Frühgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung: S. 84 – Erster Weltkrieg, Revolution und Weimarer Republik: S. 85 – 1933 - 1945: S. 88 – Nach dem Zweiten Weltkrieg: S. 90 – Geschichte der Arbeiterbewegung anderer Gebiete: S. 93 – Geschichte der Internationale: S. 95

13
Aug. 71

Redaktion: Hans H. Biegert, Rita Klunkert, Peter Lösche.

Diese Schrift ist kein Gegenstand des Buchhandels. Sie wird von der Historischen Kommission zu Berlin ausgegeben und erscheint dreimal jährlich (April, August, Dezember).

Einzelheft: DM 5,– (Studenten DM 3,–)

Die Bezugsgebühren für den laufenden Jahrgang betragen ausnahmsweise DM 20,–. (Studenten DM 12,–), da es sich bei der diesjährigen April-Nummer um ein Doppelheft handelte.
Zahlungen nur auf das Postscheckkonto **Historische Kommission – Sonderkonto L**, Nr. 2155 15, beim Postscheckamt Berlin West.

Anschrift: 1 Berlin 45, Tietzenweg 79. – Tel.: 73 03 61. Gerichtsstand: West-Berlin.

"DIE ARBEITERSCHAFT IM NEUEN DEUTSCHLAND"

Eine bürgerlich-sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft aus dem Jahre 1915

Von Ursula Ratz

Im August 1915 erschien bei einer der "angesehenen und ältesten Leipziger Firmen", beim Verlag S. Hirzel, ein von der politischen Öffentlichkeit stark beachtetes, in der Presse viel diskutiertes und in der Kriegsliteratur häufig zitiertes Buch: *Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland.*[1] Was dem Werk mit seinem dem zeitgenössischen Sprachgebrauch adäquaten Titel so herausragendes Interesse sicherte, lag in erster Linie an der Personenverbindung der Mitarbeiter, vor allem der beiden Herausgeber. Daß der Direktor der Herrenhausbibliothek Friedrich Thimme und der Vorsitzende der Generalkommission der Freien Gewerkschaften Carl Legien mit einem von insgesamt zehn bürgerlichen Gelehrten und der gleichen Anzahl sozialdemokratischer Partei- und Gewerkschaftsführer getragenen Gemeinschaftsprojekt vor die Öffentlichkeit traten, war nach allgemeiner Auffassung für deutsche Verhältnisse etwas Ungewöhnliches, geradezu Sensationelles – "das hätte vor zwei Jahren noch niemand für möglich gehalten", kommentierte das Zentralorgan des Bauarbeiterverbandes.[2]

Der mit dem literarischen Unternehmen verbundene Versuch, "die Möglichkeit und die Bedingungen einer geistigen Arbeitsgemeinschaft zwischen der bürgerlichen und der sozialistischen Geisteswelt" zu prüfen,[3] markiert einen entscheidenden Schritt zur Aufhebung der die innenpolitische Szenerie bestimmenden gesellschaftlichen Antagonismen von bürgerlicher Sammlungs- und sozialdemokratischer Abwehr- und Protestbewegung. Gewiß hatten sich schon vor 1914 die Selbstverwaltungskörperschaften der Sozialpolitik, die Landtags- und Gemeindevertretungen und während der letzten Jahre vor Kriegsausbruch in zunehmendem Maße auch der Reichstag in Gestalt seiner Ausschüsse als Experimentierfelder praktischer Arbeitsgemeinschaften zwischen Vertretern bürgerlicher und sozialdemokratischer Observanz erschlossen. Diese temporäre, durch mannigfache Kautelen eingeengte Zusammenarbeit vermochte jedoch nicht die Trennmauer zu durchstoßen, die die sozialdemokratische Rabulistik und Theorie einerseits und die von den "nationalen" Kräften gegen die Sozialdemokratie geschürte Gemeingefährlichkeitsideologie andererseits aufgerichtet hatten. Wie stark der Horizont hüben wie drüben von eingewurzelten Denkschemata geprägt war, bewiesen die spärlichen Kontakte im Bereich der political culture. Wohl gab es eine sporadische Mitarbeit von Sozialdemokraten an bürgerlichen literarischen Unternehmungen,[4] boten sich gelegentlich Kongresse und Tagungen als Plattformen gemeinsamen Zusammenwirkens an.[5] Aber solche Veranstaltungen lagen außerhalb der gesellschaftlichen Norm in der Bannzone zwischen Verbot und Unschicklichkeit, hier bedroht vom Fallbeil sozialdemokratischer Prinzipienstrenge, dort beargwöhnt wegen ihrer potentiellen "marxistischen" Infektionsgefahr.

Der Krieg wirkte hier wie auf anderen Gebieten als Initialzündung einer Kettenreaktion, deren Material die aus dem Erlebnis des 4. August und dem gemeinsamen Streben nach nationaler Selbstbehauptung erwachsene Einheitsstimmung der Gesamtnation abgab. Die dichotomischen Klassengegensätze, die Kluft zwischen Arbeiterpartei und bürgerlicher Gesellschaft, schienen plötzlich im "Geist des 4. August" aufgehoben zu sein. Das Bild von der in zwei Lager gespaltenen Nation verblaßte hinter der Vision eines "neuen Deutschland", das sich in der Vorstellung mancher Zeitgenossen als ein sozialer Volksstaat, eine alle Klassen und Parteien umschließende nationale und soziale

---

1 *Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland.* Hrsg. von Friedrich Thimme und Carl Legien, Verlag S. Hirzel, Leipzig 1915, 232 S.

2 *Der Grundstein*, Nr. 37 vom 11. 9. 1915.

3 *Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland* [im folgenden abgekürzt *AND*], Vorwort, S. III.

4 So steuerten Bernstein, Calwer, Hildebrand Beiträge zu der von Hanns Dorn herausgegebenen Sammlung *Staatsbürgerliche Flugschriften*, Jena 1911/14, bei, an der sich u. a. Freisinnige und Nationalliberale beteiligten.

5 Man denke etwa an die von Gewerkschaftlern und Vertretern der "Gesellschaft für Soziale Reform" frequentierten Tagungen; vgl. Hedwig Wachenheim, *Die deutsche Arbeiterbewegung 1844 bis 1914*, Köln und Opladen 1967, S. 578 ff.

Arbeitsgemeinschaft darstellte. Ein solches für Isolationsthesen wie Reichsfeindpropaganda gleichermaßen ungeeignetes Klima schuf günstige Voraussetzungen für eine Kooperation zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft, wie sie seit 1914 in der Gründung diverser Sozietäten ihren institutionellen Rahmen fand. Hierher gehören auch im weitesten Sinne die unmittelbar nach Kriegsausbruch zur Bewältigung der kriegswirtschaftlichen Aufgaben in verschiedenen Gewerben gebildeten Arbeitsgemeinschaften von Gewerkschaften und Unternehmerverbänden.[6] Trotz begrenzter Erfolge[7] und des Scheiterns eines zentralen Zusammenschlusses von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen gingen von diesen frühen Arbeitsgemeinschaften nachhaltige, in die Zukunft reichende Impulse aus. Die auf dem Prinzip der Parität basierenden Gewerbe-Arbeitsgemeinschaften konnten später als Modelle für ähnliche Einrichtungen dienen und luden außerdem dazu ein, den bereits praktizierten Kooperationsgedanken auch auf andere Felder zu übertragen. Darüber hinaus verwies die Anerkennung der Gewerkschaften als gleichberechtigte Partner bei der Durchführung gemeinsamer, durch die aktuelle Notlage aufgeworfener Probleme auf die Möglichkeit, die im sozioökonomischen Bereich sich abzeichnenden Wandlungstendenzen auf das politische Gebiet zu übertragen und somit die Arbeiterschaft der lange ersehnten, längst überfälligen politischen Gleichberechtigung zuzuführen.

Die Ausgangskonstellation und Mitarbeiterfrage

Es ist bezeichnend für den unvollendeten Charakter des konstitutionellen Verfassungssystems in Deutschland, daß man auf Konstellationsveränderungen, wie sie der 4. August 1914 mit sich gebracht hatte, nicht mit einem der neuartigen Situation angepaßten Konzept, sondern im Stil der "Politik der Diagonale" reagierte. Während die Regierungen in Frankreich und England Sozialdemokraten zu Ministern ernannten, mußten sich in Deutschland die ehemaligen "Reichsfeinde" mit der Rolle der für die Durchführung der Kriegspolitik zwar unentbehrlichen, von politischer Mitverantwortung jedoch ausgeschlossenen Kraft begnügen. Als zu Beginn des Jahres 1915 bürgerliche Intellektuelle und sozialdemokratische Politiker sich zusammenfanden, um aus den durch die Kriegsereignisse neugewonnenen Erkenntnissen Folgerungen für die Zukunft zu ziehen, und zu diesem Zweck eine "geistige Arbeitsgemeinschaft" gründeten, entsprach dieser Schritt dem auf Aushilfskonstruktionen verweisenden innenpolitischen System. Schon vor 1914 hatte die Staatsführung politische Grundsatzentscheidungen oft informellen Gremien überlassen. Daß nicht die Regierung die notwendige innere Umgestaltung zum Ziel einer von ihr gemeinsam mit Parteien und Parlament getragenen Politik machte, vielmehr eine solche Lebensfrage der Nation Gegenstand einer literarischen Erörterung, einer "geistigen Arbeitsgemeinschaft", werden mußte, weist auf das Fortwirken institutioneller Schwächen und Fehlentwicklungen des kaiserlichen Deutschland während des Krieges hin.

Die im Zeichen einer publizistischen Offensive zur Neuorientierung angetretene bürgerlich-sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft, deren Gestalt, Charakter, direkte und tendenzielle Wirkungen im folgenden konturiert werden sollen,[8] war in mancher Hinsicht ein Produkt des Verfassungsmilieus. In ihr verkörperte sich deutlich der Gegensatz zwischen Anspruch und Realität. Einerseits wollten die Träger mit dieser "zum ersten Mal in solchem Umfang versuchte*[n]* Arbeitsgemeinschaft"[9] ein "Beispiel und ein Vorbild für das künftige Zusammenarbeiten aller Parteien im neuen Deutschland

---

6 Vgl. dazu Heinrich Kaun, *Die Geschichte der Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands*, Jena 1938, S. 10 ff.

7 Vgl. die Bestandsaufnahme über die "Kriegsarbeitsgemeinschaft" in: *Deutscher Bauarbeiterverband. Jahrbuch 1914.* Hrsg. vom Vorstande des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Hamburg 1915, S. 85 ff.

8 Die Genesis der literarischen Unternehmung, die hier nicht primär zur Untersuchung ansteht, läßt sich anhand der im Nachlaß Friedrich Thimmes enthaltenen Korrespondenzen recht gut rekonstruieren: Nachlaß Thimme, Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland, Bd 1 *[*Korrespondenz*]*, Nr. 34, Bd 2 *[*Rezensionsbelege*]*, Nr. 35, Bundesarchiv Koblenz. Sämtliche im Dokumentenanhang publizierten Briefe sowie die für die Darstellung herangezogenen Schriftstücke, deren archivalische Herkunft im folgenden nicht ausdrücklich angegeben wird, ferner das Gros der (teilweise mit unvollständigen Quellenangaben zitierten) Presseartikel entstammen diesem Bestand. Dem Bundesarchiv sei an dieser Stelle für die hilfreiche Unterstützung bei der Benutzung des Materials herzlich gedankt.

9 *AND*, Vorwort, S. III.

geben".[10] Andererseits war dieser mutige Vorstoß mit einer schweren Hypothek belastet. Nicht die maßgebenden Repräsentanten der Öffentlichkeit, die Führer der bürgerlichen Parteien oder die Funktionäre der einflußmächtigen Interessengruppierungen traten den sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsvertretern als Gesprächspartner gegenüber, sondern "Männer der Wissenschaft". Mochten manche Zeitgenossen mit Friedrich Naumann die Rehabilitierung des alten Wortes "Arbeit und Bildung gehören zusammen"[11] feiern und dem Zusammenschluß eine ins Positive gewendete Deutung geben – für die Wirkung der Allianz mußte diese ungleiche Partnerschaft ganz entscheidende Folgen haben.

Um zu einem den Möglichkeiten und Grenzen dieser Arbeitsgemeinschaft angemessenen Verständnis zu gelangen, bedarf es zunächst einer eingehenden Prüfung ihrer personellen Struktur. Die fertige Liste der bürgerlichen und sozialdemokratischen Mitarbeiter, wie sie sich in dem Inhaltsverzeichnis des Buches widerspiegelt,[12] sagt wenig über die tatsächlichen Probleme bei der Zusammenstellung des Verfasserteams aus. Wenden wir uns zuerst der Personengruppierung der bürgerlichen Seite zu. Mit Ausnahme des Inaugurators der *"Arbeiterschaft"*, des Bibliotheksdirektors, Historikers und Publizisten Friedrich Thimme, lassen sich alle Bürgerlichen der Berufsgruppe der Hochschullehrer zurechnen. Zu nennen wären: der Heidelberger Historiker Hermann Oncken, der Berliner Historiker Friedrich Meinecke, der damals in Berlin lehrende Staatsrechtler Gerhard Anschütz, der Münchener Nationalökonom Edgar Jaffé, der Kieler Nationalökonom Ferdinand Tönnies, der Berliner Philosoph und Religionswissenschaftler Ernst Troeltsch, der Marburger Pädagoge Paul Natorp sowie die Berliner Professoren und Funktionäre der "Gesellschaft für Soziale Reform", Ernst Francke und Waldemar Zimmermann.[13]

Die *Deutsche Tageszeitung* kritisierte nach dem Erscheinen des Buches die einseitige Auswahl der Mitarbeiter, bei denen es sich fast ausnahmslos um "Kathedersozialisten" handele.[14] Zweifellos lief diese kategoriale Zuordnung auf eine bewußte polemische Vergröberung hinaus, tendenziell wies diese Behauptung jedoch in die richtige Richtung. In ihrem überwiegenden Teil verdankten die Gelehrtenpolitiker ihre wissenschaftstheoretische resp. geistige Profilierung dem "Verein für Sozialpolitik" bzw. einem seiner organisatorischen Ableger, wie der "Gesellschaft für Soziale Reform", oder standen zumindest unter dem Einfluß der von diesen sozialpolitischen Foren verbreiteten sozialreformerischen Ideen. Sieht man einmal von den teilweise nicht unbedeutenden, im wesentlichen aber das Maß und Tempo der Reformpolitik betreffenden Meinungsverschiedenheiten ab, so herrschte unter den Gelehrten Einigkeit darüber, daß nur ein Brückenschlag nach links, die Einbeziehung des vierten Standes in das corpus politicum, die sozialen Spannungen mildern und der verhängnisvollen Polarisierung der Nation Einhalt gebieten könne. Im Hinblick auf ihre gegen die politischen Extreme von rechts und links gerichtete Haltung wird man die am Gemeinschaftswerk beteiligten bürgerlichen Engagés als Repräsentanten der politischen "Mitte" einstufen dürfen.[15] Eine Sonderstellung kam in diesem Kreis den Herausgebern der *Sozialen Praxis* und maßgebenden Vertretern der "Gesellschaft für Soziale Reform", Francke und Zimmermann, zu. Durch ihren unermüdlichen publizistischen Einsatz für die Emanzipationsforderungen des vierten Standes und ihre persönlichen Kontakte vor allem

---

10 *AND*, S. 231; ähnlich Thimme im Münchner Dolchstoßprozeß, zitiert bei Hans Herzfeld, *Die deutsche Sozialdemokratie und die Auflösung der nationalen Einheitsfront im Weltkriege*, Leipzig 1928, S. 316.

11 Friedrich Naumann, "Im neuen Deutschland", in: *Die Hilfe*, 21. Jg. (1915), S. 592.

12 Vgl. dazu den Faksimile-Abdruck im Dokumentenanhang.

13 Für die Haltung der Professoren während des Krieges s. die Arbeit von Klaus Schwabe, *Wissenschaft und Kriegsmoral. Die deutschen Hochschullehrer und die politischen Grundfragen des Ersten Weltkrieges*, Göttingen-Zürich-Frankfurt 1969, die auch biographische Daten und weitere Literaturhinweise enthält. Auf die Aktivitäten von Francke und Zimmermann fällt einiges Licht in der Studie von Dieter Lindenlaub, *Richtungskämpfe im Verein für Sozialpolitik. Wissenschaft und Sozialpolitik im Kaiserreich vornehmlich vom Beginn des 'Neuen Kurses' bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges (1890-1914)*, Teil I, Wiesbaden 1967, passim; vgl. auch Anmerkung 16.

14 *Deutsche Tageszeitung* vom 16. 9. 1915.

15 Zum Begriff der "Mitte" s. den Aufsatz von Gustav Schmidt, "Deutschland am Vorabend des Ersten Weltkriegs", in: *Das kaiserliche Deutschland. Politik und Gesellschaft 1870-1918*. Hrsg. von Michael Stürmer, Düsseldorf 1970, S. 397 ff. Schmidts Thesen müßten allerdings in der von ihm angezeigten Richtung überprüft und präzisiert werden.

zu Gewerkschaftlern hatten sie viel Vertrauenskapital und "großes Ansehen in weiten Arbeiterkreisen" erworben.[16] Ihre Mitwirkung an dem Werk bot daher eine gewisse Garantie, daß der mit der Arbeitsgemeinschaft intendierte Brückenschlag auch auf solidem Fundament erfolgte.

Was den parteipolitischen Standort der bürgerlichen Mitarbeiter anlangt, so traf Onckens Feststellung durchaus das richtige, daß die bürgerlichen Vertreter "durchweg dem mittelparteilichen Lager, zum großen Teil der Nationalliberalen Partei an/gehörten/, ohne im eigentlichen Sinne Parteipolitiker vorzustellen".[17] Das schloß nicht aus, daß sich Thimme zu den Konservativen bekannte,[18] andere wiederum links von den Nationalliberalen beheimatet waren, für manche – wie etwa für Tönnies, Jaffé, Natorp – eine parteipolitische Einstufung kaum möglich war.

Auf die ursprünglich geplante stärkere Beteiligung von "gemäßigten konservativen oder rechtsliberalen" Elementen[19] sowie die Einbeziehung parteipolitisch exponierter Persönlichkeiten hatte man nach intensiven Überlegungen und Sondierungen verzichtet.[20] Nachdem der Versuch gescheitert war, Vertreter der Ministerialbürokratie[21] bzw. einen der Funktionäre der "Gesellschaft zur Förderung der Inneren Kolonisation"[22] für das Unternehmen zu gewinnen, wurde der in Frage kommende Kreis immer kleiner. Nach Ansicht Thimmes hatte die Ausklammerung von Parteiaktivisten den Vorteil, daß "die Sache nicht als ein im Dienste irgend einer Partei stehendes Unternehmen bemängelt" werden konnte.[23] Um die von bürgerlicher Ängstlichkeit überlagerte Reizschwelle nicht zu überschreiten, waren Thimme und Oncken bei der endgültigen Festlegung des Mitarbeiterteams eifrig bemüht, die Gewichte gegeneinander auszubalancieren: Während Gustav Schmoller "den Vorteil der Deckung nach rechts" biete, habe Jaffé als Herausgeber des *Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* den Vorzug, "den linken Flügel der Sozialpolitiker . . . mit festzulegen"; Anschütz dagegen müsse "kontrolliert" werden, "damit er die bürgerl/ichen/ Elemente nicht vor den Kopf stößt".[24]

Mit Ausnahme des als Bibliotheksdirektor "amtlich" gebundenen Friedrich Thimme, der trotz Onckens Warnung[25] seine Mitherausgeber-Funktion nicht preisgab, bestand für keinen der Beteiligten mehr als ein persönliches Risiko. Die Tatsache, daß "der Verleger G. Freytags und Treitschkes die Sache" übernahm,[26] ja sogar der Reichskanzler von der Aktion unterrichtet worden war,[27] bedeuteten zusätzliche Sicherheitsgarantien im bürgerlichen Reizabwehrsystem.

Im Gegensatz zu dieser Taktik, die weder eine bestimmte Partei noch eine spezifische Gruppe politisch festlegte, andererseits auch niemanden mit direkter Mitverantwortung belastete, hat die sozialdemokratische Seite bewußt auf eine Bindung maßgebender Partei- und Gewerkschaftsführer hingearbeitet. Selbstverständlich waren auch die Sozialdemokraten zu taktischen Rücksichtnahmen bei der Auswahl ihres Mitarbeiterstabes gezwungen. Das Übergewicht der gewerkschaftlichen Richtung springt

---

16 Francke an Thimme, 30. 4. 1915; ähnlich Heinemann an Thimme, 26. 3. 1915 (Brief Nr. 3). Auf das Verhältnis der führenden Vertreter der "Gesellschaft" zur sozialdemokratischen Arbeiterbewegung wird die Vf.in in einer größeren Untersuchung eingehen: Ursula Ratz, *Sozialreform und Arbeiterschaft. Die "Gesellschaft für Soziale Reform" und die sozialdemokratische Arbeiterbewegung im Ersten Weltkrieg.*

17 Hermann Oncken in: *Kölnische Zeitung* vom 25. 8. 1915. Dem widersprach nicht, daß Oncken als Vertreter der Heidelberger Universität der Ersten Badischen Kammer angehörte und Francke den Posten eines ehrenamtlichen Stadtrats von Schöneberg bekleidete.

18 Vgl. Thimme an den Präsidenten des Ober-Landeskulturgerichts, Metz, 16. 6. 1915.

19 Oncken an Thimme, 2. 3. 1915 (Brief Nr. 1).

20 Vgl. Oncken an Thimme /vor dem 7. 3. 1915/ (zur Frage der Hinzuziehung Heydebrands).

21 So wies der Direktor im Reichsamt des Innern, Franz W. Caspar, die Offerte mit der Begründung zurück, daß er seiner amtlichen Tätigkeit nicht vorgreifen dürfe: Caspar an Thimme, 14. 6. 1915.

22 Vgl. Erich Keup, Geschäftsführer der GFK, an Thimme, 15. 6. 1915; Metz an Thimme, 18. 6. 1915 (mit einer nicht näher begründeten Absage).

23 Thimme an Metz, 16. 6. 1915.

24 Oncken an Thimme /vor dem 23. 4. 1915/ und 27. 4. 1915.

25 Vgl. Oncken an Thimme, 16. 4. 1915 (Brief Nr. 5).

26 Oncken an Thimme, 31. 3. 1915.

27 Vgl. Thimme an Wahnschaffe /vor dem 24. 4. 1915/, Nachlaß Thimme, Nr. 28; ferner Oncken an Thimme, 27. 4. 1915; Thimme an Metz, 16. 6. 1915.

geradezu in die Augen. Auf eine solche Gewichtung hatte Hugo Heinemann, Syndikus der Gewerkschaften und Intimus Legiens, von Anfang an hingewirkt, da – wie er Thimme klarzumachen versuchte – die Gewerkschaften "die reale Macht hinter sich" hätten und vor ihnen "die Radikalen in der Partei am schnellsten die Segel" streichen würden.[28] Der dominierende Einfluß der Gewerkschaftsseite verkörperte sich in der Zahl wie in der Stellung der zur Mitarbeit gewonnenen Gewerkschaftler: Carl Legien und Robert Schmidt als Vertreter der Generalkommission, Paul Umbreit als Redakteur des *Correspondenzblattes*, August Winnig in seiner Eigenschaft als zweiter Vorsitzender des Bauarbeiterverbandes, Hugo Heinemann, der als Vertrauter Legiens de facto zur gewerkschaftlichen Führungsspitze zählte. Das gewerkschaftliche Übergewicht wurde noch dadurch unterstrichen, daß Gustav Noske und Philipp Scheidemann, die durch ihren Werdegang eine starke Bindung an die Gewerkschaftsbewegung besaßen, ebenfalls in die bürgerlich-sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft eingetreten waren. War die bürgerliche Gruppierung durch eine ausgesprochene Distanz zur Parteipolitik gekennzeichnet, so handelte es sich bei den Sozialdemokraten ausnahmslos um aktive Politiker, die sich zudem – mit Ausnahme von Umbreit und Heinemann – als Parlamentarier in den Vertretungskörperschaften des Reichs (MdR: Legien, Scheidemann, Noske, Lensch, Schmidt, Schulz), der Einzelstaaten (Paul Hirsch, MdA) und der Kommunen (Hirsch/Charlottenburg, Winnig/Hamburg) qualifiziert hatten.

Bei der Auswahl der Mitarbeiter wurden nur solche Sozialdemokraten berücksichtigt, "die absolut auf dem Standpunkt stehen, daß das Interesse der Partei und Vaterlandsinteresse absolut zusammenfallen".[29] Damit war die Grenze nach links deutlich markiert. Die Gegner der Politik des 4. August und potentiellen Dissenters schieden von vornherein aus, während man die bekehrten Radikalen wie Lensch, den nun "stramm zur Fraktionsmehrheit" stehenden Schulz[30] und den "radikalen Hirsch"[31] als Bereicherung und Gewinn für die Aktion wertete. Wie stark die alten Parteigegensätze trotz der durch die Kriegsereignisse bedingten Umgruppierungen nachwirkten, unterstreicht die Fernhaltung ausgesprochener "Revisionisten". Sie blieben – wie Thimme mit einigem Bedauern konstatierte – "auf Legiens Wunsch" ausgeschlossen.[32] Auch David, "der anerkannt glänzendste Kopf in unserer Partei",[33] und Wolfgang Heine scheinen Opfer dieser Abgrenzungstaktik nach rechts geworden zu sein, wiewohl letzterer mit seinen aufdringlichen, zu innerparteilichem Protest reizenden patriotischen Äußerungen selbst bei seinen Freunden Unmut weckte.[34] Betrachtet man das aus diesem Filterverfahren gewonnene Destillat, so bestätigt sich der Eindruck der bürgerlichen Beobachter, daß das Gemeinschaftsprojekt von der "beherrschenden Mittelgruppe" der Sozialdemokratie getragen[35] und somit "das eigentliche Centrum der Partei . . . auf den Willen zur positiven Mitarbeit auf allen Gebieten des Staatslebens sowie auf ein Zusammengehen mit Bürgerlichen festgelegt" werde.[36]

Die äußere Gestaltung der Zusammenarbeit

Einem Definitionsversuch des sozialdemokratischen Kommunaltheoretikers Hugo Lindemann zufolge ist eine Arbeitsgemeinschaft eine zeitlich und sachlich begrenzte, auf die Erreichung bestimmter Gegenwartsziele hin fixierte Vereinigung politischer Kräfte, bei der keine Seite auf ihre politischen Grundsätze verzichten müsse.[37] Es entsprach nicht nur der sozialdemokratischen Tradition und der bisherigen Erfahrung, sondern einem einfachen Selbsterhaltungsgesetz, wenn die Sozialdemokraten mit allem Nachdruck von der bürgerlichen Seite die Respektierung ihrer Parteigrundsätze verlangten,

28 Heinemann an Thimme, 6. 3. 1915 (Brief Nr. 2).

29 Heinemann an Thimme, 26. 3. 1915 (Brief Nr. 3).

30 Georg Schöpflin an Heinemann, 10. 4. 1915.

31 Vgl. Heinemanns lobende Äußerungen über Hirsch: Heinemann an Thimme, 20. 5. 1915 und 17. 6. 1915.

32 Thimme an Metz, 16. 6. 1915.

33 Heinemann an Thimme, 26. 5. 1915.

34 Vgl. Heinemann an Thimme, 26. 3. 1915 (Brief Nr. 3), ferner Brief Nr. 1, Anmerkung 1.

35 Hermann Oncken in: *Kölnische Zeitung* vom 25. 8. 1915.

36 Thimme an Metz, 16. 6. 1915.

37 Hugo Lindemann, "Arbeitsgemeinschaften", in: *Sozialistische Monatshefte*, 21. Jg. (1915), Bd 3, S. 1221.

ja zur Bedingung ihrer Mitarbeit machten.[38] Eine solche Rücksichtnahme, die ihr Äquivalent in der Achtung der bürgerlichen Axiomatik finden sollte, implizierte die Anerkennung als vollkommen gleichwertiger Partner, eine Grundvoraussetzung jeder funktionsfähigen Arbeitsgemeinschaft. Die sozialdemokratischen Vorstellungen korrespondierten in dieser Hinsicht vollständig mit den Gedankengängen der bürgerlichen Kontrahenten. Bei der Konstituierung der Arbeitsgemeinschaft wurde daher, um "beiden Seiten vollkommene Gerechtigkeit" widerfahren zu lassen, ein mit Zensurgewalt ausgestatteter, personell durch Legien und Thimme repräsentierter "Redaktionsausschuß" eingesetzt, und "um die Parität vollkommen durchzuführen", sollten sich ein Sozialdemokrat und ein Bürgerlicher in die Herausgeberschaft teilen.[39] Den mit den Redaktionsgeschäften betrauten Herausgebern, Thimme und Legien, dienten der über umfangreiche Konnexionen verfügende, kontaktfreudige Oncken und der mit intimen Kenntnissen der Parteiinterna ausgestattete Heinemann als "geistige Verstärkeraggregate". Die Zusammenarbeit zwischen den an der Arbeitsgemeinschaft Beteiligten, richtiger: den pars pro toto für die bürgerliche bzw. sozialdemokratische Seite agierenden redaktionellen Schaltstellen vollzog sich in einer durchaus sachlich-offenen, konziliant-kollegialen Atmosphäre. Der Arbeitsstil war durch den von Thimme mit Nachdruck postulierten "burgfriedlichen Charakter gegenseitiger Schonung und Rücksichtnahme"[40] gekennzeichnet. Die Einhaltung dieses Grundsatzes wurde von beiden Seiten streng beachtet. Wenn Troeltsch in seinem Aufsatz schrieb, "daß die Sozialdemokratie Klassenhaß predige", weiter behauptete, "das Marxistische Dogma setze die Revolution voraus u[nd] wolle zur Diktatur des Proletariats führen bzw. diese durchsetzen", oder gar "spöttisch" davon redete, "daß die materialistische Geschichtsauffassung sich als wissenschaftliche Ansicht bezeichne",[41] so verstieß er nach Auffassung der sozialdemokratischen Moderatoren gegen die vereinbarten Richtlinien. Natürlich wollten sich die sozialdemokratischen Mitarbeiter nicht das Recht anmaßen, versicherte Heinemann seinem Briefpartner Thimme, "den bürgerlichen Gelehrten irgendeine Vorschrift wegen ihres Standpunkts zu machen".[42] Aber Troeltschs Beitrag enthalte doch "direkt formelle Beleidigungen" gegen die Sozialdemokratie, die nicht einspruchslos hingenommen werden könnten.[43] Wohltuend in seiner "souveränen Objektivität" hebe sich Meineckes Essay dagegen ab: "Der Aufsatz ist so feinfühlend und zart, . . . das direkt klassische Beispiel für das, was wir wollen".[44]

Der Wunsch der Sozialdemokraten, die das Einvernehmen störenden Faktoren weitgehend zu eliminieren, deckte sich vollkommen mit dem Anliegen der bürgerlichen Bündnispartner. Die Mitarbeiter beider Richtungen haben fast ausnahmslos unter Zurückstellung persönlicher Eitelkeiten und zum Teil auch prinzipieller Bedenken die "für das harmonische Gesamtbild" des Werkes[45] erforderlichen Änderungen akzeptiert. "Ich habe alle angegebenen Punkte teils gestrichen, teils ins völlig Theoretisch-Objektive gewandelt", schrieb Troeltsch mit einem Anflug von Resignation. Er fand es tröstlich, daß wenigstens kein Vertreter das Recht habe, Forderungen zu stellen.[46] Auch Scheidemann hatte auf Einwände gegen bestimmte Formulierungen seines Beitrags dem "Kindlein noch einmal die Nägel geschnitten", ohne jedoch zuzulassen, daß die Schere sie bis zur völligen Funktionslosigkeit verstümmelte.[47] Der ursprünglich für das Sammelwerk vorgesehene Aufsatz Gustav Schmollers fand allerdings keine Gnade vor den gestrengen Augen der Zensoren.[48] Nach Onckens Ansicht war

---

38 Vgl. Heinemann an Thimme, 26. 3. 1915 (Brief Nr. 3).

39 Aide-mémoire Thimmes, o. D.

40 Thimme an Metz, 16. 6. 1915.

41 Heinemann an Thimme, 20. 5. 1915.

42 Heinemann an Thimme, 23. 5. 1915.

43 Heinemann an Thimme, 20. 5. 1915.

44 Heinemann an Thimme, 23. 5. 1915.

45 Francke an Thimme, 11. 5. 1915.

46 Troeltsch an Thimme, o. D.

47 Scheidemann an Thimme, 14. 5. 1915 (Brief Nr. 7).

48 Schmollers sowohl für die *AND* wie sein *Jahrbuch* bestimmter Artikel "Der Weltkrieg und die deutsche Sozialdemokratie" erschien im Juni-Heft von *Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reiche*, 39. Jg. (1915), S. 1103-1114.

Schmollers Elaborat mehr für "Fremde, Außenstehende" geschrieben und forderte wegen seines Tones geradezu zum Widerspruch heraus.[49] Hatte doch Schmoller der Sozialdemokratie u. a. bescheinigt, sie beginne "realistisch, vernünftig und patriotisch" zu werden. Die provokative Unterscheidung zwischen den "praktische Gegenwartspolitik" treibenden freien Gewerkschaften und der "utopistische Zukunftspolitik" verfolgenden SPD erhielt noch eine verschärfende Akzentuierung durch ein dem Alltagsleben entlehntes Bild. Schmoller verglich die Partei mit einem "sanguinischen, unpraktischen, stets auf das große Los wartenden, keifenden Manne", während er die Gewerkschaften in der Rolle der "praktisch haushälterische/n/ Frau" agieren ließ, "die Großes leistet, Vermögen sammelt, ihrem Manne immer Vernunft predigt: was erreicht wird, ist ihr zu danken, wie es in so vielen Ehen geht."[50] Nicht ohne Grund bezeichnete Oncken "das Wohlwollende und das Ausspielen von Gewerkschaft c/on/t/r/a Partei" als in gleicher Weise kränkend und lehnte den Beitrag in dieser Form ab.[51] Nachdem auf diese Weise sozusagen in Anlehnung an die chemische Methode Störfaktoren und Reizelemente zugunsten des Verbindenden und Zusammenführenden ausgeschieden worden waren, konnte Friedrich Thimme mit einigem Recht resümieren, man habe bei diesem Unternehmen "alles Trennende beiseite gelassen, alles, was einigt und zusammenhält, in den Vordergrund gestellt".[52]

Gemeinsames und Gegensätzliches im Konzeptionellen

Der den Stil der Zusammenarbeit kennzeichnende Harmoniegedanke bestimmte auch weitgehend den Inhalt der Schrift. Wiewohl die Arbeitsgemeinschaft nicht mit einem fest umrissenen Programm ins Leben getreten war,[53] gab es doch bestimmte Orientierungsmuster, die in fast allen Beiträgen durchschlugen. Zwei Leitgedanken, die schon in Thimmes Aufsatz vom November 1914[54] angeklungen waren, lassen sich deutlich herausschälen: Im "neuen Deutschland" müsse erstens der Gleichberechtigungsanspruch der Arbeiterschaft erfüllt und zweitens der innere Frieden durch eine einmütige Zusammenarbeit aller Klassen und Parteien gesichert werden.

Das durch den Krieg entbundene Gemeinschafts- und Einheitsgefühl bot einen günstigen Nährboden für ein Zusammenwirken aller Volksteile einschließlich der bisher isolierten Arbeiterschaft. Der tiefeingesenkte, nun freigesetzte Drang der Sozialdemokratie nach Teilnahme am nationalen Prestige, ihr übermächtiges, deutlich artikuliertes Begehren, sich endlich dieser nationalen Gemeinschaft bedingungslos einreihen zu dürfen, ließen die Hoffnung zu, daß sich die Arbeiterpartei und ihre Organisationen der Forderung nach Mitverantwortung und Mitgestaltung in Staat und Gesellschaft nicht entziehen würden. Die Hochstimmung der Professoren, die durch die Ereignisse des 4. August den Riß im Reichsbau geschlossen sahen und von einem zweiten Akt deutscher Einigung sprachen,[55] fand ihre Entsprechung bei den Sozialdemokraten, die durch den Mund Heinemanns verkündeten: "Uns alle durchglüht nur e i n Gedanke, Einheitsbewußtsein und gemeinsame Arbeit."[56] Dieses Credo schloß sowohl den Wunsch nach einem siegreichen, in seinem Besitzstand unversehrten, wirtschaftlich gesicherten Deutschland als auch das Bekenntnis zu den die deutsche Kulturnation prägenden Werten ein. Die sozialdemokratischen Äußerungen zu diesem Themenkomplex sind beispielhafte Zeugnisse für die nationalkulturelle Integra-

---

49 Oncken an Thimme, 6. 5. 1915.

50 Schmoller, "Der Weltkrieg . . .", S. 1107, 1109 f.

51 Oncken an Thimme, 6. 5. 1915. In seiner Besprechung der *AND* behauptete Schmoller, sein Artikel sei auf Legiens Einspruch hin weggefallen: *Schmollers Jahrbuch . . .*, 40. Jg. (1916), S. 434.

52 *AND*, S. 231.

53 Dies verdeutlicht die Tatsache, daß zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Verlagsvertrages, am 28. 4. 1915, der Titel der damals unter der Bezeichnung "Das neue Deutschland und die Arbeiterschaft" firmierenden Schrift noch offen war. Am 25. 5. 1915 erkundigte sich Scheidemann nach dem Namen des Werkes: Scheidemann an Thimme, 25. 5. 1915.

54 Friedrich Thimme, "Die Sozialdemokratie im neuen Deutschland", in: *Süddeutsche Monatshefte*, 12. Jg. (1914/15), S. 156-163.

55 Vgl. Troeltsch, *AND*, S. 167; ähnlich Jaffé, *a. a. O.*, S. 98; Oncken, *a. a. O.*, S. 3 f.; Meinecke, *a. a. O.*, S. 21; Anschütz, *a. a. O.*, S. 43.

56 Heinemann, *a. a. O.*, S. 127.

tionswirkung, der die Arbeiterschaft erlegen war. Im Stolz auf die nationalen Kulturerrungenschaften, die fortschrittlichen Schul- und Bildungseinrichtungen, die "große soziale Gesetzgebung des Deutschen Reiches"[57] standen die Sozialdemokraten den Bürgerlichen nicht nach. Beide Seiten überboten sich geradezu in der Anerkennung der durch die organisierten Arbeiter zur Vollkommenheit entwickelten deutschen Nationaleigenschaften wie Disziplin, Solidarität und Verantwortungsbewußtsein. Hier wie dort pries man die deutsche Organisationsfähigkeit, deren eindrucksvollstem Produkt, den Gewerkschaften, sogar ein gleichberechtigter Platz neben den "alten Institutionen des Heeres und Beamtentums" zugewiesen wurde.[58] Über die Rückbesinnung auf bedeutende Gestalten des deutschen Geisteslebens wie Humboldt und Fichte[59] schien sich eine weitere Möglichkeit anzubieten, den Brückenschlag zwischen dem rechten und linken Ufer zu vervollständigen. Die zum Teil an Euphorie grenzende nationale Begeisterung und die "warme/n/ vaterländische/n/ Töne"[60] der Sozialdemokraten zeigen den starken Nachholbedarf der "Reichsfeinde" an offener Betätigung nationalen Empfindens, finden teilweise auch darin ihre Erklärung, daß der Erlebnishorizont der Akteure im Frühjahr 1915 noch von einer durch Skeptizismus unberührten gefühlsbetonten Haltung und einer völlig ungetrübten Siegeshoffnung umstellt war.

Das offene Bekenntnis zu den nationalen Gemeinsamkeiten wurde den Sozialdemokraten dadurch erleichtert, daß jetzt endlich das Kainsmal der Vaterlandslosigkeit von ihnen genommen zu sein schien. Nach Ansicht der sozialdemokratischen Autoren gaben Verteidigungsbereitschaft, Opfermut und Hingabe der Arbeiterschaft, die Selbstverständlichkeit, mit der die Reichstagsfraktion in einem Akt von "Pflichterfüllung" die Kredite bewilligt und die Gewerkschaften ihre Kräfte in den Dienst des Gesamtinteresses gestellt hatten, dem Proletariat ein Anrecht auf Vertrauen und Anerkennung der Gleichberechtigungsforderungen.[61] Hier durften die sozialdemokratischen Protagonisten mit der einhelligen Zustimmung ihrer bürgerlichen Mitstreiter rechnen. Nachdem die Sozialdemokraten ihre nationale "Zuverlässigkeitsprüfung"[62] bestanden hatten, konnten sie in der Sicht der Gelehrten nicht mehr als "Reichsfeinde" und "bloßes Objekt der Gesetzgebung" betrachtet werden.[63] Ganz klar und unzweideutig hat Ernst Francke die Zielrichtung künftiger Innenpolitik formuliert: "Der deutsche Arbeiter muß . . . als vollgültiger Volksgenosse zur Mitarbeiterschaft auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens Zutritt haben. Das liegt in seinem Nutzen wie in dem des Staates. Und es ist ein Gebot der Gerechtigkeit, des Fundaments der Reiche !"[64]

Die Frage allerdings, in welchem Umfang und in welcher Form sich die Mitwirkung der Arbeiter im staatlichen und gesellschaftlichen Leben vollziehen solle, wurde von den bürgerlichen Gesprächspartnern höchst unterschiedlich beantwortet. Aus Onckens Forderung, "überall da, wo die Struktur des Staates in Deutschland und Preußen allzu eng mit dem klassenmäßigen Aufbau der Gesellschaft verknüpft und den sittlichen und wirtschaftlichen Lebensbedürfnissen der Minderbesitzenden entgegengesetzt ist", müsse ein Umbau einsetzen,[65] ließ sich schwerlich ein konkretes Reformprogramm ableiten. Nicht einmal angesprochen wurde hier die Erwünschtheit einer preußischen Wahlrechtsreform, wiewohl diese doch in der Vorstellung der Sozialdemokraten[66] zu den innenpolitischen Entscheidungsfragen der Zukunft gehörte. Ganz anders Gerhard Anschütz, der das Problem der Verfassungsreformen zum Hauptgegenstand seines Beitrags machte.[67] Für ihn war die Beseitigung des preußischen Dreiklas-

57 Schulz, *AND*, S. 207; Heinemann, *a. a. O.*, S. 122.

58 Oncken, *a. a. O.*, S. 7.

59 Vgl. Hirsch, *a. a. O.*, S. 79; Heinemann, *a. a. O.*, S. 124; Meinecke, *a. a. O.*, S. 26; Oncken, *a. a. O.*, S. 7.

60 Heinemann an Thimme, 16. 5. 1915 (über Noskes Artikel).

61 Vgl. Noske, *AND*, S. 12; Scheidemann, *a. a. O.*, S. 59; Legien, *a. a. O.*, S. 96; Heinemann, *a. a. O.*, S. 119; Schulz, *a. a. O.*, S. 208.

62 Friedrich Thimme, "Die Sozialdemokratie im neuen Deutschland", in: *Süddeutsche Monatshefte*, 12. Jg. (1914/15), S. 708.

63 Troeltsch, *AND*, S. 168.

64 Francke, *a. a. O.*, S. 89.

65 Oncken, *a. a. O.*, S. 11.

66 Vgl. Scheidemann, *a. a. O.*, S. 64.

67 Gerhard Anschütz, "Gedanken über künftige Staatsreformen", *a. a. O.*, S. 42 ff.

senwahlrechts nicht nur ein Akt der Gerechtigkeit, eine Aufgabe "wahrhaft staatserhaltender Politik", sondern zugleich ein Axiom eines unitarischen Kalküls. Wurde das plutokratische Wahlrecht in Preußen durch das Reichstagswahlrecht ersetzt,[68] dann verschwand auch der aus den verschiedenartigen Parteiverhältnissen in Preußen und im Reich herrührende Dualismus. Damit wurde ein entscheidender Konstruktionsfehler im Bau des deutschen Reiches korrigiert. Durch die Homogenisierung der Parlamente, des Reichstags und des Abgeordnetenhauses, erzielte man einen doppelten Effekt: es wurde einerseits das preußische Übergewicht eingedämmt, zum anderen durch den Abbau der von den konservativen Mehrheiten im preußischen Abgeordnetenhaus ausgeübten Bremsfunktionen eine Verstärkung der Parlamentarisierungstendenzen erreicht. Die Umwandlung des Bundesrats in einen "parlamentarischen Faktor" lag nur in der Konsequenz dieses Konzepts, das Anschütz in folgendem Satz zusammenfaßte: "Wir wünschen uns . . . eine faktisch und rechtlich einheitliche, straff zentralisierte, allen partikularen Gewalten unbedingt überlegene, jedoch dem Reichstage verantwortliche und seiner Kontrolle unterliegende Regierung des Reiches."[69] Hans Delbrück hatte recht, wenn er Anschütz' Beitrag als den "radikalste*[n]*" im ganzen Sammelwerk bezeichnete.[70] Kein Wunder, daß die Leipziger Zensurbehörde die Tendenz des Artikels beanstandete und das Erscheinen der Broschüre in Frage stellte.[71]

In der Tat ragte Anschütz mit seinen Verfassungsvorstellungen aus dem Kreis der zum damaligen Zeitpunkt noch sehr stark von der Idee des "sozialen Kaisertums" beeinflußten Gelehrtenpolitiker heraus.[72] Auch der Inspirator und Hauptträger des Gemeinschaftswerkes, Friedrich Thimme, war von dem Gedanken einer machtvollen, aus einer Legierung von demokratischem Kaisertum, Sozialprinzip und Militärorganisation geformten sozialen Monarchie fasziniert. Seiner Meinung nach entsprach dieses Verfassungsmodell am besten dem spezifisch deutschen Freiheitsgefühl und gewährte gleichzeitig Schutz gegen die radikalen Entartungserscheinungen westlicher Demokratien. Außerdem hielt er die preußisch-deutsche Monarchie aufgrund der in ihr angelegten Sozialisierungstendenzen für fähig, die modernen sozialen Entwicklungstrends bis hin zu staatssozialistischen Konsequenzen entfalten und somit auch die sozialistischen Forderungen in angemessener Weise aufnehmen zu können. Die eigentliche Aufgabe des sozialen Kaisertums sah Thimme in seiner Funktion, als sozialer Moderator einerseits die Arbeitermassen für den Staat zu gewinnen, andererseits die bürgerlichen Parteien, insbesondere die Konservativen "mit sozialem Geist zu erfüllen".[73]

Ursprünglich hatte Thimme beabsichtigt, diese das Verhältnis von Sozialdemokratie und Monarchie berührenden Grundgedanken als literarisches Kondensat unter dem Motto "Unser soziales Kaisertum" dem Sammelwerk zu integrieren.[74] Die Einwände der sozialdemokratischen Mitarbeiter[75] bewogen ihn jedoch, diesen Beitrag gegen einen anders akzentuierten, weniger brisant thematisierten Schlußaufsatz einzutauschen. So wählte er für seinen Artikel den harmlosen Titel "Gemeinsame Arbeit, der Weg zum inneren Frieden", eliminierte manche anstößigen Stellen oder neutralisierte Reizbegriffe wie "soziales Kaisertum" durch Formeln wie "freie*[r]* und machtvolle*[r]* deutsche*[r]* Volksstaat",[76] ohne dabei grund-

---

68 Als Übergangslösung wollte Anschütz notfalls auch ein Pluralwahlrecht akzeptieren (*AND*, S. 55), dessen Kompromißcharakter vor 1917 auch Thimme und Meinecke hervorhoben; vgl. Reinhard Patemann, *Der Kampf um die preußische Wahlreform im Ersten Weltkrieg*, Düsseldorf 1964 (=Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd 26), S. 43, 47 f.

69 Anschütz, *AND*, S. 51.

70 Hans Delbrück in: *Preußische Jahrbücher*, 162. Bd (1915), S. 164 (Besprechung der *AND*).

71 Vgl. Georg Hirzel an Thimme, 29. 7. 1915 und 31. 7. 1915; ferner Thimme an die Oberzensurstelle beim Oberkommando in den Marken (Entwurf), o. D.

72 Für Troeltsch und Meinecke vgl. Gustav Schmidt, *Deutscher Historismus und der Übergang zur parlamentarischen Demokratie. Untersuchungen zu den politischen Gedanken von Meinecke, Troeltsch, Max Weber*, Lübeck und Hamburg 1964 (=Historische Studien, H. 389), S. 90 ff. und passim.

73 Thimme an Metz, 16. 6. 1915. Ferner: Friedrich Thimme, "Suum cuique", in: *Süddeutsche Monatshefte*, 12. Jg. (1915), S. 856-864; vgl. auch Thimmes Beitrag in: *AND*, besonders S. 226.

74 Thimme an Metz, 16. 6. 1915.

75 Vgl. Thimme an Wahnschaffe *[14. 8. 1915]* (Brief Nr. 10). Bedenken in dieser Richtung hatte auch Natorp angemeldet: vgl. Natorp an Thimme, 18. 5. 1915.

76 *AND*, S. 226.

sätzlich etwas von seiner Auffassung preiszugeben.[77] An diesem Beispiel wird die Problematik der von einer überzogenen Harmonievorstellung geleiteten bürgerlich-sozialdemokratischen Liaison besonders deutlich. Vor die Wahl gestellt, unterschiedliche Auffassungen klar zu artikulieren oder hinter dem Schleier eines Wortneutralismus zu verdecken, entschied man sich für den zweiten Weg: Die Frage "Monarchie-Sozialdemokratie" wurde ausgeklammert,[78] obwohl gerade in der Öffentlichkeit das Bekenntnis zur monarchischen bzw. republikanischen Staatsform als ein politischer Gegensatz betont und empfunden wurde.

Während sich die (im engeren Sinne) verfassungspolitischen Wünsche der Sozialdemokraten zum Teil nur mangelhaft mit den Vorstellungen der bürgerlichen Gelehrten synchronisieren ließen, herrschte auf dem Gebiet der Sozial- und Wirtschaftspolitik stärkere Übereinstimmung.[79] Das lag einmal darin begründet, daß die Mehrzahl der bürgerlichen Professoren sich schon vor 1914 aktiv für soziale Reformen engagiert hatte. Andererseits ermöglichten die durch den "Kriegssozialismus" freigesetzten Tendenzen den bereits vor dem Weltkrieg teilweise staatssozialistischen Ideen zuneigenden Gelehrten eine spürbare Annäherung an die sozialdemokratische Gedankenwelt. Der Krieg mit seinem Sieg des Grundsatzes "Alle für Einen, Einer für Alle"[80] schien ein Feld zu eröffnen, auf dem sich Sozialdemokraten und bürgerliche Sozialpolitiker zusammenfinden konnten. Man war sich einig darüber, daß die Zeiger der gesellschaftlichen Uhr auf gemeinwirtschaftliches Prinzip und Bindung wiesen. Verständlich, daß für ein im Zeichen des Gemeinwohls stehendes Gemeinwesen die verbrauchswirtschaftliche Seite der Volkswirtschaft eine vorrangige Bedeutung gewann[81] und auch die Verstaatlichung bestimmter Betriebe in den Perspektivplan aufgenommen wurde.[82]

Die Gewerkschaftsvertreter ließen keinen Zweifel daran, daß sie nicht nur auf der Erhaltung, sondern auch der Fortentwicklung der "sozialen Errungenschaften" des Krieges auf dem Gebiet des Arbeiterschutzes, des Arbeitsnachweises, der Arbeitslosenfürsorge, der Arbeitszeit, des Tarifvertragswesens und des Koalitionsrechts bestehen würden.[83] Auf bürgerlicher Seite war es Ernst Francke, der im Sinne des sozialpolitischen Aktionsprogramms der "Gesellschaft für Soziale Reform" die Forderungen der Sozialdemokraten unterstützte und in manchen Details sogar noch ergänzte. Da nach seinen Zielvorstellungen Sozialpolitik neben Schutz und Hebung der Arbeiterschaft auch deren gleichberechtigte Eingliederung in die soziale und politische Ordnung miteinschloß, genügten ihm Maßnahmen zur besseren Gestaltung der Arbeitsbedingungen und der Selbsthilfe der Arbeiter nicht. Die Möglichkeit der Arbeiter zu einer freien und gegenüber ihren sozialpolitischen Kontrahenten gleichwertigen Vertretung ihrer Interessen hing für Francke vor allem vom Umfang ihrer Beteiligung an den gesetzlichen Körperschaften und Betriebsgremien ab. Daher verstand er unter "Mitwirkung der Arbeiter an den öffentlichen Aufgaben" sowohl die Einsetzung von Arbeiterausschüssen und Arbeitskammern als auch die Berufung von Arbeiterrepräsentanten in Gemeinde-, Kreis-, Provinzial-, Staatenvertretungen, in Selbstverwaltungskörperschaften und zentrale Verwaltungsstellen.[84] Das Junktim sozialer und politischer Mitspracherechte wird hier besonders deutlich, da Francke Gleichberechtigung im politischen sowie im sozioökonomischen Bereich als zwei Seiten derselben Sache auffaßte.

---

77 Thimmes das Thema Sozialdemokratie und Monarchie behandelnder Artikel erschien gleichzeitig mit dem Sammelwerk: Friedrich Thimme, "Suum cuique" (s. Anmerkung 73). Wie sehr der Autor beide Beiträge als ein einheitliches Ganzes begriff, unterstreicht die Tatsache, daß er die Sonderdrucke davon stets gemeinsam versandte; vgl. Thimme an Wahnschaffe [14. 8. 1915] (Brief Nr. 10); ferner Clemens Delbrück an Thimme, 1. 9. 1915; Engelbert Pernerstorfer an Thimme, 4. 10. 1915.

78 Darauf hat Thimme ausdrücklich hingewiesen: *AND*, S. 231.

79 Auf die mehr kulturpolitisch ausgerichteten Beiträge etwa von Schulz, Troeltsch und Natorp kann hier nicht näher eingegangen werden. Troeltsch maß beispielsweise der religiösen Frage in den damaligen innenpolitischen Auseinandersetzungen keine zentrale Bedeutung bei: Troeltsch an Thimme, o. D.

80 Tönnies, *AND*, S. 155; ähnlich Thimme, *a. a. O.*, S. 228.

81 Zimmermann, *a. a. O.*, S. 131 ff.

82 Vgl. Lensch, *a. a. O.*, S. 142 ff.; Tönnies, *a. a. O.*, S. 157.

83 Vgl. Legien, *a. a. O.*, S. 97; Heinemann, *a. a. O.*, S. 125 ff.; Schmidt, *a. a. O.*, S. 159 ff.; Umbreit, *a. a. O.*, S. 184 ff.

84 Francke, *a. a. O.*, S. 83 ff. Die Fortführung des Arbeiterausschußgedankens bei Jaffé, *a. a. O.*, S. 113.

Vergleicht man den von Bürgerlichen und Sozialdemokraten 1915 erarbeiteten sozialpolitischen Katalog mit dem 1918 veröffentlichten "Sozialprogramm" der Gewerkschaften,[85] so ergeben sich bemerkenswerte Affinitäten. Es war sicher kein Zufall, daß sich dieses Gewerkschaftsprogramm fast Punkt für Punkt auf die Thimme-Legien-Schrift berief und den Erläuterungsteil mit Zitaten aus der *Arbeiterschaft* einrahmte. Offensichtlich lag diesem Rückgriff die ernste Aufforderung an die Regierung zugrunde, doch endlich die Weichen ihrer Politik nach den Reformfahrplänen des Kursbuches von 1915 zu stellen.

Trotz aller auf Wahrung des geistigen Burgfriedens gerichteten Bemühungen fehlte es der Arbeitsgemeinschaft nicht an Reibungsflächen. Gerade den Vertretern des bürgerlichen Lagers fiel es zum Teil sehr schwer, sich von tradierten Denkschablonen zu lösen. Einige bürgerliche Autoren versäumten nicht, schulmeisterlich von der schlecht beratenen voraugustlichen Sozialdemokratie an die besser zu instruierende nationale Volkspartei zu appellieren. Eine solche Akzentuierung führte dann fast zwangsläufig zu Polemiken gegen Marx, dem der Staat und Nation in ihrer Bedeutung adäquater einschätzende Lassalle gegenübergestellt wurde.[86] Meineckes behutsame, aber in der Sache bestimmte Kritik an den "internationalen und pazifistischen Idealen" der SPD – Abrüstung, obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit, demokratische Kontrolle der Regierungen –, verbunden mit der Forderung nach Anerkennung einer in ihren Mitteln "energischen Machtpolitik",[87] bedeutete eine direkte Herausforderung an die bisherige außenpolitische Generallinie der Sozialdemokratie. Der beiderseits beschworene Geist der "Überbrückung" war eben nur bis zu einem bestimmten Punkt fixierbar, wiewohl die sozialdemokratischen Mitarbeiter des Buches mit sehr weitgesteckten Toleranzen arbeiteten. Sie erinnerten in ihren Artikeln an die Zeit, als die Arbeiterpartei und ihre Organisationen durch Umsturzvorlage, gesetzliche Ausnahmebestimmungen, staatsbürgerliche Diskriminierungen, organisationsfeindliche Regierungs- und Verwaltungsmaßnahmen verfemt und isoliert waren.[88] Aber aus der Perspektive des neuen Gemeinschaftsgefühls und des freigewordenen Patriotismus erschienen die leidvollen Erfahrungen der Vergangenheit in stark gedämpftem Licht. Statt in Anschuldigungen und Verdikte zu verfallen oder gar den literarischen Schauplatz zum Tribunal für die bürgerliche Gesellschaft werden zu lassen, waren die Sozialdemokraten bemüht, ihre nationale Loyalität, ihre Bereitschaft zur Kooperation und ihren Willen zur Revision ihrer Taktik und Phraseologie zu beteuern.[89] Angesichts dieses von Mentalreservation freien sozialdemokratischen Bündnisangebots wirkten die von bürgerlicher Seite vorgebrachten Bedenken, ob sich das Entgegenkommen gegenüber den Sozialdemokraten auch auszahle, stark ernüchternd. Schrieb doch Anschütz nach Abschluß des Buches: "Wir 'Bürgerlichen' haben . . . große Schritte nach links den Sozis entgegen getan, haben beide Hände zur Versöhnung ausgestreckt und den Andern so viel Anerkennung, Lob und verständnisvolle Freundschaftserklärungen gewissermaßen auf Vorschuß gespendet, daß man, wenn man das Buch durchgelesen hat u[nd] unter seinem Gesamteindruck steht, sich immerhin fragen darf, ob wohl all das mitgehende Vertrauen später gerechtfertigt u[nd] belohnt werden wird".[90] Diese Äußerung von Anschütz, der sich selbst in dieser Frage als "Optimist" hinstellte, muß zwar vor dem Hintergrund des die Bürgerlichen alarmierenden Zerfalls der sozialdemokratischen Parteieinheit gesehen werden, wirft aber doch ein bezeichnendes Licht auf den ambivalenten Charakter dieser bürgerlich-sozialdemokratischen Koalition, der sich späteren Allianzen mitteilen sollte.

---

85 *Sozialpolitische Arbeiterforderungen der deutschen Gewerkschaften. Ein sozialpolitisches Arbeiterprogramm,* im Auftrage der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands ausgearbeitet von Paul Umbreit, Berlin 1918.

86 Vgl. Oncken, *AND,* S. 4 ff.

87 Meinecke, *a. a. O.,* S. 22 ff.; ferner Meinecke an Thimme, 20. 4. 1915 (Brief Nr. 6).

88 Vgl. Noske, *AND,* S. 18; Scheidemann, *a. a. O.,* S. 60 f.; Legien, *a. a. O.,* S. 92; Heinemann, *a. a. O.,* S. 115 f.; Schmidt, *a. a. O.,* S. 159.

89 Vgl. insbesondere Hirsch, *a. a. O.,* S. 78; Heinemann, *a. a. O.,* S. 129 f.

90 Anschütz an Thimme, 13. 9. 1915. Vgl. auch Schmoller in seiner Besprechung der *AND* in: *Schmollers Jahrbuch . . .* , 40. Jg. (1916), S. 435: "Die bürgerlichen Teilnehmer haben, der Natur der Sache entsprechend, viel mehr Verständnis für die Ideen und Forderungen der anderen Seite".

Das Echo in der Öffentlichkeit

Nach dem Erscheinen des Sammelwerkes schrieb der Vorsitzende der "Gesellschaft für Soziale Reform" und ehemalige preußische Handelsminister Freiherr von Berlepsch dem Initiator des Unternehmens: "Abgesehen von dem bedeutenden Inhalt einiger Aufsätze muß die Tatsache des Zusammenarbeitens bürgerlicher u/nd/ soz/ial/demokratischer Autoren, in ihrer Parteibewegung hervorragender Personen von erheblichem Einfluß werden auf die künftigen Beziehungen der verschiedenen Klassen unseres Volks zu einander".[91] Zur gleichen Zeit äußerte Carl Legien die Hoffnung, daß "die Gedanken, die in dem Buche zum Ausdruck kommen, in weiten Volkskreisen Wurzel" fassen werden.[92] Eine Musterung der publizistischen Reaktionen auf das bürgerlich-sozialdemokratische Gemeinschaftsprodukt genügt sicher nicht, um die Frage nach der Berechtigung solcher Erwartungen ausreichend zu beantworten. Immerhin läßt sich aufgrund des Presseechos eine gewisse Vorstellung gewinnen von der Ansprechbarkeit der politischen Öffentlichkeit auf die Forderungen und Zielprojektionen, wie sie in der Thimme-Legien-Schrift vorgetragen wurden. Die ungemein breite Resonanz, die das "Zwanzigmänner-Buch" in der Tagespresse fand, spricht dafür, daß es sich bei dieser literarischen Neuerscheinung um ein Politikum ersten Ranges handelte. Das Spektrum der Meinungsäußerungen reichte von lebhafter Zustimmung bis zu schroff-unversöhnlicher Ablehnung, wobei sich ein deutliches Sympathiegefälle von links nach rechts abzeichnete.

Die als "Mitte" typisierbare politische Gruppierung – die Träger bzw. temporären Verbündeten der später in der zweiten Hälfte bzw. nach Beendigung des Krieges gebildeten parlamentarischen "Arbeitsgemeinschaften" – reagierte fast ausnahmslos positiv auf diesen literarischen Vorboten des "neuen Deutschland". Die liberalen Organe priesen das Buch als "Vorfrühling", ein "Symbol der kommenden Zeit", einen zur Nachahmung ermunternden Versuch, dessen politische Akzentuierung in die richtige Richtung weise.[93] Vorsichtig-attentistisch äußerte sich die *Kölnische Volks-Zeitung*, während die *Westdeutsche Arbeiter-Zeitung*, das Sprachrohr des "Volksvereins", sich warmherzig für das in dem Werk entwickelte sozialpolitische Reformprogramm engagierte.[94] Daß die Verfasser der Schrift "Arbeiterschaft" und "sozialdemokratische Arbeiterschaft" als identische Größen, geradezu als Synonyma, behandelten, wurde in der Zentrumspresse als Mißachtung der außerhalb der "sozialistischen Geisteswelt" stehenden Arbeiterkreise kritisiert.[95] Für die nationalliberalen Blätter lag die Bedeutung des Buches in der Hervorhebung des Gemeinschaftsgedankens, dessen Vertiefung und Verwirklichung gewissermaßen als innenpolitisches Kriegsziel apostrophiert wurde.[96]

Ein kühl-abweisender, zum Teil spöttisch-ironischer Ton kennzeichnet die Stellungnahmen der politischen Rechten und der Herr-im-Haus-Partei der Industrie. Hauptzielscheibe der Kritik waren für die Gralshüter des status quo nicht in erster Linie die sozialdemokratischen Mitarbeiter des Buches, sondern die angeblich von "naivem Optimismus" getragenen und mit mangelndem "Wirklichkeitssinn" ausgestatteten Professoren.[97] Sowohl die Tendenz der Schrift mit ihrer "einseitigen Begönnerung der Arbeiterschaft" als auch die dort vorgetragenen Leitgedanken stießen bei den Konservativen auf eiskalte Ablehnung. [98] Die Einreihung der Sozialdemokratie in die nationale Front wurde von der *Deutschen Arbeitgeber-Zeitung* als "praktisch selbstverständliche Haltung" hingestellt, die

---

91 Berlepsch an Thimme, 9. 9. 1915.

92 Legien an Thimme, 7. 9. 1915 (Brief Nr. 13).

93 Friedrich Naumann, "Im neuen Deutschland", in: *Die Hilfe*, 21. Jg. (1915), S. 592; *Frankfurter Zeitung* (Abendblatt), Nr. 241 vom 31. 8. 1915; *Berliner Tageblatt* vom 26. 8. 1915; *Vossische Zeitung*, Nr. 421 vom 19. 8. 1915.

94 *Kölnische Volks-Zeitung* vom 26. 9. 1915; *Westdeutsche Arbeiter-Zeitung*, Nr. 37 vom 11. 9. 1915.

95 *A. a. O.* Ferner Julius Bachem in: *Allgemeine Rundschau* (München) vom 31. 12. 1915. Eine Widerlegung der Einwände in: *Soziale Praxis*, 25. Jg. (1915), S. 30 f.

96 Vgl. *Nationalliberale Blätter*, Nr. 36 (1915), S. 852-857; *Kölnische Zeitung* vom 25. 8. 1915, wo Oncken in einem Geleitwort zu einem Teilabdruck seines *AND*-Beitrags eine Selbstinterpretation des Werkes gibt.

97 Vgl. *Deutsche Arbeitgeber-Zeitung* vom 22. 8. 1915; Frh. von Zedlitz und Neukirch, "Nicht 1848 Traum-, sondern Bismarcksche Reichspolitik", in: *Der Tag* (Berlin) vom 28. 10. 1915.

98 "Wie die nationale Einheit gefördert werden soll !", in: *Kreuzzeitung* vom 30. 8. 1915.

für die Änderung der sozialdemokratischen Parteigrundsätze absolut nichts beweise.[99] Eine Verständigung mit der SPD hielt man erst dann für möglich, wenn diese ihr Verhältnis zur Monarchie geklärt habe, d. h. auf den Boden des fest im "Deutschtum" verankerten monarchischen Gedankens getreten sei.[100] Der Hinweis der Verfechter des Herr-im-Haus-Standpunkts auf die monarchische Autorität im Staat, verbunden mit der schroffen Zurückweisung der gewerkschaftlichen "Wunschregister",[101] kann als Appell an die Reichsleitung gewertet werden, analog der Verweigerung von Mitspracherechten der Arbeiterschaft in der Wirtschaft sich auch im politischen Bereich nicht zu raschen Zugeständnissen verleiten zu lassen.

Dieses Mosaik divergierender Meinungen über das Sammelwerk, von dem sich Friedrich Thimme eine "Erleichterung der Neuorientierung unserer inneren Politik" versprochen hatte,[102] wird noch bereichert, wenn man die aus Sympathie und vorsichtiger Unverbindlichkeit legierte Haltung der Reichsleitung miteinbezieht. Im Kreis um Bethmann begrüßte man das Unternehmen als ein Zeichen wachsenden Strebens der Arbeiterschaft "nach praktischer Betätigung auf dem Boden der bestehenden Staatsordnung" und wertete die Zusammenarbeit führender Persönlichkeiten des bürgerlichen und sozialdemokratischen Lagers als einen Akt von "symptomatischer Bedeutung".[103] Zu durchgreifenden innenpolitischen Initiativen, zu einer den Konjunkturerwartungen der Arbeiterschaft entsprechenden Kurskorrektur fühlte man sich offensichtlich nicht aufgefordert. Die Regierung hielt eben an der alten Valuta fest, obwohl eine Währungsreform fällig gewesen wäre.

Nachwirkungen

Unter dem Eindruck dieser insgesamt recht ernüchternden Bilanz mochten manchem Arbeitsgemeinschaftler die Augen für die Schwächen und Mängel des Unternehmens aufgegangen sein. Noch vor dem Erscheinen des Buches hatte Heinemann – vermutlich vor allem im Hinblick auf die personelle Konfiguration – von einem "nicht voll gelungenen Versuch" gesprochen,[104] um ein Jahr später in diese implizite Kritik auch den ungenügenden gedanklichen Tiefgang des Werkes miteinzubeziehen. Zwei weitere, ebenfalls vom Ziel einer inneren Neugestaltung Deutschlands her konzipierte bürgerlich-sozialdemokratische Sammelschriften sollten zur Fortführung der begonnenen "Gemeinsamkeitsarbeit" beitragen. So erschienen 1916 das zweite von Friedrich Thimme herausgegebene Sammelwerk *Vom inneren Frieden des deutschen Volkes*[105] und die von Alfred Bozi und Hugo Heinemann edierte Aufsatzsammlung *Recht, Verwaltung und Politik im Neuen Deutschland*.[106] Während das zweite Thimme-Buch noch stärker als die *Arbeiterschaft* den Gemeinsamkeitsstandpunkt herauszustellen bemüht war,[107] ging die von Bozi-Heinemann betreute Sammlung das Problem von der konkreteren Frage der Neugestaltung der Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege an. Abgesehen von der thematischen Ausweitung war das Spektrum der Mitarbeiter nun auch durch

---

99 *Deutsche Arbeitgeber-Zeitung* vom 22. 8. 1915; vgl. auch Heydebrands Zweifel an der grundsätzlichen Wandlungsfähigkeit der Sozialdemokratie: Heydebrand an Thimme, 26. 9. 1915 (Brief Nr. 14). Ähnlich Graf Westarp, *Konservative Politik im letzten Jahrzehnt des Kaiserreiches*, Bd 2, Berlin 1935, S. 286.

100 *Deutsche Arbeitgeber-Zeitung* vom 22. 8. 1915.

101 *Deutsche Arbeitgeber-Zeitung* vom 12. 9. 1915 (mit Zitaten aus der "Deutschen Volkswirtschaftlichen Korrespondenz").

102 Thimme an Metz, 16. 6. 1915.

103 Clemens Delbrück an Thimme, 1. 9. 1915; ähnlich Wahnschaffe an Thimme, 20. 8. 1915 (Brief Nr. 11).

104 Vgl. Heinemann an Thimme, 30. 5. 1915 und 26. 5. 1915.

105 *Vom inneren Frieden des deutschen Volkes. Ein Buch gegenseitigen Verstehens und Vertrauens*, hrsg. von Friedrich Thimme, Verlag S. Hirzel, Leipzig 1916.

106 *Recht, Verwaltung und Politik im Neuen Deutschland.* Hrsg. von Alfred Bozi und Hugo Heinemann, Verlag Ferdinand Enke, Stuttgart 1916.

107 Charakteristisch dafür sind die Kapitelüberschriften: "Friede unter den Weltanschauungen", "Friede unter den Konfessionen und kirchlichen Parteien", "Friede unter den Klassen und Berufsständen", "Friede unter den politischen Parteien", "Friede unter den Nationalitäten".

Repräsentanten verschiedener bürgerlicher Parteien und Interessengruppen bereichert.[108] Von sozialdemokratischer Seite hatte man die Schranken gegenüber den ausgesprochenen "Revisionisten" aufgehoben.[109] Ob diese Öffnung nach rechts, mit der ein Verzicht auf Respektierung bestimmter sozialdemokratischer Prinzipienvorbehalte seitens der bürgerlichen Autoren parallel lief,[110] als Fortschritt oder Einengung des sozialdemokratischen Aktionsspielraums anzusehen ist, muß offen bleiben. Unmittelbare innenpolitische Impulse haben auch die beiden literarischen Vorstöße des Jahres 1916 nicht ausgelöst. Schon 1915 hatte sich zwischen den in der *Arbeiterschaft* literarisch manifestierten Hoffnungen, Wünschen, Idealen und dem politischen Außenklima ein krasses Mißverhältnis offenbart. Angesichts der langen Dauer des Krieges, des Immobilismus der Regierung und der allmählich zerfallenden Burgfriedensfront mußte sich ein Jahr später der Gegensatz von postuliertem Einheits- und Reformwillen und einer im Soll an Reformen stehenden Wirklichkeit noch schärfer in das Bewußtsein der Zeitgenossen heben.[111]

Es kann nicht Aufgabe dieser Studie sein, den mannigfachen Wirkungsausläufern des geistigen Brückenschlags von 1915 nachzugehen, zumal eine solche Analyse mit erheblichen methodischen und quellenmäßigen Schwierigkeiten verbunden wäre.[112] Immerhin deutet die Tatsache, daß in dem 1917 gegründeten "Volksbund für Freiheit und Vaterland" auch Vertreter der Arbeitsgemeinschaft von 1915 – Legien, Francke, Troeltsch, Thimme, Meinecke, Oncken, Anschütz – unter der programmatischen Forderung einer auf breiter Basis durchzuführenden Reformpolitik mitwirkten,[113] auf eine personelle wie konzeptionelle Fortwirkung hin. Doch bedarf diese Frage ebenso wie die der Kontinuität zwischen der 1915er-Arbeitsgemeinschaft und der Weimarer Koalition[114] resp. der Unternehmer-Gewerkschaftsallianz vom November 1918[115] einer eingehenden Prüfung, die im Rahmen dieses Beitrags nicht geleistet werden kann. Immerhin scheint im Licht der bisherigen Ergebnisse die Feststellung berechtigt, daß die Allianz von 1915 spezifische Wesenselemente, Verhaltensmuster und Probleme der während des Umbruchs entstandenen bzw. präfigurierten Arbeitsgemeinschaften antizipiert hat. Wenn man berücksichtigt, daß die nach dem Prinzip der Parität gebildete Arbeitsgemeinschaft gewissermaßen als Ersatzlösung in einer durch Inaktivität und Impotenz der politischen Führung gekennzeichneten Situation ins Leben trat, daß sie ihre inneren Gegensätze und konstitutionellen Schwächen mit einer

---

108 Zum bürgerlichen Autorenteam des Thimme-Buches gehörten u. a. Naumann (FVP), Schoenaich-Carolath (NL), Julius Bachem (Z), August Pieper ("Volksverein"), Stegerwald (Christliche Gewerkschaften), Otto von Dewitz (Freikons.), Dietrich von Oertzen (Kons.). Die "Unternehmerseite" wurde vertreten von: Walther Waldschmidt/Berlin, Vorstandsmitglied der L. Loewe A. G., und Fritz Roeßler/Frankfurt a.M., Direktor der Gold- und Silberscheide-Anstalt.

109 Mit Fendrich, Peus, Schippel, Kolb, Heine waren fast ausschließlich als Revisionisten eingestufte Sozialdemokraten an dem Thimme-Buch beteiligt. Am Bozi-Heinemann-Projekt war die rechte Mitte stärker vertreten.

110 Thimme warb in seinem Schlußwort ganz offen für das "soziale Kaisertum" (*Vom inneren Frieden . . .*, S. 569 ff.), wozu allerdings Kolbs Avancen ermuntern konnten (*a. a. O.*, S. 454).

111 Vgl. die kritischen Anmerkungen zu den beiden Büchern in: *Correspondenzblatt*, 26. Jg. (1916), S. 355 und 409.

112 In diese Betrachtung müßten beispielsweise die diversen im Weltkrieg gebildeten "Gesellschaften" einbezogen werden.

113 Zum "Volksbund" vgl. neuerdings Dirk Stegmann, *Die Erben Bismarcks. Parteien und Verbände in der Spätphase des Wilhelminischen Deutschlands. Sammlungspolitik 1897-1918*, Köln-Berlin 1970, S. 509 ff.

114 Die Behauptung Meineckes, der "Volksbund" sei Vorläufer der Weimarer Koalition gewesen, müßte erst einmal näher untersucht werden; vgl. Friedrich Meinecke, *Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen*, Wiesbaden 1946, S. 48.

115 Gerade im Hinblick auf das Stinnes-Legien-Abkommen wird der Kontinuitätsnachweis besonders schwierig. Weder die gehässigen Reaktionen der *Deutschen Arbeitgeber-Zeitung* gegen das Werk noch die Tatsache, daß an dem zweiten Thimme-Buch zwei Vertreter der Unternehmerschaft beteiligt waren, können als sicheres Indiz für oder gegen die Kontinuität gewertet werden. Hier müßten die wichtigen Arbeiten von Feldman ergänzt werden; vgl. Gerald D. Feldman, *Army, Industry and Labor in Germany 1914-1918*, Princeton 1966; ders., "German Business Between War and Revolution: The Origins of the Stinnes-Legien-Agreement", in: *Entstehung und Wandel der modernen Gesellschaft. Festschrift für Hans Rosenberg zum 65. Geburtstag.* Hrsg. von Gerhard A. Ritter, Berlin 1970, S. 312 ff.

die Konfliktmomente und Kontroversfragen überspielenden Taktik zu meistern suchte, so ist es sicher angängig, diese geistige Allianz als eine Frühform der später konstituierten Arbeitsgemeinschaften zu begreifen.

Mit Recht wird in den neueren Forschungen zur Geschichte des Wilhelminismus und der Weimarer Republik betont, daß zu den schwersten vom Kaiserreich übernommenen Hypotheken der Mangel an innerer Integration gehörte. Von daher erhebt sich die Frage, ob die Arbeitsgemeinschaft von 1915 die Fähigkeit besaß, als Integrationselement zu wirken. Zweifellos hat diese bürgerlich-sozialdemokratische Koalition einen wesentlichen Beitrag zum Abbau gegenseitiger Vorurteile und zur Auflockerung der ideologischen Frontstellungen geleistet. Doch diese positiven Ansätze wurden im Resultat durch gegenläufige Faktoren zum Teil wieder neutralisiert. Dabei erhält zunächst der eingangs erwähnte Einwand Gewicht, daß mit den Gelehrtenpolitikern nicht die den politischen Entscheidungsprozeß beeinflussenden Repräsentanten der "maßgebenden bürgerlichen Schichten" gebunden waren.[116] Ferner hat der die divergierenden Interessen und inneren Gegensätze überdeckende Harmoniegedanke den Autoren weitgehend den Blick für die vielfältigen Triebkräfte und Strömungen, die tatsächlichen Gruppen- und Machtverhältnisse im politischen Bereich verstellt. Weiterhin zeigt die Rezeption des Werkes durch die sozialdemokratische Öffentlichkeit, daß die Arbeitsgemeinschaft weniger integrierend als desintegrierend gewirkt hat. Als sich die Arbeiten an dem Buch ihrem Abschluß näherten, war die innere Einheit der SPD schon stark von Auflösungserscheinungen bedroht. Unter dem Eindruck zunehmender Spannungen drängten Heinemann, Legien und Scheidemann seit Mitte Mai 1915 auf das rasche Erscheinen des Werkes, um "unseren parteigenössischen Quertreibern das Handwerk" zu legen.[117] Am 17. Juni richtete Heinemann die dringende Mahnung an Thimme: "In der sozialdemokratischen Partei finden derartig wüste Quertreibereien statt und sind einige wenige Personen, die aber durch ihre Lungenkraft wirken, derartig rührig an der Arbeit, daß jeder, der es mit unserem Vaterland gut meint, alles thun muß, um dem Treiben ein Ende zu machen. Deshalb müssen wir, da unser Buch zweifellos wirken wird, so schleunig wie möglich heraus. Sie denken naturgemäß an die Wirkung gegen rechts, ich an die gegen links".[118] Diese Auffassung, die sich noch durch zahlreiche ähnliche Äußerungen erhärten ließe,[119] macht deutlich, daß dem Buch die doppelte Funktion zugedacht war, einerseits die Politik der kooperationswilligen, burgfriedlich gestimmten Mehrheit zu stützen, andererseits die oppositionellen Elemente in der Partei zu isolieren.

Die Bürgerlichen akzeptierten dieses Rollenkonzept, wenngleich sie ihm noch eine ihrem Selbstverständnis und eigenen Sicherheitsbedürfnis entsprechende Akzentuierung gaben. Es lag ganz in ihrem Sinn, mit dieser Schrift, die nach Thimmes Ansicht "die breiten Massen der Sozialdemokratie bei dem Standpunkt der Reichstagsfraktion festhalten" sollte,[120] die Position der "Verständigen wie Heinemann, Scheidemann u[nd] die Gewerkschaftler" gegen die "radikale Opposition" zu stärken.[121] Über die Bedenken, daß man sich mit dem Werk "nutzlos und sinnlos" exponiere, eine Wirkung angesichts des sozialdemokratischen Radikalisierungsprozesses nur noch von links erwartet werden könne,[122] tröstete Anschütz seine bürgerlichen Kollegen mit der freimütigen Bemerkung hinweg: "Die rechtsstehenden Blätter werden schimpfen. Wenn unsere Aktion zur Sprengung der sozialdemokratischen Partei beitragen sollte, wäre das ihr schönster Erfolg".[123] Wenn auch eine direkte Identifizierung der sozialdemokratischen Mitarbeiter mit dieser Auffassung nicht nachweisbar ist, so bestätigen doch manche Andeutungen in dieser Richtung, daß die Sozialdemokraten bei ihrem Be-

116 Vgl. Rudolf Hilferding, "Arbeitsgemeinschaft der Klassen? ", in: *Der Kampf*, 8. Jg. (1915), S. 324, 329. Ähnlich *Zeitschrift für Sozialwissenschaft* (Leipzig), H. 6/7 (Besprechung der *AND*).

117 Heinemann an Thimme, 18. 5. 1915.

118 Heinemann an Thimme, 17. 6. 1915.

119 Vgl. Heinemann an Thimme, 20. 5., 30. 5., 7. 6., 15. 6. 1915.

120 Thimme an Metz, 16. 6. 1915.

121 Anschütz an Thimme, 25. 6. 1915 (Brief Nr. 9).

122 Troeltsch an Thimme, 22. 6. 1915 (Brief Nr. 8) und 30. 6. 1915.

123 Anschütz an Thimme, 30. 6. 1915.

mühen, mit dem Gemeinschaftswerk die radikale Strömung abzufangen, das Konfliktrisiko, d. h. die weitere Aufreißung der innerparteilichen Front, bewußt einkalkulierten. Der Versuch, mit Hilfe einer bürgerlich-sozialdemokratischen Allianz alternative politische Konstellationen und Entwicklungen abzuwehren, erinnert daran, daß die 1918/19 gebildeten Arbeitsgemeinschaften ähnliche Funktionen zu erfüllen hatten. Damit scheint ein weiteres, die frühe Allianz mit den späteren Arbeitsgemeinschaften verbindendes Merkmal freigelegt.

Die Reaktionen auf die *Arbeiterschaft* in der sozialdemokratischen Presse verstärken den Eindruck, daß das Werk den innerparteilichen Polarisierungsprozeß nachhaltig beeinflußt hat. Die Gewerkschaften als die Hauptadressaten der literarischen Veranstaltung nahmen diesen Brückenschlag "zwischen Herrenhaus und Gewerkschaftshaus"[124] in ihrer Mehrheit mit Sympathie, Lob und Anerkennung auf. "Ein höchst beachtenswertes Werk, einzig in seiner Art", "ein lehrreiches und zum Nachdenken anregendes Buch", eine eindrucksvolle "Programmschrift für die zukünftige Gestaltung unseres innerpolitischen Lebens", "eine bedeutende politische Tat", so lauteten die Kommentare in den meisten Gewerkschaftsorganen.[125] Obwohl es nicht an Warnungen vor übertriebenen Hoffnungen fehlte,[126] gab man sich allgemein optimistisch. Sicher stehe der Test auf diese Offerte guten Willens noch aus, meinte das *Correspondenzblatt,*[127] und die *Konsumgenossenschaftliche Rundschau* wandte ein: "Allerdings macht es das gemeinsame Bücherschreiben allein nicht. Die Hauptsache ist das Zusammenwirken in der Praxis".[128] *Der Grundstein* erfaßte wohl am besten den doppelten Auftrag der Schrift, wenn er schrieb: "Das Buch ist ein Schrei an die heutigen Lenker des Staates, der Sozialdemokratie und der Arbeiterschaft die staatliche Gleichberechtigung und die Mitwirkung auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens nicht mehr länger zu versagen. Es ist aber auch ein Schrei an die sozialdemokratische Arbeiterschaft, die positive Mitarbeit an den Aufgaben des Staates und an der Umgestaltung unseres Wirtschaftslebens nicht abzulehnen".[129]

Der *Vorwärts,* die *Leipziger Volkszeitung* und die oppositionellen Gewerkschaftsorgane trafen sich in der schroffen Ablehnung dieses "literarischen Vorboten der künftigen Kooperation der Klassen".[130] Den Verfechtern der "prinzipiellen Auffassung" erschien das Werk geradezu als literarische Manifestation der "Kriegsideologie" der "sozialpatriotischen" Kreditbewilliger, mit der die Arbeiterschaft ins Schlepptau der bürgerlichen Klassen und der Regierung gebracht werden solle.[131] Daß die sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaftler den Klassenkampf nur noch als ein Vehikel zur Durchsetzung staatsbürgerlicher Gleichberechtigung auffaßten und die sozialistische Internationale auf eine "zweckmäßige Veranstaltung zur besseren Vertretung" sozialpolitischer Forderungen auf internationalem Felde reduzierten,[132] war in den Augen der Prinzipienverteidiger ein untrügliches Zeichen eines in der Partei zunehmend um sich greifenden Opportunismus. Hilferding spannte die Sozialdemokratie auf das Prokrustesbett des dogmatischen Purismus, indem er generell jede Zusammenarbeit mit anderen Klassen verwarf. Denn Arbeitsgemeinschaft – das bedeute Verzicht auf das "grundsätzlich Scheidende". Das wirklich die Klassen Trennende "ist heute nicht Sozialreform und nicht die Be-

---

124 Diesen Ausdruck gebrauchte *Die Welt am Montag* (Berlin), Nr. 36 vom 6. 9. 1915.

125 Vgl. *Deutscher Maschinist und Heizer,* Nr. 19 vom 10. 9. 1915; *Metallarbeiter-Zeitung,* Nr. 1 vom 1. 1. 1916; *Holzarbeiter-Zeitung,* Nr. 23 vom 4. 9. 1915; *Vereins-Anzeiger,* Nr. 37 vom 11. 9. 1915; *Der Grundstein,* Nr. 37 vom 11. 9. 1915.

126 Vgl. *Holzarbeiter-Zeitung,* Nr. 38 vom 18. 9. 1915 (mit Hinweis auf die *Deutsche Arbeitgeber-Zeitung*).

127 *Correspondenzblatt,* 25. Jg. (1915), S. 465 f.

128 *Konsumgenossenschaftliche Rundschau,* Nr. 36 vom 4. 9. 1915.

129 *Der Grundstein,* Nr. 37 vom 11. 9. 1915.

130 So Hilferding in seiner Besprechung des Buches, die im *Vorwärts* vom 12. - 14. 10. 1915 und im *Kampf* erschien; hier zitiert nach Rudolf Hilferding, "Arbeitsgemeinschaft der Klassen? ", in: *Der Kampf,* 8. Jg. (1915), S. 323.

131 Vgl. *Der Kürschner,* Nr. 20-22 vom 2., 16., 30. 10. 1915. Ähnlich *Deutschland im Ersten Weltkrieg,* Bd 2 (Januar 1915 bis Oktober 1917), hrsg. von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Willibald Gutsche, [Ost-]Berlin 1968, S. 270 f., mit der terminologischen Pejoration der "Sozialpatrioten" zu "Sozialchauvinisten".

132 Hilferding, "Arbeitsgemeinschaft . . .", S. 328, mit Hinweis auf Winnigs Artikel, *AND,* S. 32 ff.

stätigung von Schöffen und Stadtverordneten, ja nicht einmal die preußische Wahlreform, sondern die Stellung zur Staatsmacht, die Frage: Machtpolitik und Imperialismus oder Demokratie und Sozialismus".[133] Demgegenüber behaupteten die Verteidiger des Gemeinschaftsunternehmens, es sei typisch für die im "Reich der reinen Idee" wandelnden "Schwarzweiß-Politiker und -Theoretiker", wenn sie Berührungspunkte und Gemeinsamkeiten der Interessen zwischen der Arbeiterklasse und anderen Klassen negierten und Arbeitsgemeinschaften im Sinne eines Verzichts auf Weltanschauungen interpretierten. Ein gemeinsames Zusammenwirken mit anderen Parteien oder Gruppen sei möglich, notwendig und keineswegs ein Verrat am marxistischen Dogma. Wer statt Kooperation und Mitverantwortung Isolation und Abstinenz fordere, verurteile die Arbeiterschaft zur absoluten Einflußlosigkeit und setze ihre politische Zukunft aufs Spiel.[134] Die Tiefe des Grabens zwischen beiden Lagern zeigte sich nicht nur in der Schärfe der Auseinandersetzungen,[135] sondern auch im Übergreifen auf das rein persönliche Gebiet. Die *"Leipziger"* und Mehring versuchten, mit Angriffen gegen Friedrich Thimme als Historiker und Repräsentanten der "Klasseninstitution" Herrenhaus gleichzeitig die sozialdemokratischen Mitarbeiter am Sammelwerk zu diskreditieren und als "Verbrecher" abzustempeln.[136] Thimme hatte sicher recht, wenn er im Hinblick auf die analoge Taktik, mit der die Rechte und die Linke gegen ihre "Klassenvertreter" am Gemeinschaftswerk vorgingen, von einer geistigen Arbeitsgemeinschaft der Gegner sprach.[137]

Die Auseinandersetzungen um das Buch in der sozialdemokratischen Presse, die die vorhandenen Spannungen zwischen Mehrheit und oppositioneller Minderheit zusätzlich intensivierten, machen deutlich, daß die bürgerlich-sozialdemokratische Allianz von 1915 eher die Erosionstendenzen innerhalb der Partei gefördert als vermindert hat. Ob die Zugeständnisse der sozialdemokratischen Koalitionspartner nach rechts den Verlust nach links rechtfertigten, ist ein entscheidendes Interpretationsproblem und kann nur im Zusammenhang mit der politischen Gesamtentwicklung im Ersten Weltkrieg beurteilt werden. Maßgebend aber für die Verhärtung und Vertiefung der inneren Fronten war vor allem die Haltung der Regierung, an deren Konzessionswillen gegenüber den sozialdemokratischen Forderungen Hans Delbrück damals nachdrücklich appellierte.[138] Da es nach den Worten Legiens "auf die Tat und zwar nicht gelegentlich, sondern dauernd" ankam,[139] die Regierung sich jedoch zu einer durchgreifenden Reformpolitik nicht entschließen konnte, mußte die auf Burgfrieden und nationale Kollaboration hinarbeitende sozialdemokratische Mehrheit zunehmend in ein innerparteiliches Dilemma geraten. Daß der Annäherung der bürgerlichen und sozialdemokratischen Kräfte keine einschneidenden Reformmaßnahmen parallel liefen und auf diese Weise die Dominanz der politischen Rechten in den Entscheidungszentren ungebrochen blieb, hat die Integrationsfähigkeit der Arbeitsgemeinschaft zusätzlich beeinträchtigt und, insgesamt gesehen, die Chancen für die Durchsetzung einer Politik der Mitte entscheidend verringert.

---

133 Hilferding, "Arbeitsgemeinschaft . . .", S. 329.

134 Vgl. *Correspondenzblatt*, 25. Jg. (1915), S. 477-480; August Winnig, "Zum Streit ums Buch der Zwanzig", *a. a. O.*, S. 485 - 487; Hugo Lindemann, "Arbeitsgemeinschaften", in: *Sozialistische Monatshefte*, 21. Jg. (1915), Bd 3, S. 1217 - 1222; Engelbert Pernerstorfer, "Klassengegensatz und Arbeitsgemeinschaft", in: *Das freie Wort*, 15. Jg. (1915), S. 391 ff.

135 Der *Vorwärts* und das *Correspondenzblatt* lieferten sich harte Wortgefechte; vgl. *Correspondenzblatt*, 25. Jg. (1915), S. 487. Eine vermittelnde Position bezog Adolf Braun, "Das Buch der Zwanzig", in: *Die Neue Zeit*, 33. Jg. (1915), Bd 2, S. 787 - 797. Braun sah in dem Buch weder einen "Markstein" in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung noch einen "Felsblock, der in die Wege der Arbeiterbewegung gerollt ist, so daß sie dauernd andere Bahnen einschlagen muß" (*a. a. O.*, S. 789).

136 Vgl. Ernst Heilmann an Heinemann, 26. 11. 1915, ferner die Rezensionsbelege des Pressestreits Mehring-Thimme/Scheidemann.

137 Vgl. ebda.

138 Vgl. Hans Delbrück in: *Preußische Jahrbücher*, 162. Bd (1915), S. 164 (Besprechung der *AND*).

139 Legien an Francke, 8. 1. 1916 (Nachlaß Ernst Francke, Bd 1, Bundesarchiv Koblenz).

Inhaltsverzeichnis:

Dr. Hermann Oncken, o. Professor an der Universität Heidelberg: Die Deutschen auf dem Wege zur einigen und freien Nation

Gustav Noske, M. d. R., Redakteur der Volksstimme in Chemnitz: Der Krieg und die Sozialdemokratie

Dr. Friedrich Meinecke, Geheimer Regierungsrat, o. Professor an der Universität Berlin: Sozialdemokratie und Machtpolitik

August Winnig, Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, Zweiter Vorsitzender des Deutschen Bauarbeiterverbandes: Der Krieg und die Arbeiter-Internationale

Dr. Gerhard Anschütz, Geheimer Justizrat, o. Professor an der Universität Berlin: Gedanken über künftige Staatsreformen

Philipp Scheidemann, M. d. R., Sekretär im Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin: Zur Neuorientierung der inneren Politik

Paul Hirsch, M. d. A., Stadtverordneter in Charlottenburg: Gemeindeverfassung

Prof. Dr. Ernst Francke, Stadtrat, Leiter des Bureaus für Sozialpolitik, Herausgeber der Sozialen Praxis, Berlin: Die Mitwirkung der Arbeiter an den öffentlichen Aufgaben in Deutschland

Carl Legien, M. d. R., Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Berlin: Die Gewerkschaften

Dr. Edgar Jaffé, a. o. Professor an der Universität München: Die Vertretung der Arbeiterinteressen im neuen Deutschland

Dr. Hugo Heinemann, Rechtsanwalt beim Kammergericht Berlin: Vom Arbeiterrecht nach dem Kriege

Prof. Dr. Waldemar Zimmermann, Privatdozent an der Universität Berlin: Verbrauchswirtschaft und Arbeiterbewegung nach dem Kriege

Dr. Paul Lensch, M. d. R., Neubabelsberg: Die Neugestaltung der Wirtschaftsordnung

Dr. Ferdinand Tönnies, o. Professor an der Universität Kiel: Die Sozialpolitik nach dem Kriege

Robert Schmidt, M. d. R., Leiter der Sozialpolitischen Abteilung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Berlin: Neue Wege in der Sozialpolitik

Dr. D. Ernst Troeltsch, Geheimer Regierungsrat, o. Professor an der Universität Berlin: Die Kirchen- und Religionspolitik im Verhältnis zur Sozialdemokratie

Paul Umbreit, Redakteur des Korrespondenzblattes der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Berlin: Die Arbeitslosenfürsorge und der Krieg

Dr. Paul Natorp, o. Professor an der Universität Marburg: Die Wiedergeburt unseres Volkes nach dem Kriege

Heinrich Schulz, M. d. R., Vorsitzender des Zentral-Bildungsausschusses der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin-Steglitz: Die Schule nach dem Kriege

Dr. Friedrich Thimme, Bibliotheksdirektor des Herrenhauses, Berlin: Gemeinsame Arbeit, der Weg zum inneren Frieden

---

Aus einem Verlagsprospekt vom 10. August 1915.

DOKUMENTATIONSTEIL

Editionsgrundsätze

Bei den nachfolgend abgedruckten Briefen handelt es sich – mit einer Ausnahme (Brief Nr. 10) – um Originale. Um die Dokumente in ihrem ursprünglichen Charakter zu erhalten, wurde von einer Modernisierung der Orthographie und Interpunktion abgesehen; dabei mußten die Inkonsequenzen der Briefschreiber in Kauf genommen werden. Lediglich die Briefköpfe (Namen, Orts- und Datumsangabe) wurden einheitlich gestaltet. Die textkritischen Anmerkungen sind durch Buchstaben von den durch Ziffern gekennzeichneten kommentierenden Annotationen abgehoben.

1.
Hermann Oncken an Friedrich Thimme

Heidelberg, 2. 3. 1915

Lieber Herr Thimme,

herzlichen Dank für Ihren Brief.

Ich komme in der nächsten Woche nach Berlin und hoffe dann mit Ihnen sprechen zu können. Jaffé will mich etwa am 16/17 März in Heidelberg aufsuchen; ich will dann mündlich mit ihm verhandeln.

Die beiden von Ihnen bezeichneten Broschüren von Heine[1] und Heinemann[2] habe ich mit Befriedigung gelesen. Haben Sie auch den Artikel[a] von Heine in der Fr[an]kf[urter] Zeitung vom 27/2[3] gesehen?

Man sollte auch mit praktischen Politikern überlegen, welche Forderungen der S[ozial]D[emokratie] zu bewilligen sind, um sie auf den von Ihnen verlangten Fuß der staatsbürgerlichen Rechtsgleichheit zu bringen.

Politisch müßte man sehen, daß man einen vorurteilsfreien gemäßigten konservativen oder rechtsliberalen für die Sache erwärmt. Die Linksliberalen hat man so wie so; ihre starke Mitwirkung würde natürlich rechts den Verdacht parteipolitischen Geschäftemachens erwecken; also kann man sie sich sparen.

Bernstein ist augenblicklich wohl auf falschem Pferd; hat auch nicht viel Einfluß. Zu Südekum hat mein Schwager Dr. A[ugust] Weber, Direktor der Mitteld[eutschen] Kreditbank und früherer Nat[ional]L[iberaler] M.d.R. (Mitgl[ied] d[es] Zentralvorstandes d[er] N[ational]Lib[eralen]Partei)[b] [4] Beziehungen.

Ob ein Mann wie Posadowsky wohl mittun würde?

Vorläufig dies in Eile, bis zu unserer mündlichen Besprechung.

Stets Ihr HOncken

Der Brief von Heinemann[5] liegt bei.

---

a "Artikel" korrigiert aus "Leitart[ikel]".

b Anmerkung Onckens: "Schicken Sie ihm doch auf meine Veranlassung den Artikel [gemeint ist wohl Thimmes Artikel; vgl. dazu Brief Nr. 6, Anmerkung 1] zu".

1 Wolfgang Heine, *Kultur und Nation*, Druck und Verlag Landgraf & Co, Chemnitz o. J. Für die kritische Aufnahme der Broschüre in der SPD vgl. *Das Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten Eduard David 1914 bis 1918*. In Verb. mit Erich Matthias bearb. von Susanne Miller, Düsseldorf 1966 (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Reihe 1, Bd 4), S. 48, 52 f., 59.

2 Hugo Heinemann, *Die sozialistischen Errungenschaften der Kriegszeit*, Druck und Verlag Landgraf & Co, Chemnitz o. J.

3 Wolfgang Heine, "Auf dem Wege zur Einheit", in: *Frankfurter Zeitung* (Erstes Morgenblatt), Nr. 59 vom 28. 2. 1915.

4 August Weber nahm Verbindung mit Südekum auf; vgl. Weber an Thimme, 14. und 17. 3. 1915.

5 In seinem Brief an Oncken vom 25. 2. 1915 schrieb Heinemann:

Hochgeehrter Herr!

Herzlich danke ich Ihnen für Ihr Schreiben. Ich bin gern zur Mitarbeit an der Broschüre bereit. Wenn der Plan greifbare Gestalt annimmt, so bitte ich dies mir freundlichst mitzuteilen. Ich setze mich dann sofort mit meinem Freunde in Verbindung. Mir sagt der Plan ganz außerordentlich zu.

Mit größter Hochachtung

Ihr sehr ergebener
H. Heinemann

2.
Hugo Heinemann an Friedrich Thimme

Berlin, 6. 3. 1915

Hochgeehrter Herr!

Auf Grund Ihres freundlichen Briefes habe ich sofort mit Heine telephonirt. Er ist noch nicht sicher, ob er Zeit hat, da er eine größere Arbeit in Angriff zu nehmen beabsichtigt. Er weiß auch nicht sicher, ob Südekum jetzt Zeit hat. Heine wird – das nehme ich als sehr wahrscheinlich an – sich bei unserer Rücksprache zur Mitarbeit entschließen. Er ist an sich der Idee sehr zugeneigt und da er sehr fleißig ist, wird er trotz seiner eigenen Arbeit dazu noch Zeit finden, besonders wenn ich ihm zurede. Ich möchte Ihnen noch den dringenden Rat geben, einen Gewerkschaftler oder mehrere hinzuzuziehen. Einmal der Sache wegen, sodann aber auch, weil es für meine Partei von großer Wirkung ist, wenn ein Gewerkschaftler oder einige dabei sind. Diese haben die reale Macht hinter sich. Und ich habe es in den Jahrzehnten, in denen ich in der Partei stehe, immer wahrgenommen: Vor den Gewerkschaften streichen die Radikalen in der Partei am schnellsten die Segel. Denn dagegen können sie nichts thun. Denn die Gewerkschaften, wenn sie nur energisch wollen, haben alle Trümpfe in der Hand. Darum ist es mir jetzt von größtem Wert und bietet die glücklichste Gewähr für die Zukunft, daß die Generalkommission mit eiserner Entschlossenheit darauf besteht, daß die Gelegenheit benutzt wird, um für die Arbeiter etwas herauszuholen nach dem Kriege, und sich nicht wieder von denen, denen nichts unangenehmer ist, als daß etwas positives erreicht wird und es den Arbeitern im Gegenwartsstaat möglichst gut geht, die Sache verderben zu lassen. Diesmal – davon bin ich überzeugt, wird die Generalkommission vor den radikalen Phrasen nicht Halt machen, sondern praktische Erfolge durchsetzen wollen. Alle meine Freunde in der Generalkommission sind sich

darin einig. Legien hielt neulich einen ganz brillanten Vortrag vor den Gewerkschaftsfunktionären nach dieser Richtung hin, der in Hundertausenden von Exemplaren unter den Gewerkschaftlern verbreitet werden soll.[1] Ich schlage Ihnen – Heine ist ganz meiner Ansicht – vor, zu der von Ihnen geplanten Besprechung Gewerkschaftler einzuladen. Es kommen z. B. m. E. in Betracht:

August Winnig, der zweite Vorsitzende des Bauarbeiterverbandes, Hamburg, Wallstr[aße] 1, – seinen von mir in den sozialistischen Monatsheften citirten Aufsatz[2] haben Sie wohl gelesen, er ist ausgezeichnet – eventuell der Herausgeber des Korrespondenzblattes Umbreit Engel-Ufer 15 (Generalkommission) oder Reichstagsabgeordneter Robert Schmidt ebenda. Vielleicht ist auch Legien bereit, was besonders empfehlenswert wäre. Die Anwesenheit der Beteiligten in Berlin in nächster Woche bei Gelegenheit der Reichstagsverhandlungen bietet ja günstige Gelegenheit. Dann ist ja auch Lensch zu haben. Von Politikern kämen weiter in Betracht:

Landtagsabgeordneter Haenisch, vom Reichstag: Scheidemann, Kolb, Rechtsanwalt Landsberg. Aber die Gewerkschaftler scheinen mir besonders wichtig.

In vorzüglicher Hochachtung

Ihr sehr ergebener

H. Heinemann

---

1 Carl Legien, *Warum müssen die Gewerkschaftsfunktionäre sich mehr am inneren Parteileben beteiligen?* Ein Vortrag von C. Legien in der Versammlung der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend am 27. Januar 1915, Buchh. Vorwärts, Berlin 1915.

2 August Winnig, "Die deutsche Arbeiterbewegung und der Krieg", in: *Annalen für soziale Politik und Gesetzgebung*, 4. Bd, 1915, S. 142 ff., zitiert bei Hugo Heinemann, "Zur Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion im preußischen Landtag", in: *Sozialistische Monatshefte*, 21. Jg. (1915), Bd 1, S. 169.

3.
Hugo Heinemann an Friedrich Thimme

Berlin, 26. 3. 1915

Herrn
Direktor Thimme
Berlin-Friedenau

Hochgeehrter Herr Direktor!

Meine Parteigenossen haben, wie ich Ihnen ganz diskret sagen möchte, den Wunsch, Heine zu der Arbeit nicht zuzuziehen, da er sich recht viel bereit geäußert hat und manche Äußerung von ihm in Parteikreisen Verstimmung erregt hat,[1] ohne daß es notwendig war, diese Äußerungen überhaupt zu tun. Da es nun an sich ja schon etwas ungewöhnliches ist, wenn wir mit bürgerlichen Gelehrten zusammen vor die Öffentlichkeit treten, wollen die Parteigenossen die Sache nicht unnötig verschärfen, indem wir gerade Heine zuziehen. Ich teile diese Auffassung nicht. Da sie mir aber von maßgebendster Stelle unterbreitet ist, möchte ich dem Rechnung tragen. Ich bitte aber, wie gesagt, die vorstehenden Bemerkungen als absolut vertraulich gegenüber jedermann zu behandeln.

Wie ich Ihnen schon sagte, ist Scheidemann bereit, auch Lensch hat sich ihm angeschlossen. Wenn Sie wünschen, ziehe ich noch Landsberg hinzu, an dessen Bereitwilligkeit ich nicht zweifle. Hierüber bitte ich um Nachricht. Legien und Robert Schmidt sind ebenfalls bereit, sodaß damit der Plan gesichert ist. Da Scheidemann und Legien verreisen und Legien außerordentlich besetzt ist, müßten wir als Tag der Konferenz[2] einen Legien genehmen Tag wählen. Derselbe wünscht den 8. April vormittags. Er kann, da er jetzt vielfach mit den Ministerien verhandeln muß, an nur ganz bestimmten Tagen und bitte ich daher, den 8. April vormittags festzuhalten. Die Stunde bitte ich mir mitzuteilen.

Ich bitte Sie weiter, sich freundlichst zu überlegen, wie die Arbeitsteilung vor sich gehen soll, damit wir uns nicht wiederholen. Meine Parteigenossen stehen natürlich auf dem Standpunkt, daß wir ohne Verleugnung unserer Grundsätze darauf Rücksicht nehmen, daß wir mit Anhängern bürgerlicher Parteien an demselben Werk schreiben. Daß auch auf uns von der anderen Seite die gleiche Rücksicht genommen wird, versteht sich wohl von selbst und habe ich in dieser Beziehung meine Parteigenossen beruhigen zu können geglaubt.

Ich würde Sie bitten, wenn irgend möglich, zu veranlassen, daß zum 8. 4. die anderen Herren Mitarbeiter oder einige von ihnen anwesend sind. Sehr gut wäre es, Herr Professor Oncken könnte kommen. Professor Francke wird ja wohl jedenfalls erscheinen. Ich würde es deshalb sehr gern sehen, wenn möglichst viele der Herren anwesend wären, damit eben meinen Parteigenossen klar wird, daß zu einem Mißtrauen keine Veranlassung vorliegt, es könnte das Buch eine Tendenz annehmen, die bei einem Sozialdemokraten Anstoß erregt. Selbstverständlich nehmen wir nur Rücksicht auf Sozialdemokraten, die absolut auf dem Standpunkt stehen, daß das Interesse der Partei und Vaterlandsinteresse absolut zusammenfallen. Aber Sozialdemokraten bleiben wir natürlich. Ich weiß, daß Sie dem Rechnung tragen, aber ich möchte auch meinen Parteigenossen die Gewähr dafür bieten und deshalb bitte ich, daß Sie entweder die Herren zuziehen oder sich ermächtigen lassen, in ihrem Namen die Erklärung abzugeben, daß, so gut wie wir darauf Rücksicht nehmen, daß die anderen Herren, die mit uns zusammenarbeiten, konservativ oder liberal sind, diese Herren daran denken, daß wir Sozialdemokraten sind. Da unter meinen Parteigenossen Pro-

fessor Francke's Name nach dieser Richtung hin den besten Klang hat, würde ich raten, daß er unter allen Umständen dabei ist.

Ich bitte Sie, sich noch zu überlegen, ob Professor Zimmermann noch zuzuziehen ist. Wenn Sie sechs Herren sind, fordere ich noch Landsberg auf, was ich mir mitzuteilen bitte.

Mit größter Hochachtung
Dr. Heinemann
Rechtsanwalt.

---

1 Vgl. dazu Brief Nr. 1, Anmerkung 1. Der "energische Widerspruch", den Heines Auslassungen, insbesondere sein im Februar 1915 veröffentlichter Aufsatz ("Die Einheit der Nation", in: *Sozialistische Monatshefte*, 21. Jg. *[1915]*, Bd 1, S. 117 ff.), in der Partei ausgelöst hatten, veranlaßte Heinemann in seinem Schreiben an Thimme vom 10. 3. 1915 zu dem mahnenden Hinweis, daß man bei der Behandlung dessen, "was man vaterländisch nennt", "nicht zu sehr mit der Thür ins Haus fallen soll, sondern eine mehr indirekte Betonung besser ist".

2 Gemeint ist eine Konferenz der am Sammelwerk beteiligten Mitarbeiter; vgl. dazu die folgenden Ausführungen, ferner ein Aide-mémoire Thimmes (ohne Datumsangabe).

4.
Philipp Scheidemann an Hugo Heinemann

Berlin, 16. 4. 1915

Herrn Rechtsanwalt Dr. Hugo Heinemann
Hier.

Lieber Doktor!

Ich bin bereit, die gewünschte Arbeit für das Buch zu übernehmen. Auch das Thema, das Sie mir vorgeschlagen haben, akzeptiere ich: ich würde also über die Neu-Orientierung auf dem Gebiete der inneren Politik nach dem Kriege schreiben.

Auf den mir zur Verfügung gestellten 8 Seiten wird sich darüber allerlei sagen lassen. Ich stelle mir die Geschichte folgendermaßen vor:

Ich würde einleitend auf den 4. August zurückkommen und feststellen, daß unsere Partei auch heute noch festhält an der Erklärung, die damals von uns im Reichstage abgegeben worden ist. Alle Redereien von unserer angeblichen Vaterlandslosigkeit sind damit zu Boden geschlagen und man kann uns dauernd nicht mehr als Staatsbürger zweiter und dritter Klasse behandeln.

Ich würde im einzelnen anführen, wo man uns die Rechtsgleichheit bisher versagt hat und selbstverständlich schleunigst Abhilfe fordern. Das Kapitel könnte beginnen mit der Fernhaltung unserer Genossen aus den Schuldeputationen und müßte schließen mit dem unvergleichlichen preußischen Wahlrecht. Daß auch auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik eine Neu-Orientierung notwendig ist, hat der Krieg klar genug erwiesen. Auch darüber gedenke ich einiges zu schreiben.

Ich hoffe bestimmt, bis zum 8. Mai einige Stunden Zeit zu haben, um die Arbeit fertigstellen zu können.

Mit besten Grüßen
Ihr Ph. Scheidemann

5.
Hermann Oncken an Friedrich Thimme

Heidelberg, 16. 4. 1915

Lieber Herr Thimme!

Entschuldigen Sie bitte herzlich, daß ich nicht gleich geantwortet. Ich bin noch so überlastet mit meiner Arbeit über Vorgeschichte und Ursprung des Krieges,[1] daß ich mehrere Tage ganz abgespannt war. Es stürmen die verschiedensten Sachen auf mich ein.

Es freut mich sehr, daß die Sitzung[2] so befriedigend verlaufen ist. Daß Troeltsch nicht kam, ist wohl nur Zufall. Er hatte mir einige Tage zuvor *[erklärt?]*, er käme gern; er hätte auch sagte er mir ausdrücklich[a] keine politischen oder sonstige Bedenken. Nun wollte er am 6. 4. umziehen, ich hörte von dritter Seite hier, daß sein Umzug unter allerhand Schwierigkeiten und Verzögerungen erfolgt sei. Das mag sein Stillschweigen erklären. Ich will ihm heute noch einmal schreiben.

Sodann: gehen Sie doch einmal zu Meinecke hin (oder stehen Sie nicht so mit ihm?) und fragen ihn, zugleich in meinem Namen. Er wäre doch der wertvollste, er ist gar nicht antastbar und würde es sehr fein machen. Politisch steht er auf meinem Standpunkt, eher noch eine Nuance mehr nach links. Anschütz ist ausgesprochener linksliberal, auch etwas formaljuristisch, aber er käme noch in Betracht!

Was meinen Beitrag angeht, so möchte ich von dem Historischen ausgehen, von dem stufenweisen Überwinden der inneren Gegensätze in unserer jungen Geschichte: und die Stadien Lassalle, Marx, Engels, Bismarck, Sozialistengesetz usw. durchlaufen, ganz abgeklärt ist mir das noch nicht. Ich werde wohl in diesem Monat nicht mehr liefern können, da mich der andere Auftrag noch beschäftigt. Es eilt auch nicht um eine Woche! Wenn die Sache im Laufe des Mai herauskommt, ist es zeitig genug – wir müssen doch auch unter einander das Programm austauschen. Brauchen wir Herausgeber?

Wir könnten ja in alphabetischer Reihenfolge (Bürger*[liche]* u*[nd]* 'Proletarier' durcheinander) auf dem Titelblatt erscheinen. Übrigens wäre ich auch bereit,

als Mitherausgeber zu zeichnen. Ob Sie es tun, ist eine sehr persönliche Sache. Vorher nachfragen können Sie nicht. Tun Sie es ohne und haben dann Schwierigkeiten, so wäre mir das in erster Linie für Sie leid,[b] und zweitens würde die Sache durch eine Verknüpfung mit e[inem] Martyrium (oder sagen wir besser einer "dienstlichen Vorhaltung") Schaden leiden. Das muß sorgfältig erwogen werden.

Liebmanns Angebot[3] ist ja sehr verlockend. Ich habe nun Hirzel geschrieben. Er mahnte mich vor einigen Tagen schon (anliegend).[4] Nun habe ich ihm die Angebote der anderen gesagt und gebeten an Sie zu schreiben. Entschuldigen Sie, lieber Freund, meine heutige Kürze.

Mit herzlichem Gruß

Ihr HOncken

---

a "sagte er mir ausdrücklich" nachträglich eingefügt.

b Hinter "leid" eingefügt "sein".

1 Oncken war Mitarbeiter resp. Mitherausgeber des offiziösen Werkes der deutschen Professorenschaft *Deutschland und der Weltkrieg*. Hrsg. von Otto Hintze, Friedrich Meinecke, Hermann Oncken und Hermann Schumacher, Leipzig-Berlin 1915, zu dem er die Beiträge "Die Vorgeschichte des Krieges" und "Der Ausbruch des Krieges" beisteuerte.

2 Gemeint ist die Redaktionskonferenz; vgl. Brief Nr. 3, Anmerkung 2.

3 Die Verlagsbuchhandlung Otto Liebmann/Berlin (Verlag der Deutschen Juristen-Zeitung) gehörte zu den für den Druck des Sammelwerkes favorisierten Verlagen.

4 In seinem Brief an Oncken vom 14. 4. 1915 schrieb der Inhaber der Verlagsbuchhandlung S. Hirzel/Leipzig, Georg Hirzel, u. a.: "Die Broschüre über die sozialdemokratischen Aufgaben geht mir viel durch den Kopf, und ich hoffe bald von Ihnen etwas darüber zu hören. Ich muß noch einmal betonen, daß es gerade dieser Partei doch nur lieb sein kann, ihr Buch in einem Verlage erscheinen zu lassen, der sich zur Zeit überhaupt lebhaft mit politischen Fragen beschäftigt und ohne jede Einseitigkeit. Und es soll nicht überheblich klingen, wenn ich behaupte, daß in diesem Falle durch den Verlag auch die Wichtigkeit des Broschüreninhalts gesteigert wird."

6.
Friedrich Meinecke an Friedrich Thimme

Berlin-Dahlem, 20. 4. 1915

Lieber Herr Doktor,

Von einer kleinen Reise eben zurückgekehrt, finde ich Ihre freundlichen und inhaltsreichen Zeilen vom 18. d. M. vor. Späten, aber herzlichen Dank dabei noch für Ihren zweiten Aufsatz über die Sozialdemokratie,[1] der mir auch ganz aus der Seele geschrieben war. Ich möchte mich bei Ihrem wichtigen Unternehmen sehr gern beteiligen, aber gerade jetzt, wo ich ein neues Kolleg beginne und ein altes, das ich wieder lese, wesentlich umgestalten muß, fehlt mir schlechthin die Zeit zu etwas Umfassenderen und Tiefergreifenden, wie Sie es brauchten.

Was ich rasch hinwerfen könnte, mit Wiederholung mir geläufiger Gedanken, wäre eine kurze Betrachtung von c. 5-6 Seiten über "Sozialdemokratie und Machtpolitik", worin ich die Notwendigkeit[a] erörtern würde, daß die Soz[ial]demokr[atie] einer in ihren Zielen maßvollen u[nd] von Chauvinismus ganz freien, in ihren Mitteln aber, wenn es sein muß, energischen Machtpolitik zustimmen müßte, u[nd] wobei ich zugleich ihr das Wesen vernünftiger Machtpolitik etwas plausibel zu machen versuchen würde und die Lehren der Geschichte u[nd] dieses Krieges zu betonen suchen würde.[b]

Mit herzlichem Grüße

Ihr

Meinecke

---

a "Notwendigkeit" korrigiert aus "Möglichkeit".

b Die Passage von "Was ich rasch" bis "suchen würde" hat Thimme, dem die Entzifferung von Meineckes Handschrift offensichtlich Schwierigkeiten bereitete, auf demselben Bogen mit eigener Hand 'übertragen'.

1 Friedrich Thimme, "Die Sozialdemokratie im neuen Deutschland", in: *Süddeutsche Monatshefte*, 12. Jg. (1914/15), S. 702-711. Zur Resonanz dieses Artikels siehe die Briefe Bernsteins, Heines, Heinemanns, Südekums, Franckes (Nachlaß Thimme, Nr. 33).

7.
Philipp Scheidemann an Friedrich Thimme

Berlin, 14. 5. 1915

Sehr geehrter Herr Dr!

Erst heute komme ich dazu, Ihren liebenswürdigen Brief vom 11. d. M. zu beantworten. Auf Grund der Aussprache mit dem Collegen Legien habe ich meinem Kindlein noch einmal die Nägel geschnitten, so daß ich hoffen darf, Ihren Anregungen wesentlich entgegengekommen zu sein.

Das Kapitel über Kanzler und Kaiser ist jetzt wohl sehr milde geworden für die Konservativen. Herrn v. Zedlitz[1] habe ich gänzlich schwimmen *[?]* lassen. Andere Kleinigkeiten habe ich gleichfalls geändert. Dagegen kann ich mich nicht entschließen, das Kapitel zu entfernen (Blatt 7), in dem ich von den Zentralbehörden spreche, die versagt haben.[2] In dieser Frage stimmen mir wohl vier Fünftel des Volkes zu. Die Reichs-

regierung selbst erwartet keine Schonung. Ihr ist es vielleicht ganz recht, wenn man später auf die Hemmnisse hinweist, die ihr von Preußen aus vielfach bereitet worden sind.

Es kommt für meine Hartnäckigkeit in dieser Frage aber auch ein anderes gewichtiges Moment in Frage: die ganze Broschüre würde wesentlich in ihrer Bedeutung herabgesetzt werden, wenn sie etwa von der sozialdemokratischen Presse wegen meines Beitrags stark angegriffen werden sollte. Und gerade deshalb darf ich nicht darauf verzichten, wenigstens im Vorbeigehen auf die riesengroßen Versäumnisse bezw. Sünden der "Zentralstellen" in Sachen der Ernährungsfrage hinzuweisen.

Das, was ich gesagt habe, ist wirklich so zurückhaltend, daß kaum Anstoß daran genommen werden kann. Ich hoffe, daß Sie das zugeben und deshalb die paar Zeilen passieren lassen werden.

Hochachtungsvoll und ergebenst

Ihr Ph. Scheidemann

8.
Ernst Troeltsch an Friedrich Thimme

Berlin-Westend, 22. 6. 1915

Sehr verehrter Herr Doktor!

In Anbetracht der augenblicklichen sozialdemokratischen Entwicklung wird mir unsere Schrift doch etwas bedenklich. Ich fürchte, daß sie nun nicht mehr recht in die Situation paßt und daß wir uns damit nutzlos und sinnlos exponieren. Die Voraussetzungen treffen nicht mehr recht zu. Ich würde die Wahrheit zu sagen, es jetzt für besser halten sie zu unterdrücken. Ich habe für meine Person die Lust etwas verloren. Oncken hat uns da durch sein Zögern sehr hineingeritten. Der Moment ist jetzt verpaßt und ich wäre froh, wenn ich von der Sache wieder loskäme.

In ehrfürchtiger Hochschätzung

Ihr sehr ergebener

E. Troeltsch

9.
Gerhard Anschütz an Friedrich Thimme

[Berlin,] 25. 6. 1915

Sehr geehrter Herr Doktor,

ich möchte nicht verfehlen, Ihnen folgendes mitzuteilen, was ich durch Prof. H[ans] Delbrück erfahren habe. Delbrück hat in den letzten Tagen mehrfach mit sozialdemokratischen Abgeordneten Gespräche gehabt, woraus er entnommen hat, daß die radikale Opposition gegen den national denkenden und zur Verständigung mit den bürgerlichen Parteien geneigten Flügel der soz[ial]-dem[okratischen] Partei in stetem Steigen ist. Hemmend ist u. a. eine scharfmacherische Propaganda, welche für die Annexion weiter Gebiete im Westen initiiert u[nd] dabei ziemlich unverhüllt die Interessen der schweren Industrie ins Feld führt. Auch der "nationalliberale" Abg[eordnete] Fuhrmann haut ja in diese Kerbe. Natürlich wird das von Leuten wie Liebknecht, aber auch von Haase, Bernstein u. a. agitatorisch ausgenutzt, um gegen die Verständigen, wie Heinemann, Scheidemann u[nd] die Gewerkschaftler querzutreiben. Ich halte es unter diesen Umständen – im Bewußtsein, hierin gewiß Ihre Zustimmung zu finden – für äußerst ratsam, wenn die Position jener "Verständigen" auch von bürgerlicher Seite gestärkt wird u[nd] glaube, daß ein baldiges Erscheinen unseres Sammelwerkes zu dieser Stärkung wesentlich beitragen wird. Hoffentlich hat Oncken seinen Beitrag inzwischen geliefert. – Auch Tröltsch meint, daß eine weitere Verzögerung der Ausgabe der Broschüre nicht ratsam sei.

In bekannter Hochschätzung grüßt Sie vielmals

Ihr ergebenster

Anschütz

---

1 Offenbar hatte Scheidemann in seinen ursprünglichen Entwurf kritische Bemerkungen über die Schulpolitik des ehem. preußischen Kultusministers Zedlitz-Trützschler einfließen lassen.

2 Auf S. 64, *AND*, schreibt Scheidemann:

"Wir werden dann gezwungen sein, auf das Thema 'Preußen und das Reich' näher einzugehen und insbesondere die Frage zu untersuchen, ob die Rolle, die gewisse Zentralbehörden bei der Sicherstellung der deutschen Volksernährung gespielt haben, eine besonders glückliche gewesen sei."

Scheidemanns Vorwurf dürfte sich vor allem gegen die zu Beginn des Krieges ins Leben gerufenen Zentralstellen auf dem Ernährungssektor wie etwa die mit Unterstützung des preußischen Finanzministeriums geschaffene "Kriegsgetreidegesellschaft" richten. Über die "Planlosigkeit" in der Ernährungs- und Wirtschaftspolitik und Reibereien zwischen dem Reichsamt des Innern und anderen Ressorts, vor allem militärischen Instanzen, vgl. Clemens von Delbrück, *Die wirtschaftliche Mobilmachung in Deutschland 1914.* Aus dem Nachlaß hrsg., eingeleitet und ergänzt von Joachim von Delbrück, München 1924, S. 115 ff. Zum gesamten Themenkomplex s. August Skalweit, *Die deutsche Kriegsernährungswirtschaft*, Stuttgart-Berlin-Leipzig-New Haven 1927 (= Veröffentlichungen der Carnegie-Stiftung für internationalen Frieden. Abteilung für Volkswirtschaft und Geschichte), besonders S. 162 ff.

10.
Friedrich Thimme an Unterstaatssekretär Wahnschaffe[1]

Berlin [, 14. 8. 1915][2]

Eure Hochwohlgeboren wollen mir gestatten dass ich Ihnen in den Anlagen zwei Exemplare der von mir und dem Reichstagsabgeordneten Carl Legien herausgegeben[en] Schrift "Die Arbeiterschaft im neuen Deutschl[an]d" ganz gehorsamst überreichen darf. Ebenfalls darf ich 2 Exemplare[a] eines Aufsatzes aus dem Augustheft der Süddeutschen Monatshefte anlegen, der unter dem Titel "Suum cuique"[3] das Verhältnis der Soz[ialdemokratie] zu der Monarchie[b] erörtert. Eigentlich hatte dieser Aufsatz als Schlussaufsatz der grösseren Schrift abgedruckt werden sollen; in den Kreisen meiner sozialdemokratischen Mitarbeiter machte[c] sich aber der dringende Wunsch dass das Thema Monarchie und Sozialdemokratie in der gemeinsamen Schrift aus taktischen, in der schwierigen Lage des rechten Flügels der Sozialdemokratie liegenden Gründen vermieden[d] werden möge, zum Schluss so stark geltend, dass ich, um nicht die ganze versprechende Aktion[e] scheitern zu lassen, einen anderen Schlussaufsatz einschob.

Habe ich so nicht ohne schwere Überwind[un]g darauf verzichten müssen, der Schrift meinen eigentlichen Gr[un]dgedanken, die Soz[ialdemokratie] für d[ie] Mon[archie] zu gewinnen[,] aufzuprägen,[f] so ist es mir wenigstens gelungen wie ich glaube, die Schrift zu einem positiven Bekenntnis der Sozialdemokratie zum Staat u[nd] zur praktischen, bejahenden Mitarbeit am Staatsleben [zu] gestalten. Fast alle sozialdemokratischen Mitarbeiter haben auf mein unablässiges Andringen ihre Ausführ[un]gen in dieser Richt[ung] erheblich verstärkt. So glaube ich hoffen zu dürfen,[g] dass die Schrift in starkem Masse dazu beitragen wird, die breiten Massen der Arbeiterschaft für den Staat u[nd] für die praktische Betätigung in ihm zu gewinnen, u[nd] weiterhin, das köstlich Gut der einheitlichen Geschlossenh[ei]t des d[eu]tschen Volkes in nationaler Bezieh[un]g über den Krieg hinaus zu wahren.

Sollten Eure Hochwohlgeboren der Schrift[h] die in diesen Tagen auch der Mehrzahl der soz[ial]dem[okratischen] Reichstagsabgeordneten zugeht, u[nd] hoffentl[ich] e[inen] günstigen Einfluss schon auf die Halt[un]g der Partei in der nächsten Reichstagstag[un]g ausüben wird[,] einige Bedeut[un]g beizulegen vermögen, so würde ich ganz gehorsamst bitten, das eine Exemplar Sr. Exc[ellenz] dem Herrn Reichskanzler gütigst vorlegen zu wollen.

[Thimme].

a Vor "2" gestrichen "in".

b Vor "Soz." gestrichen "Monarchie zu der".

c "machte" korrigiert aus "war".

d Vor "vermieden" gestrichen "vorerst noch".

e Vor "versprechende Aktion" gestrichen "Aktion scheitern".

f Von "Habe ich" bis "aufzuprägen" stark korrigierte Passage. Die zahlreichen, inhaltlich irrelevanten Streichungen dokumentieren die inneren Nöte und Schwierigkeiten des Vf.s, die in dieser Frage getroffene Entscheidung vor dem Briefempfänger zu verteidigen.

g Korrigiert aus "So hoffe ich, dass diese Schrif[t]".

h Hinter "Schrift" gestrichen "u[nd] meinem Aufsatze einige Bedeut[ung]".

1 Es handelt sich um einen stark redigierten, teilweise kaum zu dechiffrierenden handschriftlichen Entwurf; Bemerkung am Briefkopf: "an Wahnschaffe".

2 Zur Interpolation vgl. Brief Nr. 11.

3 Friedrich Thimme, "Suum cuique", in: *Süddeutsche Monatshefte*, 12. Jg. (1915), S. 856-864.

11.
Unterstaatssekretär Wahnschaffe an Friedrich Thimme

Der Unterstaatssekretär
in der Reichskanzlei

Berlin, 20. 8. 1915

Sehr verehrter Herr Thimme,

Für Ihre liebenswürdigen Zeilen vom 14. d. M. und die beigefügten Drucksachen[1] sage ich Ihnen meinen aufrichtigen Dank. Ich habe mich durch Einsichtnahme der Schriften mit Genugtuung davon überzeugt, wie gut es Ihnen gelungen ist, auf Grund eines von bürgerlicher wie sozialistischer Seite gemeinsam beigesteuerten Materials, die mannigfachen Anzeichen zu verdeutlichen, die für eine sich anbahnende Aussöhnung der Arbeiterbewegung mit unserer, von ihrer monarchischen Grundlage untrennbaren, Staatsordnung sprechen. Den Herrn Reichskanzler habe ich gleichfalls auf Ihre Arbeiten aufmerksam gemacht, er hat von Ihren dankenswerten Bestrebungen gerne Kenntnis genommen.

Mit vorzüglicher Hochachtung bin ich Euer Hochwohlgeboren

ergebenster

Wahnschaffe

1 Vgl. Brief Nr. 10.

12.
Wilhelm Kolb an Friedrich Thimme

Karlsruhe, 24. 8. 1915

Sehr geehrter Herr Direktor!

Für die Zusendung des von Ihnen u[nd] Karl Legien herausgegebenen Buches sage ich Ihnen herzlichsten Dank. Ich habe das unserer Redaktion zugegangene Rezensionsexemplar mit größtem Interesse u[nd] lebhafter Befriedigung gelesen. Auch einen mir aus Berlin zugesandten Artikel über das Buch habe ich bereits veröffentlich[t]. Zu einer selbständigen Besprechung habe ich leider noch keine Zeit gefunden, da ich augenblicklich mit dem Versand meiner Schrift[1] vollauf beschäftigt bin. Ich werde aber das Versäumte nachholen, sobald es irgend geht. Ihren Wunsch, durch gemeinsame politische Arbeit den Weg zum inneren Frieden zu gewinnen, teile ich von ganzem Herzen. Leider müssen noch viele tiefeingewurzelte Vorurteile hüben wie drüben überwunden werden. Doch gebe ich die Hoffnung, daß wir einer schöneren Zukunft entgegengehen, nicht auf. Ich selbst erblicke einen Teil meiner Lebensaufgabe seit vielen Jahren in dem Bestreben, diesen inneren Frieden, soweit er überhaupt möglich ist, herbeiführen zu helfen. Aus diesem Gedanken heraus ist auch meine Schrift entstanden, die leider in der Partei selbst nicht das Echo gefunden hat, das ich ihr gewünscht habe. Die "Diplomaten" in der Parteipolitik sind nicht besser wie die Berufsdiplomaten.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr stets ergebener

Wilhelm Kolb

---

1 Wilhelm Kolb, *Die Sozialdemokratie am Scheidewege. Ein Beitrag zum Thema: Neuorientierung der deutschen Politik,* Druck und Verlag der Buchdruckerei Geck & Cie, Karlsruhe o. J.

13.
Carl Legien an Friedrich Thimme

Berlin, 7. 9. 1915

Sehr geehrter Herr Dr. Thimme!

Verzeihen Sie, daß ich Ihr Schreiben vom 13. v. M. erst heute beantworte. Nach meiner Rückkehr aus dem Urlaub war ich durch Sitzungen und Reichstagsverhandlungen außerordentlich in Anspruch genommen. Trotzdem hoffte ich bestimmt, Ihnen einen Besuch machen zu können, um über den Abschluß unseres Werkes zu sprechen. Es ist daraus nichts geworden. Auch in den nächsten Tagen ist wenig Aussicht, da ich wieder einige Versammlungen in Mittel- und Süddeutschland habe. Deswegen muß ich mich mit dem Schreiben begnügen.

Mit Ihrem Schlußartikel haben Sie sicher das Richtige getroffen. Er wird nicht nur in der bürgerlichen, sondern auch in der Arbeiterpresse vielfach im Auszug wiedergegeben und gibt so meiner Schätzung nach dem ganzen Unternehmen das richtige Gepräge.

Zu wünschen ist, daß unser Buch nun auch in allen Kreisen genügend Eingang findet. In der aufgeregten Zeit kann es trotz umfangreicher und guter Besprechungen in der Tagespresse doch wieder in den Hintergrund treten. Unsererseits ist, wie Sie aus beiliegendem Schreiben ersehen, das Notwendige getan, um eine möglichst große Verbreitung des Buches in den Gewerkschaften herbeizuführen. Ein ähnliches Schreiben ist auch an unsere Gewerkschaftskartelle (die örtlichen zentralisierten Vereinigungen unserer Gewerkschaften) gegangen. Es dauert eine ganze Zeit, bis so ein Buchvertrieb durch alle Organisationskanäle erfolgt. Bis jetzt sind rund 1000 Exemplare von unseren Zentralvorstände[n] bestellt. Ich rechne bestimmt auf einen guten Absatz in Gewerkschaftskreisen, damit unser[a] Zweck erreicht wird und Sie eine Genugtuung für die viele von Ihnen aufgewendete Arbeit haben.

Aus meinen Kreisen habe ich nur gute Äußerungen über unser Unternehmen gehört. Allerdings wenden sich jedenfalls nur die meiner Parteigenossen an mich, die es ernst mit der Erreichung der Rechtsgleichheit der Arbeiterschaft meinen. Deren Urteil allein ist für mich entscheidend.

Es wird sich wohl dann, wenn wir einigermaßen den Erfolg der Arbeit übersehen können, zu einer Aussprache Gelegenheit finden. Nach meiner Schätzung wird diese für alle Mitarbeiter an dem Werke ergeben, daß nicht umsonst gearbeitet worden ist, die Gedanken, die in dem Buche zum Ausdruck kommen, in weiten Volkskreisen Wurzel gefaßt haben.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr ergebener

C. Legien

---

a Irrtümlich: "unserer".

14.
Ernst von Heydebrand und der Lase an Friedrich Thimme

Tschunkawe, 26. 9. 1915

Geehrter Herr Direktor!

Ihre, mir mitgetheilte, Schrift habe ich mit dem Interesse gelesen, welches Ihrem wohlgemeinten Bestreben einer versöhnenden Einwirkung auf die großen socialen Gegensätze, bezw. die socialdemokratische Richtung in unserem Volksleben gerecht wird.

Ich will indes offen gestehen, daß ich dem erhofften Erfolge sceptisch gegenüberstehe, insbesondere eine grundsätzliche Wandlungsfähigkeit der Socialdemokratie – mindestens in ihrem größeren Theile – bezweifle u[nd] daß mir deshalb auch gewisse Gefahren darin vorzuliegen scheinen, von konservativen Principien aus, eine Gemeinschaftlichkeit mit jenen Richtungen auf Ihrem Wege erzielen zu wollen, so sehr natürlich auch die conservative Partei im Auge haben muß, aus den Geschehnissen dieser großen Zeit zu lernen u[nd] das Verständnis auch heterogener Richtungen nicht zu verlieren. –

Hochachtungsvoll ergebenst
von Heydebrand

FROM CARL LEGIEN TO THEODOR LEIPART, FROM THEODOR LEIPART TO ROBERT LEY

Notes on some strategic and tactical problems of the German free trade union movement during the Weimar Republic *

By Henryk Skrzypczak

Twice during the course of this century, the policy of German Social Democracy and the allied free trade unions, who were the strongest factor, at least quantitatively, within the labour movement both of the Wilhelminian era and of the Weimar Republic, has dealt to its supporters and sympathisers a shock of bitterest disappointment, thus producing a trauma, the effects of which can be traced right through to academic writing of our own time. On August 4th, 1914, the Social Democrat Party gave the Kaiser its consent to the war credit, and in 1933 it bowed to Hitler under feeble protest, failed to make any attempt to oppose its doom by active resistance or at least by using the weapon of the general strike. In both cases the party's conduct was prejudiced to a considerable degree by decisions of the free unions. On August 2nd, 1914, they had already made their "Burgfrieden" with the Kaiser's government under the determining influence of Carl Legien, and by the beginning of February 1933 Theodor Leipart, their most important representative at that time, gave the party leaders to understand that he could not support a trial of strength,[1] before he tried, the next month, by means of an official declaration of neutrality, to make Hitler disposed towards conciliation. A few weeks later, not just the free unions but the unions in general came to an inglorious end in Hitler's Germany. The place of the various unions with a specific political leaning was taken by the compulsory organisation of the "Arbeitsfront"; the position of the socialist, Christian, liberal democratic and other representatives of the labour, white-collar and civil service movements was taken over by a man laughed at as much as he was feared, the notorious drunkard, Robert Ley.

---

* The basis of the following article is the manuscript of a lecture given by the author in November 1970 at St. Antony's College in Oxford. The present translation was prepared by Mrs Elizabeth Schröder-Daymond and Miss Susan Topsfield and I would like to express my thanks to them at this point for their assistance.

1 In a letter of July 20th, 1933 Siegfried Aufhäuser writes to Otto Wels: "I also recall clearly the session on the first Sunday in February 1933, when you asked the trade unions whether they were still prepared to take action; nor have I forgotten the sad reply which Leipart gave at that time." Archiv der sozialen Demokratie (Bonn-Bad Godesberg), Emigration Records SOPADE, File 17.

However the functionaries and their policy are assessed, whether they are seen as the victims of conditions which, for objective reasons, they were powerless to control, or whether their actions and defaults are considered partly responsible for the negative final outcome, there can be no doubt about the impact of their defeat. As the liquidation of the unions, which were among the main pillars of the Weimar State, was only the prelude to far greater catastrophes, the question as to the causes of this defeat is an important one, and its clarification is worthy of general interest.

As far as the representatives of the Leninist view of history are concerned, this is a completely superfluous question, since it is one which has long been answered. Considered from the notedly lofty standpoint of Leninism, the way from Carl Legien to Theodor Leipart and from Theodor Leipart to Robert Ley reveals itself as a road of conscious or unconscious, but in any case of permanent betrayal, which, following its own inherent laws, leads into the abyss of Fascism. The dominant non-Leninist critics, on the other hand, prefer the concept "failure" in their attempts to express their concern about the policy of German Social Democracy and the free unions; a concept which presupposes by implication that the men responsible at that time had within their reach possible decisions which were more promising than the ones they actually chose.

One of the most prominent representatives of this inclination, Erich Matthias, attributes the fundamental weakness of the Republic chiefly to the fact that in 1918 the "Volksbeauftragte", in their absurd fear of Bolshevist control of Germany and their grotesque failure to appreciate the positive core of the "Räte" movement, were able neither to recognise nor to make use of what was "perhaps" their greatest chance; the chance which presented itself in the urge manifested in the "Räte" for active democratic self-government.[2] With special reference to the union leaders, who were among the keenest opponents of the actual existing "Räte" of 1918, Wolfgang Abendroth and his school even have established a whole chain of errors and omissions, among which the allegedly missed chance also plays a part, the chance of "laying right away, together with the hard-fought achievement of parliamentary democracy, the foundations for a truly social democracy".[3]

Since nothing, generally speaking, is more convincing than success, and since losers' objections only rarely attract concentrated attention, especially when they encounter rejection conditioned by preformed opinions, these bad marks have become a permanent constituent of the prevailing dogma. The suggestive power it wields also makes it more difficult to realise that the science of history simply has no guaranteed methods and standards at its disposal for assessing concepts of political strategy. In the acid test of ideological and semantic analysis, conclusions which claim to be the products of the highest scholarship prove all too often to be attempts at rationalising an adopted attitude, and seemingly scholarly reflexions reveal themselves, surprisingly, as old political theses and theorems in scientific garb, which is as fashionable as it is transparent. The methodological solution, namely, an applied theory of action as an auxiliary science for history,[4] is still awaiting fulfilment, but some of its fundamental aspects are already clear today.

Subsequent attempts at verifying or disproving operative concepts of any kind are bound to a specific methodology of analytical procedure. First of all its attention is concentrated on the evaluation of the general perspective of possible developments, which underlies a particular strategy, in order to examine the subsequent value of this evaluation, using the knowledge of the actual outcome. The second stage ist to examine whether the choice between the alternatives which historically, not speculatively, present themselves with regard to strategy, tactics and means of action, was made logically and with sufficient regard for existing criteria of experience. The next point of departure

---

2 See Erich Matthias, *Zwischen Räten und Geheimräten. Die deutsche Revolutionsregierung 1918/19,* Düsseldorf 1970, pp. 129-131. The article was published for the first time as introduction to the edition *Die Regierung der Volksbeauftragten 1918/19.*

3 See Hans-Gerd Schumann, *Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung. Die Vernichtung der deutschen Gewerkschaften und der Aufbau der "Deutschen Arbeitsfront",* Hanover and Frankfort on the Main 1958, pp. 9-18: "The historical reasons for the failure of the trade unions in 1933"; quotation taken from p. 12.

4 The author outlined the programme for such an auxiliary or basic science in a paper given at the II. Linz Conference. See Peter Lösche, *Internationale Tagung zur Geschichte der Arbeiterbewegung,* in: *IWK* 3 (December 1966), p. 82 f.

in the analytical check is then the operative application of the basic concept to important moments of decision; then in the final critical evaluation, the account of success and error is balanced, and the possible sources of these errors are examined.[5]

With regard to the first criterion, the assessment of the perspective, the top union leaders show, from the beginning of the Wilhelminian Reich onwards, a continuous and characteristic divergence from the expectations, not only of the most influential party theorists, but also of important party leaders. In the case of Legien, the chief strategist of the "Generalkommission", this supreme general staff[6] of the free trade unions, this divergence has nothing to do with the planned objective of a socialist order of society, or the assessment, based on Karl Marx, of the general dialectics of the course of development. The fundamental difference, a difference bound up with important consequences, lies rather in the judgement of how long a maturing process was still necessary. In 1892, when the theoretical party mouthpiece had published Friedrich Engels' treatise *Socialism in Germany*, in which he claimed to be able to predict with "almost mathematical accuracy" the year 1902 as the approximate point in time for the seizure of power by Social Democracy,[7] it was the young Legien, who disrespectfully raised objections to this optimism.[8] While he restricted himself at that time to a general warning against estimating the life-span of bourgeois society as too short, soon after the Revolution, the union leaders ventured a more exact prognosis. At the Nuremberg Conference of 1919, Umbreit thought it would still take a period of 30 to 40 years before the educational requirements alone for the transition to the socialist order of society would be fulfilled.[9]

An expression of pessimism or defeatism in the eyes of the radicals, to the leading functionaries, this point of view seemed the only realistic one. At the Leipzig Congress of 1922, when the dispute about the question of the right tactics flared up again, August Brey, the President of the Factory Workers' Union, took over the task of reminding the opposition, with the help of detailed facts and figures, about the immature state of economic conditions, in order then to deny vigorously the contention that the great mass of the proletariat was politically mature. Of the 13 million workers in industry, he argued, "we have not even organised 8 million, and among these 8 million there are many millions who, until 1914, could not even be activated, . . . when there was a tariff to be fought for, many of whom did not have the courage to admit they are organised . . . because they ran the risk of being thrown out."[10]

If the responsible leaders were immovably convinced that, for the time being, insurmountable obstacles, both objective and subjective, stood in the way of any attempt at a quick breakthrough to socialism, such an assessment was bound to have its influence on the determining of the main course of strategy, was bound to become important in the selection of both the immediate tactical objectives and the methods of operation. If the proletariat was really weaker than it appeared to the radicals, if, as Umbreit asserted, it really did have a long, long way to go to reach

---

5 For reasons of space we must in the present study dispense with a detailed discussion of error, which would have to take into account aspects of both group and individual psychology. It is the opinion of the author that such a discussion would lead to the conclusion that the actual scope for action of all the participants was very limited as a result of the concurrence of both objective and subjective factors.

6 *Von der "demokratischen Grundlage" der sozialdemokratischen Gewerkschaften*, in: *Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung* 13 (1914), No. 3, third supplement: "On reading the quoted essay in the 'Correspondenzblatt' one cannot help but gain the impression that the 'Generalkommission', this supreme general staff of the social democratic trade unions . . . ".

7 Friedrich Engels, *Der Sozialismus in Deutschland*, in: *Die Neue Zeit* 10,1 (1891 - 92), p. 582; p. 586: "In short: peace guarantees the victory of the German Social Democrat Party in approximately ten years." (*MEW* 22, pp. 250 and 256.)

8 See the unsigned article *Urteile über den Gewerkschaftskongreß*, published in *Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands* 2 (1892), p. 29.

9 *Protokoll der Verhandlungen des zehnten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands*, Berlin (n. d.), p. 553.

10 *Protokoll der Verhandlungen des elften Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands (1. Bundestag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes)*, Berlin 1922, p. 374; see p. 369 ff.

the ultimate goal, then a strategy of attack was not advisable, even with a favourable starting position. "Since the army for the class struggle is not yet drawn up," stressed Brey again in 1922, "since it exists for the most part only in dialectical and theoretical speculation, but has not yet let the sound of its marching masses ring out across the battle arena, it is therefore unjustifiable to work towards final struggles."[11] While the extremists, impatiently awaiting the "final struggle", believed they must proclaim mass action as the most suitable means of fighting at that time, the union leaders committed themselves to a strategy of long-term attrition. Reduced to its most compact formula, their concept was: the recruiting of greater and greater masses for the class struggle army of the proletarian organisations, the political training and drilling of the new cadres in the methods of the struggle, the qualifying of wider and wider strata of the working classes for their future tasks in economy, society and state.

Knowing that they had the advantage of great numbers, but knowing, too, that, under the repressive conditions of the Wilhelminian era, they could make only limited use of it, the free unions of the pre-war period had put forward recognition and equal rights as their main demands.[12] While with the claim for equal rights they were aiming at carrying out the right to form coalitions unimpeded, the recognition by both state and the independent employers of their function as representatives of the immediate economic interests of the workers was intended to remove legal and material barriers which either prevented the organisations from being extended, or at least hampered their extension considerably. As on the one hand their powers were not sufficient to put their demands through successfully, but on the other hand, they were felt to be a growing threat, the state machinery reacted in 1914 by increasing the repression.[13] The outbreak of the First World War brought the surprising turning-point.

If, on the morning of August 2nd, the top functionaries had reckoned that their organisations would be prohibited and that they would have to adapt themselves to their illegal status, only a few hours later they found that, for reasons of state expediency, they were recognised in practice and courted by the government.[14] Together with the "Vaterländisches Hilfsdienstgesetz" (national auxiliary service law) of December 1916, recognition in practice was followed by recognition in law,[15] and in October 1918, not only were equal political rights won, but at the same time, the line of the hitherto greatest resistance was broken. Startled by the increasing radicalisation, the agitators of heavy industry now believed, too, that their salvation must be sought in co-operation with the unions,[16]

---

11 *Ibid.*, p. 374.

12 See for example Carl Legien, *Die Gewerkschaften*, in: *Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland*, edited by Friedrich Thimme and Carl Legien, Leipzig 1915, pp. 90-92 and 96 f.; for more detail see Heinz Josef Varain, *Freie Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Staat. Die Politik der Generalkommission unter der Führung Carl Legiens (1890 - 1920)* (= *Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien* 9), Düsseldorf 1956, pp. 24 f., 40, 46f., and 52.

13 See the speeches at the Trade Union Congress of June 1914 referring to the extensive use of laws governing associations and the threatening law for the protection of the strike-breakers (*Protokoll der Verhandlungen des neunten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands*, Berlin [n. d.], pp. 141 f., 158-160, 309-324; see also p. 62 f.; see further p. 332 ff. for strike trials; and finally *Protokoll der Verhandlungen des zehnten Kongresses . . .*, p. 91); Varain, *op. cit.*, p. 69.

14 See for the present Varain, *op. cit.*, p. 72, whose exposition, however, requires some corrections and supplementations. Thus August 1st by no means brought "the certainty that the unions would not be forbidden." On the very afternoon of August 2nd, while some members of the "Generalkommission" were negociating in the Reich Ministry of the Interior, Leipart was expressing his apprehension at the conference of the committee representatives. In the original minutes we read that Bauer "answers Leipart's query to the [deleted: reassuring] effect that the trade unions have nothing to worry about." Archives of the August-Bebel-Institute (subsequently referred to as ABI) (West Berlin), NB 526, Bl. 16 and 22.

15 See as well as Varain (*op. cit.*, pp. 88-90) Gerald D. Feldman, *Army, Industry and Labor in Germany 1914 - 1918*, Princeton 1966, pp. 197-249.

16 Feldman, *op. cit.*, p. 521 ff.; see Werner Richter's account, which is marked by a Leninist bias, *Gewerkschaften, Monopolkapital und Staat im ersten Weltkrieg und in der Novemberrevolution (1914 - 1919)* (= *Beiträge zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung* I, *Die Novemberrevolution 1918 und die deutschen Gewerkschaften*, 1st half-volume), Berlin 1959, p. 203 ff.; for the genesis of the Z.A.G. see now Gerald D.

who consequently believed that they had achieved the most essential of those immediate objectives which they considered attainable, just before the Revolution.

The fact that the employers were now in a more acutely defensive position since November 9th, was no reason for Legien to revoke his basic concept, which depended on the combination of the strategy of attrition with the two tactics of support (Umarmungstaktik) and infiltration, on the long march through the institutions. He exploited the advantageous situation at that time to extort further concessions from the employers, but as adverse reactions could be expected, he was careful not to pitch the demands too high. His decision to keep to the course which led to the agreement of November 15th and to the official foundation of the "Zentralarbeitsgemeinschaft" (Z.A.G. – central work commission) between the employers' associations and the unions on December 5th was a source of astonishment, even in the industrialists' camp. No less a man than Walther Rathenau asked him on November 11th whether he should not be afraid of discrediting the unions completely in the eyes of the masses through such co-operation. While Legien considered then, two days after the outbreak of the Revolution, that he could definitely deny this,[17] less than three weeks later, quite a number of union leaders were of a substantially different opinion.

When the conference of the committee representatives met on December 3rd to discuss the draft of the constitution of the Z.A.G., some of the top functionaries were already in a state of minor panic. Greatly agitated about the interventions of radical "Räte" in their domains, they saw the danger of the liquidation of the unions looming ominously near. And already the idea of moving the seat of the "Generalkommission" away from Berlin was broached.[18] In view of the attacks the unions were exposed to, it seemed to some of their number that to extend the alliance of expediency entered into with the employers in the present situation would be playing with fire.[19]

The intermediate review ot the development since the outbreak of the Revolution did not in fact look very favourable for the unions. The agreement of November 15th, which they had extolled as

---

Feldman, too, *German Business between War and Revolution: The Origins of the Stinnes-Legien Agreement*, in: *Entstehung und Wandel der modernen Gesellschaft* (= *Festschrift für Hans Rosenberg*, edited by Gerhard A. Ritter), Berlin 1970, pp. 312-341; this article has since appeared as a reprint: Institute of International Studies, University of California, Berkeley, California 94720, Reprint No. 369.

17 Legien at the conference of the committee representatives of December 3rd, 1918: "You will remember that [at the conference of the committee representatives of November 14th] I remarked during my report on the organisation of those matters which led to the agreement that it was not the employees, but the employers, to be exact Dr Rathenau, who asked us whether it was a practical action in the present time – it was the second day after the revolution – to come to such an arrangement with the employers; he felt such a co-operation with the employers might at that point discredit the reputation of the representatives of the trade unions. I explained to him that we had of course asked ourselves this question, but that we had come to the realisation that it was absolutely essential in the interests of the workers to bring about this agreement in order to avoid unemployment, misery and destitution. I replied further that we could rely on views which have to the present time existed in Social Democrat principles with respect to socialisation, that beginning with Karl Marx, all serious and significant socialist writers have said that a political reorganisation can be completed within hours and weeks, but that the transformation to socialism which must follow a political reorganisation will extend over months and years. And I added: it is our opinion that this agreement of ours will be a significant factor in helping to prepare for the coming of socialism. From no one side of the conference did these remarks produce a reaction." Minutes of the conference in the Archives of the ABI, NB 1, No. 11; see Bl. 6.

18 Gustav Bauer recommended a drastic enforcement of the domestic authority [Hausrecht] in the event of an attempt by the "Räte" organs to gain control of the "Generalkommission". "If a conflict arises even then, then it would be worth considering the course of action hinted at by Umbreit, namely whether the 'Generalkommission' should not rather transfer its headquarters to a place where it enjoys sufficient protection from the working class to be able to continue its activities undisturbed. (Bravo ! – Shout: Hanover !) Fortunately there are still a whole number of cities where the trade unions can work unmolested." Ibid., Bl. 44.

19 Thus Paeplow, who emphasised the grave difference between the agreement of November 15th and the more far-reaching statute draft, felt a postponement advisable, because it was precarious "to broach such matters at this point which would inevitably make it seem that we wanted to discredit the revolution." He was afraid that "such an agreement with the employers' camp at this point would demolish that little prestige which the trade unions at present enjoy." It was from this point of view, too, that Stühmer advised them to consider carefully "whether in fact the publication [of the agreement] is at this point opportune." Ibid., Bl. 18, 4, 5, 20 and 24 f.

the Magna Carta of labour, came nowhere near fulfilling the over-eager expectations of the wretched masses, who were demanding a rapid improvement in their situation, and for whom the word "socialisation" had the most nebulous associations.

With their urge for action frustrated over and over again by the union functionaries, who still bore the blemish of their war policy, they became susceptible to the slogans of those "Räte" propagandists who declared the unions to be out of date. The growing pressure from below was joined by an increasing alienation from the heads of the allied majority party. The fact that none other than Friedrich Stampfer refused to publish a manifesto of the trade union leadership in a prominent position in the *Vorwärts*,[20] and the fact that the comrades in the ministries left the "Generalkommission" for the most part without any information,[21] these were disturbing signs. But most alarming of all was the fact that the majority party, in their endeavour to divert the "Räte" from politics, directed them into the sphere of the economy, whereas the unions on the contrary tried to brand the "Räte" as political organs of the Revolution.[22]

What could have made the magnificent tactician Legien enter into the daring game of a co-operation with the employers, just in this particular situation? Without doubt, one of his main points of view was that it was only if economic life was normalised rapidly that the process of deterioration and thereby of radicalisation as a disturbing factor in the normalisation could be reversed. He reckoned that, following on from recognition by the employers, the unions would inevitably grow, and by virtue of this their negociating position would definitely be improved, whereas the employers, on the other hand, when they had regained their strength and were in an advantageous position, would perhaps be prevented form exploiting this advantage to the full, however, by the chains of the Stinnes Legien Agreement. Furthermore, on the basis of Legien's union theory, it seems conceivable, if not altogether likely, that he considered this co-operation venture, particularly with major industry, as a suitable means of speeding up the process of concentration in the economy, and thus the process of economic polarisation, too.[23] In addition to these main general points of view and to the intention

---

20 The conference of the committee representatives on November 14th, 1918 had decided on a "Manifesto of the German trade unions" (published among other places in *Correspondenzblatt* . . . 28 *[1918]*, p. 431 f.). Thomas informed the conference on December 3rd of the echo that the manifesto had made in the party press. He said, "I contacted the editorial of 'Vorwärts' personally and I must confess that the impression I obtained there made my flesh creep. Stampfer said: Now along comes every workers' council, every small organisation and starts thinking up manifestos. – We must also have a say in the matter of the way in which 'Vorwärts' published our manifesto. The whole of the party press brought it in a prominent position, whereas the 'Vorwärts' published it pulled apart and torn to pieces in a part of the paper normally devoted to articles of dubious authenticity. All these are symptoms which make me very apprehensive." (Ibid., Bl. 39.) – Hecht declared in the same session, "I have the feeling that as a result of recent occurrences even the comrades of the majority party have more or less disassociated themselves from the trade unions and the 'Generalkommission', perhaps in order to attempt in this way to bring about a reunification of those parts of the political workers' movement which are at present torn apart." Ibid., Bl. 56; see also Bl. 18, exposition by Paeplow.

21 On this point Legien reported at the conference of December 3rd, "Since he has been in the Reich Labour Office Bauer has only once been to a session of the 'Generalkommission'. Schmidt went yesterday for, I think, the second time since taking on his duties in the War Nutrition Office. Apart from occasional negociations about bills and regulations at which for the most part at least theoretical agreement is reached, or apart from occasional negociations in the Reich Labour Office, we have not, as yet, received any information from the individual Offices or from our comrades from trade union circles within the government. We obtain our best information from the demobilisation authorities, partly through State Secretary Koeth – and here I am completely in agreement with Leipart; he is one of the best people we have and in any case the most suitable for this position – and partly, too, through negociations with the employers." Ibid., Bl. 70 f.

22 In a debate on a draft of a resolution which was aimed against attempts to exclude the trade unions from the regulation of wage and working conditions, Paeplow, however, advocated without compromising the following line: "The workers' councils are not political organs, nor are they political organs of the Revolution – at any rate we should not stamp them as such. . . It is not necessary for us to recognise them as political organs of the revolution." Leipart, however, contradicted this "for the mere reason that it is easier this way to stress the contrast between political and economic interests." Ibid., Bl. 78.

23 Legien had taken this aspect of concentration of capital into consideration even before the turn of the century. See his essay *Die Bedeutung der Gewerkschaftsorganisation für den Klassenkampf der Arbeiter*, in: *Sozialistische Monatshefte* 1 (1897), p. 542: The trade unions "are not only contriving a concentration of capital through the

of assisting a large number of functionaries, through their activities in the minor commitees of the Z.A.G., in obtaining higher qualifications for dealing with economic questions, there came, during the period of the Revolution, the tempting thought of using combined pressure on the government to check the trend towards directing the "Räte" to the sphere of the economy.

The development of the following years obviously refutes the ominous warnings of the pessimists. The unions did not crack under the pressure of radicalism; on the contrary, they experienced a tempestuous rise. While the notorious "Hilfsdienstgesetz" had already brought about an increase in the number of members, after the December agreement, membership shot up to dizzy heights. In 1918, not many more than 1,6 million were organised under the roof of the "Generalkommission". In 1919 the 5,5 million level was almost reached, in September 1922 the 8 million mark had already been exceeded. Corresponding to the membership figure, the unions' efficiency and with it their power of attraction increased. In 1918 they had a sum of only 81 million marks at their disposal, as compared with more than 508 million in 1921.[24] Backed up by this impressive support, they were an important factor both in the open economic struggle and as a pressure group, and it was to them that the proletariat owed not only better working conditions, but also a great number of social political concessions. In their co-operation partly with the employers, but mainly with their natural allies in parliament, government, state administration, political and non-political institutions, they exerted an influence which animated their opponents to coin the polemical expression "die gewerkschaftliche Nebenregierung" (the collateral union government).[25] In 1922, when Legien's successor Leipart delivered his statement of accounts at the Leipzig Congress, he could state with pride, "It has worked, the unions have become great and strong."[26]

But only a year later they had been put out of action. The inflation, which the struggle in the Ruhr had driven upwards at an explosive rate, had bled the unions to death financially, set a new wave of misery in motion and transformed Germany into a witches' cauldron, as far as politics were concerned. Led by the representatives of heavy industry, the employers amassed their forces for the great offensive, which was directed first of all against the 8-hour day, thus dealing the fatal blow to the already gravely undermined Z.A.G. Disappointed by the unions, which had been their source of hope, and supported in their disappointment by Communist agitation, the workers en masse turned their backs on their unions. In 1926 the decline was complete, and the total membership of the A.D.G.B. was no longer 8, but merely a scant 4 million.[27] Its voice now carried only minimal weight, even with the allied Social Democrats.[28] The claim made in its programme for economic

---

struggle for better wage and working conditions – the small employer must clear out and leave the field to the bigger employers because he is not in a position to compete with them in the long run once higher wages and shorter working hours have been introduced."

24 The annual membership average in 1918 was: 1 664 991; in 1919: 5 479 073; in 1922: 7 895 065; it reached its peak in the third quarter of 1922 with 8 068 938 members. The balance of funds is recorded for 1918 as 80 904 595 Mark, for 1921 as 508 676 060 Mark. Neither sum includes the funds of the metal workers' union, and the statement for 1921 does not include the funds of the agricultural workers' union, nor those of the machinists' and stokers' union. One must disregard the seemingly "gigantic" rise in funds in 1922, as it was already accompanied by a considerable depreciation of currency. (*Jahrbuch 1922 des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes*, Berlin 1923, pp. 87 and 85; see also *Protokoll der Verhandlungen des elften Kongresses . . .*, p. 92 f.)

25 With reference to this reproach, which enjoyed a far-reaching echo after the Kapp putsch, see the comments of Reich chancellor Hermann Müller in the parliamentary session of April 12th, 1920 (*Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung. Stenographische Berichte*, Volume 333, p. 5052 f.).

26 With this remark Leipart was referring directly to that era of the trade union movement, when "we were still so weak that our attempts at agitation were met every day with the objection 'It won't do any good anyway'." *Protokoll der Verhandlungen des elften Kongresses . . .*, p. 333 f.

27 See *Jahrbuch 1926 des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes*, Berlin 1927, p. 140.

28 In this context there are two events which may be seen as particularly characteristic. Before the Reichstag elections in May 1924 there had been non-committing consultations between members of the party committee and the joint committee of the A.D.G.B. on the question of "how it might be possible to bring about a closer link between the leaders of both branches of the workers' movement." But when the vice-chairman of the A.D.G.B., Peter Graßmann, won a straight mandate, he was, contrary to the expectations of his "friends", not

democracy, as it was announced at the Breslau Congress of 1925, was bound, in view of the balance of power, to seem far removed from reality, and not only to the Communists.[29]

At the Hamburg Congress three years later, when the programme for economic democracy as a model for a peaceful way to socialism was once again being debated, the picture was considerably altered. Even though the Communists could continue to speak about an illusion, the employers had good reason for taking things more seriously.[30] In Hamburg it was not longer a case of the defeated generals of a disintegrating army deep in meditation; the self-confident exponents of a successful mass organisation were involved in active discussion, an organisation whose partner in their political alliance now counted the Reich chancellor of a few weeks among its number. But it was not only politically that the unions were experiencing a comparative boom. 87 per cent of their members were fully employed, in 1928 they succeeded in obtaining wage increases or other improvements for some 11 million workers, and the wage tariff rose by about 8 per cent.[31] Nor was it likely that the record of their infiltration tactics would be able to quieten those fears of the nightmare of a creeping socialism which had been whipped up by the employers' camp.[32] From the employers' point of view, the Hamburg Congress constituted a provocation. Heavy industry went on reacting with counter-provocation until the unions, alarmed at the effects of the nascent world economic crisis and the financial crisis of the Reich, let themselves rush into an over-hasty action, which proved to be politically fatal. In March 1930 their stubbornness in a seemingly unimportant question connected with unemployment insurance meant the fall of the Social Democrat chancellor Müller's coalition cabinet and thus brought about the end of parliamentary government in Germany.

This March decision was already the subject of the heaviest criticism among contemporaries, for it was regarded as the prelude to a process of partially dismantling democracy at first, and finally of completely destroying it. Anyone trying to prove the justification of this criticism must proceed from the fact that in 1928 the union leaders had declared themselves with an overwhelming majority in favour of practical co-operation in the government, and expressed the conviction that it was possible "to advocate the justified claims of the workers . . . more successfully through the *direct exertion of influence on government measures* than through perseverance in the opposition."[33] Put

---

elected to the committee of the parliamentary party. Even his wish to be delegated to the Reichstag Commission for Social Affairs remained disregarded. (See his protest note of June 13th, 1924 to the committee of the parliamentary party of the V.S.P.D.: Archives of the ABI, NB 10, No. 5.)
Another example of the tense relations between both organisations at that time is provided by the events leading up to the Heidelberg Programme, the draft of which was not passed on to the A.D.G.B. until a very late stage, although it affected crucial trade union matters. In the name of the joint committee, Leipart protested against two sets of wording immediately before the start of the party congress, emphasising: "It is a basic precondition of any attempt to bring about and ensure closer co-operation based on the recognition of mutual independence between the trade unions and the Social Democrat Party that the Party respects the complete autonomy of the trade unions, just as the trade unions respect its autonomy." Letter of September 12th, 1925 to Hermann Müller [Franken], Archives of the ABI, NB 468, No. 28.

29 Characteristically the employers' camp did not consider a serious discussion of the conception of economic democracy to be necessary until 1928. See Heinrich August Winkler, *Unternehmer und Wirtschaftsdemokratie in der Weimarer Republik*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 11 (1970), Special Number 2, p. 308.

30 For the response from the side of the employers at the Hamburg Congress, see Helga Timm, *Die deutsche Sozialpolitik und der Bruch der Großen Koalition im März 1930* (= *Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien* 1), Bonn 1952, pp. 47 and 57; see also *Protokoll der Verhandlungen des 14. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands (4. Bundestag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes)*, Berlin 1931, p. 72.

31 *Protokoll der Verhandlungen des 14. Kongresses . . .*, p. 67; concerning this, see also *Jahrbuch 1928 des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes*, Berlin 1929, pp. 18 ff. and 178 ff.

32 See Carl Böhret, *Aktionen gegen die "kalte Sozialisierung" 1926 - 1930. Ein Beitrag zum Wirken ökonomischer Einflußverbände in der Weimarer Republik* (= *Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte* 3), Berlin 1966.

33 Leipart as the speaker of the joint committee at the Hamburg Congress about the attitude of the responsible trade union leaders; see *Protokoll der Verhandlungen des 13. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands (3. Bundestag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes)*, Berlin 1928, p. 79 f.; the passages set in italics above are set in spaced type in the original text.

under growing pressure from the basis,[34] who were suffering badly under the economic crisis, the union leaders arrived at a different assessment of the situation at the beginning of 1930. They regarded the dispute over the unemployment insurance as part of a general offensive by the employers, which left only the following possibilities of reaction open: either to give way in the sure certainty that the forces of resistance among the basis would become stronger, and that the employers would keep up the pressure until the continuation of the coalition meant the self-sacrifice of Social Democrat policy; or else – and this was the alternative chosen – to carry out the break, which was in any case already regarded as inevitable, having in mind the idea of a tactical offensive, which compiled at least verbally with the radical expectations of their supporters.

The logic of this calculation cannot be denied, but nor can the fact that the judgement of the situation at that time revealed a dismaying lack of political far-sightedness. While the union leaders watched both their Communist opponents and the camp of the traditionally reactionary movement with ever-present suspicion, they displayed blindness and lack of insight in the face of the threatening dangers of the extreme right-wing mass movement. In their estimation of National Socialism they had not advanced beyond their 1923 level of perception; in that year an internal enquiry had conveyed the soothing impression that the Hitler movement was not a factor to be taken any too seriously.[35] Hitler himself was in the eyes of the unionists a fool, his proletariat supporters were recruited mainly from the notorious circles who had belonged to the pro-employer "yellow" labour organisations before the First World War, behaved as wild Spartacists in the Revolution and finally become enraptured by the "brown rubbish" which set out to take in the gullible with the words "National Socialist". With this image in mind, the joint committee of the A.D.G.B. had

---

34 In his notes on a session on December 3rd, 1929 Graßmann recorded the following comment (passages in italics here are underlined in the original text): "But *tax reduction* for the *propertied classes coupled with increased burdens for mass consumption and stagnation of socio-political organisation is* unacceptable for both trade unions and party. *Both are for a coalition, but the masses must not* run away on us." As regards the conference of the party leaders on December 10th he noted among other things: "Party and trade unions have become too *influential* for the *propertied classes*. . . . *Commitment of the Party for a long period.* Do we want the *flight of the masses*? ? " Archives of the ABI, NB 471, Nos. 88 and 91.

35 Quoted from a letter of May 5th, 1923 from Schulze to the International Trade Union Council: "The reports agree that the movement has its headquarters in Bavaria and that it would most likely attract discharged officers, students, nationalist-conservative clerks, shop and technical employees. The well-known 'Hitlergarden' are also mainly recruited from these groups. Undoubtedly there are also a number of civil servants who support the movement in Bavaria and Württemberg, and without whose help the movement would probably never have attained the significance which it has today. . . .

The report from our Munich friends states that the number of workers participating hardly exceeds 2 000 and that these workers are not registered members of the movement but only function as hangers-on at the meetings. Insofar as any workers of the radical left have joined the movement, they appear to be ones who found their way to the trade unions or political parties only in the post-revolution era. Our Nürnberg friends analyse the support of the movement in a similar way, however noting especially the sons of independent artisans as supporters of the movement in addition to the above-mentioned sections of the population.

Reports from the remaining parts of the country agree that the workers, as far as their firms are subject to trade union influence, generally reject the movement. . . .

It seems important to note that National Socialism found its best breeding-grounds in those areas where the radical elements were most auspicious after the revolution. Most affected in this respect is the district of Halle-Merseburg in Central Germany. Since the collapse of the Central German uprising two years ago the Nationalists can boast to have gained the support of a portion of the once overly radical workers (the Leunawerk-Mansfeld mining areas). However, this group consists mainly of the same elements, who, as the so-called 'Gelbe', had stabbed the workers' movement in the back even before the war, had then discovered the 'truly revolutionary' spirit and have now found their way back to the other extreme. Thanks to these fickle customers, the effectiveness of our unions in that area now suffers considerably. But nor will the Nationalist movement be able to rely on the steady support of these people, who can bend any way the wind blows. We would therefore assume that the assessments of the movement in the daily press have over-estimated both the actual size of the movement and the threat which it presents. Only through these reports the movement has really gained importance. The power hunger of the National Socialists should founder in the face of the long years of union work." Archives of the ABI, NB 64, No. 45.

literally closed its files on the Hitler movement in 1923.[36] They did come into circulation again in 1930, but the attitude to right-wing extremism hardly changed. It was in vain that Furtwängler, the unofficial go-between with open-minded right-wing circles, tried to warn the joint committee about the National Socialists' dynamic power. "When the Salvation Army play," he was enlightened patronisingly, "they attract a large audience, too."[37]

Through the landslide election in September, which swept the parliamentary ground from under the unions' feet as far as any speculation on a democratic alternative to the Brüning system was concerned, the free unions became the prisoner of the situation once and for all. On the one hand they had every reason for putting up massive resistance to the course of a chancellor who included the lowering of wages in his government programme, who revealed clearly recognisable inclinations towards reducing social legislation and was furthermore suspect, because he sought to suppress the unions' influence in all spheres of social and economic administration, as well as in the collective regulation of employment. On the other hand, however, the unions were well aware of the danger they would cause if they overthrew Brüning. If they did not want to take upon themselves the risk of political and economic catastrophes, then, reluctantly, they had to set out on the swampy path of toleration, where no heavy guns could be brought into action. Once the seemingly powerful opponents of the government, they now became its involuntarily voluntary prop, and their loud protests could not cover up their real rôle. Neither their protest resolutions nor their processions of petition right up to the Reich President himself could prevent the misery of the masses from increasing perpetually, and the unions from losing one position after another.

At first, it had been possible to limit the wage restrictions to earnings above tariff level, but in the late autumn of 1930, an assault on tariff wages began, which was supported by the government for reasons of finance policy. The machinery of arbitration, which had long been a means of aid for weaker unions, was now transformed into a weapon directed against the unions, which had to submit to tariff reductions of about 6 per cent in the time up to August of the following year. But compared with the shrinking of the labour market, these reductions seemed like little more than a slight loss. In February 1931, the unemployment figure neared the 5 million mark for the first time, and after a short period of relief in the summer, this level was quickly exceeded. In 1931, almost 35 out of every 100 A.D.G.B. members were out of work, while nearly 17 were on short time. The burden of unemployment, which was beginning to exhaust the unions' relief funds as a result of the diminishing revenue from subscriptions, became even more oppressive when the emergency decree of June dictated a further severe reduction in public relief.[38] The growing misery became the most acute incentive for a process of radicalisation, and in the course of this, the union leaders not only came under even heavier cross-fire from the extreme right and left, but they were also put under pressure more and more by their own people.

Something fundamental had to happen, but where were fundamental and at the same time reasonable alternatives to be found ? Just as with the phenomenon of the radical mass movement from the right, the unions were not mentally prepared, either, for the problems of an economic crisis of such dimensions. Before, at the beginning of 1932, they considered giving up "a portion of their carefully considered attitude, their cool moderation,"[39] and finally demanded firm measures for an active

---

36 After the last occurrence in 1923 no more material was put into the file "National Socialists" (NB 64) until January 1930 (see Nos. 83 a and 84). There are also no records in the file "Fascism and Reaction" (NB 62) for the period from 1923 to 1930. According to Furtwängler the joint committee did not order Hitler's book *Mein Kampf* for its library until after the election success of the National Socialists in September 1930. (Interview of April 23rd, 1965.)

37 According to Furtwängler even Tarnow reacted to his warnings with approximately those words. (Furtwängler in the above-mentioned interview.)

38 See the *Protokoll der Verhandlungen des 14. Kongresses . . .*, pp. 68, 70 f. and 77 f.; *Jahrbuch 1931 des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes*, Berlin 1932, pp. 28-37 and 254-261.

39 Leipart explained in a session of the A.D.G.B. "Bundesausschuß" (expanded joint committee) of February 15th, 1932: "The trade unions must give up a portion of their carefully considered attitude, their cool moderation, for it is obviously impossible otherwise to force a change and to frighten those responsible out ot their

economic policy, they remained under the influence of Brüning's deflationary policy, and although they denounced its devastating effects, they had no convincing concept to put up against it. Initially their major demand was not that work should be provided on a large scale, but that the existing possibilities for employment should be divided among as many workers as possible.[40] It needed the mass misery during the winter of 1931 to 32, when the "cry for work"[41] sounded from the throats of more than 6 million unemployed, before at least the significant union leaders disregarded their own misgivings and began to take an interest in Woytinsky's plans for producing credit.[42]

Even though the W.T.B. plan, as it was called, remained only an alternative on paper to Brüning's spiralling deflation crisis, it did at least help the unions to find at last a slogan which was geared to the political and economic situation. The fact that it had to be practically forced upon them can only be partly explained by the widespread fear of inflation. The roots of their initial hesitation go a long way down into the depths of the specific mentality which was expressed at the 1931 Frankfort Congress in Leipart's words: "In the course of the decades, we have learned, with regard for our heavy responsibilities which we have always been aware of, to regulate our demands, to form our suggestions so that they can be fulfilled without putting the other sections of the people at a disadvantage."[43] Their scorn for the empty ring of demagogic phrases, their sense of reality and responsibility, all these virtues, to which the unions owed their early successes, proved to be a great handicap at the height of the crisis. Accustomed to fighting the "ignorance of the masses" with straight-forward arguments, they went on then, too, practising their sober appeal to reason, while more and more of the working class circles were succumbing to the irrational promises of the extremists.

---

passivity." When he quoted this comment at the crisis congress in April, he hasted to add that he was not doing so "with the intention of challenging the congress today to take him literally and to completely drop its cool deliberation." See *5. Geschäftsperiode. Protokoll der 4. Sitzung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes,* Berlin 1932, p. 57; *Protokoll der Verhandlungen des Außerordentlichen (15.) Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands (5. Bundestag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes),* Berlin 1932, p. 22.

40 The trade union appeals for more jobs, to which Leipart referred at the crisis congress (*ibid.,* p. 22 ff.), had been little more than a perfunctory act. Nobody in the inner circles was under any illusion about the possibility of realising such a call. So, for instance, Leipart explained at the "Bundesausschuß" session on October 12th, 1930: "In previous years the public purse was able to reduce unemployment by providing e m e r g e n c y j o b s, but just now, with economic difficulties at their worst, we can hardly reckon with a public works programme. . . . not only *[are]* the public purses empty, but short-term credits are required just to struggle through from day to day. . . . It thus seems doubtful that we shall be able to obtain foreign loans for the purpose of financing an employment programme." (*4. Geschäftsperiode. Protokoll der 9. Sitzung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes,* Berlin 1930, p. 184.) In the very session of March 10th, 1931 Brandes emphasised: "The only means of controlling unemployment effectively in the present economic situation is by a general and considerable reduction of working hours." (*4. Geschäftsperiode. Protokoll der 11. Sitzung des Ausschusses . . . ,* Berlin 1931, p. 246.) It was on this account that after 1930 especially the 40-hour week and the ninth school year were demanded.

41 *Protokoll der Verhandlungen des Außerordentlichen (15.) Kongresses . . . ,* p. 22.

42 At the conference of the committee representatives of July 1932, that is a month after Woytinsky had initiated a public discussion of his conception of an active economic policy, Naphtali was not contradicted yet when he declared: "We are for holding the currency, even if we must reckon with the closing-down of several firms as a result of it. . . . There must not be an increase in the circulation of money to meet public debts since this would bring a threat of inflation." The decisive break-through did not take place until the session of February 15th and 16th, 1932. See Wladimir Woytinsky, *Aktive Weltwirtschaftspolitik,* in: *Die Arbeit* 8 (1931), pp. 413-440; *4. Geschäftsperiode. Protokoll der 13. Sitzung des Ausschusses . . . ,* Berlin 1931, p. 273; *5. Geschäftsperiode. Protokoll der 4. Sitzung des Ausschusses . . . ,* pp. 56-67; for the first echo in the press see *Für und wider Arbeitsbeschaffung. Pressestimmen über die Sitzung des Bundesausschusses des ADGB vom 15. und 16. Februar,* in: *Gewerkschafts-Zeitung* 42 (1932), pp. 148-150; for the internal discussions and connections see W. S. Woytinsky, *Stormy Passage. A Personal History Through Two Russian Revolutions to Democracy and Freedom: 1905 - 1960,* New York 1961, pp. 462-472.

43 *Protokoll der Verhandlungen des 14. Kongresses . . . ,* p. 54.

Not until the general morale had reached the catastrophic level of late 1931 were the unions capable of bringing themselves to give up, to a certain extent, their old rigid modes of thought and traditional cliché attitudes. Thanks to the proclamation of the Iron Front, the pent-up need for action could be met adequately, that is, efficaciously on a mass psychological level. A few months before, at the Frankfort Congress, it had sounded more like an empty threat, when Leipart explained, *"The unions are not looking for a fight, but if it is inevitable, we shall accept the new challenge* and wage battle."[44] In the ardour of the mass marches, in which the columns of the party, the unions and the "Arbeitersportler" (working men's sports clubs) were amassed together with the militant units of the "Reichsbanner", all doubt about the earnestness of this will to fight against the enemies of the Republic was lost, and both leaders and followers together became intoxicated by the blazing manifestation of ultimate determination. When the hour of truth then struck on July 20th, 1932, as Papen hunted the Prussian government out of its offices, and when in reaction to this, it was not the signal for action which was sounded, but only the all-too well-known appeal for discipline and discretion, then in the eyes of many, a great capital of trust had been gambled away, once again the leaders had "failed", once again they had "betrayed" the masses, who had been all ready for action.[45]

This criticism, which is pursued with a great display of acumen in the academic controversy, too, requires, on detailed consideration, extensive modifications. In so far as this school of thought alludes to the successful general strike during the Kapp days, it is comparing like with unlike, for in 1920, not only were the unions at the height of their power, but they were also fighting side by side with the legal government against a small group of usurpers, who completely lacked any mass support. Long before the Papen era, in 1921 to be exact, the union leaders had come to the conclusion that extra-parliamentary pressure under conditions other than the extremely favourable ones of the Kapp days would not achieve the desired effect. Detailed consultations with both the M.S.P.D. and the U.S.P.D. always led to the conclusion that "all such actions . . . flow into parliamentary action in the end, anyway. . . Even political strikes take effect only in the Reichstag . . . All that remains is to arouse the masses systematically to political understanding, which guarantees the inner recovery of the people and victory at the next elections."[46] If this had been the reasoned attitude of the top functionaries in 1921 already, how could they judge otherwise in 1932, when the Reichstag elections were imminent, and when the blow came, not from isolated rioters, but from a legal government which, having a millions-strong army of demoralised unemployed, Hitler's S.A. and the technical emergency service at its disposal, could include in its calculations a strike-breaking potential of gigantic proportions.

The experience of the Kapp putsch had further been a warning lesson, as to how easily the union leadership of a strike could be outstripped by the Left, and the general strike could turn into civil war. Now the union functionaries had never tried to hide, and had repeatedly and unequivocally

---

44 *Ibid.*, p. 44. The passages quoted above in italics are set in spaced type in the original text.

45 Doubtless one could supplement by numerous other examples the evidence given by Erich Matthias (*Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands*, in: *Das Ende der Parteien 1933 [= Veröffentlichung der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien]*, edited by Erich Matthias and Rudolf Morsey, Düsseldorf 1960, pp. 136-143) for the will of resistance at the base. Thus, too, Dr Hans Hirschfeld mentions that thousands of young workers had gathered at their alarm positions on July 20th in Berlin. When no order came to proceed they reacted with "great disappointment and wrath." (Interview of January 17th, 1969.) Yet it is not the attitude of the activist core, but that of the broad mass of workers which would appear decisive for the total picture. The then youth secretary of the A.D.G.B.-area Berlin-Brandenburg-Grenzmark thus reported on the prevalent mood: "That day the 'Bundesausschuß' interrupted its deliberations in the afternoon, the members split up and criss-crossed through Berlin by public transport to find out what the general feeling was among the masses. I went on the same errand to Kremmen that evening where I got the appalling impression that, like the working population in general, our officials were reacting, if not with indifference, certainly with resignation. I was not even able to bring a protest resolution back to Berlin, where the members of the 'Bundesausschuß' had meanwhile gained the same impression that the broad masses lacked the will to fight." (Interview with Erich Wöllner on September 12th, 1963.) Wöllner, however, erred in that it was not the "Bundesausschuß" which sat on July 20th, but the area secretaries; see note 49, second paragraph.

46 *Protokoll der Verhandlungen des elften Kongresses . . .*, p. 151.

stressed at the 1931 Frankfort Congress, that they considered civil war to be the surest and quickest way to ruin. " . . . we take no pleasure in civil war," Leipart said in Frankfort. "Civil war . . . would destroy the complicated economic fabric of Germany completely . . . The unions will resist it," were Brandes' words in Frankfort, where Tarnow, too, declared, "we must and will lead the working class to socialism alive . . . we . . . are looking out for possibilities of being alive today, being alive tomorrow, and at the same time carrying on the development towards socialism."[47]

They wanted to stay alive, and civil war would have left them no chance of survival. The Iron Front, an effective army of millions, according to their own self-representation, could only be considered a paper tiger from a military point of view. Even its hard core, the defence units of the "Reichsbanner", were planned and equipped only for civil war, in which the Republican government force needed them as auxiliaries.[48] Behind the scenes there could be no doubt about the power situation and the hopelessness of violent resistance or of a general strike. Why else was there no joint examination of the possibilities for prevention, as the omens for the Papen action increased, instead of waiting for the blow before putting the crucial question to Leipart?[49] Because the answer could be taken as being familiar. And why were great expectations still entertained nevertheless, and a deceptive sense of power created in the masses? Because the great bluff, the so-called Iron Front, could only be successful, if at all, as long as the masses saw in it, not a bluff, but a real weapon.

Papen's coup d'état had not only destroyed with one blow the nimbus of the Iron Front, it had even shaken its foundations, the close alliance between party and unions. "There are well-founded suspicions," said one of the participants at the committee conference of July 21st, "that the Papen

---

47 *Protokoll der Verhandlungen des 14. Kongresses . . .*, pp. 138, 336, 183.

48 See Karl Rohe, *Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik* (= *Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien* 34), Düsseldorf 1966; especially p. 375.

49 Walter Menzel's comments on the alleged joint session of the party committee and "the Free Trade Unions" on July 16th, 1932 do not stand up after a critical examination of the sources. Erich Matthias in *Die Sozialdemokratische Partei . . .*, p. 135, note 46, has already pointed to the discrepancy between Menzel's and Severing's accounts and speaks only of an important preliminary decision of the party committee. In the meantime Hans J. L. Adolph (*Otto Wels und die Politik der deutschen Sozialdemokratie. 1894 - 1939. Eine politische Biographie [= Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin beim Friedrich Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin* 33], Berlin 1971, p. 241, note 528) has emphasised that it can "only have been a session of the inner circle of the party committee and the officers of the parliamentary party" and that it was striking "that several members of the inner circle of the party committee . . . were not present." In reality what most likely took place on the morning of July 16th or – more probably – July 18th (see Wels' account in Adolph's publication, *op. cit.*, p. 241 f.) was nothing more than an informal exchange of opinions between Severing and those members of the party leadership who happened to be present.
For the consultations in the union headquarters of the A.D.G.B. on July 20th see Adolph (*op.cit.*, pp. 242-246) who repeats Wels' version in detail, and also the strikingly short set of minutes of the "Bundesausschuß" session of July 21st, at which Leipart commented: "For weeks now the terrorist acts of the National Socialists and the attacks on union houses have been increasing and causing unrest among our members. For this reason we invited the area secretaries to come to Berlin on July 20th in order to discuss with them the situation in the country. Things happened all too quickly. . . . Once the events had become known we faced the question of countermeasures together with representatives of the Party, of the 'Reichsbanner' and of the Afa-Federation. We seriously discussed the possibility of a general strike or a demonstrative strike as a defence measure, but finally we rejected the idea. The question was as follows: What purpose should such a strike have ? The Prussian Braun-Severing Government has been able to hold office only as an acting ministry since the last provincial elections. A general strike would also hit the Southern German states which have joined us in rejecting Papen's measures of force. The decision must be brought about at the forth-coming Reichstag elections. For this reason we all agreed to ensure under all circumstances that the Reichstag elections on July 31st could be held." (*5. Geschäftsperiode. Protokoll der 8. Sitzung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes*, Berlin 1932, p. 115 f.)
Dr Hans Hirschfeld informed the author that, when on July 20th the question of a general strike was discussed in the Prussian Ministry of the Interior, Peter Graßmann had referred to the large number of unemployed and had declared – in content –: "Haven't you noticed that they [those responsible for the coup d'état] only want to prevent the Reichstag elections and are looking for a welcome excuse to do so ? " Interview of January 17th, 1969.

government intends to prohibit the K.P.D. . . . That would merely be an omen for the subsequent prohibiting of the S.P.D. Should that be the case, the close connection between party and unions would not be entirely without danger for the latter. We must take precautions against this danger."[50] As the statement of the representative of an unimportant union, no very great significance was attached to these words of Herrmann's. However, the fact that he could express such a thought publicly, without causing a storm of indignation, was the first sign of disintegration at the top, and thus the alarming symptom of an alarming situation. There had been tension between the two organisations in the months and years before the Papen era, too. In the question of reparation, for example, there had been a noticeable contrast between the attitude of the A.D.G.B. on the one side, and the francophile group around Breitscheid on the other.[51] Woytinsky's plan for producing credit, too, had met with a brusque rejection among the party leadership.[52] But after Papen's "Prussian coup", what had been differences in individual questions before, developed into fundamental tension.

Through the loss of the Prussian bastion, the S.P.D. also lost a great many of the factors which had restricted their spectrum of activity and thus removed their sounding board among the radicalised masses. Papen's coup de force now not only presented the party with the possibility, but tactically forced it to adopt a course of harsh and fundamental opposition. The unions had been acutely provoked, too, by the so-called cabinet of barons with its tendencies indicating its hostility towards the workers, but now they occasionally saw opportunities for deriving a modest advantage from the situation. Just as they gave up their initial rejection of the voluntary labour service for fear of losing more young people to right-wing organisations,[53] now, after the foundation of the "Stülpnagel-Kuratorium", they, unlike the party leadership, did not completely close their minds to those financial and political arguments, which advocated the participation of the "Reichsbanner" in those activities of premilitary training which were encouraged by the state.[54]

As Social Democracy could no longer intervene successfully as the extended arm of the unions in parliament or behind the government scenes, and since it indeed constituted a burden, the union leaders observed with great attention how certain exponents of the "left" wing of the National Socialists were trying to establish the first links of understanding.[55] From the S.P.D. point of view, this

50 Thus Herrmann, representative for the German Milliners' Union; see *5. Geschäftsperiode. Protokoll der 8. Sitzung des Ausschusses . . .*, p. 117.

51 At the joint rally of the S.P.D. and the Free Trade Unions on December 16th, 1931 this difference led to open conflict. After Leipart had declared "An end to the reparations ! Germany has already repaired the war damage with her payments to date," Breitscheid, to the horror of Furtwängler and other participants, answered with the following objections suppressed in the press: "Leipart says: No more reparations. One must beware of going so far. I would say: no reparations for the next few years. (Interruption: nor for the years after that!) Well, you say, not after that either ? We must be careful here. We have decisions of the International, too, which we have also agreed to and which oblige us to the actual material payments. Such speeches bring us dangerously close to National Socialism. What would you do if Brüning returns with a settlement which frees us from reparations for the next few years only ? Would you overthrow Brüning's government ? Then Hitler would take over, and France will oppress us a lot more with Hitler in power." A letter from Furtwängler to Leipart of December 22nd, 1931; Archives of the ABI, NB 178, No. 62.

52 See Woytinsky, *Stormy Passage*, p. 465-472.

53 For a summary of the attitude of the A.D.G.B. to the voluntary labour service see Henning Köhler, *Arbeitsdienst in Deutschland. Pläne und Verwirklichungsformen bis zur Einführung der Arbeitsdienstpflicht im Jahre 1935* (= *Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte* 10), Berlin 1967, pp. 163-177; there was still opposition in the decisive conference of June 14th, 1932, see *5. Geschäftsperiode. Protokoll der 7. Sitzung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes*, Berlin 1932, pp. 103-108.

54 For the "Reichskuratorium für Jugendertüchtigung", the material incentive for the unions and the differences with the S.P.D. leadership, see Köhler, *op. cit.*, p. 219 ff., especially p. 223 f.

55 The contacts between A.D.G.B. and N.S.D.A.P. in 1932 still require a more detailed examination. See for the present Ursula Hüllbüsch, *Gewerkschaften und Staat. Ein Beitrag zur Geschichte der Gewerkschaften zu Anfang und zu Ende der Weimarer Republik*, typed Ph. D. dissertation, Heidelberg 1958, p. 160 ff. – The official denial of July 1932 in which the A.D.G.B. disputed that any contact between Furtwängler and Gregor Strasser had taken place, actually – as had only been suspected up till now – belied the facts. Of course the joint committee was much too careful to have authorised Furtwängler expressly to seek contact. However, the

could only be a case of an all-too shabby manoevre designed to spread the germ of suspicion in the common labour front. The judgement and attitude of the A.D.G.B. leaders were more clearly differentiated. They knew they were not capable of seriously considering the separation from the party which Herrmann had advocated. The two organisations were so closely intertwined, both through tradition and the people involved, that such a step, though not inconceivable, had to be dismissed as not feasible under the given conditions. But the situation was already felt to be so threatening that it seemed high time, not just to maintain casual contact with the other side, but to undertake the experiment of bridging the ideological gap.

Leipart's speech on "The cultural tasks of the unions" was an attempt of this kind, and in October it demonstrated how perfectly the men from the Inselstraße knew how to adapt themselves to the style of the new age.[56] The fact that this retreat had been dictated by clear-headed recognition of their own weakness is proved most convincingly by the reaction of the committee presidents to the emergency decree of September 4th. The effect which the coup d'état in Prussia had not produced – a fighting mood among the leading functionaries – was brought about by Papen's attack on the irrevocability of the tariff agreements. At the meeting of September 9th, unusually decisive words were uttered, which quickly evaporated, however, when the possibilities for resistance were analysed.[57] Politically out-manoevred, economically no longer capable of any great offensive, financially almost bled to death, they saw their salvation in tactical manoevring, but they could no longer think of any better slogan than the exhortation to recruit more members.[58]

Unlike the S.P.D., to the unions the chancellorship of Schleicher must have seemed a great step forwards after their experience with Papen. The party committee could see no sensible reason for committing themselves to co-operation with a general who had once worked to bring about the fall

---

attempts at contact took place with the knowledge of Leipart and other top functionaries, who took the position: "Let Franz Josef get on with it !" (Interview with Furtwängler of April 23rd, 1965.)
At the end of August 1932 Tarnow, too, showed an interest in a direct contact with the other side. On the 26th one of Strasser's close collaborators had come to see him in his office, "because 'it's about time somebody got up the courage'." When at the end of the one and a half hour session Tarnow was "rather abruptly" confronted with the question "whether I was prepared to enter into a discussion with Gregor Strasser myself or whether I could arrange for someone else among us to do so," he answered "that anyone in public life is used to negociating with political and social opponents. Even though it would not be particularly pleasant to sit down with an opponent who acts against us with such violence as is the case with your party, I still wouldn't refuse to hear what Gregor Strasser has to say."
Tarnow informed Leipart of this immediately and expressed the expectation "that if Strasser should really get in touch, there would be no second thoughts on our part about my having a non-committing talk with him. It should, after all, be of some interest to us to acquaint ourselves as thoroughly as possible with the internal development of the Nazi movement." Tarnow's letter of August 27th and attached memo in the Archives of the ABI, NB 65, Nos. 59 and 60.

56 Theodor Leipart, *Die Kulturaufgaben der Gewerkschaften*, Berlin (n. d.). On this matter see also appendix in Hüllbüsch, *op. cit.*, pp. 184-198.

57 Because the Reich Ministry of Labour had expressed the wish to carry on negociations with a few representatives of the trade unions about the interpretation of individual clauses of the decree, Spliedt threw open two alternatives for discussion, "whether we should in fact help to clear up the many cases of doubt . . . , or whether it would not be in our interest to allow things to continue developing until they reach a point of utter confusion within the individual firms." Apart from Scheibel of the large construction union, it was only the representatives of the shoemakers', milliners', chimney sweeps' and tobacco workers' unions, i. e. relatively small unions, who declared themselves against all co-operation. On the other hand, the representatives of the general union (public works and transport) and of the unions of wood, metal, agricultural and factory workers as well as those of the printers and railwaymen all advocated co-operation. Nörpel's suggestions for more radical tactics in wage demands were met with misgivings even by the opponents of co-operation. See *5. Geschäftsperiode. Protokoll der 9. Sitzung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes*, Berlin 1932, pp. 126-139.

58 See *ibid.*, pp. 140-144 and *5. Geschäftsperiode. Protokoll der 10. Sitzung . . .*, Berlin 1932, p. 160. – Just as Leipart declared organisation to be the slogan of the day after the formation of Hitler's cabinet (see note 60), he had already concluded after Papen's coup d'état that "the situation should moreover be used for all-out agitation with the purpose of winning new members." *Protokoll der 8. Sitzung . . .*, p. 116.

of Müller's cabinet, after his mentor Groener had precipitated the fall of his candidate Brüning, and had lifted Papen into the saddle as quickly as he had thrown him out of the Wilhelmstraße. For the unions, on the other hand, the change of chancellor was the beginning of an episode not only of being courted, something they had had to do without for a long time, but also an episode of the first concessions, which brought about greater hopes. However, Schleicher's plan for a Third Front, his intention of including leading functionaries together with "left-wing" National Socialists in his cabinet,[59] was unacceptable for the unions, and not only for reasons of healthy scepticism: As yet the union members were not psychologically prepared to be confronted with such a spectacular and momentous step. For the moment, a course of careful toleration seemed the only acceptable one, and this feeble source of aid was not sufficient to maintain the general in his hard-pressed position.

When Schleicher was dropped and the prospect of a Hitler coalition became a real danger, the problems were reduced to the simple question of "Either – Or". If resistance was to have at least a slight prospect of success, the hour of the proletarian united front, the hour of action had now come. As yet Hitler had not established himself in the positions of power, and the fighting morale of broad circles of workers was unbroken. But the leaders of the unions and Social Democracy believed less than ever that a trial of strength would be successful, and the activities of the K.P.D. leaders continued to provide the proof that an honest united front was unattainable. Anxiously intent on not providing the chancellor with any convenient excuses, Social Democracy chose to make the legality of his measures the criterion for their decisions. "Being prepared" was now apparently "everything", and "organisation – not demonstration", according to Leipart, was still the "watchword of the hour".[60] As a concession to the mood of the masses, they were offered pithy words, and a sedative for the intermediate and minor functionaries was provided in the classic sentence: "When we press the button, then it's time for action."[61]

The ominous button remained unpressed for four weeks, and with the Reichstag fire, a certain era came to an end for the unions, the era of postponed trials of strength, but also of avowals of strength. While in February they had taken care not to be lumped together with their Communist adversaries of old,[62] in March they regarded the step which Herrmann had advocated after Papen's

---

59 Apart from Hüllbüsch (*op. cit.*, pp. 191 f., 195, 199-214) see especially the memoirs of Ernst Lemmer published since then (*Manches war doch anders. Erinnerungen eines deutschen Demokraten*, Frankfort on the Main 1968, pp. 164-168) where Lemmer reports to have discussed with Leipart the question of an alliance of the trade unions with Schleicher only shortly before Hitler's accession to power. When Lemmer emphasised the necessity of a decision "within forty-eight hours", Leipart answered: "I can't manage it as quickly as that. Psychological opposition is much too great. I'm not even sure whether Strasser could ever be acceptable to us. And, by the way, I have an almost insurmountable aversion against the idea of sitting down at one table with a man like him. But we must persuade Schleicher to give us a little more time." *Ibid.*, p. 167.

60 See *Bereit sein ist alles ! Rede des Genossen Breitscheid im Parteiausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 31. Januar 1933*, Berlin (n. d.) [1933]; see further *Die Gewerkschaften und der Regierungswechsel. 13. Bundesausschußsitzung des ADGB am 31. Januar 1933*, in: *Gewerkschafts-Zeitung* 43 (1933), p. 67.

61 Thus Hans Vogel even in the inner circles of the party committee, see Adolph, *op. cit.*, p. 251 f.; see also Matthias, *Die Sozialdemokratische Partei . . .*, p. 152. – Apart from Vogel and Graßmann, Hermann Schlimme has also referred to the button under discussion. Erich Wöllner informed the author: "I remember very well that Schlimme – the key man for the Iron Front in the joint committee – assured me comfortingly in February 1933, 'I've got a button on my desk. When I press it, things start happening.' But then he never did press it, and probably couldn't have pressed it, for in him, too, the Socialist, who was personally determined to fight and who would have willingly sacrificed himself, was held in check by the trade union man, who was completely controlled by the thought of his immediate obligations and his delegated responsibility for his colleagues." Interview of September 12th, 1963.

62 Prompted by an announcement in the press that the Free Trade Unions in Halle on the Saale wanted to hold a joint demonstration with Communists and Social Democrats, Hermann Schlimme wrote to the local committee there on February 14th, 1933 among other things: "We have no objection if the local committee of the A.D.G.B. or within the scope of the Iron Front wants to conduct such demonstrations. But the interests of the trade unions compel us not to carry the link with the K.P.D. or its subsidiary organisations so far that it might in the end cause insurmountable difficulties for the trade unions. The reactionaries have the greatest interest in lumping us together with the Bolshevists in order to be able to carry on their political business better in public." Archives of the ABI, NB 13, No. 84.

coup d'état as unavoidable. The demonstrative way in which they were suddenly emphasising their traditional principles of political independence and neutrality could only be interpreted as a renunciation of their more hard-pressed Social Democrat partner, and, like the nimble way they were adjusting themselves to the popular vocabulary, it was bound to create the impression of unprincipled opportunism. But their opponent was not deceived by their favourable attitude. All they achieved were merely indignation and disgust among the comrades at their "monstrous betrayal". On May 2nd, when the leading "big-wigs" were led away from the Inselstraße and taken to an S.A. cellar, the gaping crowd greeted them with only hatred, scorn and contempt.[63]

Where do the reasons for the defeat lie? Was it the inevitable result of a concept which was false from the outset? From an historical perspective, which confronts the observer with the facts of the second technical industrial revolution still under the capitalist principle, one fact, first of all, cannot be seriously contested: in comparison with the prognoses about timing of Marx, Engels, Lenin and others, the union leaders of Legien's and Leipart's quality distinguished themselves by a better grasp of reality when they regarded the capitalism of their epoch, not as an already decaying system, but as a still viable one, and disputed the claim that both the objective and subjective conditions for a successful change-over to socialism were already in existence. Their decision to choose a strategy of the middle under these circumstances, and to combine it with the double tactics of support and infiltration, had at least the merit of logical stringency.

If the unions' concept was so realistic from the point of view of timing, and so convincing from that of logic, why did it then lead to catastrophe when put into practice? Putting the question in this form means reducing the problem in an inadmissible way. Measured against their starting position in the Wilhelminian era, the unions, on the basis of the concept just described, extended the radius of their activities and possibilities of exerting influence considerably throughout four decades, they were able to achieve palpable successes, and even extreme crises they succeeded in surviving, at least, even if they could not control them. Before Papen entered upon his fateful pact with Hitler in 1933, their situation was admittedly still difficult, but by no means hopeless, politically or economically. The National Socialist tide was definitely receding, and the fact that the economic situation was at a turning-point gave reason to believe that the pressure from left-wing extremism, too, would weaken. Furthermore, after Schleicher came to power, they saw themselves drawn into the calculations of the Reich policy in a positive way.

Basically, successes speak for the rightness of a strategy, but defeats do not necessarily prove that it was false. A vastly superior opponent can thwart any concept, however perfect it may be, and factors come into play in the sphere of political action which are qualitatively different from those involved in the field of military operations. The unions' action in situations of economic crisis in particular is a tension-ridden dialectical complex of rationalism and irrationalism, of spontaneity and consciousness, in which the leaders' decisions have to be taken under the pressure of the fact that the masses' impulse for attack is growing, whereas at the same time the objective prerequisites for successful operations are diminishing. In view of the process of radicalisation in January 1918, the leader of the metal workers, Schlicke, had reminded the circle of top functionaries about his old dream ideal and of the storm of indignation he once caused by demanding to be able to use the members of unions like chess figures.[64] As this dream could not be reconciled with the essence of a democratic mass organisation, a certain consensus of opinion among the members was one of the indispensable conditions before the strategic concept could be put to the best possible use, and this

---

63 Information given by Furtwängler in the interview of April 23rd, 1965. – See Joachim G. Leithäuser, *Wilhelm Leuschner. Ein Leben für die Republik*, Cologne 1962, p. 110.

64 Unprinted *Protokoll der 15. (außerordentlichen) Konferenz von Vertretern der Zentralverbandsvorstände. Abgehalten am 1. Februar 1918 im Sitzungssaal 1 des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei, Berlin SW, Lindenstr. 3*, Bl. 13: "When he [Schlicke] emphasised at one point that a relationship should be created between the trade union committees and the members that would allow the members to be used like chess figures a storm of indignation broke loose; during the present strikes those chaps acted exactly that way in order to misuse the masses for their purposes." Archives of the ABI, NB 528, No. 7.

ideal use was thwarted again and again by the effect which phases of economic decline had of producing emotionalism. Through the split in the labour movement, besides, energy was lost which, had the movement been united, could have flowed into the channels of infiltration and would have strengthened the pressure of the tactics of support. Under just this aspect Hermann Müller-Lichtenberg, 1925, believed the accusations against the leaders could be reversed and the masses accused: "Just as in the political sphere, where on the whole we must ascertain a failure, not of democracy but of the working class, so too in the union sphere, we can establish a failure on the part of the workers. . . . This failure of the workers led to a weakening of our power."[65]

However, the immaturity of the subjective factor, as it is partly expressed in the lack of unity within the labour movement, provides only one portion, and not even the most important one, of the explanation, as to why the unions' strategy could be thwarted. The more profound reason must be sought in the immature state of the objective factor, or in other words, in the relative stability of the capitalist system, which, in spite of its vulnerability, could still summon up the stronger reserves and fall in for counter-offensives, just in the very situations of economic crisis. By ruthlessly exploiting the unions' weakness resulting from the currency fall of 1923, the employers discredited the tactics of support through the spectacular example of the successes of these tactics, both in politics and in economic policy. Then at the end of the 1920's, when Social Democracy and the unions had risen to new heights of influence, the old reaction, epitomised in Hindenburg and Schleicher, and closely allied with the conservative circles of the Centre Party and the representatives of industry in the "Deutsche Volkspartei", resolutely set about restricting and eliminating their tiresome adversaries. Forced both politically and economically from the offensive to the defensive, the unions now became the object of a strategy of attrition, which cut the ground from under their infiltration tactics, went over to counter-infiltration, tried to separate unions and party from each other, until finally Hitler could prepare to deal the crushing blow.

If such a course of development could have been prevented by a different concept on the unions' part, could such a development have been nipped in the bud by integrating the "Räte" idea into the constitution? The combination of parliamentary democracy with the "Räte" system, the Third Way, is merely a speculative alternative, for it was not suitable for the actual conditions at the time of the Revolution. The real and fundamental question was: minority dictatorship or parliamentary democracy? The question was determined by the unions in accordance with their basic political conviction and in the expectation that one day, the social process of polarisation would inevitably result in a majority vote for the way of socialism. The thought that this very process of polarisation could release a mass movement from the right, that the "anti-capitalist longing" could be intercepted, rendered ineffective and used against democracy by a pseudo-socialist counter-ideology, such a thought remained beyond their powers of imagination until the Republic was nearing its end. The question as to whether they vastly over-estimated the danger of left-wing extremism must probably remain unanswered. The fact that they failed to recognise the threat of National Socialism until the very end, perhaps their most serious error of judgement, became, too, the point of departure for their policy of adjustment which darkens their last weeks of activity. In the face of Hitler's claim for totality, it was, objectively, no time for any feeble variation of tactics of support, but only for suicide tactics of one kind or another. If the leaders believed that, in the interest of the masses, they must avoid civil war, and that was something which had to be reckoned with, after Schleicher's plans for a coup d'état had been realised in February 1933,[66] then they were obliged at least, in the interest of the future of their movement, to express quite unequivocally their rejection of Hitlerism, right to the bitter end.

---

65 *Protokoll der Verhandlungen des 12. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands (2. Bundestag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes)*, Berlin 1925, p. 267; for Müller's reference to Tarnow see p. 231.

66 For this point see Leithäuser, *op. cit.*, p. 93 f. – In an interview on January 17th, 1969 Hirschfeld confirmed the gist of Leithäuser's representation, but corrected some details. According to Hirschfeld it was Leuschner who informed him of the General's approach. Thus, too, Schleicher, who wanted to strike before the Reichstag elections, is not to have expressed an opinion as to the inclusion of Otto Braun in the at least two conferences. Otherwise Hirschfeld confirmed that Leuschner – "I'm not a general who can command troops" – had been extremely "evasive", an evasiveness not least motivated by the deeply engrained mistrust of the Social Democrats toward that "sly Odysseus".

Subjectively, however, seen through the eyes of the leading functionaries, things appeared rather differently. With the mood fluctuating, the "Inselstraße" thought they should still be guided by prognoses which were sometimes depressed, occasionally even almost elated, but mostly calm.[67] In all probability, the unions would have been placed under a "Staatskommissar" (state commissioner), and it would have been possible to "come to terms" with a "Kommissar" until the National Socialists had brought themselves to ruin and disappeared from the scene, which could only be a matter of a few months.[68] So, on careful consideration, the problem of Hitler was not a question of principle but one of time, and the unions' answer to it, although it would not exactly have been forgotten by the time the next Congress took place, would however have been interpreted reasonably in the well-tried fashion.

What saves the leaders responsible from being convicted of betrayal for their conduct in the period of adjustment is on the one hand the integrity of their motives. On April 13th, when the top functionaries sat down at the negociating table with representatives of the N.S.B.O. (National Socialist Works Organisation), the National Socialists built golden bridges for them.[69] "We must . . . ask Herr Leipart to resign," but Brucker stresses, "All this can take place in ways which need not mean any harm to the person. . . . We shall not throw the old champions into the streets. The old leaders will be taken care of." If Leipart, who was due to be replaced in any case, on account of his old age, had been looking for a convenient way out for himself, he needed only to step onto this bridge. But just as he, a defeated general but not a broken one, had previously risen up as plaintiff and declared: "We must refuse to be betrayers of our own cause, for it is our life's work," so he now attacked the opposition with defiant questions: "Do you know what the situation was like fifty years ago ? Do you know that workers toiled away for 14 hours and had no holidays and hardly ever a Sunday ? Do you know that their wages [were] bad, that they lived in miserable shacks, were completely excluded from cultural values ? Then we came along, and it is we who have raised the workers up to what they mean today." Leipart was always prepared to wriggle through in the interest of the unions, but he would never be a party to their surrender, even less to their capitulation, even under personally 'honourable' conditions.

---

67 The author arrived at this conclusion largely as a result of interviews with the following one-time employees of the joint committee: Dr Bruno Broecker, Kurt Exner, Franz Josef Furtwängler and Gerhard Sachtleber. Dr Franz Grosse and Richard Timm of the one-time union school in Bernau also contributed information. Hints by Dr Broecker lead one to the conclusion that Furtwängler unintentionally contributed to the disorientation of the committee. The report he gave in the union headquarters on the plans of the National Socialists concerning trade unions was in March still completely in keeping with the ideas of the N.S.B.O. leadership. (See Walter Schumann's suggestion of March 14th, 1933 published in *Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte,* edited by H. Michaelis and E. Schraepler with the assistance of G. Scheel, Vol. 9, Berlin [n. d.], p. 623 f.) However, he over-rated their influence on Hitler, just as he over-rated the role of Count Reventlow, of whose appointment as the trade union commissioner he was apparently absolutely convinced. At the time Furtwängler even thought that he was entitled to make "offers" to colleagues. (Interview with Dr Broecker on April 6th, 1967 and January 6th, 1969.)

68 The following anecdote shows to which consequences this false assumption, just as widely shared as well-known, could lead. After his last illustrated lecture before the occupation of the trade union houses on May 2nd Erich Wöllner stored a projector belonging to the local Berlin union in his flat. Although, when taking stock of his office equipment on May 3rd, he noticed several thefts, he handed over the projector without being asked to do so. His motive: Once the Nazi-spook had blown over in a few weeks he didn't want his old colleagues to accuse him of trying to embezzle trade union property. In about 1935 Leipart disillusioned him "beyond all bounds by saying: 'My dear chap, that's going to take another ten or twelve years'." Interview of September 12th, 1963.

69 For the research to date about the interview of April 13th see Matthias, *Die Sozialdemokratische Partei . . .*, p. 178, note 17. – The author found a typed copy of the memo major portions of which are quoted by Lothar Frey (*Deutschland wohin ? Bilanz der nationalsozialistischen Revolution,* Zürich 1934, pp. 116-120) in the stock of the ABI archives. Although signature and dictation marks are missing, there seems no doubt about its authenticity because of the context of other documents in which it occurs. See NB 67, No. 94; quotations: Bl. 3, 2, 5.

But it is not only the integrity of the motives, it is a methodological consideration which causes objections to be raised to the unthinking use of the term "betrayal" in an academic context. No less a man than Friedrich Engels reduced this perception, which is being directed in the same way against the word "failure" to this early formula: " . . . when one is searching for the reasons for the counter-revolution's successes, from all quarters one receives the convenient answer, Herr X or Citizen Y 'betrayed' the people. This answer may or may not be true, according to the circumstances, but under no circumstances does it explain the least factor; it does not even make it understandable as to why the 'people' let themselves be betrayed in such a way."[70]

---

70. Friedrich Engels, *Revolution und Konterrevolution in Deutschland*, in: *MEW* 8, p. 6.

DER NACHLASS DES ANARCHISTEN CARL DOPF (1883 - 1968)

I. Der österreichische Schriftsteller Carl Dopf und der Hamburger Anarchismus nach der deutschen Revolution

Von Gerhard Botz

Im Sommer 1969 übernahm das Ludwig-Boltzmann-Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung (Leiter: Professor Karl R. Stadler) an der Hochschule für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften in Linz durch Vermittlung der Arbeiterkammer für Oberösterreich und ihres damaligen Archivars, Professor Gerhart Baron, einen großen Teil des Nachlasses von Carl Dopf.

Carl Dopf (1883 - 1968), aus dem ländlichen Proletariat Oberösterreichs stammend, war Hilfsarbeiter in der Papierfabrik Steyrermühl (Bezirk Gmunden) des großen Papier- und Zeitungskonzerns gleichen Namens und seit 1910 Funktionär der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsorganisation im Salzkammergut, als er um 1912 erstmals mit anarchistischen Ideen bekannt wurde. Der Anarchismus in der von dem Tolstoianer Rudolf Großmann vertretenen Form war es, der von nun an zeitlebens seine politischen und sozialen Vorstellungen, wenn auch in wechselnder Ausformung, bestimmte. Zunächst verschrieb sich Dopf der "Neu-Jesu-Bewegung", einer kleinen, in Deutschland und Österreich verbreiteten chiliastischen Sekte, die einen religiös verkleideten Anarchismus predigte und der prominente Vertreter des österreichischen Anarchismus wie Großmann, Karl F. Kocmata und Franz Prisching, aber auch Erich Mühsam nahestanden. Dopf verfaßte für diese Gruppe Propagandaschriften und redigierte ihr Mitteilungsblatt. 1913 übersiedelte er nach Hamburg, wo er, zunächst als Hilfsarbeiter, seit 1926 als freier Schriftsteller, über dreißig Jahre lang lebte.

Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges sympathisierte er kurzzeitig mit den Spartakisten, im Frühjahr 1919 schloß er sich den "freien Sozialisten" um die Zeitschrift "Alarm" des Hamburger kommunistischen Anarchisten Carl Langer an. Für diese wie für andere anarchistische und syndikalistische Zeitschriften lieferte er verschiedene Beiträge. Später gründete er einen jener damals zahlreichen Ein-Mann-Verlage und gab zwischen 1921 und 1926 eine Reihe kurzlebiger kleiner Zeitschriften heraus, die in dem unten folgenden Archivbericht angeführt sind. Neben dem Kampf für "unautoritäre" Erziehung, Gewaltlosigkeit und Pazifismus vertrat er in seinen Blättern, für die Berliner Expressionisten Graphiken beisteuerten, einen radikal individualistischen Anarchismus Stirnerscher Provenienz, der in eigenartiger Affinität zu diversen freireligiösen und irrationalistischen, schwärmerischen Bewegungen der deutschen und österreichischen Subkultur stand. Außer den "Klassikern" des Anarchismus (Proudhon, Stirner, Kropotkin, Tolstoi) war Dopf besonders den Ideen der genannten österreichischen Anarchisten, außerdem Rudolf Rocker, Gustav Landauer und der "Freiwirtschaftslehre" Silvio Gesells verpflichtet.

Als die anarchistische und syndikalistische Bewegung nach 1924/25 gänzlich unbedeutend geworden war und sich die meisten ihrer Anhänger verliefen, zog sich Dopf, der zuletzt eng mit Großmann und Kocmata zusammengearbeitet hatte, 1927 von der politischen Tätigkeit zurück und wandte sich der Fachschriftstellerei zu. Bis zur nationalsozialistischen Machtübernahme erfolgreicher Autor von populärwissenschaftlichen Aufsätzen, Artikeln über wirtschaftliche Fragen und einigen Büchern, überstand er die faschistische Periode relativ unbehelligt. Von 1947 an wohnte er bis zu seinem Tod im November 1968 wieder in seinem Geburtsort. Er schrieb noch gelegentlich Artikel in Lokalblättern und in der Fachpresse insbesondere der Holz- und Papierindustrie; politisch trat er, trotz seiner nun syndikalistischen Ansichten wieder SPÖ-Mitglied geworden, nicht mehr hervor.[1]

Der Wert des Nachlasses Carl Dopfs, der sich in richtiger Selbsteinschätzung einen unbedeutenden Schriftsteller nannte, liegt gerade in dem hierdurch charakterisierten Sachverhalt, d. h., daß durch seine Schriften, Bücher etc. nicht eine sogenannte "Persönlichkeit", der die bürgerliche Historiographie, jedoch nicht nur diese, mit Vorliebe ihr Augenmerk widmet, zum Ausdruck kommt, sondern daß sich in seinen Ideen und Interessen religiöse und politische Strömungen und Unterströmungen der Gesellschaftsschichten, denen er angehörte, widerspiegeln. Daß sich die politischen und gesellschaftlichen Zielvorstellungen Dopfs oft in "unwissenschaftlicher" und widerspruchsvoller Form und in manchmal seltsamen Verbindungen mit religiöser Schwarmgeisterei äußerten, mindert nicht den Wert des hinterlassenen Materials; im Gegenteil, es kann den Einblick in weniger ausgeprägte Erscheinungsformen derselben religiösen und politischen Tendenzen erleichtern.

Carl Dopf, ökonomisch bis Mitte der zwanziger Jahre zum Industrieproletariat gehörig, wegen seiner schriftstellerischen Ambitionen jedoch schon damals bewußtseinsmäßig mittelständisch orientiert, ist eine jener zahlreichen Existenzen zwischen den Klassen, die in der Novemberrevolution von 1918 revolutionären Parolen gefolgt waren, dann jedoch zunehmend Affinität zu gegenrevolutionären Bewegungen entwickelten. Meist waren es wirtschaftliche Krisensituationen, die sie in ihrer im allgemeinen "apolitischen" Grundhaltung erschütterten und politisch radikalisierten. Gilt diese Feststellung generell für das 1918/19 halb-revolutionäre, 1923 und nach 1930 faschistoide Kleinbürgertum, so bedeutet dies noch lange nicht, daß jedes Individuum auch organisatorisch oder auch nur programmatisch diesen Wandel vollzogen hat. Auf Dopf trifft das jedenfalls nicht zu, auch nicht für die meisten individualistischen Anarchisten und stirnerianischen Sektierer im Umkreis Dopfs. Schon H. G. Helms hat überzeugend die Identität der Denkformen von anarchistischem "Linksradikalismus" und völkischem und nationalsozialistischem Rechtsradikalismus nachgewiesen.[2] Die Biographie Dopfs und sein Nachlaß erscheinen auf weiten Strecken als Illustrationen zu den bisher wenig beachteten Thesen jenes rabiaten Dichters und "marxistischen" Sprachwissenschaftlers. Helms überbewertet allerdings die Rolle Stirners und übersieht, daß es sich bei dessen Ideologie und dem Stirnerianismus in verschiedenen Ausprägungen um allgemeinere, historisch ältere Strömungen handelt.

Verschiedentlich wurde schon der Zusammenhang von religiöser und weltlicher Heilserwartung in bestimmten Gesellschaften und Gesellschaftsgruppen nachgewiesen.[3] Michael Vester[4] hat jüngst wie-

---

1 Näheres über die Biographie Dopfs in meinem Aufsatz "Carl Dopf. Sozialdemokrat in Oberösterreich – Anarchist in Hamburg", in: *Archiv. Mitteilungsblatt des Vereins für Geschichte der Arbeiterbewegung*, 11. Jg., Nr. 2 u. 3, Wien 1971. Am Institut für Neuere Geschichte und Zeitgeschichte der Hochschule Linz bereitet cand. rer. soc. oec. Michael Pollak eine Studie "Religiöse Sozialisation und politisches Verhalten am Beispiel Carl Dopfs" vor, während cand. rer. soc. oec. Johann Schauer eine Untersuchung über die gesellschaftspolitischen Vorstellungen Dopfs bearbeitet.

2 Hans Georg Helms, *Die Ideologie der anonymen Gesellschaft. Max Stirners 'Einziger' und der Fortschritt des demokratischen Selbstbewußtseins vom Vormärz bis zur Bundesrepublik*, Köln 1966, passim; vgl. auch Otto-Ernst Schüddekopf, *Linke Leute von rechts*, Stuttgart 1960; dagegen klammert Hans Manfred Bock, *Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918 - 1923*, Meisenheim a. Glan 1969, diese Bezüge weitgehend aus (s. etwa S. 277 ff.).

3 Vgl. etwa Eric J. Hobsbawm, *Sozialrebellen*, Neuwied 1962; Friedrich Heer, *Europäische Geistesgeschichte*, Stuttgart 1953, S. 595 ff. und passim; Edward P. Thompson, *The Making of the English Working Class*, Harmondsworth 1970 (Penguin Books), S. 427 ff., 436 ff. und passim.

4 Michael Vester, *Die Entstehung des Proletariats als Lernprozeß*, Frankfurt a. M. 1970, besonders S. 96 ff.

der auf die Relevanz dieser Verbindungen scheinbar einander ausschließender Weltorientierungen auch für die Entstehung des englischen Proletariats aufmerksam gemacht: "der politische Radikalismus kann als säkularisierter, als sozialer Chiliasmus verstanden werden". Es könnte sich herausstellen, daß "archaische Sozialbewegungen" (Hobsbawm) auch in der österreichischen und deutschen Arbeiterbewegung, vor allem in ihren jungen, aus agrarischen Gebieten zugewanderten Zweigen, aber auch in den ärmsten und völlig deklassierten Schichten der großen Hafen- und Hauptstädte, etwa in Form von unterhalb der offiziellen Ideologien und Parteiprogramme wirksamen gesellschaftlichen Wert- und Zielsystemen, stärker als bisher meist angenommen vertreten waren. Verbindungen des nordwestdeutschen Anarchismus und des Hamburger "Nationalbolschewismus" mit dem messianischen, 1924 auch als politische Partei (allerdings erfolglos) auftretenden "Haeusser-Bund" sowie vergleichbare Phänomene in der linksradikalen Bewegung Wiens nach dem Ersten Weltkrieg deuten darauf hin. Typisch hierfür sind die engen Beziehungen des religiösen chiliastischen Schwärmers Ludwig Christian Haeusser, der sich als "Weltheiland" und "président du monde" bezeichnete und trotz bestehender Unterschiede wie ein ins Unglaubwürdige gesteigerter (und daher unwirksamer) Prototyp Hitlers erscheint, mit Fritz Wolffheim – er war auch stellvertretender Führer des "Haeusser-Bundes" – und mit dem aus dem Gefängnis an seinen "lieben Bruder Ludwig" schreibenden Max Hoelz; dementsprechend bei Dopf der ständig virulente, meist theoretische, jedoch sich auch oft in Personen seines Bekanntenkreises und vorübergehend in Mussolini[5] konkretisierende Messianismus und Führerkult.

Dies kann der folgende Auszug aus Dopfs Tagebuch der Monate Juni und Juli 1919 belegen. Die Auswahl erfolgte daneben auch im Hinblick auf die Stellungnahme Dopfs zu wichtigen Ereignissen und Aktivitäten der anarchistischen Gruppe "Freie Sozialisten", der er lose angehörte, während des sogenannten "Heil-Putsches" oder der "Sülzenkrawalle". Die Ereignisse während dieser Lebensmittelunruhen, dem letzten Aufflackern der abflauenden revolutionären Bewegung in Hamburg, und die Personen, soweit nicht durch Fußnoten erläutert, werden als bekannt vorausgesetzt.[6] Der Niederschlagung und dem Auslaufen der revolutionären Welle sowie dem Aufkommen irrationalistischer "rechter" Heilsbewegungen entspricht in dem ausgewählten Zeitraum ein Wandel der weltanschaulichen Orientierung Dopfs.

Das Tagebuch liegt maschinenschriftlich in Form von losen, fortlaufend numerierten Blättern vor, die Eintragungen scheinen von einer handschriftlichen Erstfassung nachträglich, jedoch vor Mai 1920, übertragen und geringfügig redigiert worden zu sein. Kürzere Auslassungen habe ich durch *[. . .]* gekennzeichnet. Nicht abgedruckt sind die Tagebucheintragungen 1. - 3., 7., 9., 20. - 22., 30. Juni, 2., 3., 8. - 11., 13. - 15., 17., 18., 22., 25., 29. - 31. Juli 1919. Die weggelassenen Stellen betreffen teils Privates, teils sind sie Wiederholungen. Ebenso habe ich im Text auf die Wiedergabe der in das Tagebuch eingeklebten Zeitungsausschnitte meist aus dem "Alarm" (Hamburg) sowie aus der "Kommunistischen Arbeiter-Zeitung" (Hamburg), dem "Hamburger Echo", der "Salzkammergut-Zeitung" (Gmunden) und der "Arbeiter-Zeitung" (Wien) sowie solchen unbekannter Herkunft verzichtet. Sie sind ebenso wie einige Flugblätter in den Fußnoten auszugsweise wiedergegeben. Ein Flugblatt wird als Faksimile abgedruckt. Änderungen im Text beschränken sich auf orthographische Fehler.

---

5 Dies geht u. a. aus den Holzschnitt-Druckstöcken des Berliner Malers Ernst Kneil (im Besitz von Maria Botz, Linz) hervor, die Dopf und Mussolini darstellen (Aufschrift: "Der Duce Karl Dopf, 1926").

6 Vgl. Richard A. Comfort, *Revolutionary Hamburg. Labor Politics in the Early Weimar Republic*, Stanford, Cal. 1966, S. 74 ff.; Richard Bünemann, "Hamburg in der deutschen Revolution von 1918/19", phil. Diss. Hamburg 1951; *Illustrierte Geschichte der Deutschen Revolution*, Frankfurt a. M. 1961, S. 355 f.; Rudolf Lindau, *Revolutionäre Kämpfe 1918 - 1919*, Berlin 1960.

AUS DEM TAGEBUCH 1919 VON CARL DOPF

4. Juni

Ich halte in der Anarchisten-Versammlung in Hütten Nr. 60 einen Vortrag über das Thema: "Das Recht zum Leben".[7] Die Versammlung nahm einen guten Verlauf und meine Ausführungen große Theilnahme. – – –
Heute wird in München der Kommunistenführer Levinè zum Tode verurteilt. Also wieder einer, den die Reaktion beseitigen will. Dieselbe mehrheitssozialistische Partei, welche die Abschaffung der Todesstrafe auf ihre Fahne geschrieben hat, begeht um ihrer Macht willen einen Mord um den anderen. Und die Arbeiterschaft sieht es nicht, ist blind, wie sie immer blind war und voraussichtlich immer blind bleiben wird.

5. Juni

Auch der Kommunistenführer Toller, auf dessen Kopf 10.000 M gesetzt worden sind, ist in Schwabing bei München verhaftet worden. Damit kann die Regierung Ebert schon jeden Tag ein Todesurteil rechtskräftig werden lassen. Anderer Dinge sind die Herren ja auch nicht fähig. – – –
Ledebour steht nun schon elf Tage vor Gericht. Auch er ist als Opfer kapitalistischer Brutalität ausersehen. – – –
[. . .]

6. Juni

Levinè hat man tatsächlich hingerichtet, trotzdem tausende Arbeiter bereits ihre Stimme gegen das Urteil erhoben und sogar der mehrheitssozialdemokratische "Vorwärts" dagegen protestierte. Wir gehen heute um drei Uhr aus dem Betriebe und begeben uns im geschlossenen Zuge nach dem Heiligen Geist Feld, wo sich viele Tausende Arbeiter zum erbitterten Protest gegen diesen Schandmord an Levinè versammelten.

11. Juni

Wie jede Woche am Mittwoch war ich auch heute wieder in der Anarchisten-Versammlung auf den Hütten. Langer sprach über das Thema "Sind Gewerkschaften notwendig? " Die Debatte war deswegen hochinteressant, weil sich ein Herr zu Worte meldete, welcher sich gleich zu Anfang seiner Rede als Großkapitalist bekannte und den Ausführungen Langers vollständig beipflichtete. Auch er sei für den freien Sozialismus, sagte er. Auch er sehe ein, daß es mit der kapitalistischen Herrschaft zu Ende gehen muß, und daß es gut sei, wenn es Kämpfer gibt, die ihr ein ewiges Grab bereiten.
Für mich ist immer das unangenehmste von der Sache, daß ich zu Fuß nach Hammerbrook "dippeln" muß, weil keine Straßenbahn mehr fährt. *[. . .]*

12. Juni

Neuerdings führt der Anlaß, daß unsere Revolutionärin Rosa Luxemburg in Berlin beerdigt wurde, große Arbeitermassen auf das Heiligen Geist Feld, wo sie gegen die Meuchelmordorgie der Regierung protestierten. Der Straßen- und Hochbahnverkehr ruhte und auch viele Privatbetriebe und Werftunternehmungen hatten die Arbeit stillgelegt, nur wir in der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine[8] bekamen mittags von einem Mitgliede des Betriebsrates die Mitteilung, er (der

---

7 Anfang 1919 begann Dopf, der bis dahin in Hamburg sehr isoliert gelebt zu haben scheint, Versammlungen und Veranstaltungen verschiedener anarchistisch-syndikalistischer Gruppen sowie der "Lebensreformer, Physiokraten und anderer '–kraten' und '–isten' " zu besuchen. So nahm er am 11. April 1919 erstmals an einer Versammlung der "Freien Sozialisten" in ihrer "Geschäftsstelle" in der "Sporthalle" (Inhaber: Wasmund), Hütten 60, im Hamburger Stadtbezirk Hammerbrook teil. Dopf verfolgte jedoch seit längerem schon deutsche anarchistische Presseorgane. Im "Alarm" erschienen ab Nr. 3 (23. 3. 1919) ständig von ihm verfaßte Beiträge. In seiner Autobiographie charakterisierte er die "Freien Sozialisten", deren Zusammenkunftsort auch der sogenannte "Anarchistenkeller" in der Marienstraße war, folgendermaßen (die denunziatorischen Tendenzen sind teilweise aus der Entstehungszeit seiner Autobiographie 1943/44 *[!]* erklärbar): " *[. . .]* eine Gruppe von Menschen recht verschiedener Geistesart, die sich zum Teil noch mehr im Banne der Unfreiheit irgendwelcher unverdauter philosophischer Systeme bewegten *[. . .]* Die meisten waren Entwurzelte des Krieges, Abgesprengte der verschiedenen politischen Parteien, auf die sie kein Vertrauen mehr hatten, und sich nun halb und halb die Idee des Anarchismus als letzten Halt zu eigen machten. Viele Idealisten, wahre Edelmenschen *[. . .]*; viele verwegene Burschen, Nihilisten, Terroristen, Berufsrevolutionäre, Quer- und Wirrköpfe, die schon weiß Gott in der chinesischen Revolution, in den südamerikanischen, spanischen und russischen Revolutionen dabei waren *[. . .]* Und als letzter Bodensatz reine Verbrecher, die *[. . .]* nur im revolutionären Kampfe auf die günstigste Chance lauerten *[. . .]*". Zitiert aus Karl Dopf, "Wege und Irrwege" (1943/44), S. 210; ders., "Aufstieg aus der Tiefe" (1960), S. 332 (beide Manuskripte im Nachlaß Dopf); vgl. auch Tagebucheintragung vom 11. April 1919. – Dopf referiert kurz den Inhalt seines Vortrages vom 4. 6. 1919 in "Aufstieg . . .", S. 334.

8 Dopf war seit Frühjahr 1913 (mit einer kriegsbedingten Unterbrechung von 1915 bis 1917) in der Papierwarenfabrik der "Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine m.b.H." in Hamburg als Hilfsarbeiter tätig.

hohe Betriebsrat) habe beschlossen, daß sich das Personal unseres Betriebes nicht an der Kundgebung beteilige. Und das Personal fügte sich lautlos dem Beschluß, den andere für sie gemacht hatten, und der einzelne darf sich nicht mucken. O Freiheit, du bist sozialistisch geworden.

14. Juni

Immer und immer wieder wird die Überreichung der Antwort auf unsere Friedensvorschläge hinausgeschoben. Inzwischen entwickeln sich in Frankreich große Streiks, meutern englische Truppen und bereitet sich in Italien eine revolutionäre Bewegung vor.
Vielleicht gerät diese Welt doch noch in Brand, ehe der letzte Funke revolutionäres Feuer in Deutschland, Rußland und Österreich zum verglimmen kommt? Dann aber, Clemenceau und Wilson, ist auch eure Stunde gekommen!

15. Juni

Wir waren auf einer Versammlung der neuzugründenden deutsch-österreichischen Kolonie. *[. . .]*
Nachmittag waren wir mit der literarischen Gesellschaft des "Alarm" am Elbstrand und haben im geistigen Meinungsaustausch einige recht vergnügte Stunden verlebt.

16. Juni

Die Friedensbedingungen sind uns nun zum zweiten Male überreicht. Die Grundlagen und Züge des Vertrages bleiben, nur einige kleine Zugeständnisse schmücken ihn aus. Es wird nun die Unterzeichnung innerhalb fünf Tage erfolgen müssen oder wir werden uns erneut im Kriegszustande mit der Entente befinden. Allgemein wird für die Nichtunterzeichnung gehetzt. Eine größere Dummheit kann die Regierung allerdings nicht machen, aber wir sind Dummheiten genug von ihr gewöhnt, so daß uns diese neue Eselei nicht überraschen braucht. Das Opfer sind ja wir, ob es so oder so kommt.

18. Juni

War gestern wieder auf der Anarchisten-Versammlung in Hütten 60. Das Thema über welches Kamerad Wiegleb[9] sprach, lautete "Staat oder Herrschaftslosigkeit". Es war die interessanteste von allen Versammlungen, die ich bisher hörte.
War schon der fast zwei Stunden dauernde Vortrag Wiegleb's ein Genuß, so erst die Diskussion, die alle Gebiete der sozialen Frage berührte und bis zur Beendigung der Polizeistunde nicht erledigt werden konnte, so daß nächsten Mittwoch die Fortsetzung derselben erfolgen wird.

19. Juni

Überall, auf der Straße, in den Betrieben und Wirtschaften wird jetzt die Frage der Unterzeichnung oder Nichtunterzeichnung des Friedens diskutiert. Darüberhin vergißt der deutsche Michel seine Revolution wieder.

24. Juni

Das nachstehend gegebene Vorkommnis veranlaßte in Hamburg schwere Unruhen.[10]
Meine Frau kommt heute Abend vom Kino aus der Süderstraße und erzählt mir ganz aufgeregt, dort hätte ein Matrose vor einer versammelten Menschenmenge eine Rede gehalten und gleich darauf wurde in die Menge geschossen. Auch ich hatte zuvor schon zahlreiche Schüsse und Maschinengewehrgeknatter in der Richtung innere Stadt zu gehört, es aber nicht weiter beachtet. Kaum war meine Frau im Hause, wurde das Feuern schon lebhafter hörbar und dauerte dann auch die ganze Nacht an. Gegen drei Uhr morgens entwickelte sich die Schießerei besonders heftig. Man hörte auch schwere Schüsse wie von Geschützen und explodierenden Handgranaten.

25. Juni

Wir arbeiten, gingen aber um 12 mittags aus dem Betrieb, weil die zur Tagung des Genossenschaftstages in Hamburg anwesenden Delegierten die Räume unserer Kantine benutzen wollten.
Der Kampf in der Stadt dauerte Vormittag noch an. Viele Tote und Verwundete sind auf dem Platze der Kämpfe geblieben. Vertreter von Senat, Bürgerschaft, Arbeiterrat und der drei sozialdemokratischen Parteien hielten im Gewerkschaftshause Sitzung ab, um Stellung zu den Vorkommnissen zu nehmen.
Ich gehe abends mit meiner Frau spazieren, um mir als Neugieriger die Bewegung zu besehen. Geschossen wurde nicht mehr. Aber wie sah es in den Kampfvierteln aus ? Einfach grauenhaft ! Die Schaufensterscheiben der großen Warenhäuser waren teilweise ganz zertrümmert oder von den Geschossen durchlöchert. Die Draht-

9 E. Wiegleb, Hamburger Anarchist, zeichnete als Herausgeber der "Weißen Fahne" (4 Nummern), mit der die Frau Langers, Maria Langer-Rühling, den "Alarm" fortsetzte, als dieser im September 1919 verboten war.

10 Der Artikel "Des Volkes Rache an einem Lebensmittelsünder", wahrscheinlich aus dem mehrheitssozialdemokratischen "Hamburger Echo" vom 24. 6. 1919, besagt: Am 23. Juni 1919 übte in Hamburg eine Menschenmenge Selbstjustiz an dem Inhaber der Firma J. Heil, indem sie ihn in die Alster warf, als bekannt wurde, daß Heil Tierkadaver zu Sülze verarbeiten ließ. Von der Polizei vor dem Ertrinken gerettet, wurde Heil erst unter dem Druck der erregten Menge verhaftet.

leitung der Straßenbahn war herabgeschossen. Vor dem Rathause und in den umliegenden Straßen bewegte sich eine Menschenmenge von Zehntausenden. Das Rathaus selbst zeigte Spuren schwerer Kämpfe. Die Fensterscheiben durchschossen und zertrümmert, die herrliche Fassade bis zum Dach des Turmes hinauf arg beschädigt. Die Börse war ebenfalls hart mitgenommen. Blutlachen bezeichneten den Ort, wo Menschen verbluteten. Ein Trupp Gefangener, der Bahrenfelder Freiwilligen,[11] wurde "Hände hoch" an uns vorübergetrieben. Besonders lebhaft ging es auf dem Holstenplatze noch her. Vor dem Justizgebäude brannte ein Wall von Akten und noch immer wurden Papierstöße aus den Fenstern geworfen. Wir gingen dann nach Hütten, um unsere Anarchistenfreunde zu besuchen und wurden von einigen Frauen mit der Aufforderung empfangen, ein Gewehr zu nehmen und mitzumachen. Als ich dies ablehnte, mit der Begründung, ich sei gegen jede Gewalt, trug mir die Ablehnung verschiedene Vorwürfe ein, die mir so etwas wie Feigheit bekundeten. Ich ging jedoch von meinem Standpunkte nicht ab, und werde davon nie abgehen, weil der Freiheitskampf der Menschheit nach meinem Dafürhalten kein Kampf mit brutalen Waffen sein darf. Einige Kameraden waren mit mir derselben Ansicht. Als wir uns gerade so hin und her stritten, kommt Kamerad St . . . herein, zog mit einer Hand den Revolver aus der Tasche und mit der anderen ein Stück Speck. Mit den Worten "Etwas habe ich doch ergattert" rühmte er sich seiner revolutionären Heldentaten. *[. . .]* Mich schauderte es vor dieser Art Revolutionäre und ging meiner Wege. Mit einem Gesindel von Plünderern will ich nicht Schulter an Schulter um meine Freiheit kämpfen. Auch bin ich gegen jede Befreiung der gemeinen Verbrecher und Benützung derselben für Kampfhandlungen, die um höhere Ziele der Menschheit gehen. Mit Kamerad Langer muß ich mich erst über diese Vorgänge auseinandersetzen. Noch kann ich nicht glauben, daß er das Vorgehen seiner Genossen billigt. Auf dem Rückwege trieben sich noch immer tausende Menschen in den Straßen umher, teils um die angerichteten Schäden zu besichtigen, teils um dunkle Pläne zu schmieden. Bei solchen Anlässen wagen sich die zweifelhaftesten Existenzen an die Oberfläche der brandenden Großstadt.

26. Juni

Es ist wieder Ruhe. Die gestrigen Verhandlungen haben bewirkt, daß die Nosketruppen vorläufig nicht einmarschieren durften.[12] Die politische Gewalt über Hamburg befindet sich in der Hand der vereinigten Arbeiterschaft. – Nun soll der Friede unterzeichnet werden, und in ganz Deutschland findet sich kein Mann, der nach Versailles fahren wollte, um seinen Namen unter den Vertrag zu setzen. So feige sind die Herren noch nie gewesen.
Noch immer wurmt mich der Auftritt von gestern, mit meinen Freunden in Hütten. Die Leute predigen Gewaltlosigkeit und stellen sich auf dem Standpunkte der brutalsten Gewalt und das soll man mitmachen? Es ist eben ein Zeichen, daß die Menschen für den Anarchismus nicht reif sind und es wäre ein Unglück für sie, wenn sich diese idealste aller Menschheitslehren jetzt schon erfüllen ließe. – *[. . .]*
Die Anarchistische Vereinigung gibt nachstehendes Flugblatt heraus:[13]

27. Juni

Ich gehe morgens an die Arbeit und finde kaum aus der Tür getreten, die ganze Straßenfront des Heidenkampsweg bis hinauf zu den Berliner Tor Bahnhöfen mit Regierungstruppen besetzt. Verwegene Gestalten, neu ausgerüstet, mit Stahlhelmen und bewaffnet bis an die Zähne. Maschinengewehre werden in Stellung gebracht, Stacheldrähte gezogen und Geschütze eingegraben. Offiziere spähen mit Ferngläsern die Straßen ab, ganz wie im Kriege. Daß sich eine sozialistische Regierung dieses Spiels nicht schämt? Mit großer Mühe gelange ich zu unserer Fabrik. Leute, welche über die Besetzungsgrenze hinauswollen, kommen ohne Ausweis nicht durch. Im Laufe des Vormittags beginnt ein weiterer Vormarsch der inneren Stadt zu. Beim Gewerkschaftshause jedoch stellt sich ihnen die Menge entgegen und suchte sie darüber aufzuklären, daß in Hamburg eigentlich kein Grund vorliege, einen kriegerischen Aufmarsch zu veranstalten. Daraufhin haben sich die Truppen zurückgezogen und viele haben sogar die Waffen abgegeben, die von der Volksmenge zerbrochen und in die Alster geworfen wurden. – – –
Der größte Schuft im ganzen Land,
Ist und bleibt der Denunziant – –
Das "Echo" denunziert die Freien Sozialisten durch nachfolgenden Artikel als die Wühler des Aufstandes und Träger der Bewegung.[14] *[. . .]*

---

11 Die von dem Hamburger Stadtkommandanten (später: Senator) Walter Lampl (SPD) und vom Senat gerufenen Zeitfreiwilligen aus der Bahrenfelder Artilleriekaserne hatten auf die Demonstranten geschossen und unter ihnen ein Blutbad angerichtet. Sie wurden z. T. von Aufständischen gefangengenommen.

12 Die Aufständischen hatten seit dem 25. Juni praktisch die Macht in Hamburg übernommen und verhandelten mit den Regierungstruppen in Wandsbek mit dem Ergebnis, daß gegen die Garantie der Aufrechterhaltung der "Ruhe" durch die Militärformationen der Aufständischen keine Regierungstruppen einmarschieren würden (*Arbeiter-Zeitung*, Wien, vom 27. 6. 1919, S. 3).

13 An dieser Stelle des Tagebuches ist das hier faksimilierte Flugblatt eingeklebt.

14 Das "Hamburger Echo" reagierte in diesem Artikel ("Sie melden sich!") auf das Flugblatt der "Freien Sozialisten" scharf ablehnend gegen "die wilde Bewaffnung unkontrollierter Volkshaufen" und warnte vor "jenen dunklen Elementen, die sich den Beschlüssen der organisierten Arbeiterschaft widersetzen und auf eigene Faust einen Kampf führen".

Weitergeben oder ankleben!

Bürger, Arbeiter, Mitmenschen!

Ekel und Abscheu muß uns hochsteigen. Die Schamröte überzieht alles, was Menschenantlitz trägt. Gewissenlose Gauner haben uns mit Anrat, mit Abfällen von stinkigen Kadavern, von Hunden, Katzen usw. an unserer Gesundheit, an unserem Leben geschädigt. Der Hunger hat auch das bessere Bürgertum zu Opfern dieser gemeinen Hallunken gemacht. —

Trotz vielfacher Beschwerden haben die Behörden es nicht verstanden, Ordnung in diese zum Himmel stinkende Schweinerei zu bringen.

Die Arbeitslosen haben durch die Aufdeckung der Sauwirtschaft in der Konservenbranche Lob und Anerkennung der ganzen Bevölkerung verdient. Es ist wohl der einzige Weg gewesen, um Remedur zu schaffen — der Weg der Selbsthilfe. —

Nun ist es zum blutigen Kampf gekommen.

Die Arbeiter wollen die Vergiftung der ganzen Bevölkerung nicht länger dulden und wollen auch nicht ruhig zusehen, wie diejenigen, denen wir für die Aufdeckung Dank schulden, von den Schützern der Korruption niedergeknallt werden.

Deshalb Bürger, Arbeiter, erhebt Protest gegen die Lotterwirtschaft, schützt und stützt diejenigen, die für eure Sache kämpfen. Bekämpft zugleich die Hyänen des Kampfes, die Plünderer, diese haben keine Gemeinschaft mit ehrlichen Kämpfern.

Freie Sozialisten.

Druck von Otto Petzold. Hamburg, Susannenstraße 21.

28. Juni

Die Regierungstruppen haben sich außerhalb der Hamburger Grenzen zurückgezogen. Das Hauptquartier verbleibt jedoch vorläufig in Friedrichsruh, wo General von Lettow-Vorbeck den Korpskommandanten der Reichsexekution gegen Hamburg weiterspielt und auf ein neues Manöver sinnt. Es heißt, der Einmarsch soll doch vollzogen werden, wenn zuverlässigere Mannschaft herbeigezogen ist. Die Zahl der Opfer der Unruhen hat sich nun mit 62 Toten und 116 Schwerverwundeten festgestellt.
Heute wird in Versailles der Friede unterzeichnet. Wie haben wir uns diesen Frieden vorgestellt? Es wird ein Jubeln sein und ein Glockenläuten und ein Fahnenwehen? Nichts von alledem. Ein Kopfhängenlassen und ein Alpdrücken und ein Sinnen auf Empörung hat uns befangen.

29. Juni

Ich besuche meine Freunde in Hütten und finde alle noch verschnupft gegen mich, weil ich mich einem aussichtslosen Kampf nicht opfere. Sie sehen es ja heute selbst ein, daß alles Bemühen vergebens war, daß die Regierungstruppen doch hereinkommen werden, und alles niedertrampeln, was sich ihnen in den Weg stellt. [. . .]

1. Juli

Heute marschierten die Regierungstruppen neuerdings in unsere Stadt ein. Schon früh am Morgen wurden wir durch Fliegergeratter geweckt, welche die Stadt beobachteten und mittelst Abwerfen von Flugblättern die Einwohner auf den Einmarsch vorbereiteten. Später kamen auch die ersten stahlbehelmten Gestalten an, besetzten das Rathaus, den Hauptbahnhof, die Hauptpost und sonstige wichtige Baulichkeiten. Der Tag verläuft ruhig, die Leute lassen sich glücklicherweise von den Schutzengeln der Kapitalisten nicht provozieren. Hoffentlich ziehen sie bald wieder ab. [. . .]

5. Juli

Ich wollte abends spazieren gehen, mußte aber bald wieder umkehren. Überall provoziert mich der Anblick stahlbehelmter Gestalten, Drahtabsperrungen und skandalöse Plakate mit der Aufschrift: "Wer weitergeht wird erschossen!" In mir kocht es, wenn ich diese Infamie der Gewalt sehe.
Die Volkszeitung ist von heute an verboten.

6. Juli

Ich gehe nach Hütten, um zu erfahren, was es Neues gibt. Alarm ist keiner erschienen. Langer und noch drei andere Kameraden haben sich geflüchtet oder halten sich in Hamburg verborgen. Maria Rühling, die Frau des Kameraden Langer, wurde mir vorgestellt. Sie will den Alarm einstweilen weiter herausgeben. Frau Rühling ist eine Idealistin seltener Art. Ihr Denken bewegt sich zu dem ihres Mannes ganz diametral. Er ist eine niederbrechende, sie eine aufbauende, schöpferische Natur. Er stützt die Revolution auf Gewalt, sie will eine Revolution der Gehirne. Er glaubt an eine Verwirklichung der anarchistischen Idee durch den Gewalterfolg des Augenblicks, sie durch den Erziehungserfolg vieler Jahre. – [. . .]

7. Juli

Als ich heute morgens nach der Arbeit will, mußte ich in der Jenischstraße eine militärische Absperrung passieren und wurde nach Waffen durchsucht. Auch in unserem Hause wurde nach Waffen gesucht. Meine Frau hatte große Angst, erzählte sie mir, aber die Herren haben sich ganz anständig benommen, als sie sahen, daß meine Wohnung kein Mittel der Gewalt barg.

16. Juli

[. . .] Ich bin gestern noch im Gewerkschaftshause gewesen und habe mir einen Vortrag von Werbeck-Svärdström über das Thema: "Das Proletariat und die Wirklichkeit des Geisteslebens" angehört. Werbeck-Svärdström ist als Redner Geist, vergeistigte Idee. Das Thema war ein rein philosophisches, angewandt auf die Probleme des Geistes, Staats und Wirtschaftslebens nach den Ideen eines noch nicht allzubekannten Geistesforschers Rudolf S t e i n e r, der in der Dreigliederung der sozialen Organismen (siehe Flugschrift)[15] die Erlösung der

15 Auf dem folgenden Tagebuchblatt (105) sind zwei Flugblätter eingeklebt. Das eine, "Äußerst wichtig für jeden denkenden Proletarier und Zeitgenossen!", wendet sich "An die Arbeiterschaft Hamburgs" und lädt zur wöchentlichen Teilnahme an einem "Arbeits-Ausschuß, gebildet zum Zwecke des Studiums des dreigliedrigen sozialen Organismus" und Anmeldung bei L. Werbeck-Svärdström in Hamburg ein, das andere ist ein Informationsblatt des "Bunds für Dreigliederung des sozialen Organismus", Ortsgruppe Hamburg. Diese von dem aus Österreich stammenden Anthroposophen Rudolf Steiner (1861 - 1925) propagierte "ideale sozialistische Gesellschaft" sah folgende programmatischen Hauptpunkte vor: "a) die Entwicklung des Menschen in allen seinen Fähigkeiten durch ein freies, selbständiges Geistesleben (Kultur); b) Herstellung der gleichen Menschenrechte durch den Ausschluß aller nicht allgemein-menschlichen Interessen aus dem Rechtsleben (Politik); c) eine gerechte Güterverteilung durch völlige Umgestaltung des gegenwärtigen Kapital- und Lohnsystems (Wirtschaft)". Auf diesen Gebieten sollen "völlige Freiheit" (a), "absolute Gleichheit" (b), "das Gesetz der Brüderlichkeit" (c) walten. Bemerkenswert ist der Hinweis auf angeblich agitatorische Erfolge unter den württembergischen Industriearbeitern und Angestellten, aber auch der auf die aus der Dreigliederung hervorgehende "höhere Einheit" und "wahre Befriedigung echten volkstümlichen Rechtsgefühls", was "die allseitige Offenbarung der im deutschen Geiste veranlagten Kräfte" erst ermöglichen werde. – die nationale und die soziale Komponente des deutschen Faschismus!

Menschheit aus ihrer gegenwärtigen Not erhofft und erstrebt. Die Ideen sind noch neu und konnten in dem einen Vortrag nicht so eingehend behandelt werden, daß man sich für ihre Parteinahme hätte entscheiden können. [. . .]

24. Juli

Pierre Ramus (Rudolf Großmann)[16] hat ein neues Buch geschrieben "Die Irrlehre und Wissenschaftslosigkeit des Marxismus im Bereiche des Sozialismus". Ich lese heute die ersten Kapitel dieses Werkes, welche Sozialdemokratie und Marxismus sowie das philosophische Fäulnisfundament desselben treffend behandeln. Großmanns Klarheit im Denken kann wohl kaum widerlegt werden. Das Buch scheint die endgültige Lösung der sozialen Frage zu bedeuten.

26. Juli

Ich machte diese Tage eine interessante Bekanntschaft. Freund Walther[17] bekam nämlich vor einiger Zeit das beigefügte Flugblatt zugesandt und da es von Hamburg ausging, ersuchte er mich, ich möchte der Sache auf die Spur gehen. So bin ich auch vorgestern früh nach dem Mundsburgerdamm gegangen, um Herrn Günther kennen zu lernen. Ich fand zwei ideale Menschen vom Geiste reiner Wahrheit und edlem Menschentum beseelt. Frau Günther ist eine feinfühlige Geisteswesenheit, und sieht in religiöser Erneuerung, in einer kommenden Geisteserhebung zu höheren, edleren Kulturformen die Erlösung der Menschheit. Herr Günther ist der Mann, der in dem Höchsten der Ideale aufgeht. Ein Mensch, wie ihn die Menschheit braucht, wie sie die Menschheit als Führer haben muß, will sie nochmals gesunden. Es sind Menschen, die den Weg gehen, aber keine Nachfolger haben, weil die übrige Welt zu sehr verkommen ist, die den Weg gehen, der ein Ziel hat. Ich bekam einen Ring, den ich zum Zeichen der Geistesgemeinschaft mit diesen Menschen tragen soll. Es ist ein edles Symbol und ich freute mich einzig darüber. [. . .][18]

27. Juli

Wir machen eine Tour nach Bahrenfeld.[19] Ich, meine Frau, Langer, Wiegleb, Wolters und seine Frau. Das erstemal treffe ich Langer wieder einmal, seit er sich verborgen hält. Ich hätte ihn bald nicht wieder erkannt. Er geht eingekleidet als Noskide und trägt dunkle Brille. Die Maske ist wirklich so, daß er sich ruhig ins Freie wagen kann, ohne von den Spitzeln aufgespürt zu werden.

16 Rudolf Großmann, Schriftstellername Pierre Ramus, Tolstoianer und Hauptvertreter des österreichischen "kommunistischen Anarchismus", geb. 1882, lebte seit etwa 1907 in Klosterneuburg bei Wien, gest. 1942 in Frankreich. Dopf war seit ca. 1921 sein Hamburger Kontaktmann. Das erwähnte Buch Großmanns (213 S.) erschien 1919 in Wien in 1. Auflage.

17 Max Walther, "Lebensreformer" (Antialkoholiker, Vegetarier), Mystiker, ein besonderer Freund Dopfs, lebte in Ülzen bei Lüneburg.

18 Gerhard und Maria Günther hatten unter Berufung auf Paul de Lagarde 1917 eine "unsichtbare Kirche" zur Erlösung der Menschheit gegründet, deren Mitglieder durch einen silbernen Ring gekennzeichnet waren. "Die Träger dieses Ringes sollen die Gemeinschaft werden, die über allen Parteien, Bünden, Richtungen, Kirchen und Religionen steht, die Gemeinschaft des Geistes, der Guten und Edlen in Gott, die unsichtbare Kirche der Verschworenen gegen den Ungeist des Bösen, der Gewalt und Auflösung" (Dopf, "Aufstieg . . .", S. 353). Vgl. hierin die religiöse Form nationalsozialistischer Tendenzen ! Dopf fühlte sich zeitlebens dieser Sekte verbunden (a. a. O., S. 355).

19 Hamburger Außenbezirk.

II. Übersicht über die Bestände des Nachlasses Dopf

Von Johann Schauer

1. Zeitungen und Zeitschriften

Carl Dopf begann seine schriftstellerische Tätigkeit um 1904. Vorwiegend waren es Veröffentlichungen in sozialdemokratischen Blättern; etwa ab 1910 arbeitete er auch an freireligiösen sowie an bürgerlich-liberalen und deutschnationalen Zeitschriften mit, z. B. "Wahrheit!", "Arbeiterinnen-Zeitung", "Janus", "Der Staatsbürger", "Die Lese", "Der Weckruf". Seit 1912 ist seine Mitarbeit an den anarchistischen Zeitschriften "Der gerade Michel" und "Freie Glocken" belegt. Nachdem er nach Hamburg gezogen war, schrieb er fast ausschließlich für linksradikale, insbesondere für anarchistische Zeitungen und Zeitschriften, z. B. "Die rote Fahne", "Alarm", "Der freie Arbeiter", "Der Pionier", "Erkenntnis und Befreiung", "Die Schöpfung". Seit 1927 und unter der nationalsozialistischen Herr-

schaft arbeitete Carl Dopf für zahlreiche Fachblätter, vorwiegend aus der Holz-, Papier- und Metallbranche. – Er selbst gab u.a. folgende Zeitschriften heraus:

Die Stimme. Blätter für Kinderschutz und Fürsorgeerziehung. Hrsg.: Paul Schöß, ab Nr. 8: C. Dopf. Verantwortl. Red.: Carl Dopf. Hamburg, Jg. 1921, Nr. 1 - 10.

Der Krakehler. Ein Blatt für Menschenrechte und herrschaftslose Kultur. Hrsg.: Carl Dopf. Krakehler-Verlag Carl Dopf, Hamburg, 1. Jg., 1922, Nr. 1 - 8; 2. Jg., 1923, Nr. 1 - 4.

Das Signal. Kampf-Organ der Versprengten. [Nachfolgeblatt des "Krakehlers".] Hrsg.: Ada Jaski-Sybal [= Ada Erika Mueller], ab Nr. 2: C. Dopf Tassilobrunn und A. Jaski-Sybal. Signal-Verlag Carl Dopf, Hamburg, Jg. 1923, Nr. 1; Jg. 1924 (3. Jg. des "Krakehlers"), Nr. 2 - 5.

Der Freiheitskünder. Die Briefe eines Einzigen. Herausgegeben von einem Namenlosen. Verantwortl. Red.: Carl Dopf. Signal-Verlag Carl Dopf, Hamburg, Jg. 1924, Nr. 1 - 4.

Nützliche Blätter. Zeitschrift für allseitige Interessen. Hrsg., Verl., Red.: Carl Dopf. Signal-Verlag Carl Dopf, Hamburg, Jg. 1927, Nr. 1 - 4.

Die freie Tribüne. Ein Blatt für unbeschränkte Meinungsfreiheit. Hrsg.: Carl Dopf. Signal-Verlag Carl Dopf, Hamburg, Jg. 1925 - 1926, Nr. 1 - 5.

2. Bücher und Broschüren von Carl Dopf

Der Neu-Jesu-Gedanke. Verlag: Wilhelm Klein, Köln 1914. 26 S.

Beitrag Nr. 482 zur Festschrift "Was wir Ernst Haeckel verdanken . . .". Hrsg.: Dr. Heinrich Schmidt. Jena 1914. 5 S.

Haeusser im Urteile seiner Zeitgenossen. Hrsg.: Carl Dopf. Krakehler-Verlag Carl Dopf, Hamburg 1923. 16 S.

Dunkle Chronik. Ein moderner Pfaffenspiegel. Hrsg.: Carl Dopf. Signal-Verlag Carl Dopf, Hamburg 1926. 232 S.

Aufstrebende Kulturbewegungen und ihre Vorkämpfer. [In 15 Lieferungen.] Hrsg.: Carl Dopf. Signal-Verlag Carl Dopf, Hamburg 1927. 2 Lieferungen [mehr nicht erschienen].

Unsere Nutzhölzer. Gewinnung, Verwendung und wirtschaftliche Bedeutung. 3. erw. Aufl. Verlag: Georg Fromme, Wien 1949. 231 S.

3. Ungedruckte Manuskripte

Tagebuch-Aufzeichnungen 1912-1920.

Briefe einer deutschen Frau an einen jungen Arbeiter. Hamburg 1940 und 1941. 166 S.

Flucht aus dem Leben. Betrachtungen, Kulturbilder und psychologische Glossen zum Selbstmordproblem. Hamburg 1942. 199 S.

Ein Wahnsinniger regierte Deutschland . . . Offene Antwort auf die Frage: War Hitler ein Genie oder ein Geisteskranker? 57 S.

Im Spiegel versinkender Zeiten. Gespräche-Skizzen-Ausschnitte-Märchen-Episoden-Tatsachen aus der Welt der Schaffenden. 107 S.

Symphonie der Zahl. Eine Wanderung durch das Reich der Zahlen und ihre Merkwürdigkeiten. 359 S.

Wege und Irrwege. Lebensabriß eines ostmärkischen Papierarbeiters. [Autobiographie.] Hamburg 1943/1944. 393 S.

Aufstieg aus der Tiefe. Der Lebensweg eines unbedeutenden Journalisten. [Abgeschlossen] Desselbrunn 1960. [Letzte Fassung der Autobiographie.] 674 S.

4. Korrespondenz

Dopf hatte wegen seiner politischen Tätigkeit in Österreich Kontakt mit sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsfunktionären wie Martin Radler, Adelheid Popp, Anton Schramml u. a. Aus seiner Hamburger Zeit sind teils zahlreiche, teils nur einzelne Briefe und Karten von Mitgliedern freidenkerischer und religiös-sektiererischer Kreise wie Wilhelm Klein, Max Walther, Louis Haeusser,

sowie von Anarchisten und Syndikalisten Deutschlands und Österreichs (Carl Thinius, Erich Mühsam, Gustav Landauer, Paul Oestreich, Theodor Plievier, Ada Erika Quindt-Mueller, Carl Langer, Hugo Sieker, Ernst Kneil, Karl H. Brinkmann, August Ott, Otto Rühle, Karl F. Kocmata, Rudolf Großmann u. a.) vorhanden.

5. Bibliothek

Die nachgelassene Bibliothek Dopfs umfaßt ungefähr 800 Titel. 78 Bände stehen in der Bibliothek der Kammer für Arbeiter und Angestellte in Linz, ca. 350 Bände (hauptsächlich Belletristik und technisch-naturwissenschaftliche Werke) befinden sich im Besitz der Familie C. Dopfs in Fallholz bei Desselbrunn. Die übrigen ca. 420 Bände werden im Ludwig Boltzmann-Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung aufbewahrt. Die Schwerpunkte liegen auf den Gebieten Philosophie, Religion, Anarchismus, Kommunismus, Soziale Frage, Pädagogik, Friedensbewegung, Spiritualismus und Prophetie und umfassen u. a. folgende Autoren: Leo Tolstoi, John H. Mackay, H. Laufenberg, Pierre Ramus, Peter Kropotkin, Michael Bakunin, Rudolf Rocker, Carl Harz, Otto Rühle, Ketty Guttmann.

Die Zeitungs- und Zeitschriftensammlung enthält außer den von Dopf herausgegebenen Zeitschriften einige sehr seltene Jahrgänge und Einzelnummern:

Zeitschrift für den individualistischen Anarchismus. Hrsg.: Johann Otten. Verlag: Johann Otten, Hamburg 1903.
Der gerade Michel. Hrsg.: Franz Prisching. Hart-St.Peter/Graz 1912 - 1914.
Wohlstand für Alle. Hrsg.: Rudolf Großmann. Klosterneuburg-Wien 1912 - 1914.
Die rote Fahne. Amtliches Organ des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrates. Verantwortl. Red.: Paul Frölich. Hamburg 1918, 33 Nummern [vollständig].
Revolution! Hrsg.: Karl F. Kocmata. Wien-Berlin 1919.
Arbeiterkampf. Hrsg.: Karl F. Kocmata. Wien 1920.
Alarm. Hrsg.: Carl Langer. Hamburg 1919 - 1923.
Erkenntnis und Befreiung. Hrsg.: Rudolf Großmann. Klosterneuburg-Wien 1919 - 1928, 1. - 10. Jg.
Der Anarchist.[1] Hrsg.: Rudolf Großmann. Klosterneuburg-Wien 1927 - 1928, 1. - 2. Jg.
Freiheit. Hrsg.: Johann Otten. Verlag: Johann Otten, Hamburg 1904.
Der Pranger. Hrsg.: Ketty Guttmann [später zeitweise auch: Carl Dopf, Signe Erikson u. a.]. Hamburg 1920 - 1924.
Die schwarze Fahne. Hrsg.: Ernst Friedrich. Verlag: Freie Jugend, Berlin 1925 - 1926.
Die Revolution. Hrsg.: Kurt Fehrmann. Heidenau 1923.
Der Einzige. Hrsg.: Anselm Ruest und Mynona. Berlin 1919, 1921.
Haeusser. Hrsg.: Adele Juels. Verlag: Otto Suhr, Hamburg 1922 - 1924.

Ferner: "Der Galgen" (Berlin 1919), "Der freie Arbeiter" (Berlin 1920 - 1921), "Proletarischer Zeitgeist" (Zwickau 1927 - 1928), "Die Freiheit" (Teplitz 1896 - 1898), "Der jugendliche Arbeiter" (Wien 1912), "Ver!" (Wien 1917/18) u. a.

Die Flugblattsammlung umfaßt fünf Mappen mit Flugblättern politischen, religiösen und wirtschaftlichen Inhalts (darunter: Alliierte Flugblätter 1940 - 1945), vorwiegend aus Hamburg, Köln, Essen, Wien, Linz, Graz. Besonders sind vier von Theodor Plievier in Berlin 1922 - 1924 herausgegebene Flugblätter "Hunger" (mit Holzschnitt von Käthe Kollwitz), "Aufbruch", "1914 - 1924. Zehn Jahre Geschichte" und "Wahlrummel" hervorzuheben, deren Vertrieb für Hamburg Carl Dopf übernommen hatte.

---

1 "Der Anarchist" ist vom 2. 9. 1927 bis zum 22. 7. 1928 je nach Staat der Abonnenten wahlweiser Titel von "Erkenntnis und Befreiung" und wird späterhin vom Verlag als Jahrgang 8 und 9 von "Erkenntnis und Befreiung" gerechnet.

DIE MISSION ALBERT THOMAS' IN RUSSLAND VOM 22. APRIL BIS 13. JUNI 1917. DER FONDS ALBERT THOMAS IN DEN ARCHIVES NATIONALES IN PARIS

Von Jürgen Stillig

In der gegenwärtigen Historiographie ist das Interesse an sozialgeschichtlichen Fragestellungen und an der Geschichte der sozialdemokratischen Politik, an der Vorgeschichte und an Problemen des Ersten Weltkrieges ständig gewachsen. Dies liegt im wesentlichen daran, daß bisher unbekanntes Archivmaterial beteiligter Staaten aus jener Zeit der Forschung zugänglich gemacht worden ist. Besonders die Ereignisse im Jahre 1917 können damit kritischer und vorurteilsloser durchleuchtet werden; denn das Doppelereignis, die Kriegserklärung der Vereinigten Staaten von Amerika und die Februarrevolution in Rußland, ergab im Frühjahr 1917 nicht nur eine neue Kräftekonstellation, sondern steigerte auch die Wirkung ideologischer Einflüsse auf die innenpolitischen Gegensätze in den kriegführenden und neutralen Nationen sowie auf die Friedensbestrebungen sozialdemokratischer Gruppen von internationaler Bedeutung.

Die politischen Initiativen und die scharfen Meinungskämpfe in der europäischen Sozialdemokratie lassen sich am Inhalt des Fonds Thomas nachvollziehen und bestätigen Albert Thomas als eine bedeutende Persönlichkeit dieses Zeitraumes. Im ersten Abschnitt sollen daher kurz die Voraussetzungen seiner Tätigkeit skizziert, im zweiten Teil dann nähere Angaben zum Fonds Albert Thomas gemacht werden.

I

Die Rückwirkungen der Februarrevolution verliehen den oppositionellen Kräften in den sozialdemokratischen Parteien Westeuropas starke Impulse, die vor allem das gespannte Verhältnis zur Burgfriedenspolitik und die Friedensfrage betrafen.[1] Die Erklärung der Provisorischen Regierung vom 27. März / 9. April 1917, die als Ziel ihrer Politik den Abschluß eines "dauerhaften Friedens auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker" unter Ablehnung der "gewaltsamen Aneignung fremden Territoriums" proklamierte, erschütterte in der Folge vor allem die deutsche und französische Sozialdemokratie.

Die Ereignisse in Rußland wurden von den Regierungen der Westmächte abwartend beurteilt. Man befürchtete, daß Rußland mit dem Deutschen Reich einen Separatfrieden abschließen würde, worauf dann Deutschland seine Truppen gegen den Westen werfen und die Alliierten in Bedrängnis bringen könnte.[2] Auf diese Veränderung der diplomatischen und militärischen Perspektiven des Krieges hin

---

1 Ohne zwingende Begründung ist allerdings versucht worden, die Spaltung der deutschen Sozialdemokratie und die Konstituierung der USPD mit den Frühjahrsereignissen des Jahres 1917 zu verbinden. Gerhard Schulz z. B. konstruiert aus den Frühjahrsereignissen und der Spaltung der Sozialdemokratie in USPD und MSPD einen Zusammenhang: "Aus der oppositionellen 'Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft' ging nach dem großen Munitionsarbeiterstreik im Frühjahr 1917, unter dem Einfluß der Februarrevolution in Rußland, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) hervor, die dann im Oktober zu Würzburg ihren ersten öffentlichen Parteitag abhielt." (Gerhard Schulz, *Revolutionen und Friedensschlüsse 1917 - 1920*, dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, Bd 4002, München 1967, S. 90.) Der Munitionsarbeiterstreik fand am 15./16. April, also nach der Bildung der USPD auf dem Gründungsparteitag vom 6. bis 8. April 1917 statt, und zum anderen verwechselt der Autor den einzigen Parteitag der MSPD im Weltkrieg vom Oktober 1917 mit dem Gründungsparteitag der USPD. Sicherlich stand der Parteitag der USPD unter dem Eindruck der russischen Revolution. Zwischen beiden Ereignissen besteht jedoch kein Kausalzusammenhang. Rückwirkungen auf die Gruppierungen der sozialdemokratischen Kräfte sind gering geblieben; denn de facto war die organisatorische Spaltung mit der Reichskonferenz der Opposition im Januar 1917 und der ihr folgenden Einladung vom 9. Februar 1917, in der die "grundsatztreuen Genossen" zur "Solidaritätspflicht" aufgerufen wurden, um "sich organisatorisch zu vereinen", bereits eingetreten. (Vgl. *Dokumente und Materialien zur Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung*, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1958, Reihe II, Bd 1, S. 549 ff.)

2 Vgl. Molkenbuhr an seinen Sohn Arthur, 23. 3. 1917 (Nachlaß M. im Archiv der sozialen Demokratie, Bonn-Bad Godesberg). Das Problem des Separatfriedens im Frühjahr und Sommer 1917 analysiert neuerdings Reinhard Wittram, *Studien zum Selbstverständnis des 1. und 2. Kabinetts der russischen Provisorischen Regierung (März bis Juli 1917)*, Abhandlungen der Akademie der Wissenschaften in Göttingen, Phil.-hist. Kl., 3. Folge, Nr. 78, Göttingen 1971, S. 149 ff., hier besonders S. 151, Anm. 55. Vgl. auch den Zeitungsartikel von E. V. Tarle, "Separatfrieden oder neuer Krieg ? ", in: *Den* Nr. (1604) 33, Freitag, 14. [27.] April 1917, S.1, in deutscher Übersetzung bei R. Wittram, *a.a.O.*, S. 101 ff.

setzte eine zunehmende diplomatische Aktivität des Westens ein. Im April und Mai 1917 entsandten die Alliierten sozialistische Missionen nach Petrograd – so unter anderen Marcel Cachin, Marius Moutet und Albert Thomas aus Frankreich, Arthur Henderson und Will Thorne aus England, Vandervelde, de Brouckère und de Man aus Belgien –, um die veränderte russische Situation beobachten zu lassen sowie den russischen Partner vom Abschluß eines Separatfriedens zurückzuhalten und von der Notwendigkeit zu überzeugen, den Krieg offensiv fortzuführen. Petrograd wurde im Frühjahr und Sommer 1917 zum Mittelpunkt sozialdemokratischer Aktivitäten der alliierten und neutralen Staaten.

Von französischer Seite bot sich zu einer Mission in Rußland in der Person Thomas' "un représentant extraordinaire muni de prestige et d'autorité"[3] an, der in der Regierung Ribot (20. 3. 1917 - 7. 9. 1917) Minister für "Armement et Fabrications de Guerre" und ein einflußreiches Mitglied der sozialdemokratischen Partei war. Außerdem hatte Thomas bereits im Mai 1916 als Unterstaatssekretär mit dem damaligen Justizminister Viviani (Regierung Briand, 29. 10. 1915 - 12. 12. 1916) eine Reise nach Rußland unternommen, um die Zusammenarbeit mit dem russischen Alliierten zu verstärken.

Aus der Petrograder Friedensformel ergaben sich für die französische Seite in der Frage der Kriegsziele drei Schwierigkeiten: die Frage der Kontributionen, die Elsaß-Lothringen-Frage und damit verbunden die Frage eines Plebiszits in Elsaß-Lothringen über das Schicksal des Landes nach dem Kriege. In seinen Reden und Gesprächen schob Thomas deshalb immer wieder die Forderung nach einer Präzisierung der russischen Friedensvorstellungen in den Vordergrund. In seiner Rede vom 29. April / 12. Mai 1917 vor dem Exekutivkomitee des Petrograder Sovet verlangte er, den Sozialisten aller Länder verständlich zu machen, daß sich diese Formel nur aus dem Willen einer überzeugenden Opposition gegen die Außenpolitik der ehemaligen zaristischen Autokratie ableite: Sie symbolisiere den Bruch mit der imperialistischen Tradition. Gleichzeitig forderte er, daß die gemeinsamen Bedingungen für die Verfolgung "demokratischer Kriegsziele" festgestellt würden.

Während seines Aufenthaltes in Rußland absolvierte Thomas ein umfangreiches Reiseprogramm und vollbrachte eine erstaunliche Arbeitsleistung. Als er schließlich am 31. Mai / 13. Juni von Petrograd aus die Heimreise antrat, legte er noch einen Zwischenaufenthalt in Stockholm ein. Neben Petrograd hatte Stockholm im Sommer 1917 für die Friedensbemühungen durch die Arbeit des holländisch-skandinavischen Komitees und als internationaler Verhandlungsort eine bedeutende Funktion.

II

"Stockholm" nimmt einen breiten Raum im Fonds Thomas ein und indiziert auch Vorgänge und Probleme, die direkt die deutsche Sozialdemokratie betreffen. Vor allem die Friedensvorstellungen der MSPD und USPD werden kritisch kommentiert. In diesem Zusammenhang erlangen Stauning und Branting, die Kontakte zur deutschen Sozialdemokratie pflegten, eine herausragende Position. Bemerkenswert sind fernerhin Anmerkungen zur Bjorgberg-Reise, zur Grimm-Affäre und zur Tätigkeit des holländisch-skandinavischen Komitees in Stockholm. Tagebucheintragungen Thomas' geben interessante Aufschlüsse über innerrussische Entwicklungen. Teile des Aktenmaterials gewähren detaillierte Einblicke in den Meinungsaustausch nicht nur zwischen Thomas und Kerenskij, Miliukov, Tereščenko, Čcheidze u. a., sondern auch zwischen Thomas und den französischen Gesandten in London, Stockholm, Christiania und dem Quai d'Orsay. Ebenso bedeutsam sind Briefe, Reden, Reise- und Gesprächsprotokolle. Hier ein Überblick über das wichtigste Material:

94 AP 176 Voyage d'Albert Thomas en Russie (avril – juin 1917). Préparation (décembre 1916 – mai 1917). Journal, rapport, discours.

177 Voyage d'Albert Thomas en Roumanie (1917).

178 Correspondance de la Mission (copies de télégrammes reçus) (avril - juin 1917).

3 Maxime Mourin, *Les Relations Franco-Soviétiques 1917 - 1967*, Paris 1967, S. 32.

179 Correspondance de la Mission (copies de télégrammes expédiés). Discours prononcés par Albert Thomas.

180 Projet d'un troisième voyage (décembre 1917). Documents divers relatifs à la mission; télégrammes de presse du parti socialiste (1917).

181 à 185 Dossiers divers concernant la Russie (personnalités et questions générales, classées par ordre alphabétique) (1917 - 1918).

186 Télégrammes envoyés ou reçus par l'ambassade de France (1917). Télégrammes de Moscou et d'Odessa (1917). Télégrammes de l'attaché naval et de l'attaché militaire concernant les fournitures de munitions à la Russie (1917). Télégrammes de la Mission française (1917). Conférence des Alliés à Petrograd (1917). Brigade russe en France (1917).

358 Congrès International Socialiste de Stockholm (juin 1917).

406 Documents des partis socialistes en 1916: . . . le Socialisme et la Guerre, par G. Zinowieff et N. Lenin, Genève 1916. – Ministère de l'Armement: invitation lancée par les comités russe et hollando-scandinave (juillet 1917). – Notes sur la politique russe. – Nombreux documents sur le congrès de Stockholm.

FORSCHUNGS– UND PUBLIKATIONSVORHABEN ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG UND ANGRENZENDER GEBIETE XII

TITELVERZEICHNIS

A. HILFSMITTEL

1434 STEINER, Herbert (Wien): **Materialien zur Geschichte der Arbeiterbewegung von den Anfängen bis 1918 in den österreichischen Staatsarchiven.** – In Bearbeitung.

1435 PIES, Eberhard u. Gerhard FÖLTING (beide Bochum): **Bibliographie zur Geschichte der Frühindustrialisierung in Rheinland, Westfalen und Saarland.** – (Umfaßt den Zeitraum 1780 - 1870, erscheint fortlaufend auf Katalogkarten im Bibliotheksformat, die mit Hilfe einer sachl.-geograph. Systematik geordnet werden können. Titelaufnahme nur nach Prüfung der authent. Vorlage. Wird ca. 15 000 Titel enthalten [= 20 - 25 000 Karten]; Preis pro 1 000 Karten 15,– bis 17,– DM; Lieferungen von je ca. 1 000 Karten ab Mitte 1971 zu beziehen von: DFG-Schwerpunktprogramm "Frühindustrialisierung", Arbeitsstelle Bochum, Hist. Inst. d. Ruhr-Univ. Bochum.) – Abschluß ca. Ende 1972.

1436 SILVESTRI, Gerhard (Wien) u.a.: **Otto B a u e r: eine Bibliographie.** – In Bearbeitung.

1437 SINCLAIR, Louis: **A Bibliography of T r o t s k y.** – Erscheint bei Hoover Institution Press, Stanford.

1438 **Marxistisch-leninistisches Wörterbuch der Philosophie.** – (Hrsg.: Georg K l a u s und Manfred B u h r.) – Erscheint in 3 Bänden im Frühjahr 1972 bei Rowohlt in der Reihe "rororo handbücher".

1439 STAAR, Richard F. (Hrsg.): **Yearbook on International Communist Affairs, 1970.** – Erscheint bei Hoover Institution Press, Stanford.

1440 SWORAKOWSKI, Witold (Hrsg.): **World Communism: A Handbook.** – Erscheint bei Hoover Institution Press, Stanford.

Vgl. auch 1531 - 1533 (Exilpresse), 1559 (Anarchist. Presse).

B. QUELLENVERÖFFENTLICHUNGEN, NEUDRUCKE, ÜBERSETZUNGEN

1441 **Deutsche revolutionäre Demokraten.** – (Hrsg.u. eingel. von Walter G r a b. Bd 1: H. W. Engels, Gedichte und Lieder deutscher Jakobiner. Bd 2: Hellmut G. Haasis, Mainzer Revolution 1792/93. Aufrufe, Reden, Protokolle, Zeitungsartikel, Dekrete und Briefe aus der Mainzer Republik und dem Linksrheinischen. Bd 3: A. Körner, Die Wiener Jakobiner. Schriften und Dokumente. Bd 4: G. Steiner, Jako-

binerschauspiel und Jakobinertheater. Bd 5: W. Grab, Schriften norddeutscher Jakobiner. Bd 6: M.-P. Werlein, Oberdeutsche Jakobiner.) – Dokumentation. – Erscheint ab Herbst 1971 in der Metzlerschen Verl.buchh. Stuttgart.

1442 MOLDENHAUER, Rüdiger (Frankfurt/M.): **Petitionen zur sozialen und Arbeiterfrage an die deutsche Nationalversammlung 1848/49, den deutschen Bundestag und den Handwerkerkongreß in Frankfurt a.M.** – Edition. – In Bearbeitung.

1443 BLANQUI, Auguste: **Schriften zur Revolution, Nationalökonomie und Sozialkritik.** – (Hrsg.: Arno M ü n s t e r.) – Edition. – Erscheint Ende 1971 bei Rowohlt in der Reihe "Texte des Sozialismus und Anarchismus".

1444 MARX/ENGELS: **Correspondance.** – (Ins Französ. übers., hrsg. u. bearb. von Gilbert B a d i a, Jean M o r t i e r u.a.; auf 21 Bde geplant.) – Edition. – In Bearbeitung. – Erscheint bei Éditions Sociales, Paris.

1445 LASSALLE, Ferdinand: **Arbeiterlesebuch und andere Studientexte.** – (Hrsg. von Wolf S c h ä f e r. Enthält u.a. auch den Briefwechsel Lassalle - Bismarck, Auszüge aus der "Geschichte der sozialen Entwicklung", 1850/51, und dem "System der erworbenen Rechte", 1861, die Ansprache "An die Arbeiter Berlins", 1863, und die Verteidigungsrede im daran anschließenden Hochverratsprozeß, 1864.) – Edition. – Erscheint im März 1972 bei Rowohlt in der Reihe "Texte des Sozialismus und Anarchismus".

1446 DIETZGEN, Josef: **Das Wesen der menschlichen Kopfarbeit.** – (Dargestellt von einem Handarbeiter. Hrsg. u. eingel. von Hellmut G. H a a s i s.) – Edition. – Erscheint Anfang 1972 als Bd 50 der "Sammlung Luchterhand".

1447 ANDRIEU, Jules: **Notes pour servir à l'histoire de la Commune en 1871.** – (Unveröff. Manuskript, hrsg. von Maximilien R u b e l und L. J a n o v e r, eingel. von M. Rubel. Anhang: Auswahl von Schriften des Memorialisten A.) – Edition. – Im Druck bei Payot, Paris.

1448 KAUTSKY, Karl: **Der Weg zur Macht.** – (Anhang: K.s Kontroverse mit dem Parteivorstand. Hrsg. u. eingel. von Georg F ü l b e r t h.) – Edition. – Erscheint Anfang 1972 in der Reihe "basis" der Europ. Verl.anstalt.

1449 LUXEMBURG, Rosa: **Einführung in die Nationalökonomie.** – (Hrsg.: Karl H e l d.) – Edition. – Erscheint Anfang 1972 bei Rowohlt in der Reihe "Texte des Sozialismus und Anarchismus".

1450 LUXEMBURG, Rosa: **Internationalismus und Klassenkampf.** – (Die polnischen Schriften. Hrsg. u. eingel. von Jürgen H e n t z e.) – Edition. – Erscheint Ende d. J. als Bd 41 der "Sammlung Luchterhand".

1451 CALLESEN, Gerd (Kopenhagen): **Zwei Briefe Rosa L u x e m b u r g s an Th. S t a u n i n g vom September und November 1913.** – (Die Briefe enthalten eine Stellungnahme des Parteivorstandes der SDKPiL zur Spaltung der Partei und zur Haltung der "Fraktion Lenin" in dieser Frage.) – Edition. – In Bearbeitung. – Veröff. noch für 1971 geplant.

1452 WEBER, Hermann (Mannheim): **Unbekannte Briefe Clara Z e t k i n s.** – Kommentierte Edition. – Soll im "Archiv für Sozialgeschichte" erscheinen.

1453 HILFERDING, Rudolf: **Das Finanzkapital, Band I/II.** – (Eingel. von Eduard M ä r z.) – Edition. – Erscheint im April 1972 in der Reihe "basis" der Europ. Verl.anstalt.

1454 MÜNZENBERG, Willi: **Propaganda als Waffe. Ausgewählte Schriften von 1919 bis 1940.** – (Hrsg.u. eingel. [*"W.M. und die deutsche Arbeiterbewegung"*] von Til S c h u l z. Die schriftstellerische Aktivität M.s im Zus.hang mit seiner "Jugendarbeit" bleibt unberücksichtigt. Ein weiterer Band mit dem Titel "Die Dritte Front" soll das gleichnamige Erinnerungsbuch mit einigen Aufsätzen präsentieren.) – Edition. – Erscheint im März Verlag, Frankfurt/M.

1455 KORSCH, Karl: **Die materialistische Geschichtsauffassung und andere Schriften.** – (Neuausgabe der bearb. 2. Aufl. von K.s Kritik an Kautsky.) – Veröffentl. im Herbst 1971 in der Reihe "basis" der Europ. Verl.anstalt.

1456 KORSCH, Karl: **Staten og Kontrarevolutionen. Artikler 1929 - 1950.** [*Staat und Konterrevolution. Aufsätze 1929 - 1950.*] – (Hrsg. von Kjeld S c h m i d t.) – Edition. – Ms. abgeschlossen. – Erscheint im Herbst d.J. in Kopenhagen.

1457 BLOCH, Ernst: **Aufsätze 1934 - 1939.** – (Texte aus kaum mehr zugängl. Exilzeitschriften.) – Edition. – Erscheint im März 1972 als Bd 534 der "edition suhrkamp".

1458 BAUER, Otto: **Die illegale Partei.** – (Das unvollendete Ms. über die illegalen Bewegungen in den faschist. Ländern wurde 1939 von Freunden B.s veröff.) – Neuausgabe. – Erscheint als Bd 13 der "marxismus bibliothek" im makol Verl., Frankfurt/M.

1459 WEBER, Hermann (Mannheim): **S t a l i n und der Stalinismus.** – Dokumentation. – Erscheint 1972 bei dtv.

1460 **Marxismus-Forschung. Dokumente aus der Marxismus-Forschung der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.** – (Bd II der Reihe "marxismus archiv"; weitere Bde in Vorbereitung.) – Dokumentation. – Erscheint im makol Verl., Frankfurt/M.

Vgl. auch 1475 (Budapester Schule), 1490 (Marx-, Chronik).

C. SOZIALISTISCHE THEORETIKER/BEITRÄGE ZUR IDEENGESCHICHTE

1461 BUSH, Robert D. (Lawrence, Kansas): **Individualism and the Role of the Individual in British and French Socialism: the Early Years, 1800 - 1848.** – (The study examines in depth the etymology of the term "individualism" as used by the early socialist thinkers,

and their individual alternatives to it. Reference is given particularly to the problem of integrating the individual into an associative community.) – Ph. D. Diss. – Abgeschlossen; liegt vor in der Univ. of Kansas Library und der Univ. of Michigan, Microfilm Collection, Ann Arbor, Michigan.

1462 SCHMIDT, Alfred: **Der Begriff der Natur in der Lehre von Marx.** – Überarb. u. erg. Neuausgabe. – Erscheint Ende d. J. in der Reihe "basis" der Europ. Verl.anstalt.

1463 ÁRNASON, Jóhann P.: **Von Marcuse zu Marx.** – (Prolegomena zu e. dialektischen Anthropologie.) – Erscheint Ende d. J. als Bd 54 der "Sammlung Luchterhand".

1464 ALTHUSSER, Louis u. Étienne BALIBAR: **Das Kapital lesen.** – Dt. Ausgabe. – Erscheint in 2 Bänden im April 1972 in der Reihe "rowohlts deutsche enzyklopädie".

1465 **Zur Kritik der Politischen Ökonomie. Einführung in das "Kapital" Band 1.** – (Von einer "Marx-Arbeitsgruppe Historiker". Es wird versucht, die grundlegenden Kategorien der Marxschen Kritik der polit. Ökonomie in einer speziell zur Arbeiterschulung geeigneten Form darzustellen.) – Erscheint Anfang 1972 in der Reihe "basis" der Europ. Verl.anstalt.

1466 LENNOX, Frank H. (Madison, Wisconsin): **The Socialists of the Chair, 1872 - 1881.** – (Die sozialen Ideen der Kathedersozialisten u. ihre soziale Praxis in den 70er Jahren: Widersprüche zw. theoret. Zielsetzungen u. tatsächl. Ergebnissen. Quellen: hauptsächl. Nachlässe u. Publikationen von Gustav Schmoller, Lujo Brentano u. Adolph Wagner.) – Ph. D. Diss. – Ms.-Abschluß Januar 1972.

1467 KREPPEL, Klaus (Frankfurt/M.): **Kapitalismusanalyse und Sozialismusdiskussion im deutschen Linkskatholizismus am Beispiel Wilhelm Hohoffs (1848 - 1923).** – (Untersuchung der scholast. Marx-Interpretation H.s, dabei vor allem methodenkrit. Analyse seines Wert-Begriffs als Basis aller Ökonomie; Ideologiebegriff und Gesellschaftsbild bei H. sowie seine Destruktionsversuche der Marxschen Religionskritik und seine Alternativthese von der Identität zw. Christentum und Sozialismus. Auswirkung von H.s Lehre auf die kath. Sozialisten in der Weimarer Republik.) – Diss. phil. – Ms.-Abschluß voraussichtl. Anfang 1973.

1468 HOLZHEUER, Walter (München): **Karl Kautskys Werk als Weltanschauung. Beitrag zur Ideologie der Sozialdemokratie vor dem 1. Weltkrieg.** – (Versuch einer angemessenen Interpretation K.s, seiner Bedeutung für die Partei, der Rolle seiner Weltanschauung.) – Diss. phil. – Abgeschlossen. – Erscheint Ende 1971 bei der Beck'schen Verl.buchh., München, in der Reihe "Münchner Studien zur Politik".

1469 BREINES, Paul (Madison, Wisconsin): **The Genesis and Problems of the Early Marxism(s) of Lukács and Korsch, 1910 - 1926.** – (With exception of interview with Mrs. Hedda Korsch and correspondance with Lukács, the study is based on published material. Traces the sources of L's and K's "Hegelian Marxism" in the crisis of Central European culture and its representatives, the intellectuals. Focus is on the problem of intellectuals and "social division of labor" in L's and K's work, and in its reception.) – Ph. D. Diss. – Ms. abgeschlossen.

1470 EVERMANN, Hans-Ludwig (Århus/Dänemark): **Die Entwicklung des deutschen Kommunismus 1916 - 1921, insbes. unter theoretisch-ideologischem Aspekt.** – (Schwerpunkte: Auseinandersetzung zw. "Spartakisten" und "Linkskommunisten" in der KPD und Analyse der Einheitsfront- und Offensivtheorien.) – Ms. im Mai 1970 abgeschlossen. – Veröff. eines Kapitels über "Die Diskussionen innerhalb der KPD über die Märzoffensive und die Entwicklung der Einheitsfront" 1972 im Jahrbuch der "Arbejderbevaegelsens Historiske Samfund", Kopenhagen.

1471 CRISLER, Richard Carleton (Washington, D.C.): **The Theory and Practice of Radical Marxism: Paul Levi 1919 - 1930.** – (Quellenbasis: Nachlaß L.; "Sozialistische Politik und Wirtschaft", "Unser Weg"/ "Sowjet", "Die Weltbühne" u.a.) – Ph. D. Diss. – Ms. abgeschlossen. – Veröff. noch für 1971 geplant.

1472 LINK, Benjamin (Wien): **Sozialwissenschaft zwischen Sozialphilosophie und Empirie: Rezeption in der Sozialdemokratie der Ersten Republik.** – (1. Empiriefeindlichkeit im konservativen Lager *[O. Spann u.a.]*; 2. Sozialdem. Theoretiker und ihre Stellung zu diesem Problemkreis *[M. Adler, F. Adler, O. Neurath, E. Zilsel]*; 3. Verbindungen zum "Wiener Kreis" *[E. Mach]*; 4. W.I. Lenin, "Materialismus und Empiriokritizismus".) – Aufsatz. – Ms.-Abschluß Herbst 1971. – Erscheint in der "Zukunft".

1473 JOOST, Michael (Göttingen): **Die Theorien zur Wirtschaftsdemokratie am Ende der Weimarer Republik.** – Sozialwiss. Diplomarbeit. – Abgeschlossen.

1474 JAY, Martin (Cambridge, Massachusetts): **The Frankfurt School: An Intellectual History of the "Institut für Sozialforschung", 1923 - 1950.** – (Quellen: Veröff. des Instituts, unveröff. Briefe und anderes Material, ausführl. Gespräche mit ehem. Mitgliedern u.a.) – Ph. D. Diss. – Abgeschlossen April 1971. – Erscheint im Winter 1971/72 bei Little, Brown & Co., Boston.

1475 LUKÁCS, Georg, Agnes HELLER u.a.: **Individuum und Praxis. Positionen der "Budapester Schule" des Marxismus.** – Sammelband. – Erscheint im April 1972 als Bd 545 der "edition suhrkamp".

1476 RODRIGUEZ–LORES, J.: **Die Grundstruktur des Marxismus. Gramsci und die Philosophie der Praxis.** – Erscheint als Bd 11 der "marxismus bibliothek" im makol Verl., Frankfurt/M.

1477 RODRIGUEZ–LORES, J.: **Marxismus und Wissenschaft.** – (Theoriengeschichtl. Auseinandersetzung mit Lukács, Korsch, Gramsci; Klärung des marxist. Wissenschaftsbegriffs, Analyse der Konzeption Engels'.) – Erscheint als Bd 18 der "marxismus bibliothek" im makol Verl., Frankfurt/M.

1478 MORF, Otto: **Strukturalismus. Ein marxistischer Versuch.** – Erscheint als Bd 20 der "marxismus bibliothek" im makol Verl., Frankfurt/M.

1479 DE LA VEGA, Rafael: **Ideologie als Utopie. Der hegelianische Radikalismus der marxistischen Linken.** – Erscheint im Januar 1972 in der Metzlerschen Verl.buchh., Stuttgart.

1480 SANDKÜHLER, Hans Jörg: **Marxismus. Praxis und Geschichtsbewußtsein.** – (Fragen einer dialekt. und hist.-materialist. Hermeneutik.) – Erscheint Anfang 1972 als Bd 529 der "edition suhrkamp".

1481 VILMAR, Fritz: **Modelle und Strategien der Demokratisierung.** – (Zwischenstationen zur klassenlosen Gesellschaft.) – Erscheint Anfang 1972 als Bd 53 der "Sammlung Luchterhand".

1482 MALLET, Serge: **Die neue Arbeiterklasse.** – Erscheint im April 1972 als Bd 59 der "Sammlung Luchterhand".

1483 KISS, Gabor: **Marxistische Soziologie in Osteuropa.** – (Theorie und Empirie in den Sozialwissenschaften der DDR, UdSSR, Polens, der ČSSR, Ungarns, Bulgariens und Rumäniens.) – Erscheint Ende 1971 in der Reihe "rowohlts deutsche enzyklopädie".

Vgl. auch 1438 (Philosophie); QUELLENVERÖFFENTLICHUNGEN, NEUDRUCKE, ÜBERSETZUNGEN; 1495, 1526 (Anarchismus), 1503 (Frühsozialismus), 1505 (Kautsky), 1508 (Sozialismus u. Sexualität), 1510 (Literatur), 1560 (Sozialisierung).

D. BIOGRAPHISCHE BEITRÄGE

1484 NEWMAN, Eugene (Madison, Wisconsin): **Robert Blum: Saxon Republican, German Revolutionary, Parliamentary Leader of the Left.** – (Blum als kleinbürgerl. Republikaner des Vormärz, Radikaler, der auf parlamentarischem Wege die Republik errichten will, und Vermittler zw. Gemäßigten und Demokraten in der Frankf. Nationalversammlung. Quellenbasis: Akten d. Bundesarchivs – Außenst. Frankfurt/M., d. Landesbibl. Dresden, d. Österreich. Staatsarchivs, Wien, u.d. Museums d. Stadt Leipzig.) – Ph. D. Diss. – Ms.-Abschluß Ende 1971. – Soll im Frühjahr 1972 bei Univ. Microfilms, Ann Arbor, Michigan, erscheinen.

1485 JERLIN, Yvonne: **Willy Brandt – die Stockholmer Jahre 1940 - 1945.** – Seminararbeit. – Ms. abgeschlossen; liegt im Germanist. Inst. d. Univ. Stockholm vervielfältigt vor.

1486 SCHULZE, Hagen: **Otto Braun.** – Habil.schrift. – Materialsammlung fortgeschritten; Ms.–Abschluß 1974/75.

1487 POLLAK, Michael (Linz): **Religiöse Sozialisation und politisches Verhalten. Politik als Religionsersatz, dargestellt am Leben des Sozialdemokraten und Anarchisten Carl Dopf.** – (Theoret. Analyse des Sozialisationsprozesses der Subkultur des individualist. Anarchismus unter bes. Berücks. des Faktors Religion.) – Diplomprüfungshausarbeit. – Abgeschlossen; Erweiterung im Rahmen der Schriftenreihe d. Ludwig-Boltzmann-Instituts f. Gesch. d. Arbeiterbewegung, Linz, geplant (vgl. Nr. 1526).

1488 GOEBEL, Klaus (Dortmund): **Zur Sozialgeschichte der Familie Engels 1500 - 1970. Friedrich Engels und seine Bindungen zu den traditionellen gesellschaftlichen Kräften.** – (Auf der Grundlage unveröff. Quellen.) – Aufsatz od. Monographie. – In Bearbeitung.

1489 BECK, Dorothea (Bochum): **Julius Leber.** – (L.s Stellung in der SPD der Weimarer Republik soll stellvertretend für eine Gruppe jüngerer SPD-Politiker aufgezeigt werden, die – in Opposition zum Parteivorstand – neue Ideen über Sozialismus und Demokratie entwickelten. Die Rolle L.s und der Sozialisten im Widerstand soll auf dieser Basis neu untersucht werden. Quellen: Zeitungsartikel, Aufsätze, Reden u. Briefe L.s.) – Diss. phil. – Abschluß voraussichtl. 1973.

1490 **Karl Marx. Chronik seines Lebens in Einzeldaten.** – (Zusammengest. vom Marx-Engels-Lenin-Institut Moskau.) – Neudruck. – Erscheint im Herbst 1971 im makol Verl., Frankfurt/M.

1491 BOCK, Hans Manfred (Paris): **Erich Mühsam.** – Histor.-biograph. Studie. – In Bearbeitung. – Soll 1972 erscheinen.

1492 LARSEN, Claus (Kopenhagen): **Die politische und ideologische Entwicklung Louis Pios, 1868 - 1871.** – (Die Bedeutung d. linkskath. u. sozialist. Strömungen in Süddeutschland, Österreich u. d. Schweiz für die Entwicklung P.s zum Sozialisten. Quellen: zeitgenöss. Zeitungen u. Zeitschriften, Kopenhagener Privatarchive u. Arbejderbevaegelsens Arkiv, Kopenhagen.) – Aufsatz. – Soll im 1. Bd des "Årbog for arbejderbevaegelsens historie" erscheinen.

1493 **Kurt Schumacher in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten.** – (Dargestellt von H. G. Ritzel.) – Erscheint Anfang 1972 in der Reihe "rowohlts monographien".

1494 BRÜLS, Karl H. (Aachen) (Hrsg.): **Biographien der katholischen Arbeiterführer Bernhard Letterhaus, Nikolaus Groß und Prälat Dr. Otto Müller.** – (Quellen: vornehml. Archiv der kath. Arbeiterbewegung Westdeutschlands, Bundesarchiv Koblenz, Stadtbibl. Mönchengladbach und Aussagen noch lebender Angehöriger.) – Ms. abgeschlossen.

Vgl. auch 1452 (Zetkin), 1454 (Münzenberg), 1459 (Stalin), 1471 (Levi), 1520 (Radek), 1527 (Niekisch), 1529 (W. Jaksch), 1536 (Paul Zech), 1561/62 (R. Bernaschek).

E. DARSTELLUNGEN ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG

I. Allgemeine Darstellungen und Darstellungen über größere Zeiträume

1495 LÖSCHE, Peter (West-Berlin): **Anarchismus.** – (Überblick üb. Forschungsergebnisse und Forschungsprobleme, m. kommentierender Bibliographie; ca. 60 - 80 Druckseiten.) – Ms.-Abschluß 1973. – Erscheint ca. 1974 bei der Wissenschaftl. Buchgesellschaft Darmstadt in der Reihe "Erträge der Forschung".

1496 ROSENBERG, Arthur: **Demokratie und Sozialismus. Zur politischen Geschichte der letzten 150 Jahre.** – Neuausgabe. – Erscheint Ende d. J. in der Reihe "basis" der Europ. Verl.anstalt.

1497 ADOLPHS, Lotte (Duisburg): **Industrielle Kinderarbeit im 19. Jahrhundert.** – (Zur Geschichte der Erziehung und Bildung unter wirtschafts- und sozialgeschichtl. Aspekt; Untersuchung für den Duisburger Raum. Quellen: Materialien des Stadtarchivs D.) – Monographie. – Anfangsstadium der Bearbeitung. – Erscheint evtl. im Rahmen der "Duisburger Forschungen".

1498 POHL, Hans (Bonn): **Die wirtschaftlichen und sozialen Verflechtungen auf dem Sektor der Montanindustrie zwischen den nördlichen und mittleren Rheinlanden und ihren westlichen Nachbarländern Belgien, Holland und Luxemburg im 19. Jahrhundert.** – (Kapital-, Unternehmens- und Betriebsverflechtungen; Austausch von Arbeitskräften und gegenseitige Einflußnahme auf techn. Gebiet; Konkurrenz od. Spezialisierung in den einz. Gebieten.) – Monographien. – Anfangsstadium der Bearbeitung.

1499 LÖSCHE, Peter (West-Berlin): **The German Labor Movement and Economic Development.** – (Teil eines von Adolf Sturmthal und James Scoville hrsg. Sammelbandes, in dem anhand eines von St. entwickelten Fragen- und Problemkatalogs die Entwicklung der organisierten Arbeiterbewegung versch. Länder jeweils auf die Entwicklung im ökonom. Bereich bezogen werden soll. Im Vordergrund steht die Frage, welcher ökonom. u. polit. Mittel sich die organisierte Arbeiterbewegung zur Durchsetzung ihrer Ziele bediente. Behandelte Länder u. a.: Japan, Nigeria, Holland, Frankreich, Afghanistan, Argentinien. Autoren u. a.: Bert Hoselitz, Univ. of Chicago; Peter Kilby, Wesleyan Univ.; Jan Pen, Univ. of Groningen; Carlos E. Sanchez u. Aldo A. Arnando, Univ. of Cordoba; F. Sellier, Frankreich; Koji Taira, Univ. of Illinois.) – Aufsatz. – Ms. abgeschlossen. – Erscheint im Frühjahr 1972 bei Univ. of Illinois Press, Urbana-Chicago-London.

1500 DIETRICH, Rolf (Heidelberg): **Arbeiterdichtung und Arbeiterbewegung in Deutschland.** – (Zu einer Gesch. der Arbeiterdichtung als soziale Dokumentation und Ausdruck einer Kulturbewegung im 19. und 20. Jahrhundert.) – Staatsexamensarbeit. – Abgeschlossen (masch.schriftl. 262 S.); 1 Ex. im Archiv für Arbeiterdichtung und Soziale Literatur, Dortmund.

1501 DIETRICH, Rolf (Heidelberg): **Arbeiterdichtung 1848 bis 1914. Funktion und Bedeutung für die Geschichte der Arbeiterbewegung in Deutschland.** – (Kunst als Agitationsmittel, 'rote Subkultur' und Kulturbewegung, Arbeiterdichtung als soziale Dokumentation; Begriffsgeschichte, Biographisches u. a. Quellenbasis: Arbeiterpresse, Flugblätter, Parteiliederbücher, Memoiren [Arbeiterroman].) – Diss. phil. – Ms.-Abschluß voraussichtl. Herbst 1972.

1502 ALBRECHT, Willy: **Die SPD 1914 bis 1945.** – Forschungsbericht. – Erscheint im Herbst 1971 in den "Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte".

II. Darstellungen in zeitlicher Folge

a) Von den Anfängen bis zum Ende des Sozialistengesetzes

1503 BAUER, Wolfgang, SHEN-CHANG Hwang, Wolf SCHÄFER u. a. (München): **Probleme des frühen Sozialismus.** – (Interdisziplin. Forschungsprojekt am Hist. Sem. u. am Sem. f. ostasiatische Kultur- u. Sprachwissenschaft d. Univ. München. Theorie, Praxis und Echo des 'Frühsozialismus' in Europa [von der franz. Revolution bis zur Pariser Kommune] u. China [von der T'ai-p'ing-Revolution 1850/51 - 1864/66 bis zur 4.-Mai-Bewegung 1919]. Ideen-, organisations- u. wirkungsgeschichtl. Aspekte; anschließend vergleichende Untersuchung dieser Aspekte auf der Basis der erschlossenen Lokalgeschichte[n].) – In Bearbeitung. – Publikation der Forschungsergebnisse voraussichtl. 1973.

Vgl. auch 1441 (Revol. Demokraten), 1442 (Petitionen), 1445 (Lassalle-Texte), 1466 (Kathedersozialisten), 1484 (R. Blum); REGIONALE und LOKALE DARSTELLUNGEN.

b) 1890 - 1914

1504 BAARS, Peter (Freiburg): **Die Intelligenz in der deutschen Arbeiterbewegung vor dem 1. Weltkrieg.** – Diss.phil. – In Bearbeitung.

1505 POESTGES, Dieter (Aachen): **Kautsky und die Führung der deutschen Sozialdemokratie von 1890 - 1924.** – Diss.phil. – In Bearbeitung.

1506 JORKE, Wolf-Ulrich (Bochum): **Wirkungs- und Rezeptionsgeschichte von Lassalle in der Arbeiterbewegung nach 1900.** – Diss.phil. – Anfangsstadium der Bearbeitung.

1507 EVANS, Richard J. (Oxford/GB.): **The Women's Movement in Germany, 1890 - 1919.** – (Eine analytisch-historische Studie über die strukturellen, organisator. und theoret. Aspekte der bürgerl. und proletar. Frauenbewegung.) – Diss. phil. – Ms.-Abschluß Herbst 1972.

1508 NEUMAN, Robert Paul (Evanston, Illinois): **Socialism and Sexuality: The Marxist Tradition and German Social Democracy before 1914.** – (Die Schriften von Fourier, Marx u. Engels über Sexualität, Familie, Ehe und der Einfluß dieser Schriften auf Bebel, Kautsky u. andere führende Sozialdemokraten; das Fortbestehen bürgerl. Sexualverhaltens unter den Führern der SPD; die Diskrepanz zw. Theorie u. Praxis in der sozialist. Frauen- und Jugendbewegung; Vergleich zw. den Auffassungen d. Parteiführer u. Intellektuellen einerseits und der Arbeiter andererseits [anhand von Arbeiter-Autobiographien].) – Ph. D. Diss. – Ms.-Abschluß März 1972.

1509 NEUMAN, Robert Paul (Evanston, Illinois): **Industrialization and Sexual Behavior: Some Aspects of Working Class Life in Imperial Germany.** – (Beitrag

zu einem von Robert J. B e z u c h a hrsg. Sammelband "Modern European Social History. A Collection of Original Essays".) – Aufsatz. – Erscheint 1972 bei D. C. Heath & Co., Lexington, Massachusetts.

1510 FÜLBERTH, Georg: **Proletarische Partei und bürgerliche Literatur.** – (Auseinandersetzung in der dt. Sozialdemokratie der II. Internationale über Möglichkeiten und Grenzen einer sozialist. Literaturpolitik.) – Erscheint im April 1972 als Bd 60 der "Sammlung Luchterhand".

1511 LESCHINSKY, Achim (Hamburg): **Der Linksliberalismus in den Hansestädten, insbes. Hamburg. Eine Studie zur bürgerlichen Politik vor dem Ersten Weltkrieg.** – Diss.phil. – Ms. abgeschlossen.

Vgl. auch 1468 (Kautsky), 1555 (Arbeiterbew. in Neviges).

c) Weltkrieg und Revolution

1512 KOCKA, Jürgen (Münster): **Weltkrieg und Klassengesellschaft. Deutschland 1914 - 1918.** – Aufsatz, evtl. Monographie. – Abschluß voraussichtl. 1972.

1513 RATZ, Ursula (Frankfurt/M.): **Sozialreform und Arbeiterschaft. Die 'Gesellschaft für Soziale Reform' und die sozialdemokratische Arbeiterbewegung im Ersten Weltkrieg.** – Monographie. – In Bearbeitung.

1514 ELLEBRECHT, Karsten (Hamburg): **Sozialistische Jugendverbände im Ersten Weltkrieg und in der Frühphase der Weimarer Republik.** – Staatsexamensarbeit. – Ms. abgeschlossen.

1515 WIEDERHÖFT, Harri (Greifswald): **Die revolutionäre Arbeiterjugendbewegung Deutschlands – ihre Rolle und Entwicklung in der Zeit der Vorbereitung und Durchführung der Novemberrevolution, November 1917 bis Januar 1919.** – Diss.phil. – Abgeschlossen. – Hinweis in BzG 12 (1970), H. 6, S. 1001.

1516 PHILIPP, Kurt D. (Lawrence, Kansas): **The Independent Socialists' Attempt to Govern Germany, November-December 1918.** – (Gründe für das Scheitern der USPD im Rat der Volksbeauftragten und bei den Wahlen zur Nationalversammlung; Analyse der Haltung der USPD zu künftiger Regierungsform, Außenpolitik, Militarismus, Sozialisierung; Ergebnis: Meinungsverschiedenheiten zw. MSPD und USPD waren nicht so tief, daß sie notwendig zum Bruch führen mußten; Schwäche der Parteiführung werde am mangelnden Durchsetzungsvermögen im Kabinett und gegenüber dem Zentralorgan der Partei, der "Freiheit", deutlich. Quellen: Protokolle der Kabinettssitzungen, des Zentralrats und des Allgem. Kongresses d. Arbeiter- u. Soldatenräte Deutschlands, Erinnerungen von Beteiligten, Leitartikel der "Freiheit" u. des "Vorwärts".) – Ph. D. Diss. – Ms. abgeschlossen; kann als Mikrofilm oder Xeroxkopie von Univ. Microfilms, Ann Arbor, Michigan, bezogen werden.

1517 BUCHHOLZ, Bernhard (Greifswald): **Geistige Manipulierung als Stabilisierungsfaktor. Eine Untersuchung zur Rolle und zu den Methoden psychologischer Kriegführung gegen das deutsche Volk in der Novemberrevolution.** – Diss. phil. – Abgeschlossen. – Hinweis in BzG 12 (1970), H. 6, S. 999.

1518 HUG, Heinz (Zürich): **Der Krieg in den Gedichten Erich M ü h s a m s.** – (Die histor. u. ideolog. Voraussetzungen M.s, besonders während der Kriegszeit, und ihr Niederschlag in seinen antimilitarist. Gedichten.) – Diss.phil. – Ms.-Abschluß Winter 1971/72.

Vgl. auch 1470 (Kommunismus), 1505 (Kautsky), 1507 (Frauenbewegung), 1520 (Radek); REGIONALE und LOKALE DARSTELLUNGEN.

d) Weimarer Republik

1519 THOMS, Günter (Ost-Berlin): **Der Kampf der marxistischen Kräfte in der KPD für die Durchsetzung marxistisch-leninistischer Prinzipien in der Gewerkschaftsfrage, Januar bis Oktober 1919.** – Diss.phil. – Abgeschlossen. – Hinweis in BzG 13 (1971), H. 2, S. 303.

1520 GOLDBACH, Marie-Luise (Köln): **Karl R a d e k in Deutschland (1918 - 23).** – (Quellen: Schriften R.s; Presse, Protokolle, Broschüren der KPD und der Komintern; Akten d. Pol. Archivs d. Auswärtigen Amtes; Memoiren.) – Diss.phil. – Ms.-Abschluß Anfang 1972.

1521 KARABERIS, Aleko (Frankfurt/M.): **Ökonomische und soziale Voraussetzungen der politischen Taktik der Einheitsfront in der KPD, 1920 - 1925.** – (Quellen: vor allem Zeitschriften der KPD und der Komintern, Broschüren, Parteitags- und Kongreßprotokolle, programmat. Erklärungen, Leitsätze etc.) – Soziolog. Diplomarbeit. – Abgeschlossen.

1522 WEBER, Hermann (Mannheim): **Die Wandlung des deutschen Kommunismus.** – (Auswahl aus dem 1. Band des bei der Europ. Verl.anstalt ersch. Werkes.) – Veröff. im Herbst 1971 in der Reihe "basis" des gleichen Verlages.

1523 SACHS, Anne (Marburg): **Die ultralinke Opposition der KPD während der Weimarer Republik.** – (Unter bes. Berücks. des Leninbundes.) – Diss. phil. – Abschluß voraussichtl. Ende 1971; Magisterarbeit über den Leninbund liegt bereits vor.

1524 SCHÖNIG, Gerhard (Heidelberg): **Zur Politik von SPD und SFIO im Jahre 1923.** – (a) Stellung von SPD und SFIO zur Ruhrbesetzung aufgrund ihrer Konzeption zur Reparations- u. Sicherheitsfrage; b) Politik der SPD in der Okt./Nov.-Krise des Jahres 1923 und Stellung der SFIO hierzu; c) Kontakte zw. SPD und SFIO zwecks Abstimmung einer sozialist. Parteien adäquaten Politik; d) Problem der inneren u. äußeren Staatsräson für SPD und SFIO im Jahre 1923. Quellen: Parlamentsdebatten, Zeitungen u. Zeitschriften, Nachlässe.) – Diss.phil. – Abschluß voraussichtl. 1973.

1525 PETERSON, Brian (Madison, Wisconsin): **The Social Bases of German Working Class Politics in 1924 - 25: A Computerized Analysis of the Reichstag Election**

of December, 1924 on the Basis of the Census of June, 1925. — (Die Studie soll das Wahlverhalten der Arbeiterschaft erhellen [SPD, KPD, Zentrum]. Zusätzlich wird Material über lokale, Betriebsrats- und Gewerkschaftswahlen herangezogen. Es wird vor allem nach Industriezweigen und regionalen Gegebenheiten differenziert. Dabei soll der Grad des Radikalismus in Beziehung gesetzt werden zu berufl. Qualifikation, Alter, Geschlecht, Stadt- u. Betriebsgröße, Wechsel vom Handwerk zur Industrie etc.) — Ph. D. Diss. — Abschluß ca. Januar 1972.

1526 **Individualistischer Anarchismus in der Weimarer Republik als proletarisch-kleinbürgerliche Subkultur.** — (Enthält: G. B o t z, Das Verhältnis von Anarchismus und Subkulturen vor und nach dem I. Weltkrieg in Deutschland und Österreich; M. P o l l a k, Typische Sozialisationsfaktoren in der Persönlichkeitsentwicklung eines individualist. Anarchisten; J. S c h a u e r, Gesellschaftspolit. Vorstellungen des individualist. Anarchismus.) — Soll Ende 1972 im Europa Verl., Wien, in der Schriftenreihe d. Ludwig-Boltzmann-Instituts f. Gesch. d. Arbeiterbewegung erscheinen. (Vgl. Nr. 1487.)

1527 WARD, James J. (New York, N.Y.): **Ernst N i e k i s c h and the Politics of National Bolshevism: A Study of Political Extremism in Weimar Germany.** — (Politik und Ideologie des "Nationalbolschewismus" im polit. Kräftefeld der Weimarer Republik anhand der Tätigkeit und der Schriften des Nationalrevolutionärs N. Quellenbasis: Akten im Bundesarchiv Koblenz, Berlin Document Center, Institut f. Zeitgeschichte, München, National Archives der USA, Hoover Institution on War, Revolution and Peace, Stanford, Wiener Library, London; Zeitungen u. Zeitschriften der radikalen Gruppen, der NSDAP, KPD und anderer Parteien.) — Ph.D. Diss. — Abschluß voraussichtl. Winter 1971/72.

1528 CAHILL, John J. (Cincinnati, Ohio): **The NSDAP and May Day, 1923: Confrontation and Aftermath, 1923 - 1928.** — (Auseinandersetzung zw. vaterländischen Verbänden und bayerischer Regierung über die Genehmigung der in München stattgefundenen Maifeier 1923. Verhältnisse in der vaterländischen Bewegung, Konfrontation zw. Arbeiter- u. rechtsstehenden Organisationen nach 1919 in München. Quellenbasis: NSDAP-Hauptarchiv, Ministerium d. Innern, der Justiz u. andere Verwaltungsakten.) — Ph. D. Diss. — Anfangsstadium der Bearbeitung.

Vgl. auch 1470 (Kommunismus), 1471 (Levi), 1473 (Wirtschaftsdemokratie), 1486 (O. Braun), 1489 (J. Leber), 1505 (Kautsky), 1514 (Jugendverbände); REGIONALE und LOKALE DARSTELLUNGEN.

e) 1933 - 1945

1529 BACHSTEIN, Martin K. (München): **Wenzel J a k s c h und die sudetendeutsche Sozialdemokratie.** — (Quellen: Teile des Nachlasses J., Schriftwechsel Ernst Paul – Wenzel Jaksch aus der Exilzeit, Materialien des Prager Beneš-Archivs zur Gesch. der tschechoslowak. Auslandsregierung und Schrifttum der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik [DSAP].) — Diss.phil. — Abgeschlossen. — Soll noch in diesem Jahr in den "Veröffentlichungen des Collegium Carolinum" bei Oldenbourg, München, in Kommission erscheinen.

1530 MÜSSENER, Helmut (Stockholm): **Die deutschsprachige Emigration 1933 - 1945 in Schweden. Ihre Geschichte und kulturelle Leistung.** — (Behandelt u. a. die schwed. Flüchtlingspolitik, Arbeit der Flüchtlingshilfeorganisationen, Zahl, Herkunft und Schicksal der Emigranten in Schweden; die versch. Emigrantengruppen u. ihre Zeitschriften [u.a. SOPADE, KPD, SAP, Gewerkschaftsgruppe, Freier Deutscher Kulturbund, "Kleine Internationale"], ihre Arbeitsgebiete; Kurzbiographien versch. Emigranten. Quellen: Bestände d. Arbetarrörelsens arkiv, Stockholm, d. Dokumentationsarchivs d. österreich. Widerstands, Wien, d. Dt. Bibliothek, Frankfurt/M., der Dt. Akad. d. Künste, Berlin, d. Invanddrings-Dokumentationszentrums, Västerås, sowie zahlr. Privatarchive, ferner Interviews u. Rundfragen.) — Lizentiatenarbeit. — Ms. (800 S.) abgeschlossen; wird im Herbst d. J. vervielfältigt vorliegen. — Bearbeitung als Habil.schrift für 1972 vorgesehen.

1531 FRIBERG, Margareta: **Bibliographie der Zeitschrift "Die sozialistische Tribüne".** — (Die Zeitschrift war das Organ der linken SOPADE in Schweden.) — Seminararbeit. — Ms. abgeschlossen; liegt am Germanist. Inst. der Univ. Stockholm vervielfältigt vor.

1532 FIEBIG, Gerthartmut: **Bibliographische Übersicht über die "Österreichische Zeitung".** — (Die Zeitung war das Organ der KPÖ bzw. der Freien Österreich. Weltbewegung in der schwed. Emigration.) — Seminararbeit. — Ms. abgeschlossen; liegt am Germanist. Inst. der Univ. Stockholm vervielfältigt vor.

1533 OUKROPEC, Václav (Prag): **Die Zeitschrift der antifaschistischen deutschen Emigration "Das Wort" in den Jahren 1936 - 39 in Moskau.** — (Monograph. u. bibliograph. Bearbeitung, m. Autoren- u. Sachverzeichnis; Quellen: vorwiegend Leningrader Archivbestände. In tschech.) — Staatsexamensarbeit. — Ms. abgeschlossen.

1534 FISCHER, Alexander (Frankfurt/M.): **Antifaschismus und Demokratie. Planung und Politik der UdSSR in der Deutschland-Frage von 1941 bis 1945.** — (U. a. Berücksichtigung des Anteils der Moskauer KPD-Emigration an der sowjet. Deutschland-Planung: Tätigkeit der Arbeitskommission der KPD 1944/45, Wilhelm Florins "Aktionsprogramm des Blocks der kämpferischen Demokratie", Initiativgruppen der KPD.) — Habil.schrift. — Ms.-Abschluß 1971.

1535 RAGG, Albrecht (Chicago, Illinois): **Die deutsche sozialistische Emigration in den USA, 1939 - 1945.** — Ph. D. Diss. — In Bearbeitung.

1536 SPITTA, Arnold (Frankfurt/M.): **Paul Z e c h s südamerikanische Jahre und die Geschichte der deutschen Emigrationsliteratur in Argentinien.** —

(1. Das Exilwerk von Zech. 2. Überblick über das Emigrationsschrifttum in Argentinien; allgem. Lage der Emigranten; Darstellung ihrer wichtigsten Publikationen.) – Diss. phil. – Ms.-Abschluß voraussichtl. Frühjahr 1973.

1537 ROLOFF, Gerhard (Bonn): **Zum Stand der Forschung über die Emigrantenliteratur 1933 - 1945.** – (Teil 1: Erläuterung der Forschungsziele; eigene Forderungen an die Forschung. Teil 2: Krit. Durchsicht wichtiger Arbeiten im Hinblick auf die aufgestellten Forderungen.) – Staatsexamensarbeit. – Ms.-Abschluß Februar 1972; Diss.phil. geplant.

Vgl. auch 1457 (Bloch), 1458 (O. Bauer), 1485 (W. Brandt), 1489 (J. Leber), 1563/64 (Österreich).

f) Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges

1538 KLOTZBACH, Kurt (Bonn): **Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 1945 - 1965.** – (Politik, Programmatik und Organisation der Partei von der Wiedergründungsphase 1945/46 bis zu den Bundestagswahlen 1965; Schwerpunkt u. a.: die Parteireformdiskussionen 1953 - 1960. Quellen: Bestände d. Archivs d. sozialen Demokratie, Protokolle, Jahrbücher, Zeitungen u. Zeitschriften.) – Monographie. – Ms.-Abschluß voraussichtl. 1974.

1539 FISCHER, Heidemarie (Münster): **Die Auseinandersetzung um die Einheitsgewerkschaft in den drei Westzonen 1945 - 1949.** – (Aufbau der Einheitsgewerkschaft im Spannungsfeld internat. Einflußversuche, Interdependenz von gesamtgesellschaftl. Neuordnungsplänen und Organisationsstruktur; die Einheitsgewerkschaft als histor. Versuch der Harmonisierung sozialer Antagonismen, gewerkschaftl. Organisationsstruktur als Manifestation polit. Willensbildung. Quellenbasis: Material im DGB-Archiv Düsseldorf, darunter Protokolle d. Gewerkschaftskonferenzen u. Organisationsausschüsse, Briefwechsel d. Funktionäre, Erlasse d. Militärregierungen, Resolutionen d. Weltgewerkschaftsbundes, Gewerkschaftszeitungen, Rundschreiben, Propagandamaterial, mündl. Befragung.) – Staatsexamensarbeit. – Ms. abgeschlossen.

1540 AGARTZ, Viktor: **Gewerkschaft und Arbeiterklasse. Die ideologischen und soziologischen Wandlungen in der westdeutschen Arbeiterbewegung.** – Erscheint im Herbst 1971 im Trikont Verl., München.

1541 MUDRA, Wolfgang (Köln): **Sozialpolitische Aspekte deutscher Gewerkschaftspolitik.** – (Schwerpunktwandlungen in der Politik der sozialen Sicherung als Ausdruck der Änderung gesellschaftspolit. Vorstellungen.) – Diss. – In Bearbeitung.

1542 RASCHKE, Joachim (West-Berlin): **Innerparteiliche Opposition. Strukturelle Voraussetzungen und Wirkungen innerparteilicher Oppositionsgruppen unter besonderer Berücksichtigung der Berliner SPD.** – (1) Zus.hang von sozialen Klassen, Funktionen polit. Parteien, staatl. Demokratiekonzepten und Theorie u. Praxis innerparteil. Demokratie bzw. Opposition; Funktion innerparteil. Opposition vor allem im Typ der "Volkspartei". 2) Analyse der Faktoren im polit. System des staatl. regulierten Kapitalismus, die die innerparteil. Opposition fördern bzw. hemmen. 3) Analyse anhand eines empir. Beispiels [Berliner SPD] auf der Ebene der Landes- und [mit Hilfe einer systemat. Befragung] Kreisorganisation.) – Diss. – Ms.-Abschluß 1971.

1543 UHLEMANN, Manfred (Potsdam): **Der Anteil der westdeutschen Arbeiterjugendbewegung am Kampf gegen die Pariser Verträge und den Aufbau der aggressiven Bundeswehr (1954 - 1957).** – Habil. schrift. – Abgeschlossen. – Hinweis in ZfG 18 (1970), H. 12, S. 1619.

Vgl. auch 1482 (Neue Arb.klasse), 1546 (SPD u. Notstandsgesetze), 1571 (Deutschlandpolitik).

III. Regionale und lokale Darstellungen

a) Regional

1544 HUNLEY, John Dillard (Charlottesville, Virginia): **Society and Politics in the District of Düsseldorf, 1867 - 1878.** – (Soziale Bedingungen und Wahlverhalten [preuß. Landtag und dt. Reichstag]. Berücksichtigung aller sozialen Klassen und aller Parteien, insbesondere der Arbeiterklasse und der SPD mit ihren Vorläufern ADAV und SDAP. Quellen: lokale Presse und sonstige gedruckte Materialien sowie Archivalien aus den Staatsarchiven Düsseldorf und Koblenz und den Stadtarchiven Krefeld, Mönchengladbach, Remscheid, Solingen, Wuppertal und Düsseldorf.) – Ph. D. Diss. – Ms.-Abschluß Mitte 1972.

1545 KIRCHHOFF, Werner (Halle): **Der Kampf der werktätigen Landbevölkerung im Regierungsbezirk Magdeburg unter Führung der KPD-Bezirksorganisation während der Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1932.** – Diss. phil. – Abgeschlossen. – Hinweis in BzG 13 (1971), H. 2, S. 304.

1546 WEGENER, Erich (Leipzig): **Die Stellung der SPD im Land Nordrhein-Westfalen zur Politik der Notstandsgesetzgebung und Atombewaffnung in den Jahren 1966 - 1968.** – Diss. phil. – Abgeschlossen. – Hinweis in ZfG 19 (1971), H. 4, S. 557.

1547 ANDERSEN, Dorrit (Apenrade/Dänemark): **Die Geschichte der Arbeiterbewegung in Nordschleswig, 1870 - 1920.** – Monographie. – In Bearbeitung.

1548 ANDERSEN, Dorrit (Apenrade/Dänemark): **Die Rätebewegung in Nordschleswig 1918/19.** – Aufsatz. – Ms.-Abschluß 1971/72.

1549 HARTMANN, Knut (München): **Auf dem Weg zur Sozialpartnerschaft. Die Arbeitskämpfe der Bergleute im Steinkohlenbergbau des rheinisch-westfälischen Industriegebiets 1830 - 1890.** – (Möglichkeiten des Sozialismus in Deutschland, gemessen an den Erwartungen von Marx; Akzent auf Streiks, betriebl. Arbeitsbedingungen und organisierter Arbeiterbewegung. Quellen aus Staats-, Stadt- und Firmenarchiven im Ruhrgebiet.) – Diss. phil. – Fortgeschrittenes Stadium der Bearbeitung.

Vgl. auch 1435 (Rheinland, Westfalen, Saarland), 1498 (Reinlande).

b) Lokal

1550 MOLDENHAUER, Rüdiger (Frankfurt/M.): **Die Berliner Petitionen an die deutsche Nationalversammlung 1848/49.** — Aufsatz. — Ms. abgeschlossen. — Erscheint 1971 oder 1972 im "Bär von Berlin".

1551 HOISCHEN, Johannes (Dortmund): **Ein Jahrhundert. Arbeiter-, Arbeits-, soziale Fragen und Entwicklungen im Ruhrgebiet, speziell im Raume Dortmund (Hoesch-Konzern).** — Monographie. — Abschluß Ende 1971.

1552 SCHMIDT, Marianne (Potsdam): **Organisationsformen und Bewußtseinsentwicklung der Dresdener Sozialdemokratie in den Jahren 1881 - 1891. Ein regionalgeschichtlicher Beitrag zur Herausbildung der sozialistischen Massenpartei.** — Diss. phil. — Abgeschlossen. — Hinweis in ZfG 18 (1970), H. 12, S. 1620.

1553 KRAUSE, Hartfrid (Darmstadt): **Der Hanauer Arbeiter- und Soldatenrat.** — Monographie. — In Bearbeitung; Staatsexamensarbeit über den "Hanauer Arbeiter- und Soldatenrat, 1. 11. - 31. 12. 1918" bereits abgeschlossen.

1554 GLÖCKNER, Claus (Potsdam): **Zur Geschichte der Arbeiterbewegung Hennigsdorfs (1917 - 1933) unter besonderer Berücksichtigung des Kampfes der KPD um die Erweiterung ihres Masseneinflusses im Ort und dessen Betrieben.** — Diss. phil. — Abgeschlossen. — Hinweis in ZfG 18 (1970), H. 12, S. 1620.

1555 HOLTZ, Uwe (Kiel): **Die Arbeiterbewegung nach der Aufhebung des Verbindungsverbotes: das Beispiel Hardenberg / Neviges.** — (Vorgeschichte, Organisation und Wirken, Funktionärskörper, Mitgliederbewegung und soziale Zusammensetzung. Quellen: Protokollbuch d. Allgem. Arbeitervereins, lokale Zeitungen u. sozialdem. Presseorgane, Polizei- u. Verwaltungsakten.) — Aufsatz. — Erscheint in "Romerike Berge. Zeitschrift für Heimatpflege im Bergischen Land", Jg. 21, H. 3 (Dez. 1971).

1556 JANITZ, Gerhard (Greifswald): **Zur Entstehung und Entwicklung der Stettiner Parteiorganisation der KPD in den Jahren 1917 - 1920.** — Diss. phil. — Abgeschlossen. — Hinweis in BzG 12 (1970), H. 6, S. 998.

1557 GILARDON, Klaus (Leipzig): **Zur Situation des Tauchaer Handwerks im 20. Jahrhundert. Eine Gegenüberstellung von Lage und Entwicklung unter imperialistischen und sozialistischen Bedingungen.** — Diss. phil. — Abgeschlossen. — Hinweis in ZfG 18 (1970), H. 10, S. 1357.

Vgl. auch 1497 (Duisburg), 1511 (Hamburg), 1528 (München), 1542 (Berlin).

F. DARSTELLUNGEN ZUR GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG ANDERER GEBIETE

China

Vgl. 1503 (Früher Sozialismus).

Dänemark

Vgl. 1547/48 (Nordschleswig).

Frankreich

1558 MEISSNER, Rudolf (Potsdam): **Die Haltung der Französischen Kommunistischen Partei zur deutschen Frage im Zeitraum von 1958 - 1968.** — Diss.phil. — Abgeschlossen. — Hinweis in ZfG 18 (1970), H. 12, S. 1620.

Vgl. auch 1447 (Kommune), 1461, 1503 (Früher Sozialismus), 1499 (Arbeiterbew. u. ökonom. Entwickl.), 1524 (SFIO).

Großbritannien

Vgl. 1461 (Früher Sozialismus), 1564 (Emigration).

Österreich

1559 SCHAUER, Johann (Linz): **Die anarchistische Presse Österreich-Ungarns.** — (Ergänzung der Standardnachschlagewerke zur Presse der Arbeiterklasse; Schwerpunkt: deutschsprach. anarchist. Presse. Quellenbasis: Nachlaß Dopf im Inst. f. Neuere Gesch. u. Zeitgesch. der Hochschule Linz.) — Ms. abgeschlossen. — Erscheint im Herbst d. J. in "ARCHIV. Mitteilungsblatt des Vereins für Geschichte der Arbeiterbewegung", Wien.

1560 WEISSEL, Erwin: **Der Sozialisierungsgedanke in der österreichischen Republik. Theorie und Praxis.** — In Bearbeitung.

1561 STADLER, Karl R. (Linz): **Richard Bernaschek: eine Monographie.** — In Bearbeitung.

1562 STADLER, Karl R.: **Richard Bernaschek und der Februaraufstand 1934.** — Erscheint voraussichtl. im Frühjahr 1972 im Europa Verl., Wien, in der Schriftenreihe des Ludwig-Boltzmann-Instituts f. Gesch. d. Arbeiterbewegung.

1563 SCHWARZ, R.: **Nationalsozialismus und Arbeiterschaft in Österreich 1938 - 1945.** — Monographie. — In Bearbeitung.

1564 STADLER, Karl R. (Linz): **Die österreichische sozialistische Emigration in Großbritannien.** — Monographie. — In Bearbeitung.

Vgl. auch 1434 (Archive), 1436 (O. Bauer), 1472 (Sozialwissenschaft), 1526 (Anarchismus), 1532 (Exilpresse).

Polen

1565 WYNOT, Edward: **Die polnische Arbeiterbewegung und das Regime, 1936 - 1939.** — Monographie. — In Bearbeitung.

Vgl. auch 1450/51 (Luxemburg-Schriften), 1483 (Soziologie).

Rußland / Sowjetunion

1566 TIEDTKE, Stefan (Frankfurt/M.): **Revolutionäre Bewegung und Judentum im zaristischen Rußland.** — Diss.phil. — In Bearbeitung. (Vgl. auch IWK 9, Titelverz. Nr. 1158.)

Vgl. auch 1437 (Trotzki), 1459 (Stalin), 1483 (Soziologie), 1533 (Dt. Emigration), 1534 (Dtld.-Planung).

Schweden

Vgl. 1530 - 1532 (Dt. sprach. Emigration).

Tschechoslowakei

Vgl. 1483 (Soziologie), 1529 (Sudetendt. Sozialdem.).

Ungarn

Vgl. 1475 (Budapester Schule), 1483 (Soziologie).

USA

1567 KOCKA, Jürgen (Münster): **Untersuchungen zur Sozialgeschichte amerikanischer Angestellter 1890 bis 1940.** – Aufsätze, evtl. Monographie. – Abschluß voraussichtl. 1972.

Vgl. auch 1535 (Dt. Emigration).

G. DARSTELLUNGEN ZUR GESCHICHTE DER INTERNATIONALE

1568 JOLL, James (London): **The Second International.** – Erg. und verb. Neuauflage des 1955 ersch. Buches. – Geplant.

1569 LADEMACHER, Horst (Bonn): **Zur Problematik des internationalen Sozialismus im I. Weltkrieg.** – (Pazifismus, Massenbewegung und revolutionäre Aktion.) – Aufsatz. – Ms. abgeschlossen. – Erscheint im "Archiv für Sozialgeschichte".

1570 APEL, Franz (Halle): **Die Entwicklung der marxistisch-leninistischen Strategie und Taktik gegenüber den Bauern und Landarbeitern durch die Leitungsgremien der Kommunistischen Internationale von 1919 bis 1935.** – Diss. phil. – Abgeschlossen. – Hinweis in BzG 12 (1970), H. 6, S. 1001.

1571 BISCHOFF, Margarete (Ost-Berlin): **Probleme und Aspekte der Deutschlandpolitik des Weltgewerkschaftsbundes in den ersten Nachkriegsjahren (1945 bis Anfang 1949).** – Diss. phil. – Abgeschlossen. – Hinweis in ZfG 19 (1971), H. 4, S. 557.

BERICHTIGUNGEN UND ERGÄNZUNGEN

Heft 1

Nr. 77 Die Studie von Robert WHEELER wurde unter dem Titel "The Independent Socialists and the Internationals: An Examination of Socialist Internationalism in Germany, 1915 to 1923" als Ph. D. Diss. von der University of Pittsburgh, History Department, angenommen. Sie ist unter der Signatur 71 - 14, 489 auf Mikrofilm oder xeroxkopiert zu beziehen über: University Microfilms, A Xerox Company, P. O. Box 1346, Ann Arbor, Michigan 48106, USA. (Besprechung folgt.)

Heft 3

Nr. 367 Das Dissertationsthema von Jürgen PEISER wurde geändert in "Gustav Struve als Journalist und politischer Schriftsteller in der deutschen Revolution von 1848/49". Der Autor versucht eine Neueinschätzung von Struves Person und Werk aufgrund neuer Quellen (u. a. Nachlaß im Bundesarchiv, Außenstelle Frankfurt/M.). Ms. abgeschlossen.

Nr. 436 Die Untersuchung von Georg W. STROBEL erscheint beim Bundesinstitut f. ostwissenschaftl. u. internat. Studien, Köln, unter dem Titel "Die Sozialdemokratie des Königsreichs Polen und Litauens (SDKPiL) – ein Beitrag zur Geschichte und Entwicklung des polnischen internationalistischen Sozialismus".

Heft 4

Nr. 496 Der erste Teil der Studie von Andrew R. CARLSON über "Anarchism in Germany" (The Early Movements) wird Ende d. J. bei Scarecrow Press Inc., Metuchen, New Jersey, in Druck gehen. Er umfaßt den Zeitraum 1830 - 1890 mit Schwerpunkt auf den Jahren 1875 - 1888. Der zweite Teil (The Later Movements) über den Zeitraum 1890 - 1933 wird Mitte 1972 zum Abschluß kommen.

Heft 5

Nr. 569 Die "Quellensammlung zur Geschichte der sozialen Bewegung in den preußischen Provinzen Rheinland und Westfalen, 1820 - 1878" wird von Horst LADEMACHER zusammen mit Dieter DOWE bearbeitet. Es wurden alle rhein.-westfäl. Archive sowie die Archive der DDR und das Wiener Haus-, Hof und Staatsarchiv auf einschlägiges Material durchgesehen. Ms.-Abschluß voraussichtl. Ende d. J.

Heft 6

Nr. 776 Die Arbeit von Walter GÖHRING über den "Illegalen Kommunistischen Jugendverband" (Österreichs) ist 1971 am Inst. f. Zeitgeschichte der Universität Wien als Diss. phil. angenommen worden. Masch.schriftl. 532 S.

Heft 7

Nr. 826 Die Studie von Eric D. KOHLER über "Otto Braun, Prussia and Democracy, 1872 - 1955" wurde 1971 von der Stanford University als Ph. D. Diss. angenommen. Umfang: 540 S. Die Arbeit wird Anfang 1972 in versch. Archiven der Bundesrepublik sowie im Preuß. Geheimen Staatsarchiv, Berlin, greifbar sein. Außerdem Mikroverfilmung durch University Microfilms, Ann Arbor, Michigan. (Besprechung folgt.)

Nr. 914 Die Untersuchung von Richard LORENZ erscheint beim Bundesinstitut f. ostwissenschaftl. u. internat. Studien, Köln, unter dem Titel "Das Ende der NEP. Zur Vorgeschichte des Stalinismus".

Heft 9

Nr. 1047 Die geplante Edition von Hans Manfred BOCK wird zu einer historischen Darstellung "Geschichte des Anarchismus und Anarcho-Syndikalismus in Deutschland. Eine historisch-kritische Skizze" mit Dokumenten, Kurzbiographien und einer ersten Gesamtbibliographie des deutschsprach. anarchist. Schrifttums erweitert. Abschluß Herbst 1972.

Nr. 1121 Die Arbeit von Hans Manfred BOCK erscheint unter dem Titel "Geschichte des deutschen Rätekommunismus" bei der Europ. Verlagsanstalt, Frankfurt/M.

Heft 10

Nr. 1286 Die Studie von Hans HAUTMANN und Rudolf KROPF über "Die sozio-ökonomischen Bedingungen der Theorie und Praxis der österreichischen Arbeiterbewegung. Von den Anfängen bis zur Gegenwart" soll Ende d. J. in der Schriftenreihe des Ludwig-Boltzmann-Instituts f. Geschichte d. Arbeiterbewegung (hrsg. von Karl R. Stadler) im Europa Verlag, Wien, erscheinen.

Heft 11/12

Nr. 1400 Die Arbeit von Ursula HOFFMANN über "Die Veränderungen in der Sozialstruktur des Ministerrates der DDR 1949 - 1969" erscheint in der Reihe "Kleine Mannheimer Schriften zur Zeitgeschichte und Politischen Wissenschaft" im Droste-Verlag, Düsseldorf.

NEUE LITERATUR

Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945. Hrsg. von einem Redaktionskollektiv unter der Leitung von Dieter Fricke. Bd II: Fraktion Augsburger Hof – Zentrum. – [West-]Berlin: Das europäische Buch 1970. [Lizenzausgabe des Verlags Enzyklopädie, Leipzig.] XI, 974 S. DM 52,–.

Auch der zweite Band dieses Nachschlagewerkes bestätigt die schon ausführlich dargelegte organisatorische und wissenschaftliche Leistung der Jenaer Historikergruppe um Dieter Fricke (vgl. die Rezension von Bd I in IWK 8, S. 73 ff.). Die Zusammenarbeit größerer Historikerkollektive in der DDR hat sich besonders bei der Erstellung von Nachschlagewerken als außerordentlich nützlich für die Geschichtswissenschaft erwiesen, so daß die Forscher der DDR eine ganze Reihe von Standardwerken vorlegen konnten, die durch ihren Materialreichtum konkurrenzlos dastehen und unentbehrlich auch für jeden "bürgerlichen" Historiker sind. Das vorliegende Handbuch fast aller nichtsozialistischen Organisationen macht deutlich, daß die wissenschaftliche Kapazität der Geschichtsschreibung in der DDR sich nicht nur auf die naturgemäß im Vordergrund stehende Arbeiterbewegung erstreckt. Durch die Erfassung praktisch aller verfügbaren Materialien über die bürgerlichen Parteien und Verbände wird eine solide Grundlage für die weitere Erhellung ihrer bisher von der Forschung vernachlässigten Geschichte gelegt.

Auswahl und Gewichtung der einzelnen Artikel sind naturgemäß stets anfechtbar. Trotzdem erscheint gerade für marxistische Argumentation die Unterscheidung in (aufgenommene) Verbände mit politischen Zielen und (nicht aufgenommene) Verbände mit vorwiegend wirtschaftlichen Zielen nicht immer einsichtig. So kommt etwa dem Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, dem Deutschen Handelstag und auch dem Deutschen Städtetag – man denke nur an seine Inanspruchnahme für die nationalliberale Politik durch Forckenbeck oder seinen Einfluß im Dachverband der Arbeitgeberverbände – durchaus auch politische Bedeutung zu. Der Rezensent gesteht jedoch gern, daß das die einzigen nennenswerten Lücken sind, die er nach Vergleichen mit mehreren Schlagwortregistern in Frage kommender Fachwerke entdecken konnte.

Obwohl der NSDAP 50 Seiten gewidmet sind, erscheint es mit der alleinigen Aufzählung der "Gliederungen", "angeschlossenen Verbände" und "betreuten Organisationen" (wobei der "Reichsnährstand" fehlt) nicht getan. Wenigstens der SA, SS, den nationalsozialistischen Dozenten-, Studenten-, Lehrer- und Rechtswahrer-Bünden hätte eine eigene Darstellung gelten sollen, von Leys Arbeitsfront ganz zu schweigen, auf die Gefahr hin, daß der deutschen Arbeiterschaft ein fatal unterentwickeltes Klassenbewußtsein hätte bescheinigt werden müssen. Der differenzierte Artikel über das Zentrum hätte hier als Vorbild dienen können.

Das Handbuch ist für den Historiker der Arbeiterbewegung neben den Artikeln über nichtsozialistische Arbeiterorganisationen, wie etwa die christlichen und gelben Gewerkschaften, vor allem durch die breite Darlegung der jeweiligen Beziehungen und Positionen zur Sozialdemokratie und ihren Organisationen von großem Wert. Zwar hätten sich insgesamt viele Seiten einsparen lassen, wäre konterrevolutionär durch kr. und monopolkapitalistisch durch mk. abgekürzt worden, trotzdem muß man durchaus eine differenzierte Wertung der einzelnen Positionen konstatieren.

Neben der Fülle des in den einzelnen Artikeln gebotenen Materials, die teilweise dem Anspruch eigenständiger monographischer Studien gerecht zu werden vermögen, sind die gleichmäßig intensive Stoffdurchdringung und klare Darstellung besonders hervorzuheben, die aus einer engen redaktionellen Zusammenarbeit mit zahlreichen Symposien zu den einzelnen Problemkreisen herrühren. Das trifft für das Junge Deutschland ebenso zu wie für den Rustikalverein in Schlesien (1848), für das Verzeichnis der etwa 100 wichtigsten Freikorps mit allen Daten ebenso wie für den Deutschen Sängerbund und für Feme-Mordgruppen wie die Organisation Consul, um die Spannweite dieses Nachschlagewerkes nur grob anzudeuten.

Selbst da, wo bürgerliche oder im "Sozialdemokratismus" verhaftete Historiker mit den "Einschätzungen" der Handbuchredaktion nicht übereinstimmen, bietet doch auch diese Seite des Werkes in den grundlegenden Artikeln – genannt seien die 64 Seiten über die Zentrumspartei – eine anregende Lektüre zur Bewußtseinsklärung.

Hans H. Biegert

JOHNSON, Oakley C.: **Robert Owen in the United States.** Foreword by A. L. Morton. – New York: Humanities Press 1970. XII, 86 S. = American Institute for Marxist Studies, Historical Series No. 6. $ 3.50.

This volume serves to remind us that it is only 145 years since an utopian socialist was invited to address the American Congress and the American President as an honored guest. The heart of the volume consists of two "Discourses on a New System of Society, as delivered in the Hall of Representatives of the United States in the presence of the President of the United States, the President-Elect, Heads of Departments, Members of Congress, etc., etc.," in February and March, 1825. Both are reprinted here for the first time in a century. They lay out in sufficiently general and hortatory language Owen's familiar views on property,

the market economy, "the universal religion of human nature," and his dream of creating a better society at New Harmony, Indiana.

To these are added a brief "Oration containing a Declaration of Mental Independence," delivered by Owen at New Harmony on the fiftieth anniversary of American independence in language which makes him at least as much a precursor of our own psychedelic utopians as of Marx: "Are you prepared to achieve a *MENTAL REVOLUTION*?" But modern radicals will have to ignore his naively conservative conclusion when they anthologize him:

> The individuals who compose a great majority of your present general government are happily free from the weakening and deadening influence of Superstition; their experience is too extensive, their minds are too enlightened, to be longer held in slavery and bondage by imaginary notions unsupported by a single fact. They will, therefore, rejoice to see their fellow-citizens and their fellow-men throwing off the yoke which has hitherto kept their finest faculties in bondage, and they will look forward with increased hope to the advantages which the rising generation, freed from these errors, will acquire and possess.

The enlightened "general government" to which Owen refers was the paralyzed administration of the cold and friendless John Quincy Adams. Was Owen's flattery simply the duty of a guest to a host ? Or do these flourishes in the direction of authority express some deeper need of Owen to secure in the new world the approval and aid of the monied and political classes which had taken him up, played with him, and decisively rebuffed him a few years earlier in London ? There is little enough evidence in the standard works of G. D. H. Cole and of Arthur Bestor, nor in the introduction to the present volume, to indicate what non-utopians of the new world thought of Owen's ideas, beyond their expression of a courteous interest in a well-known foreign guest.

In fairness, it must be said that Oakley Johnson's "Introduction" makes no pretense of analyzing the intellectual content of Owenism, but merely seeks to document "the larger philosophical accomplishment of helping to open the path to Marxist thought." Johnson confesses to finding it "a little difficult sometimes – but necessary – to avoid hero-worship." Indeed, the introduction might best be viewed as a testimony of piety by one who has himself for years been an activist, teacher, and organizer of labor and civil rights organizations.

Yet something must also be said from a more scholarly point of view about the editorial matter of the book, which appears in a historical series sponsored by the American Institute for Marxist Studies directed by Herbert Aptheker, and which is larded with an almost Soviet profusion of canonical quotations from Marx and Engels. Much more distressing is the distortion caused by overstating the importance of modern writers in one's own political club while ignoring or minimizing the work of mere bourgeois.

On the one hand, Johnson makes it unnecessarily difficult for the reader to judge how to fit his own contribution into the existing and fascinating non-Marxist historiography of a remarkable man and a remarkable movement. It is simply misleading to be told in the face of standard biographies by Frank Podmore, G. D. H. Cole, and Margaret Cole that "probably the best all-round treatment of Owen and Owenism in existence" is A. L. Morton's *The Life and Ideas of Robert Owen* (London, 1962). Morton, to be sure, provides the foreword to Johnson's book, but his own book is simply a collection of small snippets from the writings of Robert Owen – many of them quoted from G. D. H. Cole's famous anthology itself – prefaced by a forty-page introduction. Or again, take the problem of Owen's reception by the American public. One need not go so far as Marguerite Young who felt that he had made himself "the laughingstock of the American nation" within a year (*Angel in the Forest*, new ed., New York, 1966). Yet there is a record of known hostility and there is, further, a record of the known collapse of the community at New Harmony, the causes for which can hardly be guessed from Johnson's account.

On the other hand, by stating the substance of Owen's doctrines in terms which are not only explicitly Marxist but also unusually enthusiastic, Johnson inevitably stimulates the resistance of skeptics who would like to have some explanation for the weaker elements in Owen's thought. The striking contrast between Owen's unquestionably inspiring and radical social and economic views and his invariable defense of existing political institutions was given expression in America in the passage which I quoted above. It is a contrast all the more striking when it is recalled that English and American society did not lack for critics of political institutions in the 1820's. This is a problem which is independent of Owen's obvious and compelling personal humanity, nor is it even one which disappears if, with Engels, we go so far as to consider him "a born leader of men such as is rarely seen." A sharp statement of this problem may be found in Ralph Miliband, "The Politics of Robert Owen," *Journal of the History of Ideas*, XV (1954), pp. 233-245.

But these are, as I said, scholarly cavils. Oakley Johnson has given us some fascinating documents of a great European tradition in its translation to the United States and has added to it a statement of personal faith which illuminates his own search for justice in the antiutopian industrial society of modern America.

European students of utopian socialism and its fortunes in England and America may be advised of several related publications, too recent for inclusion

in Oakley Johnson's instructive critical bibliography: John F. C. Harrison, *Robert Owen and the Owenites in Britain and America. The Quest for the New Moral World* (London, 1969), with an unusually extensive bibliography at pp. 263-369; *Robert Owen on Education*, edited with an introduction and notes by Harold Silver (Cambridge, Engl., 1969); John F. C. Harrison, ed., *Utopianism and Education. Robert Owen and the Owenites* (New York, 1968); W. H. G. Armytage, *Heavens Below. Utopian Experiments in England, 1560-1960* (London, 1961), "Phase II: The Owenite Apocalypse."

Paul R. Duggan

HERWEGH, Georg: **Literatur und Politik**. Hrsg. von Katharina Mommsen. – Frankfurt/M.: Insel Verlag 1969. 173 S. = Sammlung Insel 37. DM 7,–.

Der Band enthält etwa die Hälfte von Herweghs Beiträgen zu der oppositionellen Zeitung *Deutsche Volkshalle* in seiner ersten Schweizer Emigrationszeit 1839-40. Die meisten sind 1845 in einem Sammelband und zuletzt in der Gesamtausgabe seiner *Werke in drei Teilen*, hrsg. von Hermann Tardel *[1909]*, erschienen. Dazu kommen einige nicht wieder abgedruckte Aufsätze aus dem Beiblatt zur *Stuttgarter allgemeinen Zeitung* für Unterhaltung, Literatur und Kunst *Die Waage*. Die Zuverlässigkeit der Textgrundlage ist umstritten; Herwegh selbst sprach von Eingriffen durch Zensur, Redakteur und Verleger. Eine historisch-kritische Gesamtausgabe wird in der DDR von Bruno Kaiser vorbereitet.

Die Absicht der Herausgeberin Katharina Mommsen war eine Auswahl aus Herweghs "bestem feuilletonistischen Schaffen". Am ehesten vermißt man seinen *Beitrag zur Kenntnis der literarischen Industrie* mit der Kritik am kommerziellen Verlagswesen. Seine literarische Position wird bereits in einer Art programmatischer Einführung *Die neue Literatur* deutlich: Er ist Anhänger von Jean Paul, Börne und Gutzkow und Gegner Laubes, Kühnes und Mundts. Platen verteidigt er gegen die übliche Geringschätzung, Béranger feiert er als Sänger des Volkes und George Sand als Vorkämpferin der Frauenemanzipation. Gegen die Angriffe der Jungdeutschen nimmt er Goethes Werke in Schutz, verurteilt aber seine politische Haltung. Heine sieht er als "Adjunkt des Fürsten Pückler" enden, des Symbols alles Biedermeierlich-Reaktionären, gegen dessen *Briefe eines Verstorbenen* Herwegh seine *Gedichte eines Lebendigen* schrieb. Die Aufgabe der Literatur liegt für ihn im Wirken für das Volk; von jedem Dichter fordert er "Opposition mit dem Staate, auch mit dem besten", schränkt diese Forderung aber gleich auf "die friedliche Opposition des Herzens" ein.

Maßstab für das "inhaltlich und formal Wesentliche" war in der Auswahl das schriftstellerische Niveau, in dem sich "das Rhetorische mit echt dichterischen Elementen" verbindet. Solche Wertung zeigt zugleich Herweghs eigenes Dilemma an. Ob "die dichterische Qualität stets in Gefahr gerät, wenn der Protest, die politische Substanz das Übergewicht bekommt" (Mommsen im Nachwort), ist gerade das Problem. Herwegh konnte seinen Konflikt zwischen Politiker und Künstler nicht überwinden. Poesie soll ihm eine Waffe für die demokratische Sache sein; aber die Verletzung ästhetischer Gesetze verwirft er als "demokratische Verirrung": "Das Was entschuldigt aber nie eine verfehlte Form". Rhetorisch, didaktisch reflektierend, so tritt er jedem System der Unterdrückung entgegen, dem Metternichschen ebenso wie dem der Daktylen in der Lyrik. Mit ihm beginnt die eigentliche Vormärz-Dichtung, radikaler und aggressiver als das Junge Deutschland der dreißiger Jahre; doch sind seine Urteile über Politik und Literatur meist subjektiv-impressionistisch geblieben.

Seine Manifeste und Programme treten für die unumschränkte Freiheit des Individuums und der Masse ein. Fragt man nach dem konkreten Inhalt dieser Freiheit und nach den Möglichkeiten ihrer Verwirklichung, fällt alles sofort auseinander. Herweghs Ideal der freien Republik spricht von der Harmonie der Brudernationen und der Gleichheit aller Menschen. Wie sich später in der Paulskirche zeigte, waren solche Zukunftsträumereien, trotz aller antimonarchischen und antiklerikalen Entschiedenheit, zu idealistisch, um eine wirkliche Anhängerschaft im Bürgertum zu gewinnen.

Helmut Merker

BAKUNIN, Michail: **Gott und der Staat und andere Schriften**. Hrsg. von Susanne Hillmann. – Reinbek b. Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag 1969. 246 S. = Texte des Sozialismus und Anarchismus. DM 4,80.
PROUDHON, Pierre Joseph: **Bekenntnisse eines Revolutionärs, um zur Geschichtsschreibung der Februarrevolution beizutragen**. Hrsg. von Günther Hillmann. – Reinbek b. Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag 1969. 249 S. = Texte des Sozialismus und Anarchismus. DM 4,80.

Es kann hier nicht der Ort sein, die Arbeiten der beiden Väter der anarchistischen Bewegung im 19. Jahrhundert zu würdigen, sondern es erscheint notwendig, ein paar kritische Anmerkungen zur Edition der Texte zu machen. Beide Bände sind mit der in dieser Reihe gewohnten technischen Sorgfalt herausgegeben, die Texte mit biographischen und sachlichen Erläuterungen, mit Personenverzeichnissen und Literaturhinweisen ausreichend versehen. Bakunins *Gott und der Staat* hat leider noch keine moderne Fassung erhalten, der Text leidet nach wie vor unter der schwerfälligen Nettlauschen Übersetzung aus den zwanziger Jahren. Proudhons *Confessions* liegen in einer vom Herausgeber wohltuend überarbeiteten und teilweise erheblich modernisierten Fassung der Übersetzung von Arnold Ruge vor, die die Forderung nach einer völlig neuen Übertragung nur noch unterstreicht.

Zum Verständnis der Texte hätte man sich eine ein-

gehendere, die Problematik der anarchistischen Bewegung in ihrer historischen wie auch theoretischen Bedeutung umfassende und kritischere Einführung gewünscht. Es geht z. B. nicht an, die Auseinandersetzung Bakunin – Marx auf den Deutschen- und Judenhaß von Bakunin zu reduzieren bzw. das Verhältnis von Proudhon zu Marx individual-psychologisierend mit der Fixierung von Marx auf die Vatergestalt von Proudhon, diesen "Mann aus einem Guß", zu erklären. Bei aller persönlichen Aversion der Beteiligten ist die Gegensetzung Marxismus – Anarchismus zurückzuführen auf die Unfähigkeit des Anarchismus zu wissenschaftlicher Erkenntnis; er leugnet die Möglichkeit der Wissenschaft, gesellschaftliche Systeme in Frage zu stellen, und verwirft somit auch wissenschaftliche Konzeptionen zu sozialen Veränderungen. Und dies ist letztlich der Grund für die beiderseitige scharfe Auseinandersetzung.

Hasko Hüning

BEBEL, August: **Ausgewählte Reden und Schriften.** Bd 1: 1863 bis 1878. Bearb. von Rolf Dlubek und Ursula Herrmann unter Mitarbeit von Dieter Malik. Veröff. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED und vom Zentralinstitut für Geschichte bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin. – [Ost-]Berlin: Dietz 1970. 834 S. DM 12,50.

Der Name August Bebels hat auch heute noch viel von der Anziehungskraft behalten, die er auf die deutsche Arbeiterbewegung in den Jahren seit der Reichsgründung 1871 ausübte. Viele seiner brillanten Reden wurden als Broschüren verbreitet, und zahlreiche von ihm verfaßte Agitationsschriften erzielten hohe Auflagen, weil er so einfach schrieb, wie er sprach. Meistens handelte es sich um Arbeiten, die für den Tagesgebrauch bestimmt waren. Sie sind jedoch für die Erkenntnis der innenpolitischen Entwicklung Deutschlands nach wie vor von beachtlichem Wert.

Es ist daher zu begrüßen, daß verschiedene Reden und Schriften, von denen häufig nur Einzelexemplare in zahlreichen Bibliotheken verstreut und daher schwer zu erreichen waren, hier zugänglich gemacht wurden. Die Auswahlausgabe, deren erster Teil vorliegt, ist auf insgesamt sechs Bände veranschlagt. Vier davon werden in chronologischer Reihenfolge Veröffentlichungen vom Beginn der Tätigkeit Bebels im Leipziger Arbeiterbildungsverein bis zu seinem Tode enthalten, während in den beiden letzten die Erinnerungen und Bebels erfolgreichstes Werk, *Die Frau und der Sozialismus,* Aufnahme finden sollen.

Die Auswahl wurde unter den Gesichtspunkten vorgenommen, einerseits den Werdegang des Arbeiterführers "vom Anhänger liberaler Ideen zum theoretisch geschulten Marxisten und vom Funktionär eines lokalen Bildungsvereins zur markantesten Führergestalt der deutschen Arbeiterbewegung seiner Zeit" zu dokumentieren, andererseits "das Bebel-Bild der marxistisch-leninistischen Historiographie" zu bestätigen und zu bereichern. Darüber hinaus soll die Publikation eine breite Öffentlichkeit mit dem Wirken Bebels im Parlament, in der Theorie und Praxis der Parteiarbeit und in der Publizistik vertraut machen.

Die Sammlung wird eingeleitet von Beiträgen aus der Tätigkeit im Verband Deutscher Arbeitervereine. Es handelt sich um Aufrufe, Referate, Stellungnahmen und Mitteilungen, die zu einem großen Teil in der *Deutschen Arbeiterhalle* (Mannheim) und im *Demokratischen Wochenblatt* (Leipzig) erschienen. Es folgen Ansprachen vor dem Norddeutschen Reichstag, Äußerungen über die Vorbereitungsarbeiten zum Eisenacher Gründungskongreß und andere wichtige Reden, so die Warnung, Elsaß-Lothringen zu annektieren, die Ablehnung des Verfassungsentwurfs, die Würdigung der Pariser Kommune, die Opposition gegen den Scheinkonstitutionalismus und Vorschläge für eine Arbeiterschutzgesetzgebung. Als selbständige Arbeiten finden Aufnahme die Streitschrift gegen die Demokratische Correspondenz *Unsere Ziele,* die religiöse Polemik *Christentum und Sozialismus,* die Auseinandersetzung mit dem nationalliberalen Abgeordneten Bruno Sparig um die Pariser Kommune, parlamentarische Rechenschaftsberichte der Sozialdemokratie und schließlich Abhandlungen aus den Zeitungen *Der Volksstaat* (Leipzig) und *Vorwärts* (Leipzig) sowie aus der kurzlebigen Zeitschrift *Die Zukunft* (Berlin). 26 Briefe von Bebel, darunter 19 unveröffentlichte, runden das Bild seiner politischen und theoretischen Entwicklung ab. Ein umfassendes Personenregister mit Lebensdaten und eine Bibliographie der Schriften vervollständigen die Ausgabe.

Die Herausgeber haben sich bemüht, bei aller durch den Umfang gebotenen Begrenzung, die derartigen Werkausgaben gesetzt ist, eine Zusammenstellung aus dem Lebenswerk vorzunehmen, die dem vielseitigen Wirken Bebels als Parteiführer, Volksredner und Parlamentarier, Organisator und Theoretiker sowie als Propagandist und Publizist gerecht wird. Diese Absicht ist gelungen, selbst wenn mancher Kenner den einen oder anderen Beitrag vermissen sollte. In der ausführlichen Einleitung wird jedoch der Weg Bebels zu den Auffassungen von Marx und Engels zu geradlinig dargestellt. Es entsteht unwillkürlich der Eindruck, als sei Bebel lediglich ein gehorsamer Schüler der beiden "Alten" in London gewesen. Sein revolutionäres Temperament verband sich jedoch immer mit einem offenen Sinn für die Erfordernisse der praktischen Politik, so daß er häufig eigene Wege ging und sogar das Urteil von Engels, besonders wenn es sich um die parlamentarische Praxis handelte, stark beeinflußte.

Unerfreulich wirken die immer wieder auftauchenden Polemiken gegen westdeutsche "imperialistische" und "rechtssozialdemokratische" Historiker. Auch erweist sich die einseitige Beanspruchung der Person Bebels für die Zielsetzungen der DDR als Tatsachenverfälschung und propagandistische Konstruktion, die besonders penetrant erscheint, wenn in dem sonst interessanten Bild-

teil mit zeitgenössischem Material ein Photo veröffentlicht wird, das die Eröffnung der Gedenkstätte "Eisenacher Parteitag" durch eine Gruppe von SED-Funktionären im Jahre 1967 zeigt. Derartige Praktiken können den positiven Gesamteindruck, den diese mit großer Sorgfalt erstellte Ausgabe hinterläßt, nur beeinträchtigen.

Ernst Schraepler

BEBEL, August: **Politik als Theorie und Praxis.** Ausgewählte Texte aus Reden und Schriften. Eingel. und hrsg. von Albrecht Langner. – Köln: Hegner 1967. 316 S. Ln. DM 14,80, Studienausgabe DM 7,80.

Im Gegensatz zu dem mehrbändigen Sammelwerk des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED hat dieses Bändchen, das in der Reihe Philosophischer, politischer und soziologischer Texte der kleinen Hegner-Bücherei erschien, eine bescheidenere Aufgabe. Der Herausgeber will die Einstellung Bebels zur Theorie des Marxismus verdeutlichen und daraus dessen Schlußfolgerungen zur politischen Aktion erklären. Zu diesem Zweck wurden charakteristische Äußerungen Bebels zusammengestellt, die der Taktik und den Fernzielen der Sozialdemokratie galten. Der Revisionismusstreit, die Frage der Regierungsbeteiligung, das Verhältnis des Parteiführers zum Staat und zu Fragen der Religion und Vorstellungen über eine sozialistische Zukunftsgesellschaft stehen dabei im Mittelpunkt. Aus diesen Erörterungen zu verschiedenen Themen der politischen Entwicklung gehen die ständigen Versuche Bebels hervor, seine Politik mit der marxistischen Theorie in Übereinstimmung zu bringen und dennoch irgendwie die staatlichen Gegebenheiten zu berücksichtigen. So kam es, daß Bebel nach eigenem Eingeständnis des öfteren die Ratschläge von Marx und Engels nicht befolgte, weil er der Überzeugung war, einen besseren Einblick in die Dinge, besonders in die deutschen Verhältnisse, zu haben.

Die ausgesuchten Reden und Schriften erweisen ferner, daß Bebel sich schon damals als Führer einer modernen Massenpartei betrachtete, der sich nach der praktischen Politik orientierte, die politischen Richtlinien bestimmte und damit auch die Einstellung der Gesamtpartei prägte. Die Lektüre des Bandes unterrichtet so in erster Linie über Wesen und Eigenarten eines der bedeutendsten Arbeiterführer, dessen Einfluß sich auch auf den internationalen Sozialismus erstreckte. Auskunft zur Persönlichkeit Bebels, zu seinen Zielsetzungen und seinem gesamten Schaffen gibt eine knappe Einführung, die gleichzeitig als Wegweiser für die Auswahl gedacht ist und über Entstehungsgeschichte und Bedeutung der einzelnen Texte informiert.

Die Zusammenstellung ist anschaulich und erfüllt daher ihren Zweck, die Bedeutung Bebels für die Auseinandersetzungen innerhalb der Sozialdemokratie mit den politischen Ideen der Zeit zu erfassen.

Ernst Schraepler

Eduard Bernsteins Briefwechsel mit Friedrich Engels. Hrsg. von Helmut Hirsch. – Assen: Van Gorcum 1970. XXXVI, 452 S. = Quellen und Untersuchungen zur Geschichte der deutschen und österreichischen Arbeiterbewegung, Neue Folge, Bd 1. Hfl. 59,50.

Die Ausgabe enthält in 174 Briefen und Karten die vollständige Bernstein-Engels-Korrespondenz. Sie umfaßt den Zeitraum vom 13. Juni 1879 bis zum 18. Juli 1895. Erstmalig werden aus den Beständen des 'Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis' in Amsterdam 85 Briefe von Bernstein an Engels ungekürzt publiziert. Die restlichen 90 Briefe von Engels an Bernstein wurden bereits vollständig in der Ausgabe der Marx-Engels-Werke abgedruckt, die vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED in Berlin herausgegeben wird.[1] Unter dem Gesichtspunkt der Quellenpublikationen zur Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung stellt die Ausgabe eine wichtige Vorarbeit für die geplante historisch-kritische Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA) dar, die in ihrer auf über 100 Bände veranschlagten Edition auch die Briefe dritter Personen an die Begründer des Marxismus enthalten wird.[2]

Das Verständnis der Briefe wird durch ausführliche Anmerkungen erleichtert. Im Registerteil bleiben im Gegensatz zum Personen- und Periodikaregister die Sachverweise dürftig. Die Ausgabe enthält außerdem: 1) ein Vorwort des Herausgebers, in dem subjektivistische Anmerkungen aneinandergereiht werden (S. IX-XVIII), 2) das Vorwort und die Einleitung zur Edition der Engels-Briefe von Bernstein aus dem Jahre 1925 (S. XIX-XXVII) und 3) in einem Anhang die Zusätze der Bernstein-Ausgabe (S. 423-438).[3] Die Notwendigkeit, diese Stücke in die Quellenpublikation aufzunehmen, ist nicht einsichtig.

Die Korrespondenz gliedert sich in: I. Briefwechsel zum *Jahrbuch* und zum *Sozialdemokrat* 1879-1890 (S. 1-374), II. Briefwechsel zum *Vorwärts* und zur *Neuen Zeit* 1891-1895 (S. 375-421). Inhaltlicher Schwerpunkt ist die Zeit von 1881 bis 1890, in der Bernstein in Zürich und später in London das illegale Organ *Sozialdemokrat* der verfolgten deutschen Sozialdemokratie hauptamtlich redigierte. Der Briefwechsel dokumentiert, daß Bernstein unter dem Einfluß von Engels bis zu dessen Tod in allen wichtigen theoretischen und taktischen Fragen einen marxistischen Standpunkt vertrat. Darüber

---

1 Karl Marx/Friedrich Engels, *Werke*, Bd 34 ff., Berlin 1966 ff.

2 *Über die Vorbereitung einer Historisch-kritischen Gesamtausgabe der Werke von Karl Marx und Friedrich Engels (MEGA)*, in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 10 (1968), S. 771 ff.

3 Eduard Bernstein (Hrsg.), *Die Briefe von Friedrich Engels an Eduard Bernstein. Mit Briefen von Karl Kautsky an ebendenselben*, Berlin 1925. Gegenüber dem Original hat Hirsch stillschweigend einige Stellen bearbeitet.

hinaus sind die Briefe eine wichtige Quelle zur Geschichte der sozialistischen Kampfpresse, zur Stellung von Engels als Führer der nationalen und internationalen Arbeiterbewegung und dessen Beurteilung aktueller politischer Konflikte. Abgesehen von einigen globalen Einschätzungen[4] ist die Bernstein-Korrespondenz bisher wissenschaftlich nicht eingehend ausgewertet.

Hans-Joachim O. Kohl

Der Kampf. Sozialdemokratische Monatsschrift. Hrsg.: Otto Bauer, Adolf Braun, Karl Renner. – Nachdruck im Verlag des wissenschaftlichen Antiquariats Geyer, Wien 1969 ff.

Am 1. Oktober 1907 erschien in Wien das erste Heft einer neuen Monatsschrift. Sie nannte sich symbolträchtig *Der Kampf* und war das theoretische Organ der österreichischen Sozialdemokratie, wobei Victor Adler die künftigen Aufgaben der Zeitschrift wie folgt festlegte:

> "Wenn der *Kampf* leistet, was er soll, wird er die Stätte sein, wo die Kampfziele und Kampfmethoden der Partei in gemeinsamer Erörterung erarbeitet werden. Wir haben kein Bedürfnis, eine Arena für theoretische Turniere zu eröffnen, aber wir brauchen dringend ein Organ der Selbstverständigung, einen Boden für unbefangene und nicht verpflichtende Meinungsäußerung, für den Austausch von Gedanken, die noch lange nicht bindende Parole sind, eine Werkstatt für die innere Arbeit der Partei an sich selbst.
> Hier sollen die ganz eigenartigen Probleme erörtert werden, die dem Proletariat in Österreich aufgebürdet sind."

27 Bände dieser Zeitschrift erschienen zwischen Oktober 1907 und Februar 1934. Da eine vollständige Ausgabe des *Kampf* heute ziemlich selten ist, übernahm es dankenswerterweise der Verlag des wissenschaftlichen Antiquariats Geyer in Wien, einen photomechanischen Reprint herauszubringen.

Die Nützlichkeit dieses Neudrucks liegt auf der Hand, war und ist doch die unerhörte Wichtigkeit dieser Zeitschrift für die damalige innerparteiliche Diskussion und für die Schulung der sozialdemokratischen Vertrauensmänner, aber auch für die gegenwärtige Forschung zur Geschichte der Arbeiterbewegung ein Faktor, der sich aus dem ursprünglichen ideologischen Konzept ergab. *Der Kampf* war das Organ des Austromarxismus, jener Spielart des internationalen sozialistischen Gedankengebäudes, der sich heute immer stärker das Interesse der Arbeiterhistoriker, Nationalökonomen und Politologen zuwendet. Als Tribüne glänzender theoretischer Untersuchungen und Polemiken, als Spiegelbild der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Probleme der absterbenden Habsburgermonarchie und als Szenarium sozialdemokratischer Auffassungen, Pläne und Vorschläge während der Ersten Republik ist der *Kampf* bis heute gleichermaßen wertvoll geblieben, ja wenn nicht unentbehrlich geworden.

Der vorliegende Band des Jahrgangs 1911/12 bietet ein getreues Abbild der geistigen Potenzen des Austromarxismus. Neben den drei Herausgebern Otto Bauer, Adolf Braun und Karl Renner finden wir als Autoren so bekannte Namen wie Friedrich und Max Adler, Pernerstorfer, Ellenbogen, Eldersch, Hilferding, Danneberg, Austerlitz, Julius Deutsch, Josef Luitpold Stern, Josef Strasser und Anton Němec. Von den Führern der II. Internationale kamen August Bebel, Paul Axelrod, Eduart Vaillant und Emile Vandervelde zu Wort. Zwei Artikel von Karl Marx aus der *New York Tribune* der fünfziger Jahre des 19. Jahrhunderts, die speziell auf österreichische Probleme eingehen, sind hier erstmals in deutscher Sprache abgedruckt.

Hans Hautmann

Origines et débuts des partis communistes des pays latins (1919 - 1923). Textes établis et annotés par Siegfried Bahne. – Dordrecht: D. Reidel Publishing Co. 1970. XLIII, 655 S. = Archives de Jules Humbert-Droz, I. Hfl. 100,–.

This is the first volume of a series to be published under the auspices of the Amsterdam International Institute for Social History. The series will contain the archives and papers of Jules Humbert-Droz, former co-secretary of the Communist International and, since 1922, the main responsible of the Comintern work in the Latin Countries (France, Italy, Spain, Portugal, Belgium). The plan of the work includes three volumes, the first one covering the years between 1919 and 1923, i. e. the process of growth of the Communist parties during the great revolutionary crisis. A second volume will follow, recording documents of the period included between July 1923 and December 1927, while the third one will focus mainly on the inner crisis of the C. I. before and after Bucharin's dismissal from the Executive Committee.

If a judgement can be given on the basis of this first volume – where documents are completed by carefully drawn up notes and a bibliography compiled by Siegfried Bahne – these archives will represent a first rate source for the history of the Communist International: they include – just to quote an example – all confidential letters and weekly reports on the Italian and French parties sent by Humbert-Droz to Zinov'ev, the answers and instructions of the latter

4 Vgl. z. B. Pierre Angel, *Eduard Bernstein et l'évolution du socialisme allemand*, Paris 1961 (Germanica 2), S. 72 ff.

and of other members of the Presidium, and the monthly reports to the Presidium itself. All this material, mostly unknown or known for the part concerning the Italian party only, is integrated with a number of letters exchanged between various spokesmen of the labour movement and the Communist International (such as Souvarine, Rosmer, Cachin, Van Overstraaten, Henriette Roland-Holst and many others), a series of documents and statements of the C.I. on the Italian, French and Spanish "questions", besides some records brought to light by Bahne himself while working at the Archives of the International Institute for Social History (e. g. an important report by Souvarine to the Central Committee of the P. C. F. about the works of the Executive of the C. I. following the third Congress [rep. n. 37]). The volume is enriched with an appendix which includes some of the most important documents of the Latin parties during their first years. The result is a most useful picture, allowing not only the reconstruction of the history of the different parties and the comprehension of the deep reasons of their inner contrasts and struggles, even dramatic at times, but also a better understanding of the relationship among the members of the III International before the beginning of "bolshevisation".

The five years this first volume deals with (1919 - 1923) involve a documentation of an outstanding period of the history of the III International, the period pointed out by Bucharin's report at the VI World Congress as the phase of the *most acute revolutionary crisis*, specially as far as European countries were concerned. Concluded by the defeat in Bulgaria and Germany (June and October 1923), the main characteristic of these years is the transition from the "offensive outlook" prevailing until 1920 to the working out of the united front policy, which found its climax during the IV Congress in November 1922. Here lies the interest of the documents Siegfried Bahne has been able to collect: they refer to those countries – Italy and France in particular – where the evolution of this idea met the hardest resistance. Such a perspective confers on the book a unitarian consistency and an objective coherence, and preserves it for the most part from the "autobiographical" limitations which always involve documents drawn from personal archives.

Of course a certain autobiographical contribution was inavoidable: but it doesn't prejudice the value of the collection; on the contrary, it increases its interest, particularly in part I, where the centripetal action played by *Le Phare*, the Swiss paper edited by Humbert-Droz, among French-speaking socialists and syndicalists is greatly emphasised.

The second part, which takes up more than 400 pages and is a survey of the period subsequent the III Congress of the C. I., is to my opinion particularly interesting for the students of the history of French communism. The P. C. F. is in fact illustrated by the amplest and completest documentation: the party's harassed life during the first three years of its existence, the internal struggle of its fractions and their delicate balancing emerge out of this section with particular vividness and clearness. Incidentally, one must point out that the C. I.'s efforts, although harshly critical of the supposed wrong positions, aim always at safeguarding the party's unity, and not at levering upon the inner contrasts as instruments of the fraction struggle exploded within the Russian party.

Finally we are particularly indebted to S. Bahne for the excellency with which he has collated and annotated his texts: a work that could not have been done with greater accuracy and that is of the highest benefit for the scholar approaching the documents. Although he has constantly refrained from expressing any historical judgement, limiting his fatigue to explicatory and informative notations, Bahne has supplied them with essential but complete biographical data, adding to the whole a vast bibliography and the quotation of reviews and comments of other specialised historians.

Aldo Agosti

LOWY, Michael: **La théorie de la révolution chez le jeune Marx**. – Paris: Maspero 1970. 224 S. = Bibliothèque Socialiste, 18. F 14,80.

In einer bereits 1964 abgeschlossenen Doktorarbeit, die in überarbeiteter Fassung vorliegt, unternimmt Michael Lowy den Versuch, die Genesis des Marxismus materialistisch zu interpretieren und anhand der These von der Selbstbefreiung des Proletariats in der kommunistischen Revolution die Entwicklung des jungen Marx bis 1848 nachzuzeichnen. Methodisch stützt er sich dabei auf das Instrumentarium, das Lucien Goldmann für die Analyse vornehmlich literarischer Texte erarbeitet hat, und ordnet Marx' "langen Marsch" in den ihn beeinflussenden historisch-sozialen Kontext ein. Als Anstöße für die theoretische Arbeit werden der jeweilige Zustand der Arbeiterbewegungen in Frankreich, England und Deutschland, die Verbindungen, die Marx mit den verschiedenen Arbeiterorganisationen einging, sein eigenes politisches Engagement und seine Lektüre thematisiert. Besonders dem schlesischen Weberaufstand mißt Lowy eine entscheidende Bedeutung für Marx zu, da er ihm den potentiell revolutionären Charakter des Proletariats enthüllt und die Abwendung von Feuerbach beschleunigt habe. Der erkenntnistheoretischen Zäsur, die Louis Althusser bei den *Feuerbach-Thesen* und der *Deutschen Ideologie* setzt, entspricht nach Lowy auch eine praktisch-politische. Er faßt mithin die Entwicklung des jungen Marx als "praktische, menschlich-sinnliche Tätigkeit" auf und deutet die verschiedenen Stationen auf dem Weg zum Kommunistischen Manifest als theoretische Aufarbeitung praktisch-politischer Erfahrungen.

Mit dieser gelungenen historischen Einordnung der Entwicklung Marx' redet Lowy keineswegs einer Histo-

risierung der marxistischen Theorie das Wort, mit der man Marx zu den Akten des 19. Jahrhunderts legen will. Wiederholt betont er die Aktualität der Theorien Marx', die den Charakter und die Mechanismen des Kapitalismus bloßgelegt und Mittel aufgezeigt hätten, das kapitalistische System zu stürzen. Um aber seinem Anspruch einer materialistischen Analyse des Marxismus gerecht zu werden, hätte sich Lowy nicht nur auf einige überdies bekannte sozialgeschichtliche Daten über die Arbeiterorganisationen und die sozialistische Literatur Anfang der 1840er Jahre beschränken dürfen, sondern auch den jeweiligen Entwicklungsgrad der Arbeiterbewegung in seiner Verbindung mit dem unterschiedlichen Stand der Produktivkräfte stärker in seine Untersuchung einbeziehen müssen. Trotz dieser Einschränkung bleiben seine Hinweise auf die objektiven Entstehungszusammenhänge etwa von Lenins *Was tun ?* ein nützliches Korrektiv gegen die unkritische und damit dogmatische Rezeption leninistischer Gedanken.

Die Entwicklung des jungen Marx versteht Lowy als Abwendung sowohl von den Ideologen der Bourgeoisie, die die Einheit der durch Interessengegensätze zerrissenen Klassen nur durch den Rekurs auf einen wertsetzenden "Retter" ober- und außerhalb der Gesellschaft konstruieren konnten, als auch von den frühsozialistischen "Sekten", die sich – wie die Beispiele Saint-Simon und Fourier beweisen – ebenfalls auf einen "Retter" bezogen, der die Reorganisation der Gesellschaft einleiten sollte. Gegen diese Thesen habe Marx mit dem Begriff der "revolutionären Praxis" die Befreiung der Produzenten in die Hände der revolutionären Arbeiterklasse gelegt, die mit ihren Existenzbedingungen auch ihr Bewußtsein verändere. Auch die kommunistische Partei nehme dabei nicht den Platz eines "Retters" ein, da sie als Avantgarde und Instrument der Bewußtwerdung Teil der "revolutionären Massen" bleibe. Abschließend führt Lowy in einem Längsschnitt noch die Rezeption der Marxschen Theorie vom Verhältnis zwischen Partei, Massen und Revolution bei Lenin und Luxemburg, Lukács und Gramsci, Trotzki und Che Guevara aus, ohne jedoch die Vermittlung von politischem und ökonomischem Kampf an der Rolle der Gewerkschaften zu problematisieren.

Gerhard Haupt

PETROVIĆ, Gajo: **Wider den autoritären Marxismus.** [Marx in the mid-twentieth century. A Yugoslav philosopher reconsiders Karl Marx's writings, dt.] – Frankfurt/M.: Europäische Verlagsanstalt 1969. 225 S. DM 12,–.

Der Jugoslawe Gajo Petrović ist engagierter Philosoph – sein Engagement gilt einem Sozialismus, der sich nicht mit der Abschaffung des Privateigentums begnügt, sondern diese nur als Vorbedingung für die noch ausstehende Verwirklichung des Marxschen Humanismus begreift. Die in dem vorliegenden Band gesammelten Essays artikulieren dieses Engagement vornehmlich in einer Kritik an der theoretischen Grundlage und Rechtfertigung des stalinistischen Sozialismus: am "autoritären Marxismus". Eine solche marxistische Kritik am Sozialismus erscheint Petrović "unvergleichlich wichtiger" als diejenige am Kapitalismus, denn die damit intendierte "Entwicklung des Sozialismus als einer freien Gemeinschaft freier Persönlichkeiten ist die wirkungsvollste Kritik am Kapitalismus" (S. 129).

Die Essays greifen alle wichtigen Topoi der humanistisch-marxistischen Auseinandersetzung mit dem stalinistisch-dogmatischen Marxismus auf. Gegenüber der Vorstellung, es gäbe eine sakrosankte, eindeutige und in sich widerspruchslose theoretische Basis des Marxismus, betonen sie die Unterschiede, ja Widersprüche zwischen Marx, Engels, Lenin und Stalin und ineins damit die Aufforderung, auch diese Autoritäten auf Irrtümer hin zu befragen. Gegenüber der Grundthese der stalinistischen Marx-Interpretation, die als den wahren Marx allein den alten, von seinen philosophisch-idealistischen Jugendsünden geläuterten, nur noch wissenschaftlich-ökonomisch verfahrenden und infolgedessen von einer unangreifbaren empirischen Basis her argumentierenden Marx anerkennt, weist Petrović die Kontinuität zwischen dem jungen und dem alten Marx auf. In einer vergleichenden Interpretation dreier Abschnitte aus den *Ökonomisch-philosophischen Manuskripten,* den *Grundrissen* und dem 1. Band des *Kapital* legt er die Kontinuität der philosophisch-humanistischen Grundintentionen vom frühen bis zum späten Marx frei. Sie bieten zugleich die entscheidende Legitimation für eine sozialistisch-humanistische Kritik an der Realität des etablierten Sozialismus.

Auch die übrigen Topoi innermarxistischer Auseinandersetzung finden bei Petrović ihre Behandlung im Sinne des humanistischen Marxismus. Der unlebendigen, schematisierenden Zusammenfassung des Marxismus zum "dialektischen Materialismus" stellt Petrović die Konzeption des Marxschen Werkes als "Naturalismus-Humanismus"(S.55) entgegen. Die auf der Ebene der Erkenntnistheorie logisch und historisch mit dem dialektischen Materialismus eng verknüpfte "Widerspiegelungstheorie" ist für Petrović ebenso unannehmbar, da sie im Widerspruch zur "Marxschen Vorstellung vom Menschen als einem freien schöpferischen Wesen der Praxis" (S. 60) stehe. Die marxistische Philosophie schließlich, die im stalinistischen Theorie-Praxis-Verständnis zur nachträglich rechtfertigenden Dienerin der Politik degradiert wird, begreift Petrović als "fundamentale ideologische Möglichkeit unserer Zeit", als das "kritische humanistische Denken des modernen Menschen über sich und seine Welt" (S. 52) und damit "als eine getrennte Form geistiger Tätigkeit . . . , durch die der Mensch nicht nur sein eigenes Wesen und seinen Ort in der Welt erkennt, seine Fähigkeiten zur Veränderung der Welt und zur Bereicherung seiner eigenen Natur, sondern durch die er auch zur praktischen Veränderung der Welt anregt und schöpferisch an ihr teilnimmt" (S. 161).

Solche "Aufwertung" der Philosophie wird von Vertretern eines "wissenschaftlichen" Marxismus, die das Wesen und den zentralen Wert des Marxschen Werkes in dessen empirischer Analyse der Ökonomie des Kapitalismus sehen, als Rückfall hinter Marx' Aufhebung der Philosophie in die Kritik der politischen Ökonomie angefochten werden. Gleichwohl findet sie sich als Grundprämisse nicht nur bei Petrović, sondern bei allen humanistisch-marxistischen Kritikern des Stalinismus, und der "wissenschaftliche" Marxismus muß sich die Frage vorlegen, ob er eine sozialistische Kritik am stalinistischen Sozialismus – sofern er sie hegt – im Namen einer empirischen Wissenschaft legitimieren kann, ob er sie letztlich nicht philosophisch begründen muß.

Die über die konzise und eindringliche Formulierung der von den meisten marxistischen Antistalinisten geteilten Argumente hinausgehende Originalität Petrovićs liegt vornehmlich in seinem Versuch, die Marxsche Kategorie der "Praxis" zugleich als Grundkategorie des Seins wie des Menschen als der "komplexesten und vollesten Seinsart" (S. 178) zu entfalten. Petrović zufolge geht Marx von einer spezifischen metaphysischen Grundposition aus: "er weist die Identifikation von Sein und Wesen ab" (S. 177). Diesen Abweis interpretiert Petrović in expliziter Parallelität zur Heideggerschen Grundfrage nach dem Sinn von Sein dahingehend, Marx habe den Sinn des Seins darin gesehen, daß es durch den Menschen praktisch revolutioniert werde. Der Mensch – Wesen der Praxis, verstanden als freie schöpferische Tätigkeit – ist damit der Vollstrecker des Sinnes des Seins. Diese philosophische These zu diskutieren ist hier nicht der Ort. Angemerkt sei immerhin das von Petrović bisher nicht gelöste Dilemma, die Formulierung seiner Position dem Anspruch gegenwärtiger Philosophie gemäß nicht durch Berufung auf letztgültige Autoritäten (wie Marx) zu legitimieren, die Marxschen philosophischen Prämissen aber doch ohne weiteren philosophischen Ausweis zu übernehmen (vgl. S. 112, 118,122). Darin liegt die theoretische Schwäche der Publikation, die infolge ihres Sammelband-Charakters darüber hinaus einige in der Thematik nicht weiterführende Wiederholungen enthält.

Als prägnante exemplarische Artikulation humanistisch-marxistischer Kritik am dogmatisch-stalinistischen Marxismus und als origineller Versuch schöpferischer philosophischer Fortentwicklung des Marxschen Denkens stellt sie jedoch einen überaus wertvollen Beitrag zur gegenwärtigen Diskussion innerhalb der Sozialismustheorie dar.

Gesine Schwan

VARGA, Eugen: **Die Krise des Kapitalismus und ihre politischen Folgen.** Hrsg. und eingeleitet von Elmar Altvater. – Frankfurt/M., Wien: Europäische Verlagsanstalt, Europa Verlag 1969. XXXIX, 438 S. = Politische Ökonomie. Geschichte und Kritik. Ln. DM 35,–, kart. DM 25,–.

Dem Herausgeber ist zu danken, daß er mit dieser Auswahl aus den Schriften Vargas, des 'Polonius der Komintern' (Trotzki), auf einen fast in Vergessenheit geratenen Politökonomen von Rang aufmerksam gemacht hat. Immerhin umfaßt das Werk Vargas ca. tausend Titel, doch nur wenige sind in öffentlichen Bibliotheken zugänglich. Die politökonomische Diskussion umging ihn jahrzehntelang. Für den Historiker, insbesondere den Wirtschafts- und Sozialhistoriker, dürften die größeren Schriften wie *Die wirtschaftlichen Probleme der proletarischen Diktatur* (Wien 1920), *Die Niedergangsperiode des Kapitalismus* (Hamburg 1922), *Aufstieg oder Niedergang des Kapitalismus* (Hamburg 1924), *Die große Krise und ihre politischen Folgen. Wirtschaft und Politik 1928 - 1934* (Moskau-Leningrad 1934) oder *World Economic Crises, 1848 - 1935* (3 Bde, Moskau 1937 ff.) von besonderem Interesse sein, da sie eine Fülle marxistischer Analysen und Prognosen aus den zwanziger und dreißiger Jahren enthalten, die auf der Kenntnis und theoretischen Durchdringung umfangreichen zeitgenössischen empirischen Materials beruhen. Den Politökonomen wird darüber hinaus vor allem interessieren, wie Varga in seinen kurzfristigen, vierteljährlichen Konjunkturanalysen das Marxsche Instrumentarium handhabt. Während die genannten größeren Schriften noch am ehesten greifbar sind, finden sich die 'aktuellen' Analysen in schwer zugänglichen Zeitschriften: Varga veröffentlichte sie von 1922 bis in die dreißiger Jahre regelmäßig zunächst in der *Internationalen Pressekorrespondenz*, später in der *Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung.* Darüber hinaus schrieb er häufig in der *Internationalen* bzw. der *Kommunistischen Internationalen.* (Vgl. im übrigen das umfassende Verzeichnis der Schriften Vargas von P. Knirsch in den Bibliographischen Mitteilungen des Osteuropa-Instituts an der Freien Universität Berlin, Berlin 1961, Heft 5.)

Gegenüber diesem inhaltlichen und methodischen Interesse, das den Schriften Vargas entgegenzubringen ist, tritt das dogmenhistorische oder dokumentatorische auch in der vorliegenden Auswahl stark zurück. Insofern ist diese auch keineswegs in einem dem Objekt gegenüber indifferenten Sinne gleichgewichtig oder repräsentativ: Sie enthält überwiegend Auszüge aus Schriften, die in den zwanziger und dreißiger Jahren verfaßt wurden. Wie Altvater in seiner vorbildlich aufgebauten, zugleich kritischen wie engagierten Einleitung, die einige Schlaglichter auf Leben, politische und wissenschaftliche Entwicklung und Bedeutung von Varga wirft, betont, wurde auch Varga ein Opfer der 'Stalinisierung': Er unterlag in den dreißiger Jahren wie viele marxistische

Theoretiker einem 'Substitutionsprozeß', "in dem an die Stelle der Arbeiterklasse die Partei trat" (Einleitung, S. XII). Vargas Parteilichkeit degenerierte zur unkritischen Parteinahme für die jeweilige Politik der Komintern, was ihm auf die Dauer zunehmend eine sowohl die marxistisch-leninistische 'Theorie' als auch die empirischen Fakten angemessen berücksichtigende und ihre Dialektik entfaltende Analyse unmöglich machte. Wie Altvater bemerkt, sei z. B. das späte Werk *Grundfragen der Ökonomik und Politik des Imperialismus* (Berlin 1955) nur noch als Beispiel dafür zu betrachten, "wie Theorie unter restriktiven Bedingungen auf den Hund kommen kann" (S. XII). Deshalb stammen weniger als 10 % der ausgewählten Texte aus der Zeit nach 1935.

Das Schwergewicht liegt bei den Analysen der Weltwirtschaftskrise und ihrer politischen und sozialen Begleiterscheinungen und Folgen, während in dem einleitenden Teil über 'Die allgemeine Krise des Kapitalismus nach dem Ersten Weltkrieg' Vargas Theorie der langfristigen Niedergangsperiode des Kapitalismus sowie seine Beiträge zur Weiterentwicklung der Marxschen Theorie (Berücksichtigung der Konzentration der Wirtschaft, der Monopolbildung und der Tendenzen zum autoritären oder bonapartistischen Staat) exemplarisch vorgestellt werden.

Der mehrere Auszüge aus den erwähnten vierteljährlichen Konjunkturanalysen sowie einige Kapitel des Buches über *Die große Krise und ihre politischen Folgen* umfassende Hauptteil enthält einige grundsätzliche Bemerkungen zur Marxschen 'Konjunktur- und Krisentheorie' (von einer originären einheitlichen Krisentheorie bei Marx kann man nicht sprechen, denn für Marx ist der Zyklus und sein Element – die Krise – kein Phänomen, das unabhängig von den allgemeinen Entwicklungstendenzen und Widersprüchen der kapitalistischen Akkumulation und Reproduktion betrachtet werden dürfte, sondern Analyse des Zyklus hat immer Analyse des gesamten Wachstums- und Entwicklungsprozesses zu sein) sowie zur Methodik der darauf aufbauenden empirischen Konjunkturanalyse. Bis in die Gegenwart hinein gehören diese politökonomischen, d. h. die historischen, politischen und sozialen Dimensionen des Zyklus miterfassenden, nicht Lehrsätze explizierenden, sondern Theorie und Empirie wechselseitig fruchtbar machenden Konjunkturanalysen zu Mustern theoretisch angeleiteter Untersuchungen sekundär-statistischen Materials überhaupt. Insbesondere aber rechnen sie zu den besten der seit Engels und Lenin rar gewordenen Beiträge der marxistischen Politökonomie zur konkreten Analyse der Realität. Die Sicherheit der Prognose von Trends sowohl der ökonomischen im engeren Sinne als auch der politischen Krisenentwicklung auf den Zweiten Weltkrieg zu kann der rückschauende Leser nur bewundern, auch wenn die eigentliche Untersuchung des Faschismus und seiner Grundlagen keineswegs voll befriedigt, vielmehr oft zu kurz geschlossen, nicht genügend vermittelt erscheint. Demgegenüber wirken die Beiträge zur Analyse der Nachkriegsentwicklung mit ihrer dogmatischen Anwendung der Theorie des 'staatsmonopolistischen Kapitalismus' im letzten Teil des Buches wenig informativ.

Angesichts der Vielzahl der in den Texten angeschnittenen Probleme und der Fülle von Informationen verbietet sich ein Eingehen auf Details. Erwähnt sei nur, daß auch Vargas 'Konjunkturtheorie' – unabhängig von den nützlichen Hinweisen auf die notwendigen Ergänzungen und Modifizierungen der Marxschen Ergebnisse, die bis heute erst partiell und ansatzweise geleistet sind (vgl. z. B. S. 231 ff.) – nach Meinung des Rezensenten einen bias in Richtung Realisierungsproblematik aufweist, wobei viele Probleme, die sich bei der Untersuchung der Krisenursachen und -momente innerhalb des Produktionsprozesses selbst ergeben, nicht genügend beachtet oder zumindest nicht gelöst werden. (Steigt die organische Zusammensetzung bei Rationalisierungsinvestitionen ? Wie verändert sich die Profitrate im Zyklus ? usw.)

Davon abgesehen können Vargas Schriften, insbesondere die vorliegende Auswahl, als wichtiges Hilfsmittel sowohl zur Analyse von Wirtschaft und Gesellschaft der Weimarer Zeit als auch zur Entwicklung empirisch fruchtbarer politökonomischer Instrumente (Konjunkturanalyse) gelten.

Reinhard Spree

KORSCH, Karl: **Schriften zur Sozialisierung**. Hrsg. und eingeleitet von Erich Gerlach. – Frankfurt/M.: Europäische Verlagsanstalt 1969. 127 S. = Theorie und Praxis der Gewerkschaften. DM 5,–.

Das Leitthema dieser Auswahl von Schriften Karl Korschs ist die Auseinandersetzung mit den möglichen und historischen Organisationsformen der Arbeiterklasse und 'ihres Staats' vor, während und nach der Revolution, insbesondere mit dem Rätemodell. Wie Gerlach in seiner kurzen, den Inhalt der vorgelegten Aufsätze ausgezeichnet charakterisierenden Einleitung andeutet (S. 5), hat sich Korschs Stellung zu den Prinzipien proletarischer Organisation in den zwanzig Jahren, die zwischen der Abfassung der ersten Schrift dieses Sammelbandes *Was ist Sozialisierung ?* (1919) und der letzten *Die Kollektivierung in Spanien* (1939) liegen, deutlich gewandelt. Nicht nur der pessimistische Grundton der Darstellung einiger Aspekte der spanischen Revolution von 1936 und die bei allem inneren Engagement distanzierte, quasi historische Perspektive heben sich deutlich von der praxisbezogenen, optimistischen, kämpferischen Darstellungs- und Ausdrucksweise der Beiträge aus den Jahren 1919/20 ab. Am auffälligsten dürfte die Gebrochenheit des Verhältnisses zur Entwicklung der marxistischen Parteien und ihrer Politik in Europa und zur Sowjetunion sein. Schon in den beiden Analysen der Pariser Kommune und ihrer Bedeutung für die Klassenkämpfe im 20. Jahrhundert (*Revolutionäre Kommune,* 1929 und 1931)

findet sich Kritik an den existierenden marxistischen Parteien, die sich vor allem auf die vordergründige Rezeption sowohl der historischen Ereignisse in Paris 1870/71 als auch der Marxschen Analyse derselben bezieht, dabei die Dogmatisierung des Rätegedankens als formales, überhistorisches Prinzip bekämpft. Korsch hatte vor allem an der sowjetrussichen Entwicklung studiert, wie auch das Rätemodell zu einem machtpolitischen Instrument nicht des Proletariats, sondern der den Staat repräsentierenden Partei degenerieren kann, das der Spontaneität der Massen und dem gesellschaftlich-politischen Lernen durch Praxis mit organisatorischen Konsequenzen keine Entfaltungsmöglichkeit läßt. In den Spanien-Aufsätzen wird die bei der Behandlung der Kommune nur angedeutete, mehr implizite Richtung der Kritik ganz klar, denn dort spricht Korsch sowohl von der Liquidierung wesentlicher Errungenschaften der spanischen Revolution durch 'die scheinbaren Verbündeten innerhalb der Volksfront', die 'unter dem Vorwand der höheren Notwendigkeit disziplinierter Kriegsführung' die Arbeiter um die Früchte des revolutionären Kampfes prellen, als auch von der 'sogenannten marxistischen Arbeiterbewegung im übrigen Europa', der er die von ihnen als utopisch verurteilten syndikalistischen, antistaatlichen (im Sinne von antizentralistischen und antibürokratischen) Organisationsformen der spanischen Arbeiter als theoretisch und praktisch vorbildlich entgegenstellt (S. 119 u. 124).

Im ersten Teil der Auswahl finden sich Stellungnahmen aus der Zeit, als Korsch noch selbst aktiv an der Revolutionierung der Gesellschaft mitwirkte. Die programmatische, im Aufbau und in der Klarheit der gedanklichen Ableitung bestechende Schrift *Was ist Sozialisierung ?* verfaßte er z. B. als Mitglied der Sozialisierungskommission (über die er in dem Spanienaufsatz von 1939 bemerkt, daß sie ein für die antisyndikalistische Arbeiterbewegung typisches Ad-hoc-Gremium gewesen sei, das jeglicher praktischen Autorität, damit politischen Wirksamkeit entbehrte; S. 121).

In den Beiträgen zur Sozialisierung entwickelt Korsch sein Modell der 'industriellen Autonomie', die dadurch gekennzeichnet ist, daß sie den auch nach der Revolution (= Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln) fortbestehenden, ja sich sogar noch verschärfenden Gegensatz zwischen 'Produzenten- und Konsumenteninteressen' zu überwinden sucht. Der Gegensatz drückt sich nach Korsch in Sozialisierungsmodellen aus, die jeweils das eine oder das andere Interesse einseitig durchsetzen: hie 'Syndikalisierung', dort Verstaatlichung der Betriebe. Zwar sei jedes der beiden Modelle als Ausgangspunkt geeignet, führe aber nur zur wirklichen Sozialisierung (anstelle des sonst zu erwartenden 'Produzenten- oder Konsumentenkapitalismus'), wenn Institutionen geschaffen würden, die die jeweils vernachlässigten gesellschaftlichen Dimensionen verträten. Im übrigen betont er die Notwendigkeit einer 'Sozialisierung des Bildungswesens', d. h. kulturrevolutionärer Bewegungen, um einerseits den nach Erringung der 'industriellen Autonomie' zu erwartenden Gruppenegoismus zu wahrer Klassensolidarität zu entwickeln, andererseits den Gegensatz zwischen Hand- und Kopfarbeit durch angemessene Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen an praktischer Arbeit und intellektueller Ausbildung sowie geistiger 'Schöpfertätigkeit' im Rahmen polytechnischer Unterrichts- und Weiterbildungsformen zu überwinden. Der letztere Aspekt ist Thema eines besonderen Aufsatzes über die *Arbeitsteilung zwischen körperlicher und geistiger Arbeit und Sozialismus.* So pragmatisch orientiert die Ausführungen zu diesem Thema auch sind, sie bleiben letztlich doch allgemein und abstrakt.

Insgesamt kann die Auswahl durchaus als wichtiger Beitrag zur aktuellen Diskussion über Organisationsfragen in der 'Linken' und als Anregung zur Revision der modischen Glorifizierung und Kopierung historischer Parteiprinzipien dienen.

Reinhard Spree

BOURDET, Yvon: **La délivrance de Prométhée.** Pour une théorie politique de l'autogestion. – Paris: Éditions Anthropos 1970. XXX, 285 S. = Sociologie et Révolution. 21 F.

Die ersten Ansätze einer Arbeiterselbstverwaltung in den besetzten Fabriken des Mai 1968, die neuen Aktions- und Organisationsformen, die sich in den folgenden großen Streikbewegungen in den technologisch fortgeschrittenen Sektoren der französischen Industrie herausgebildet haben, schließlich auch die Parole der PSU von der "Arbeiterkontrolle" und das Engagement der Gewerkschaft CFDT für eine Übernahme der Produktion in Arbeiterregie – all diese Ereignisse haben in Frankreich zu einer regen Diskussion über das jugoslawische und teilweise auch über das algerische Experiment der Arbeiterselbstverwaltung geführt und sowohl empirische wie theoretische Untersuchungen zu diesem Problemkreis angeregt.

Die Arbeit von Yvon Bourdet ist zu der letzteren Kategorie zu rechnen. Bourdet, der schon vor dem Mai 1968 in diese Diskussion eingriff, der 1965 eingestellten Zeitschrift *Socialisme ou Barbarie* nahestand und heute an der Zeitschrift *Autogestion* mitarbeitet, tritt zu einem Angriff auf den demokratischen Zentralismus leninistischer Provenienz und seine Folgen in den Volksdemokratien an, analysiert den Fetischcharakter des Kapitals und entwirft skizzenartig die grundlegenden Prinzipien, auf die sich die Arbeiterselbstverwaltung stützen müßte. Am wenigsten überzeugen dabei die Attacken, die er gegen den demokratischen Zentralismus reitet, in dem er die wesentliche Voraussetzung des Stalinismus sieht und dem er vorwirft, die Kluft zwischen "Leitern und

Ausführenden" zu vertiefen, die theoretische Arbeit zu lähmen und zu einem wirtschaftlichen Desaster zu führen. Denn diese Kritik bleibt phänomenologisch, solange Bourdet nicht den Ideenhimmel verläßt und die konkreten Bedingungen benennt, unter denen der Übergang zum Stalinismus möglich war.

Überzeugender gelingt ihm das Zerreißen des Schleiers, den bürgerliche Ideologen über die kapitalistische Gesellschaft breiten, um deren hierarchische Struktur zu rechtfertigen und die allein wertschöpfende Arbeit geringzuschätzen. Zu Recht weist Bourdet nachdrücklich auf das Dilemma des Kapitals hin, auf der einen Seite die innerbetriebliche Hierarchie zu bewahren, auf der anderen Seite aber den Taylorismus zugunsten einer größeren Autonomie der Facharbeiter aufgeben zu müssen. Aus diesem Widerspruch zwischen der technisch-schöpferischen Arbeit des Proletariats und seiner politischen und sozialen Entmündigung leitet Bourdet die Möglichkeit revolutionärer Bewegungen und der Selbstverwaltung der Produzenten ab. Den reformistischen Parteien, an ihrer Spitze der KPF, wirft er mit aller notwendigen Schärfe vor, aus jeder historischen Situation – und damit auch aus der gegenwärtigen – lediglich die Grenzen, nicht aber die Möglichkeiten revolutionären Handelns herauszulesen.

Arbeiterselbstverwaltung wäre nach Bourdet auf die fundamentalen Prinzipien der Abberufbarkeit der Delegierten und der Information und Erziehung der ihre eigenen Geschicke Verwaltenden zu gründen, wobei er jedoch betont, daß dieses Ziel erst in einer klassenlosen Gesellschaft möglich sei und daß die Selbstverwaltung alle gesellschaftlichen Bereiche umfassen müsse. Erst dann sei es möglich, auch die Herrschaft von Menschen über Menschen zu beseitigen, die nach Bourdet bislang auf jede Revolution folgte. Diese sympathische Apologie der Arbeiterselbstverwaltung krankt jedoch daran, daß Bourdet einmal die politische Organisation der sich selbst verwaltenden Gesellschaft, das Rätesystem, kaum reflektiert, zum anderen auch keine konkreten Zwischenschritte angeben kann, die zu ihrer Verwirklichung führen. Die ganze Problematik einer sozialistischen Strategie in einer bestimmten Gesellschaftsformation wird nicht behandelt.

Gerhard Haupt

CLIFF, Tony: **Studie über Rosa Luxemburg.** (Aus dem Englischen von Meino Büning und Helmut Dahmer.) – Frankfurt/M.: Verlag Neue Kritik 1969. 92 S. = Probleme sozialistischer Politik, 13. DM 7,–.
BASSO, Lelio: **Rosa Luxemburgs Dialektik der Revolution.** (Aus dem Italienischen von Karin Monte.) – Frankfurt/M.: Europäische Verlagsanstalt 1969. 195 S. DM 15,–.
LUXEMBURG, Rosa: **La crise de la social-démocratie,** suivie de sa critique par Lénine. Introduction par Ernest Mandel. Préface de Clara Zetkin. – Bruxelles: Éditions la taupe 1970. 248 S. = Documents socialistes 2/3.
Rosa Luxemburg in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten. Dargestellt von Helmut Hirsch. – Reinbek b. Hamburg: Rowohlt 1969. 157 S. = Rowohlts Monographien. DM 2,80.

Vor zwei Jahren beging man den Jahrestag der Ermordung Rosa Luxemburgs; irgendwann in diesem Jahr – ihr Geburtsdatum ist noch immer umstritten – feiert man ihren 100. Geburtstag. Aber nicht der Zyklus der Gedenktage ist ausschlaggebend für das wiedererwachte Interesse an ihrer Person und ihrem Werk. So hat die Erinnerung an sie auch längst nicht eine solche Fülle von Publikationen ausgelöst wie der 100. Geburtstag des Mannes, den man ihr gewöhnlich entgegenstellt: W. I. Lenin. Diese Diskrepanz beruht nur zum Teil auf den unterschiedlichen Forschungsinstrumenten, über die man verfügt: Während die Werke Lenins ständig ergänzt und in alle Sprachen übersetzt werden, sind die Rosa Luxemburgs noch nicht einmal alle veröffentlicht. Es ist zu hoffen, daß die vom IML Berlin begonnene Edition diese Lücke bald schließen wird. Wir kennen heute nur die nahezu umfassende Bibliographie der Schriften Rosa Luxemburgs, die wir Jadwyga Kaczanowska/Feliks Tych bzw. Peter Nettl verdanken. Deshalb ist der Publikation dieser Schriften beinahe ebenso viel Bedeutung beizumessen wie ihrer Interpretation.

Häufig sind Bücher über Rosa Luxemburg das Werk politisch Engagierter, die versuchen, das für eine konkrete historische Situation Gültige im Luxemburgschen Denken zu verewigen. Ihre Biographen wiederum, meist Historiker, versuchen ein Bild der vielschichtigen und umstrittenen Persönlichkeit Rosa Luxemburgs aus teilweise bewußt subjektiver Anschauung heraus zu entwerfen, wie es beispielsweise bei Nettl nach eigenem Eingeständnis der Fall ist (siehe das Vorwort zu seinem Buch). Allerdings kann diese Klassifizierung in politisch Engagierte und Historiker, in Exegeten und Biographen insofern nur schematisch sein, als das Leben und die Persönlichkeit Rosa Luxemburgs vielleicht mehr, als dies bei anderen Führern der Arbeiterbewegung der Fall ist, von ihrem Werk untrennbar sind.

Im Westen zumindest ist die Diskussion über Rosa Luxemburg traditionell durch die oppositionellen Strömungen innerhalb der kommunistischen Parteien in Gang gehalten worden – daher eine permanente Konfrontation zwischen "Luxemburgismus" und Leninismus.

Tony CLIFF wie auch Lelio BASSO versuchen diesen Antagonismus zwischen den beiden Führern der sozialistischen Linken zu relativieren. Dabei legt Tony Cliff den Akzent besonders auf das Problem der unterschiedlichen Auffassungen Lenins und Luxemburgs in der Organisationsfrage. Er versucht die jeweiligen Theorien schematisch in den historischen und politischen Zusammenhang einzuordnen, in dem sie sich entwickelt haben, und geht vor allem auf den taktischen Umschwung Lenins anläßlich der Revolution von 1905 ein: "Während Lenin in *Was tun ?* geschrieben hatte, daß die Arbeiter aus eigener Kraft nur ein trade-unionistisches Bewußtsein erreichen könnten, schrieb er nun: Die Arbeiterklasse ist instinktiv und spontan sozialdemokratisch." (S. 45) Cliff kontrastiert auch das vermeintliche Spontaneitätsprinzip Luxemburgs mit dem, was sie als Abweichungen vom sozialistischen Weg ansah: 1) den Volontarismus der SPD-Führung in ihrer "Vorstellung von der mächtigen Parteiführung und den ohnmächtigen Massen" (S. 40); 2) den Terrorismus, dem die Polnische Sozialistische Partei (PPS) erlag und der sich aus der Tatsache erklärt, daß ihr eine Massenbasis fehlte; 3) den organisationsfeindlichen Individualismus des Anarcho-Syndikalismus.

Für Cliff beruht der Antagonismus zwischen Lenin und Luxemburg in der nationalen Frage auf der Zugehörigkeit des einen zur Unterdrückernation (Rußland), der anderen zur unterdrückten Nation (Polen). Lelio Basso stützt diese These und beruft sich auf Lenin selbst, um dessen tiefes Verständnis für die Positionen Rosa Luxemburgs zu unterstreichen: "Es ist kein Paradoxon, sondern eine Tatsache, daß das polnische Proletariat als solches heute der Sache des Sozialismus und der Freiheit, *auch der polnischen,* nur dienen kann, wenn es *zusammen* mit dem Proletariat der Nachbarländer gegen die *engpolnischen* Nationalisten kämpft. . . . Die Lage ist zweifellos sehr verwirrt, aber aus ihr gibt es einen Ausweg, bei dem *alle* Beteiligten Internationalisten bleiben: die russischen und die deutschen Sozialdemokraten, indem sie die bedingungslose 'Freiheit der Lostrennung' Polens verlangen, und die polnischen Sozialdemokraten, indem sie für die Einheit des proletarischen Kampfes in einem kleinen und den großen Ländern kämpfen" (S. 130). Könnte man in der Schwäche einer isolierten polnischen Sozialdemokratie im übrigen nicht einen der Gründe sehen, die einige Führer der Sozialdemokratie des Königreiches Polen und Litauens (SDKPiL) bewogen, in der mächtigen deutschen Bruderpartei aktiv zu werden ? Die Bemühungen Tony Cliffs und Lelio Bassos, die Auffassungen der beiden Führer der Linken in Einklang zu bringen, stoßen jedoch auf Schwierigkeiten, wenn es um die Imperialismustheorien geht.

Cliffs Essay, 1959 in englischer Sprache als Broschüre, vorher jedoch schon als Artikelreihe in der Zeitschrift *International Socialism* veröffentlicht, wurde 1968 neu aufgelegt und im Jahr darauf ins Deutsche übersetzt. Die Persönlichkeit des Autors, der engagierter Trotzkist ist, ebenso wie das Profil des Verlages kennzeichnen das Buch als eine eher politische denn historische Veröffentlichung. Der handliche Band umreißt – zuweilen schematisch – den historischen Rahmen, in dem das Werk Rosa Luxemburgs herangereift ist, und verbindet Gemeinverständlichkeit mit klarer und manchmal subtiler Analyse. Daß die Arbeit so gut lesbar ist, liegt an ihrem deskriptiven Charakter – es werden bewußt lange Passagen aus Rosa Luxemburgs Schriften zitiert, um mit ihrem (1959) nur wenig ins Englische übersetzten Werk bekannt zu machen –, aber auch daran, daß jedes der neun Kapitel eine gesonderte Studie ist, die sich einem der Aspekte von Rosa Luxemburgs Theorie widmet. Die Grenzen von Cliffs Arbeit ergeben sich jedoch gerade aus dieser Struktur und den ihr zugrundeliegenden Absichten. So ist sie trotz teilweise behutsamer Analyse nicht frei von Bewertungsschemata, die einzig im Interesse einer ganz bestimmten politischen Praxis liegen. Dennoch kann der Band gerade wegen seiner Kürze als gute Einführung in das Werk Rosa Luxemburgs gelten, weil hier auf wenigen Seiten die Grundlinien ihres Denkens zusammengefaßt sind.

Das Erscheinen des Buches von Lelio Basso, das eine ergänzte Fassung seiner Einleitung zur italienischen Ausgabe der politischen Schriften Rosa Luxemburgs darstellt, kann als ein wichtiges Datum in der Luxemburg-Historiographie gelten. Die Arbeit verbindet Wissenschaftlichkeit mit scharfsinniger politischer Analyse. Ihr formaler Nachteil ist, daß sie sich nicht sehr gut zum Nachschlagen eignet, da die "Stichworte" in den wenigen und sehr dichten Kapiteln nicht ohne weiteres auffindbar sind. Hingegen gelingt es dem Theoretiker und Führer des linken Sozialismus in Italien mit seiner Studie, dem Anspruch einer politischen Schrift (so denunziert er mit Hilfe Rosa Luxemburgs die Verzerrungen, die der Leninismus erlitten hat) ebenso gerecht zu werden wie dem einer wissenschaftlichen Publikation. Seine Anmerkungen quellen über von Informationen, die sich sowohl an den Spezialisten wie den uneingeweihten Leser richten, denn wenn Basso die Theorien Rosa Luxemburgs in einen Kontext stellt, so tut er dies zugleich konzis und präzis, ohne einem didaktischen Schematismus zu erliegen.

Seine Studie erfüllt einen doppelten Zweck. Als Exeget Rosa Luxemburgs zeigt Basso das schon Bekannte: daß es sich hier um eine beispielhafte marxistische Dialektikerin handelt, um eine Marx-Schülerin, deren sich der Meister nicht zu schämen brauchte; gleichzeitig aber analysiert er den Mechanismus der Anwendung des Marxismus auf eine neue historische Situation durch und mit Rosa Luxemburg. Außerdem versucht er den Begriff der "Sozialdemokratie" wieder lebendig werden zu lassen, indem er ihn so vermittelt, wie er von Rosa Luxemburg verstanden wurde: als ein Sozialismus in der Demokratie und nicht als das, was man schon damals mit dem zweideutigen Namen "soziale Demokratie"

belegte. In diesen doppelten Zusammenhang stellt Basso den Kampf Rosa Luxemburgs gegen die Übermacht der Organisation, die so sehr zum Selbstzweck geworden war, daß alles ihrer Erhaltung geopfert werden mußte. Basso bringt hier das ethische Konzept der Wahrheit ins Spiel, das schon von Tony Cliff erwähnt wurde: " . . . über die revolutionäre Funktion der Wahrheit und ihrer Unerläßlichkeit im Verhältnis Führung – Massen ist Rosa Luxemburg von unerbittlicher Strenge" (Basso, *a. a. O.*, S. 115).

Die Arbeiten Tony Cliffs und Lelio Bassos sowie die Einleitung Ernest MANDELS zur *Krise der Sozialdemokratie* haben in ihrem politischen Anliegen noch eine weitere Gemeinsamkeit: das Bestreben, die Theorien und die Methode Rosa Luxemburgs zu aktualisieren. Sicherlich gewinnt man oft den Eindruck, daß es sich um eine etwas willkürliche Auslegung handelt – etwa wenn Tony Cliff die Wasserstoffbombe anführt, um zu beweisen, wie recht Rosa Luxemburg mit ihrer Einschätzung hatte, daß der Krieg dem imperialistischen Stadium des Kapitalismus inhärent ist, oder wenn Ernest Mandel der Meinung ist, der Vietnamkrieg gebe Rosa Luxemburg insofern unrecht, als sie behauptete, daß nationale Befreiungskriege – also gerechte Kriege – im imperialistischen Zeitalter nicht mehr möglich seien (S. 25 der Einleitung); in beiden Fällen werden die zeitlichen Entwicklungsmöglichkeiten der Luxemburgschen Auffassungen nicht berücksichtigt. Umgekehrt verhält es sich, wenn Mandel oder Basso auf die Ereignisse im Mai 1968 in Frankreich anspielen. Es ist in der Tat nicht zu leugnen, daß das wiedererwachte Interesse an Rosa Luxemburg zu einem großen Teil aus den Studentenrevolten in der Bundesrepublik, Italien und Frankreich hervorgegangen ist.

Das Büchlein von Helmut Hirsch – von dem inzwischen eine zweite, durchgesehene und verbesserte Auflage erschienen ist – entspringt eindeutig anderen Absichten. Hier ist es die Person Rosa Luxemburgs und weniger ihr Werk, die im Mittelpunkt einer mit Bildern und handschriftlichen Quellen vorbildlich dokumentierten Ausgabe steht. Helmut Hirsch hat Wert darauf gelegt, die Originaldokumente in Amsterdam, Zürich und Bonn heranzuziehen, selbst wenn sie schon gedruckt vorlagen. Seine Darstellung Rosa Luxemburgs ist außerordentlich lebendig, farbig und – subjektiv. Da sie auf solider wissenschaftlicher Arbeit basiert, kann sie dennoch als ein gutes populärwissenschaftliches Werk gelten. Allerdings scheint die Meinung des Autors überall durch; so versucht er einmal, Rosa Luxemburg anzugreifen – wenn auch gewissermaßen mit einem schlechten Gewissen –, dann wieder, sie zu rechtfertigen. Trotz der reichen Dokumentation macht der begrenzte Umfang des Buches Lücken unvermeidlich. So unterläßt es Helmut Hirsch beispielsweise, Rosy Wolfstein, die Schülerin Rosa Luxemburgs in der Parteischule, und Rose Frölich, die Frau ihres Kampfgefährten und späteren Biographen Paul Frölich, miteinander in Beziehung zu setzen. Gleichwohl vermittelt der Band ein recht gutes Bild der faszinierenden, von Leben und von Widersprüchen überquellenden Persönlichkeit Rosa Luxemburgs – ein Bild, das man allerdings demjenigen gegenüberstellen müßte, das die anderen Biographien, insbesondere die Peter Nettls, in großer oder in verkürzter Ausgabe von ihr entwerfen.

Claudie Weill

LEICHTER, Otto: **Otto Bauer.** Tragödie oder Triumph. – Wien, Frankfurt/M., Zürich: Europa Verlag 1970. 395 S. DM 28,–.

Wenige Monate nach dem gewaltsamen "Anschluß" Österreichs an das Deutsche Reich, am 4. Juli 1938, starb Otto Bauer, erst 57 Jahre alt, als Emigrant in einem traurigen Hotelzimmer in Paris. Zwanzig Jahre vorher hatte er das Erbe Victor Adlers übernommen, sowohl in der Führung der österreichischen Sozialdemokratie als auch – zunächst – als Leiter des Staatsamts für Äußeres der Republik Deutschösterreich, die er Deutschland angliedern wollte. Als er damit gescheitert war, trat er von seinem Posten als Staatssekretär für Äußeres zurück, seine Führungsposition in der Partei blieb aber unumstritten, und sein Ansehen als eine der bedeutendsten Gestalten des europäischen Sozialismus der Zwischenkriegsjahre ist bis heute ungebrochen. Sein Wirken als marxistischer Theoretiker, als Publizist und Politiker hat in jüngster Zeit sowohl Wissenschaftler als auch ehemalige Mitarbeiter in zunehmendem Maße angeregt, sich mit seiner Persönlichkeit und seinem Lebenswerk zu befassen.

Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß Otto Leichter, der als Redakteur der Wiener *Arbeiter-Zeitung* von 1925 bis 1934 in fast täglichem Kontakt mit Bauer gestanden hat und bis zu dessen Tod mit ihm freundschaftlich verbunden blieb, seine Biographie auch als Antwort auf die Kritik konzipierte, die insbesondere von Norbert Leser in seinem großangelegten und scharfsinnigen Werk über den Austromarxismus[1] an Bauer geübt wird. In zwei Punkten überzeugt die Argumentation Leichters gegen Leser: daß die organisatorische Einheit der österreichischen Arbeiterbewegung, ein entscheidendes Anliegen Otto Bauers, das freilich mit theoretischen Unklarheiten und politischen Widersprüchlichkeiten verbunden war, sich bis heute als die Stärke der Sozialdemokratie Österreichs bewährt hat; und daß Bauer sich in seinen wesentlichen Entscheidungen zum Handeln oder Nichthandeln – seien sie falsch oder richtig gewesen – stets in Übereinstimmung mit seiner Partei befunden hat.

In seiner sorgsam abwägenden Schlußbetrachtung vermeidet es Leichter, die im Untertitel gestellte Frage eindeutig zu beantworten. Über die Tragödie Bauers läßt er uns nicht im Zweifel: Sie liegt im Grunde in dessen Geschichtsbild, das den Schlüssel zu seinem Wirken ins-

1 Norbert Leser, *Zwischen Reformismus und Bolschewismus*, Wien, Frankfurt/M., Zürich 1968.

gesamt liefert. Er begann seine Laufbahn als Parteiführer unter einer Voraussetzung, die sich als Illusion erwies: Er wollte den Anschluß Deutsch-Österreichs an die deutsche Revolution, die nicht stattfand. Er hielt den Staat, in in dem seine Partei nur in einer kurzen Anfangsphase unmittelbar an der Regierungsmacht beteiligt war, von vornherein nicht für lebensfähig und erstrebte seine Eingliederung in das große Wirtschaftsgebiet des Deutschen Reiches, in dessen Rahmen er gemeinsam mit den deutschen Sozialdemokraten verschiedener Richtungen einen demokratischen, humanen Sozialismus aufbauen wollte.

Die Intransigenz der Siegermächte, aber auch die Entwicklung in Deutschland und die Starrheit und Enge der antisozialistischen Kräfte in Österreich vereitelten diesen auf großen Perspektiven aufbauenden Plan. Die von den österreichischen Sozialdemokraten insbesondere in Wien geleistete vorbildliche Reformarbeit, deren Wert auch von Bauer immer voll bejaht wurde, konnte die Grenzen nicht sprengen, die durch die verzweifelte wirtschaftliche Lage und die außenpolitische Abhängigkeit des kleinen Landes gezogen waren. So stand Bauers Wirken in der ersten österreichischen Republik von Anfang an im Zeichen einer tiefen Resignation, die nur durch den Ausblick auf geschichtsoptimistisch gefärbte historische Zwangsläufigkeiten, die zu dem ersehnten "Endziel" führen müßten, aufgefangen werden konnte. Aber nichts, was Bauer bis zu seinem Tode erlebte, war dazu angetan, seinen Glauben an die Entwicklung zu diesem "Endziel" hin rational zu bestätigen. So wurden die letzten Wochen und Monate Otto Bauers zum Tiefpunkt seiner Existenz, wie Otto Leichter aus eigenem Miterleben berichtet. Bedenkt man zudem, daß dieses politische Schicksal einen Mann traf, der – wie sein Biograph eindrucksvoll schildert – von strenger Selbstkritik und moralischer Sensibilität war, so sind alle Voraussetzungen gegeben, von einer persönlichen und politischen Tragödie sprechen zu können. Dennoch hat Leichters antithetische Fragestellung einen guten Sinn. Denn mit Recht kann er darauf hinweisen, daß Bauers fortwirkende Bedeutung auf geistig-moralischem Gebiet liege und daß überall da, wo sich in Ost und West eine Besinnung auf die ursprünglichen Werte der Arbeiterbewegung vollzieht, Bauers demokratischer Sozialismus triumphieren werde.

Es wäre eine wünschenswerte Ergänzung dieser allgemeinen Betrachtung gewesen, hätte Leichter auch die Frage aufgeworfen, inwieweit Bauers Erbe insbesondere in der österreichischen Sozialdemokratie, die er in solch hohem Maße mitgeprägt hat, weiterlebt. Auch in Bauers eigener geistiger Entwicklung bleiben Fragen offen: Wir erfahren nichts außer einer flüchtigen Andeutung über ihre frühe Phase, in der Bauer dem Kantianismus zuneigte. Noch mehr vermißt man, daß Bauers nationalökonomische Vorstellungen, insbesondere über die Sozialisierung, nicht mit der Gründlichkeit behandelt werden, die sie angesichts ihres hohen Stellenwerts im Bauerschen Denken verdienen. Auch fehlt leider eine umfassende Übersicht über die Literatur, die sich mit Otto Bauer befaßt – die von Julius Braunthal 1961 herausgegebene und mit einem verständnisvoll gezeichneten Lebensbild eingeleitete Auswahl aus Bauers Reden und Schriften wird beispielsweise nicht einmal erwähnt.

Man mag Leichter im ganzen eine zu stark apologetische Haltung vorwerfen; dennoch muß man ihm für diese Biographie dankbar sein, denn sie vermittelt das Bild einer noblen und bedeutenden Persönlichkeit in einer Weise, die durch keine noch so treffende Analyse rein rationaler Art ersetzt werden kann.

Susanne Miller

CZISNIK, Ulrich: **Gustav Noske.** Ein sozialdemokratischer Staatsmann. – Göttingen, Zürich, Frankfurt/M.: Musterschmidt-Verlag 1969. 103 S. = Persönlichkeit und Geschichte, Bd 53. DM 5,80.

Die Fachhistoriker haben sich bisher nicht an eine wissenschaftliche Biographie Noskes, des wohl umstrittensten Sozialdemokraten, herangetraut; auch Kapitänleutnant Czisnik kann diese Lücke weder vom Umfang seines Bändchens noch vom Problembewußtsein her füllen. Zwar hat er die Daten zu Noskes Vita akribisch zusammengetragen, sein Bemühen, Noske gegen die Flut der Kritik in Schutz zu nehmen, artet jedoch in undifferenzierte Apologie aus. Hinzu kommen ein ausgeprägtes Unverständnis für Politik und parteispezifisches Verhalten der Sozialdemokratie und eine schlichte Ignorierung der neueren Forschungen zur Novemberrevolution und Frühzeit der Weimarer Republik.

Noske, Sohn bürgerlicher Eltern, angelernter Arbeiter einer Kinderwagenfabrik in Brandenburg, war einer der wenigen Sozialdemokraten, der von Anfang an auf dem rechten Flügel der Partei stand und sich zu den Revisionisten um David, Südekum, Hue, v. Vollmar und Heine zählte: Schon 1907 überwarf er sich mit Bebel, trat gegen den Internationalismus und für die nationale Wehr- und Kolonialpolitik ein, leistete jedoch durch sein Detailwissen um militärische Mißstände und die Finanzpolitik im Plenum ebenso wie in den Kommissionen wichtige Parlamentsarbeit für die Partei. Die Angriffe der Parteigenossen gegen den "Realpolitiker" Noske findet Czisnik reihum unsachlich, emotional und dogmatisch.

Als Reichswehrminister, so stellt der Verfasser fest, habe Noske "durch die richtige Einschätzung des politischen Risikos Deutschland vor einer Sowjetherrschaft" bewahrt, wiewohl er anderenorts meint, daß es sich bei den "radikalen Revolutionären" um "Schwätzer ohne Tatkraft" und "Scharlatane" gehandelt habe. Wenn es, wie Czisnik behauptet, wirklich so gewesen wäre, daß Noskes Truppen immer nur eingriffen, wenn alle Vermittlungsversuche gescheitert waren, und Blutbäder nur aus Notwehr und Provokation anrichteten, daß Noske alle Exzesse seiner Truppen fahndete und alle Verbitte-

rung der Arbeiterschaft gegen die "Noskiden" nur raffinierter Propaganda entwachsen ist, daß schließlich die Reaktionäre vom Schlage Lüttwitz und Kapp erst "durch den sozialistischen Radikalismus der USPD und KPD geweckt" wurden, dann wäre Noske der Märtyrer, zu dem er hier gemacht wird. Der Rezensent ist freilich mit dem Schwergewicht der einschlägigen Forschung der Meinung, daß der von Noske aus übersteigerter Bolschewismusfurcht weitgehend gedeckte Freikorpsterror erst breitere Arbeitermassen radikalisiert und der Sozialdemokratie und der Republik entfremdet hat.

Über Noskes Reichswehrministerzeit vergißt man leicht, daß er von 1920 bis 1933 Oberpräsident in Hannover war. Wenn er sich als einer der ganz wenigen Sozialdemokraten so lange in diesem hohen Amt halten konnte, dann spricht das für seine erheblichen Verwaltungs- und Führungsqualitäten. Über den speziellen Wert für Noskes Biographie hinaus wäre eine Studie der Arbeitsbedingungen sozialdemokratischer Ober- und Regierungspräsidenten in der Weimarer Republik von großer Bedeutung für die Aufhellung der innerpolitischen Möglichkeiten dieser Zeit.

Hans H. Biegert

REICHARD, Richard W.: **Crippled from Birth: German Social Democracy 1844 - 1870.** – Ames: Iowa State University Press 1969. 349 S. $ 9,50.

The impotence of German Social Democracy to alter German society has been variously dated and explained. Gerhard A. Ritter argued that by 1900 the party was dominated by reformist practices complimented by a revolutionary rhetoric. Or the impotence has been traced to a misinterpretation of Marxism in which, by the 1890s according to Hans-Josef Steinberg, a fatalistic development rather than a dynamic dialectic found emphasis. Carl Schorske contended that unionist domination increasingly sapped the party's potential for action after 1905. On a different tact, Günther Roth maintained that in its isolation social democracy created only a separate, not a different, world for the German worker and that the working class was thereby 'negatively' integrated into German society. These explanations of the failure and tragedy of the German working class movement are implicitly questioned by Reichard's study. He accepts the assertions about failure, but he sees no potential in the movement after 1870. Indeed, Reichard quarrels with German historians when he asserts that in neither East nor West Germany have historians given a "realistic assessment of the extent of daily humiliation under which social democracy laboured, the completeness of the impotency from which it has always suffered, or the relative insignificance of ideology for the movement." (VIII)

To provide such a 'realistic' assessment Reichard insists that the focus of investigation should "lie in the origins of their century-long ineffectualness and in the beginnings of that 'state within a state' organization with which they compensated themselves for political frailty." (VII) By 1870, he maintains, the working class had already "lost whatever chance it had of effecting a major transformation of German life." (271) To explain this impotency a series of crippling factors are identified; factors which either continued from the period previous to 1844 or emerged in the early history of social democracy: division into petty states, guild traditions, acceptance of patriarchical authority, refusal to learn rights and freedoms from 1848 – seeing in that uprising only the "folly of revolt" (272) – emphasizing education and economic security, and most crippling, seeking compensation in party life, press and ideology for the inability to alter the real world.

In his account of the revolution of 1848, Reichard illustrates well the weakening of the workingmen's efforts due to Germany's division into petty states and the continuation of guild traditions. For example, he pinpoints the lack of a national consciousness by showing how clubs in Berlin, Saxony, Cologne and Hamburg fought without reference to each other and thereby failed to exploit the strength they mustered (66, 83-85). That strength could also not be utilized because of the disunity among the working class itself: "Masters wanted to fight the factory system. Journeymen wanted to be called *Sie* and to have separate beds. The lower strata were too weak to organize." (76) In addition to this lack of class consciousness, Reichard finds that "the centuries asserted their grip on the minds of the workingmen" (63) and in 1848 "certain social democratic habits" were fixed permanently as leaders were elected on craft lines. To Reichard this is crucial: "Power over working-class politics was thus transferred, after a month of uncertainty, back out of the hands of blue-shirt democracy into the hands of the more skilled, more prosperous, and better established. And there it remained throughout the history of social democracy." (63) Though the latter assertion is questionable, Reichard illustrates how crucial this development was: Schlöffel's attempt to be militant about voting rights found no support. "Even on the issue of universal suffrage, individuals like Born, the father of social democracy, lined up for law, order, peace and security against the militancy and pressures of the lower orders." (65) With such leadership and divisiveness, Reichard concludes that the German workers in 1848 - 1849 did not gain what the French workers had come to see in 1789 - 1792, that is, that power could be exploited, rewards could be gained from politics, property could be defied. Instead German workers had acquired no new ideas and the "predominant political habit left over from guild days – that is, to cling together to seek minor social and economic improvements – was reinforced." (98) Organizations such as Born's Brotherhood relied upon numbers and solidarity but avoided class conflict and rebelliousness because they were children of the guild tradition.

However, as Reichard attempts to relate the other crippling factors, the contradictions within this study become ever more visible. This is particularly so as it becomes evident that Reichard is not explaining the impotency of social democracy so much as making assertions about German character. Hence, the minor contradictions such as the differing dates – 1910 and 1918 (273, 174) – given for the next opportunity, after 1869, during which the working class might have altered society, may be overlooked. One may also ignore the more important contradictions such as pinpointing a lack of national and class consciousness in 1848 and then castigating the attempts to attain such consciousness through educational efforts (100, 271) or underlining the weakness and limited number of politicized workers and then disparaging the attempts to draw members into an organization (208, 243). However, the question must be considered whether Reichard's study does not become meaningless muckraking. There is the false measure that only direct action and achievements are 'real' politics; there is making Lassalle and Schweitzer into men of heroic stature because they accepted Machiavellian methods (172, 188, 221); there is the lack of understanding for a tactic which includes retreating today to fight again tomorrow; there is the lack of comprehension for the refusal by Social Democrats to employ the methods of a Bismarck – all these add Reichard's voice to those who scream 'failure' or 'betrayal' with a hollow ring. The hollowness of Reichard's presentation stems especially from his repeated use of the idea that Germans are a "people accustomed to craven attitudes to authority . . ." (112). Sometimes this is written as "deference to authority" (100), at other times as "acquiescence to authority" (186). But, it always underlies his explanation: "After all, the German workers did not aspire to rule their nation and thus had no reason to frame a political program . . ." (104). Such facile characterizations show little comprehension of the social circumstances in which social democracy emerged, of educational and military institutions which made the acceptance of authority a norm.

Reichard, it appears, does not understand that for Social Democrats to go the way of 'legality' did not mean acceptance of the path of least resistance. Those who accepted the path of least resistance did not even join social democracy. For social democracy the way of legality was part of their dilemma in that they were humanitarian and hoped to achieve their aims short of violence; they were in their own view civilized and hoped they would not have to resort to force. In the end this meant an acceptance of a fatalism which amounted to allowing Darwin more scope than Marx in their belief system: historical evolution rather than revolutionary materialism. However, the sources of that fatalistic fixation must be sought in the social circumstances from which social democracy emerged and in which it operated. An authoritarianism peculiar to German society at a given point in time may be an important factor, but not couched in such a way as to make the 'Western' experience 'superior'. With or without differing degrees of militancy have not the French and British and American workers in this century shown that they want little more than what Reichard quotes with an accusing finger: "We only wish to be granted a place in the common fatherland ? " (103)

Similarly Reichard's repeated assertion that social democracy lost its opportunity to influence the fate of the nation (174, 236, 260) by 1869, is based on the artificial view that influence is possible only from the seats of power. However, social democracy was influential just because it existed, as Bismarck's outlawing the party and his social legislation underscored. Social democracy determined much of the government's calculations in 1914. Social democracy was influential enough in Imperial Germany that the government was forced to export crises so as to retain its hold upon the populace, as Röhl has shown so well. Social democracy was not *the* decisive influence in Imperial Germany; it did not have the impact that it or many later writers hoped. But it was crucially influential and statements to the effect that Bebel – whom the government consulted in 1913 – was not heeded "beyond the fringes of the movement" (174) reveal little insight into the structure and history of Imperial Germany. Not only those who rule decide the fate of nations.

Dieter K. Buse

KRITZER, Peter: **Die bayerische Sozialdemokratie und die bayerische Politik in den Jahren 1918 bis 1923.** – München 1969. X, 243 S. = Miscellanea Bavarica Monacensia, Heft 20. DM 12,50. (Auslieferung: Kommissionsbuchhandlung R. Wölfle, 8 München 13, Amalienstr. 65.)

Bedingt durch seine besondere wirtschaftliche und soziale Struktur macht Bayern in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg eine politische Sonderentwicklung durch, die sich in mancherlei Beziehung von den Vorgängen im Reiche abhebt. Weil man glaubt, hier am deutlichsten die Vorstufen für die Entwicklung zur nationalsozialistischen Diktatur erkennen und herausschälen zu können, hat auch die ausländische Forschung zur Zeitgeschichte – vor allem im angelsächsischen Sprachraum – in den letzten Jahren ihr verstärktes Interesse diesem Abschnitt der bayerischen Geschichte zugewendet.

Neben dem die bayerische Politik der Jahre vom Weltkrieg bis zur Machtergreifung belastenden Problem Bayern – Reich mit allen seinen Verästelungen sind es in erster Linie die Wehrverbände, die zum dominanten Faktor der bayerischen Innen- und Außenpolitik in den ersten Jahren der Weimarer Republik werden. Die Führer der einzelnen Freikorps und Freiwilligenverbände werden zusammen mit dem Großteil der leitenden Offiziere

der bayerischen Reichswehrabteilungen zu den Drahtziehern und schier allmächtigen Hintermännern der bayerischen Politik bis hin zum Vorprellen eines der Aktivisten am 8. November 1923. Adolf Hitler hatte man hier – von den staatlichen Macht- und Kontrollinstanzen neben vielen anderen bereitwillig geduldet bis offensichtlich gefördert – groß werden lassen, um ihn mit seinem Anhang im geeigneten Augenblick für die eigenen politischen Ziele einsetzen zu können. Für Zulauf zu den erst offiziellen, später im Untergrund agierenden Kampfverbänden sorgten vor allem der von primitiven Rachegefühlen diktierte Friedensvertrag von Versailles sowie eine mit allen Mitteln arbeitende antikommunistische und antisozialistische Propaganda, die selbst vor gröbsten Entstellungen und Lügen mit dem Verweis auf die Ereignisse der zweiten Aprilhälfte 1919 in München nicht zurückschreckte. Die Wehrverbände und die mit deren politischem Programm sympathisierende Justiz und Polizei bestimmen entscheidend das politische Klima Bayerns in dem an Putschplänen und Umsturzversuchen reichen halben Jahrzehnt nach dem Ende des Weltkrieges. Die Sozialdemokratie hat in Bayern keine nennenswerte Organisation, mit der sie Macht ausüben könnte, Hoffmann hat keinen Stab von ausgebildeten, ihm politisch nahestehenden Fachleuten und höheren Beamten, um den Staatsapparat entsprechend umbesetzen zu können, und so bleiben in Bayern weitgehend Köpfe bestimmend, für die der Weimarer Staat das beschämende Ergebnis eines verlorenen Krieges ist und die aus Bayern einen Ordnungsstaat machen wollen, aus dem dann eine "Ordnungszelle" wird, in der nach Aussage des Fraktionsvorsitzenden der Bayerischen Volkspartei und nachmaligen Ministerpräsidenten Heinrich Held vom Januar 1924 "kein anständiger Mensch mehr seines Lebens sicher ist". Die Politik im Bayerischen Landtag in dem von Wirtschaftsnot, Inflation und Arbeitslosigkeit erschütterten München wird im ersten Drittel der Weimarer Republik auf weiten Strecken von den Leuten beeinflußt, die in der Lage sind, Druck auszuüben. Das frisch gesteckte Pflänzchen der demokratischen Staatsform kann in diesem rauhen Klima nicht gedeihen.

In der ersten Hälfte der fünfziger Jahre begannen Arbeiten wie die von Gabriel Zimmermann und Herbert Speckner das Terrain kritisch zu sondieren. Von den mehr persönlich geprägten Werken seien das Buch von Karl Schwend und die Veröffentlichungen von Wilhelm Hoegner erwähnt. Es folgte eine ständig wachsende Reihe von teilweise recht umfangreichen Einzeluntersuchungen und Quelleneditionen zu besonders signifikanten Stationen der bayerischen Geschichte seit dem Ersten Weltkrieg, wobei noch vieles zu tun bleibt, wie etwa das Fehlen einer kritischen Ausgabe des Graßmann-Nachlasses oder der nichtöffentlichen Sitzungen des Hitlerprozesses zeigt. Seit längerer Zeit entstehen unter Leitung des Münchener Historikers Karl Bosl Einzeluntersuchungen, in denen die Zeit der Umwälzung der bayerischen Verhältnisse etwa von der Jahrhundertwende an ausführlich und möglichst vorurteils- und emotionslos untersucht werden soll, um dazu beizutragen, die bayerische Geschichtsschreibung von einer Fülle vorgeprägter Klischees zu reinigen, die sich mitunter nahezu unausrottbar zu halten scheinen. Kritzer sieht seine Dissertation als Teil dieses Vorhabens. Er versucht die Rolle der bayerischen Sozialdemokratie in den ersten Nachkriegsjahren als Regierungs-, Koalitions- und schließlich Oppositionspartei aufzuzeigen und legt dabei ein Schwergewicht auf die Untersuchung der gegenseitigen Beeinflussung und Abhängigkeit von Parteimitgliedern und Parteiführern.

Die Quellenlage stellte den Verfasser vor große Schwierigkeiten. Nach seinen Angaben hat die bayerische Sozialdemokratie ihre Archive in der Nazizeit eingebüßt. Als größere, durchgehende Bestände standen ihm daher neben den Ministerratsprotokollen und den Halbmonatsberichten der Regierungspräsidenten vor allem die stenographischen Berichte der Verhandlungen des Bayerischen Landtags zur Verfügung. Der Weg zu politischen Entscheidungen von größerer Tragweite sowie der Einfluß außerparlamentarischer Kräfte darauf läßt sich aus diesen Beständen allerdings nicht herausarbeiten. Kritzer versucht dieses Manko durch die Analyse weiterer gedruckter und ungedruckter Quellen auszugleichen, wobei er eine recht glückliche Hand beweist. Nachdem die Repertorien der einzelnen Archivbestände keineswegs eine annähernde Aufschlüsselung des Akteninhalts geben können, ja einzelne Quellenbestände erst zur Benützung vorbereitet werden, gibt es hier nur die Möglichkeit, sich entweder in jahrelangen Aktenstudien durch umfangreiche Bestände durchzuarbeiten oder eine Vorauswahl zu treffen, bei der man dann allerdings auch vom Zufall abhängig ist. Die aus dem Quellen- und Literaturstudium gewonnenen Erkenntnisse versucht Kritzer durch Aussagen unmittelbar am Geschehen beteiligter Personen abzurunden.

Der Verfasser räumt der Zeit vom Novemberumsturz 1918 und seiner Vorgeschichte bis zur Bildung der Koalitionsregierung im Mai 1919 nicht ohne Grund zwei Drittel vom Umfang seiner Arbeit ein, denn diese Monate sind entscheidend für die bayerische Sozialdemokratie in der Zeit der Weimarer Republik. Nicht in der Lage, selbst die Kräfte aufzubieten, die zur Niederwerfung der Räterepublik in München und dessen Umkreis nötig sind, muß sich die Regierung Hoffmann weitgehend antidemokratischen und antisozialistischen Kräften ausliefern, die fortan das politische Geschehen in Bayern bestimmen. Diese Kreise mit Leuten wie Pöhner, Frick, Pittinger, Escherich und Kanzler an der Spitze bauen, nachdem ihnen württembergische und preußische Kampfverbände in den ersten Maitagen 1919 die Plattform dafür geschaffen haben, – für viele ihrer Zeitgenossen nicht erkennbar durch den Druck des feindlichen Auslandes auf Deutschland und die dadurch entscheidend geförderte nationale Bewegung sowie die wirtschaftliche Not und die Inflation mit allen Begleiterscheinungen –

mit allen Mitteln einen so umfangreichen Machtapparat in Bayern auf, daß ihre politischen Gegner in den ersten fünf Jahren der Weimarer Republik keine Möglichkeit haben, auf den Ablauf der Politik entscheidenden Einfluß zu nehmen.

Der unter starkem Druck erzwungene Rücktritt des Ministerpräsidenten Hoffmann im März 1920 zeigt die Macht und die Geschicklichkeit dieser Gruppe, deren Wirksamkeit und Vorgehen nur immer wieder durch interne Streitigkeiten gehemmt wird. Möhl und die leitenden bayerischen Reichswehroffiziere schließen sich, obwohl sie mit dem Kapp-Putsch sympathisieren, diesem nicht an, weil er ihrer Meinung nach zu schlecht vorbereitet und geleitet ist, trösten sich aber damit, zuerst in Bayern eine "Rechtsregierung" zustande zu bringen. In dem Brief Möhls vom Januar 1937, in dem er den Kapp-Putsch in dieser Weise kommentiert, zeigt sich wohl auch das, was Kritzer als "Ambivalenz der Sozialdemokratischen Partei" jener Jahre bezeichnet. Der Möhl 1919 als Staatskommissar zur Seite stehende Nürnberger Sozialdemokrat Ewinger macht ihm als dem Leiter des bayerischen Gruppenkommandos IV nicht nur keine Schwierigkeiten, sondern unterstützt ihn sogar gegen die Angriffe der Sozialdemokraten. Hier haben wir wohl den zweiten Grund dafür, warum der Verfasser in seiner übrigens gut lesbaren und mit bemerkenswertem Schwung geschriebenen Arbeit die Geschichte der Sozialdemokratie in Bayern von 1918 bis 1923 als eine Geschichte des Unvermögens, wenn nicht Versagens beurteilt. Der bayerischen SPD fehlt nicht nur die Möglichkeit, nach dem Umsturz von 1918 den Staatsapparat für sich zu gewinnen und gegen die Linksextremen im April bzw. gegen die Weißgardisten, ihren Anhang und ihre Handlanger im Mai 1919 vorzugehen. Viele führende Persönlichkeiten der SPD jener Tage sind bereits zu stark "verbürgerlicht", haben sich bereits zu weit von dem entfernt, als was sie viele ihrer Anhänger gerne gesehen hätten, nämlich als tatkräftige Vertreter der Interessen einer Gesellschaftsschicht.

Der Umsturz von 1918 hat die bayerische Sozialdemokratie unvorbereitet getroffen und ist gegen ihren Willen erfolgt. Wie die von der SPD betriebene Einführung des Frauenwahlrechtes nach dem Ersten Weltkrieg für sie keinen Gewinn bringt, so arbeitet sie mit der Übernahme der Regierung in den Monaten schwerer politischer und wirtschaftlicher Erschütterungen und Unruhen in Bayern in ihrem Bestreben, Verantwortung zu tragen und zu zeigen, ihren politischen Gegnern ungewollt in die Hände.

Heinrich Hillmayr

MARCHLEWSKA, Zofia, **Eine Welle im Meer.** Erinnerungen an Heinrich Vogeler und Zeitgenossen. – *[Ost-]* Berlin: Buchverlag Der Morgen 1968. 179 S. DM 9,–.

Der Quellenwert des Buches liegt weniger in der Mitteilung konkreter Fakten als in der von großem psychologischen Einfühlungsvermögen gekennzeichneten Beschreibung und Charakterisierung der handelnden Personen, denen die Verfasserin begegnet ist. Zofia (Sonja) Marchlewska, als Tochter des polnisch-russischen Sozialisten Julian Marchlewski-Karski in die Führungsschicht des europäischen Proletariats "hineingeboren", heiratete 1923 den Maler Heinrich Vogeler ("Mining"), einen der erfolgreichsten und sensibelsten Künstler der Worpsweder Schule. Vogeler – aus gutbürgerlichem Hause stammend – war während des Ersten Weltkrieges Pazifist geworden, um sich während der Novemberrevolution wie viele bürgerliche Intellektuelle der revolutionären Linken anzuschließen. Zuerst mehr aus Gefühlsüberschwang für die im Sozialismus liegende Idee des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit, später aus rationaler Einsicht in die Lage des Proletariats, stellte er seine künstlerischen Fähigkeiten in den Dienst der Arbeiterklasse.

Die in ihrer Ehe institutionalisierte und verkörperte Spannung zwischen dem schwärmerisch links-orientierten Intellektuellen bürgerlicher Herkunft und der Tochter des bewußt handelnden Sozialisten und Revolutionärs Karski zieht sich wie ein roter Faden durch das Buch. Das Milieu der linken Intelligenz im Berlin der zwanziger Jahre (S. 10 ff.) wird lebendig: Grosz, Heartfield, Piscator, Barlach, Kollwitz, Zille, Dix und wie sie alle hießen, die mit den Mitteln der Kunst Partei für das Proletariat nahmen. Eindringlich die Schilderung der Persönlichkeit der Schauspielerin Lotte Loebinger, typisch ihr Weg von der Tochter aus bürgerlichem Haus zur Mitkämpferin in der Arbeiterbewegung (S. 23 - 41) und ihr Leben in der Emigration in der Sowjetunion (S. 42 - 44). Interessant die Ausführungen über die Begegnung mit Clara Zetkin (S. 136 - 142), Hermann Duncker (S. 19 f.), Rosa Luxemburg und Hans Diefenbach (S. 104 f.) und über das Privatleben von Kreszentia und Erich Mühsam in Britz (S. 119 - 128) sowie die Darstellung der Begleitumstände bei der Ausweisung Karskis aus Sachsen, nachdem er in der *Sächsischen Arbeiterzeitung* Artikel veröffentlicht hatte (S. 114 - 118). Auch die Anmerkungen zur Person Karskis, zur nationalen Unterdrückung Polens durch den Zarismus und Karskis Weg zum revolutionären Sozialismus (S. 147 - 158) sind aufschlußreich.

Im Mittelpunkt der Erinnerungen steht jedoch Heinrich Vogeler: die Erschütterung der bürgerlichen Weltordnung im Krieg und Vogelers Pazifismus (S. 59 ff.), Vogeler als Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates in Bremen (1918/19) und seine Verbindung zu Johann Knief und dem Proletariat in und um Bremen, nach dem Zusammenbruch der Räterepublik der Versuch neuer kooperativer Formen von Gemeineigentum und Kleinsiedlung auf dem Barkenhoff (Birkenhof). Der sozialromantische

Versuch der "Arbeitskommune" muß bei Weiterbestehen der kapitalistischen Umwelt scheitern (S. 59 ff.), der Barkenhoff geht an die Rote Hilfe über und wird als Kinderheim genutzt (S. 67). Es folgt die Schilderung der skandalösen Bedrohung der Barkenhoff-Fresken durch den republikanischen Regierungspräsidenten in Stade wegen Aufhetzung der Kinder zum Klassenhaß und die Rettung der Fresken (S. 88 - 96). Dann beschreibt die Verfasserin das Leben des Ehepaares in den zwanziger Jahren in Berlin, zuerst in Lichterfelde und später in der Britzer Siedlung Bruno Tauts (S. 53 ff.).

Der im Anhang (S. 160 - 178) nachgedruckte Abschnitt aus den 1952 von Erich Weinert bei Rütten und Loening edierten Erinnerungen Vogelers enthält einen Bericht über seine Wahl in den Arbeiter- und Soldatenrat am 8. 11. 1918, darüber hinaus einige Hinweise auf den Ablauf der Revolution in den Kleinstädten nördlich Bremens – ein von der lokalen Historiographie bislang noch nicht bearbeitetes Feld – und die Kleinarbeit der Räte: Lebensmittelverteilung, Verhinderung der Lebensmittelhinterziehung usw. In dem Ausschnitt ist auch der Bericht über den Tod Johann Kniefs enthalten, der nach langer, schwerer Krankheit am 6. 4. 1919 starb. Er hat die Niederlage der Bremer Räterepublik nicht lange überlebt.

Walter Momper

JAHNKE, Karl-Heinz: **Entscheidungen.** Jugend im Widerstand 1933 - 1945. – Frankfurt/M.: Röderberg-Verlag 1970. 252 S. = Bibliothek des Widerstands. DM 13,80.

Karl-Heinz Jahnke, zur Zeit Leiter der Forschungsgruppe "Geschichte der deutschen Jugendbewegung" in Rostock, trat bereits Anfang der sechziger Jahre mit Arbeiten über den Widerstandskampf Berliner Studenten und über die antifaschistische Jugendarbeit der Berliner KPD hervor. Besondere Verbreitung fand seine Schrift *Aus dem Leben und Kampf Artur Beckers,* die 1970 ihre dritte Auflage erreichte. Jahnke kann nach Ausweis seiner Publikationen als Spezialist für eine biographische Erforschung des proletarischen und bürgerlichen Widerstandes der Jugend gegen den Faschismus angesehen werden.

In der nun vorliegenden Schrift unternimmt der Autor den Versuch, alle jüngeren deutschen Widerstandskämpfer, die vor ihrem 30. Lebensjahr von den Faschisten ermordet wurden, namentlich aufzuführen und in einer Auswahl biographisch zu würdigen. Insgesamt nennt er 469 junge Männer und Frauen aus den verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Bereichen. Zwar kann diese Liste – wie der Autor selbst feststellt – keine Vollständigkeit beanspruchen. Dennoch wird man die soziale und politische Zusammensetzung als typisch ansehen müssen, wenn bei anderer Perspektive und Quellenauswahl auch proportionale Verschiebungen möglich erscheinen. Nach Jahnkes Aufstellung ergibt sich eine Mehrheit proletarischer Widerstandskämpfer und ein starkes Übergewicht von Mitgliedern des KJVD und der KPD. Ihren 200 Vertretern stehen nur 20 der SAJ und SPD gegenüber. Ferner werden einzelne Mitglieder des Reichsbanners, der SAP, der Katholischen Sturmscharen und anderer Gruppen genannt.

Als Quellen hat Jahnke eine Anzahl wichtiger Darstellungen aus Ost und West angeführt. Weiter zitiert er von Fall zu Fall die internationale Presse. Wichtige Auszüge sind den Prozeßakten und archivalischen Unterlagen aus dem Bereich des Vereins der Verfolgten des Naziregimes (VVN) entnommen. Schließlich verweist Jahnke öfter auf eigene Publikationen, darunter seine Habilitationsschrift, die leider noch ungedruckt ist. Einleitend kündigt der Verfasser zwei weitere Bände an. Dort sollen die organisatorischen Strukturen und die Nachkriegsperspektiven der Jugend im Widerstand behandelt werden.

Gerhard Beier

BONTE, Florimond: **Les Antifascistes allemands dans la Résistance française.** – Paris: Éditions Sociales 1969. 391 S. 21 F.

Bonte hat Deutschland als französischer Kriegsgefangener im Ersten Weltkrieg kennengelernt. Im November 1918 nahm er an Arbeiter- und Soldatenratssitzungen teil. Er ist Funktionär der KPF seit ihrer Gründung 1920. 1924 wurde er Mitglied des ZK und bald darauf Chefredakteur der *Humanité.* 1938 wurde er in Paris zum Abgeordneten gewählt. Als 1939 die KPF verboten wurde, nahm er dennoch an einer Parlamentssitzung teil, was zu seiner Verhaftung führte. Er hat u. a. Schriften über die Verfolgung der KPF seit jener Zeit, über den deutschen Militarismus, über den Fall Heusinger und über die Konzentrationslager des Dritten Reiches veröffentlicht.

Das vorliegende Buch über die Rolle der deutschen Antifaschisten in der französischen Widerstandsbewegung gliedert sich in vier Teile. Zunächst werden die Taten und Leiden der KPD in der Illegalität von Hitlers Machtergreifung bis in den Zweiten Weltkrieg geschildert. Wichtig und neu ist vor allem die Darstellung der Zusammenarbeit deutscher Widerstandsgruppen mit französischen Zwangsarbeitern bei Sabotage- und Propagandaaktionen in der Rüstungsindustrie des Dritten Reiches.

Der zweite Teil beschreibt die Lage der deutschen politischen Emigration in Frankreich bis zum Kriege und die Entstehung deutscher antifaschistischer Widerstandsorganisationen auf französischem Boden während des Krieges. Das in der Sowjetunion gegründete Nationalkomitee Freies Deutschland wird in diesem Zusammenhang, allerdings ohne nähere Angaben, als Vorbild bezeichnet. Eine der schändlichsten Handlungen der Regierung Pétain, nämlich die Auslieferung deutscher Antifaschisten aus dem unbesetzten Teil Frankreichs an die Gestapo, wird mit Recht angeprangert.

Am bedeutsamsten ist der dritte Teil des Buches; er enthält genaue, bisher kaum bekannt gewordene Einzelheiten über die Teilnahme deutscher Antifaschisten am Widerstandskampf des französischen Volkes gegen die Besatzungstruppen. Dieser Kampf beginnt mit der Herstellung von Flugblättern und Soldatenzeitungen in deutscher Sprache, die unter Lebensgefahr an Soldaten der Wehrmacht verteilt wurden. Dann folgen zahlreiche Beispiele von Sabotageaktionen gegen kriegswichtige Objekte, die von deutschen und französischen Widerstandskämpfern gemeinsam durchgeführt wurden. Schließlich werden die wichtigsten Gefechte zwischen Wehrmacht und französischen Widerstands-Einheiten geschildert, in denen deutsche Antifaschisten, oft als Führer von Partisanengruppen, eine hervorragend wirksame Rolle gespielt haben.

Erfolgreiche Aktionen, aber auch Rückschläge mit ihren entsetzlichen Folgen für die Opfer werden mit Präzision und warmer Sympathie dargestellt. Ein besonderes Kapitel ist den im französischen Widerstand tätigen deutschen Frauen gewidmet, denen die Aufgabe zufiel, unter Lebensgefahr die Verbindungen zwischen den verschiedenen Widerstandsgruppen aufrechtzuerhalten. Ein Thema, das bedauerlicherweise nicht breit genug ausgeführt worden ist, sind die Übertritte antifaschistischer deutscher Soldaten – meist aus Strafkompanien der Wehrmacht – zu französischen Partisanengruppen. Derartige Handlungen, zu denen politische Überzeugung, Mut und Todesverachtung gleichermaßen gehören, sind besonders in Südost-Frankreich häufig vorgekommen, was nicht immer genügend bekannt geworden ist.

Der vierte Teil schließlich steht mit dem eigentlichen Thema des Buches in keinem direkten Zusammenhang. Er enthält einen Vergleich zwischen der Bundesrepublik und der DDR, der nach den Richtlinien der kommunistischen Orthodoxie gezogen wird.

Im ganzen bietet der Autor eine ausführliche, sowohl auf direkten Zeugnissen als auch auf der Dokumentensammlung des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED aufgebaute Darstellung eines bisher nur unzureichend behandelten Themas. Dem Leser bleibt der Eindruck einer tiefgehenden Solidarität zwischen französischen und deutschen Widerstandskämpfern. Bonte liefert mit seinem Werk einen verdienstvollen Beitrag zur Völkerfreundschaft.

Pierre-Paul Sagave

JAUERNIG, Edmund: **Sozialdemokratie und Revanchismus.** Zur Geschichte und Politik Wenzel Jakschs und der Seliger-Gemeinde. – [Ost-]Berlin: Dt. Verlag d. Wissenschaften 1968. 291 S. DM 9,80.

Die Seliger-Gemeinde, die sich "Gesinnungsgemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten" nennt und nach der Vertreibung Gruppen nicht nur in der Bundesrepublik und Österreich, sondern auch in zahlreichen anderen europäischen und überseeischen Ländern gebildet hat, leitet ihren Namen von dem ersten und bedeutendsten Führer der sudetendeutschen Sozialdemokratie ab. Josef Seliger, 1918 im Alter von fünfzig Jahren verstorben, war zusammen mit dem späteren Präsidenten Österreichs, Karl Renner, Schöpfer des Nationalitätenprogramms der österreichischen Sozialdemokratie, das die Selbstverwaltung der Nationen innerhalb des Kaiserreichs forderte. Noch heute ist Seliger, der nationale Gerechtigkeit auch für die Tschechen verlangte, Sinnbild für das Bemühen, nationale Verständigung auf der Grundlage des Rechts und der Gerechtigkeit herbeizuführen.

Die aus ihrer alten Heimat vertriebenen sudetendeutschen Sozialdemokraten haben, soweit sie in der Seliger-Gemeinde vereinigt sind, Seligers Grundsätze nie aufgegeben. Andere hingegen glaubten sich während der Emigration in England in den Dienst der von der Benesch-Regierung betriebenen Austreibungspolitik stellen zu sollen. Daß sie sich dabei mit den gleichen Kommunisten zusammentaten, die 1931 auf ihrem Prager Parteitag die Selbstbestimmung bis zur Losreißung vom Staate für alle Nationen der Tschechoslowakei verlangt hatten, verschweigt Jauernig, um die sudetendeutschen Sozialdemokraten um Wenzel Jaksch besser verdächtigen zu können. Sein Ziel ist die Diffamierung einer Gruppe, die zuletzt unter der Führung von Jaksch für die Verteidigung der Tschechoslowakischen Republik mit der Waffe in der Hand eingetreten ist, weil sie die relative Freiheit, die es im Lande Masaryks und Beneschs gegeben hat, als das kleinere Übel der nazistischen Sklaverei vorzog. Daß diese Sozialdemokraten sich gegen die Austreibung ihres Volkes wandten, entsprach nur ihren demokratischen Grundsätzen und ihrer Vergangenheit.

Jauernigs Buch gründet sich auf die Behauptung, als letzter Führer der sudetendeutschen Sozialdemokraten habe Jaksch versucht, seine Partei in jene Henleins einzugliedern. Diese Unterstellung ist schon in der offiziellen tschechischen Dokumentensammlung *Die Deutschen in der Tschechoslowakei, 1933 - 1947* widerlegt, die 1964 von der damals noch ausgeprägt stalinistischen Akademie der Wissenschaften in Prag herausgegeben wurde. Jakschs Unterredung mit Professor Pfitzner, auf die sich Jauernigs Behauptung bezieht, ist auf S. 169 jener Sammlung zu finden. Jauernig zufolge war Jaksch ein gewissenloser Phantast und Verräter. Zu einem solchen Urteil kann nur gelangen, wer unter anderem Jakschs Bücher *Sucher und Künder* sowie *Patriot und Europäer* nicht zur Kenntnis nimmt, die 1967 im Münchener Verlag "Die Brücke" erschienen sind. Jauernig schämt sich auch nicht, in seiner "wissenschaftlichen" Darstellung zu schreiben: "Die tonangebenden Funktionäre der Seliger-Gemeinde . . . haben sich auch in den Kreis der geistigen Urheber und Organisatoren der Sprengstoff- und Mordanschläge in Südtirol begeben." Allein schon angesichts der engen Freundschaft, die zwischen diesen Funktionären und z. B. Bundeskanzler

Kreisky besteht, ist dies eine mehr als kühne Behauptung. Die sogenannte "Deklaration von Holmhurst", am 10. März 1940 von dem nach England emigrierten Parteivorstand der sudetendeutschen Sozialdemokraten beschlossen, widerlegt alle Anklagen Jauernigs, daß Jaksch und seine Anhänger von "Tschechenhaß" erfüllt gewesen seien. Sie verlangt lediglich, daß die neue Tschechoslowakei auf der Grundlage nationaler Gerechtigkeit errichtet werden solle. Als diese Deklaration beschlossen wurde, waren die tschechoslowakischen Kommunisten geistig und moralisch noch an den Hitler-Stalin-Pakt gebunden, über den Jauernig geflissentlich schweigt.

Der Verfasser behauptet, daß die Kosten für die Emigration der sudetendeutschen Sozialdemokraten von der Tschechoslowakei getragen worden seien. Das ist unwahr. Mit Ausnahme derjenigen, die sich hinter die Austreibungspläne Beneschs stellten, ist die sudetendeutsche Emigration mit keinem Pfennig tschechischen Geldes unterstützt worden. Es paßt zum übrigen, wenn Jakschs im Juni 1939 (!) geschriebene, äußerst lesenswerte und weitsichtige Studie *Was kommt nach Hitler ?* von Jauernig verfälscht wird.

1945 – nach Hitlers Überfall auf die Sowjetunion waren KP-Vertreter als Patrioten in den Staatsrat aufgenommen worden – verkündete der Führer der sudetendeutschen Kommunisten, Karl Kreibich, in der Zeitschrift *Tvorba*: "Kümmert euch nicht darum, wie viele Deutsche endgültig da sein werden, je weniger, desto besser. Eines ist aber unabänderlich: es darf in der Tschechoslowakei niemals wieder eine organisierte Gruppe der deutschen Minderheit geben, es darf keine eigene deutsche, sei es wirtschaftliche, kulturelle oder politische Richtung geben, auch kein wie immer geartetes deutsches nationales Leben. Es darf kein deutsches Statut geben, und die Erziehung der Kinder muß tschechisch sein, damit die Zahl der Deutschen in der Republik so klein wie möglich ist . . .". Auch hierüber verliert der Verfasser kein Wort.

Dem Rezensenten ist bekannt, daß tschechische Politiker und Wissenschafter in Prag noch nach der Intervention von 1968 Jauernigs "Werk", dessen Hauptquelle das stalinistische "Archiv ústavu dějin KSČ" ist, als eine von Fälschungen und Auslassungen strotzende Propagandaschrift zum Einstampfen empfahlen. Dem Verlag, der diese Publikation mit seinem Namen deckt, kann ein besserer Rat nicht erteilt werden.

Karl Richard Kern

BÖRNSEN, Gert: **Innerparteiliche Opposition.** Jungsozialisten und SPD. – Hamburg: W. Runge-Verlag 1969. 104 S. DM 4,–.

Die Mitbestimmung und Kontrolle des politischen Entscheidungsprozesses durch die Basis der Partei wertet der Verfasser als das entscheidende Kriterium für den Demokratisierungsgrad einer Gesellschaft, die ihren politischen Willen über Parteien organisiert. Auf dieser Voraussetzung baut er seine These auf, daß die gesellschaftspolitische Entwicklung in der Bundesrepublik nur in dem Maße vorangetrieben werden könne, wie es gelingt, von der Basis eine politische Diskussion a l t e r n a t i v e r Positionen in Gang zu setzen. Einen derartig gesellschaftsverändernden Faktor sieht Börnsen in der Organisation der "Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten" in der SPD, die mit ca. 180 000 Mitgliedern in 2 200 Arbeitsgruppen den größten Jugendverband in der Bundesrepublik und West-Berlin bildet. Börnsen mißt seine Vorstellung von der zukünftigen Rolle der Jungsozialisten als Avantgarde der Linken an der politischen Entwicklung der Jungsozialisten von Hessen-Süd und West-Berlin, den am weitesten nach links bzw. nach rechts polarisierten SPD-Organisationen der Gesamtpartei.

In dem einleitenden Kapitel "Mitgliederpartei und Demokratisierung der Gesellschaft" (S. 9 - 18) kritisiert der Verfasser den totalitären Parteienbegriff und entwickelt daraus seinen eigenen theoretischen Ansatz. Gegenüber den formaldemokratischen Ideologen, die aus der Existenz von zwei und mehr Parteien bereits eine Überlegenheit der sogenannten westlich liberaldemokratischen Systeme gegenüber kommunistischen konstruieren, die zudem mit faschistischen Diktaturen gleichgesetzt werden, stellt er eine verstärkte Oligarchisierung und Bürokratisierung der Massenparteien im Spätkapitalismus fest. Dieser Deformationsprozeß findet in der sogenannten Volkspartei seinen adäquaten Ausdruck, die einzig am "suggerierten Konsuminteresse" des Wählers ausgerichtet ist und "nicht die Interessen des vom System unterdrückten Individuums am Arbeitsplatz" vertritt (S. 11). Ihre Orientierung an einem angeblichen Gemeinwohl, wo "die Interessen aller, der Mieter und der Vermieter, der Ölindustrie und des Kohlebergbaus, der Großindustrie und der Arbeitnehmer" gleichwertig vertreten werden sollen, enthüllt zudem faschistoide Tendenzen. "Weil die Gemeinsamkeitspolitik oligarchisch strukturierter Parteien zum Parteioligopol treibt und somit den Mitgliedern und Wählern die Entscheidungsmöglichkeit und damit überhaupt die Chance relevanter politischer Einflußnahme nimmt, entaktiviert sie die Mitgliedschaft der politischen Parteien und entpolitisiert die Wähler" (S. 12). Im Interesse der systemerhaltenden Oligarchien liegt es, eine Demokratisierung zu verhindern. In dem Maße, wie die Jungsozialisten seit ungefähr 1966 diese Forderung gegenüber der Parteioligarchie vertreten, haben sie sich zu ihrem kritischen Gegenspieler entwickelt.

Ein historischer Exkurs beschäftigt sich mit den Auseinandersetzungen zwischen der Jugendorganisation der Partei – Sozialistische Arbeiter-Jugend (SAJ) und Jungsozialisten – und einer angepaßten Parteiologarchie in der Weimarer Republik (S. 18 - 22). In der Kritik der jungen Linken "am mangelnden Internationalismus, an der Parlamentarismus-Orientierung und Wahlfixiertheit" (S. 21) der damaligen SPD sieht der Verfasser Parallelen zur Argumentation der Parteilinken und der außerparlamen-

tarischen Opposition gegen die sozialdemokratische Regierungsbeteiligung im Rahmen der Großen Koalition in Bonn 1966 - 1969. Der rechtssozialdemokratische Kurs der Führung trat offen gegenüber der marxistisch ausgerichteten Oppositionsgruppe "Neu Beginnen" zutage, die in der Endphase der Weimarer Republik die SAJ erobert und dort den antifaschistischen Widerstandskampf organisiert hatte. Wegen Vorbereitung eines illegalen Apparates wurde die Mehrheit des Berliner SAJ-Vorstandes am 11. April 1933 aus der Partei ausgeschlossen.

Die Struktur und die politische Entwicklung der Jungsozialisten auf Bundesebene von 1945 bis 1969 (S. 23 - 48) war durch ein weitgehend parteikonformes Verhalten des Bundesvorstandes gekennzeichnet. Für die letzten Jahre belegt der Verfasser diese Politik anhand grundsätzlicher Beschlüsse zur Deutschland- und Ostpolitik und zur außerparlamentarischen Opposition. Die Integration der JS-Spitze in den hierarchischen Parteiapparat verdeutlicht u. a. die Tatsache, daß "alle Jungsozialistenfunktionäre auf Bundesebene zwischen 1945 und 1967 Vertreter des rechten Parteiflügels [waren], der die programmatischen sozialistischen Zielsetzungen sinnentleerte und die Anpassung an den bürgerlich-spätkapitalistischen Staat vornahm" (S. 36). Am Beispiel der schrittweisen Linksentwicklung auf den JS-Bundeskongressen seit 1965/66 erhärtet Börnsen seine grundlegende These, daß nicht die Bundeszentrale, sondern die Delegierten als Vertreter der Basis inhaltliche und personelle Alternativen durchsetzten.

Von besonderem thematischen und methodischen Interesse dürften die beiden Kapitel über die Politik der Jungsozialisten in West-Berlin (S. 48 - 66) und Hessen-Süd (S. 66 - 88) sein; denn diese Untersuchungen müßten Erkenntnisse darüber vermitteln, auf welche Weise die Jungsozialisten die Linksorientierung an der Basis durchsetzten. Der Verfasser beschränkt sich jedoch darauf, die Entwicklung der Berliner Jungsozialisten auf Landesebene zu beschreiben und sie in den allgemeinen historisch-politischen Situationsrahmen West-Berlins einzuordnen. Thesenartig lassen sich diese gesamtgesellschaftlichen und parteipolitischen Randbedingungen und die Probleme der Juso-Arbeit folgendermaßen zusammenfassen: 1) eine überalterte, konservative Bevölkerung, deren Bewußtsein durch die monopolistische Stellung der Springer-Presse konserviert wird, 2) eine zur Laufbahnpartei deformierte Sozialdemokratie, wo "die Partei ihre mittleren Funktionärskader und den überwiegenden Teil der Abgeordnetenhausfraktion aus dem öffentlichen Dienst rekrutierte" (S. 49), 3) eine konservative, kleinbürgerliche und antikommunistische Parteimehrheit, zu der auch die Alt-Linke und in der Vergangenheit die Jungsozialisten mit einem "differenzierten Antikommunismus" zählten, 4) eine ständige Bedrohung durch administrative Maßnahmen der Parteimehrheit, um eine inhaltlich linke Politik zu zerschlagen, 5) eine Juso-Arbeit, die durch ein undemokratisches Statut behindert wurde, 6) eine Aktivmitgliedschaft von Jungsozialisten, die einen sehr unterschiedlichen Bewußtseinsstand besaßen.

Auffällig an der methodischen Durchführung der Untersuchung ist der fast vollständige Verzicht darauf, die theoretische Basis-Konzeption als Maßstab für den gesellschaftlichen Demokratisierungsgrad auf das konkrete Beispiel anzuwenden. Der Verfasser erwähnt zwar, daß sozialdemokratische Studenten nach dem Linksruck im Berliner Sozialdemokratischen Hochschulbund (SHB) oppositionelle Zellen in den unteren Parteigliederungen aufzubauen begannen, aber anstelle einer Analyse des Prozesses dieser Neustrukturierung teilt er einzig Tatsachenergebnisse mit: "Der JS-Apparat im Studentenwohnbezirk Zehlendorf konnte durch den SHB-Landesvorsitzenden STEINER dem Chefredakteur des SPD-Organs 'Berliner Stimme' und Kandidaten für den JS-Landesvorsitzenden Rolf HEYEN abgenommen werden. Diese Position in Zehlendorf wurde vom SHB systematisch ausgebaut und wirkte stimulierend auf andere Jungsozialistenkreise" (S. 50). Eine empirische Untersuchung der Strategie und Taktik der Jungsozialisten auf Abteilungsebene kann jedoch nicht mit Hilfe einer beschreibenden Methode geleistet werden. Die mangelhafte Verbindung von theoretischem Ansatz und angeführten Einzelergebnissen dieses Kapitels läßt sich am Beispiel der einleitend kritisch referierten These von Robert Michels über das "eherne Gesetz der Oligarchisierung" von Massenparteien zeigen. Gerade die Tatsache, daß die verharschten Strukturen der Partei nicht durch einen innerparteilichen Politisierungsprozeß aufgebrochen werden konnten, hätte eine Ausarbeitung der These erfordert.

Ansätze zu einer Fallstudie trägt Börnsen in einem Unterabschnitt seiner Ausführungen über Hessen-Süd zusammen: "Jungsozialisten im Konflikt zwischen innerparteilicher und außerparlamentarischer Opposition: der Fall Sachsenhausen" (S. 83 - 88). Positiv ist zu bewerten, daß an diesem Beispiel die inhaltliche Opposition der Jungsozialisten an der Basis, im "Distrikt" – gemeint ist offenbar der Ortsverband – Sachsenhausen-Ost, ausführlich dargestellt wird. Bemerkenswert bleibt die Beurteilung der Ereignisse, bei der der Verfasser von seiner Basis-Konzeption als Maßstab abrückt. "Zum größten Teil berechtigte Kritik wurde zum Aufhänger, um der SPD 'eins auszuwischen', ohne aber faktisch irgendetwas zu verändern, wenn nicht die Basis der Partei in der Bevölkerung zu verringern. Der Fall ist exemplarisch für ein Identifikationsbedürfnis, das, ausgelöst durch den psychischen Druck, zwischen offizieller Parteipolitik und den eigenen Idealen keine Identität herstellen zu können, nicht zur Anpassung, sondern – negativ – zum Haß auf die eigene Partei führt. Die Provokation der Partei hatte keine rational vermittelbare politische Funktion, sondern geschah emotional." (S. 87) Die theoretische Stichhaltigkeit dieses Maßstabs läßt sich einzig aus dem Zitat eines Parteiideologen über den Begriff der Parteidisziplin ableiten (S. 83), ohne daß jedoch eine theoretische Klärung im Zusammenhang mit der Basis-Konzeption erfolgt.

Trotz dieser konzeptionellen und methodischen Schwächen ist die Arbeit zur Zeit die einzige zusammenfassende Darstellung zu einem Thema, bei dem bereits

die Informationsbeschaffung erhebliche Schwierigkeiten bereitet. Für eine Jungsozialistenpolitik, "die in Fundamentalopposition gegen das kapitalistische System und die in dieses integrierende SPD-Politik antritt" (S. 92), sieht Börnsen nur dann eine Chance, wenn es ihr u. a. gelingt, mit Hilfe plebiszitärer Strukturen den Apparat zu verunsichern und kritische Gruppen zu unterstützen, ihre Politik an den Bedürfnissen und Konflikten junger Menschen am Arbeitsplatz auszurichten und die Themen, die sie in die Parteidiskussion trägt, mit dem Ziel auszusuchen, "durch sie innerparteiliche Konflikte zu entfachen" (S. 92).

Hans-Joachim O. Kohl

ROSENBERG, Ludwig: **Entscheidungen für morgen – Gewerkschaftspolitik heute.** – Düsseldorf: Econ Verlag 1969. 312 S. DM 20,–.

Als Ludwig Rosenberg 1969 vom DGB-Vorsitz zurücktrat, ging durch die Presse eine Meldung, er werde alsbald seine "Lebenserinnerungen" vorlegen. Das wäre ein Novum in der deutschen Gewerkschaftsgeschichte gewesen: Weder Carl Legien noch Theodor Leipart, weder Böckler oder Fette noch Walter Freitag oder Willi Richter haben "Memoiren" veröffentlicht oder hinterlassen. Gewiß sind individualistische Autobiographien eine für den gewerkschaftlichen Bereich untypische literarische Gattung. Aber warum hätte Rosenberg, der als Nichtarbeiter und rassisch Verfolgter ohnehin eine Ausnahmeerscheinung an der Spitze der deutschen Gewerkschaften war, nicht auch hierin von seinen Vorgängern abweichen sollen ? Gleichwohl hat Rosenberg keine Erinnerungen geschrieben. Seine Begründung gibt er im Vorwort zu *Entscheidungen für morgen.* Dort heißt es: "Ich werde niemals Memoiren schreiben. Denn Memoiren – wie viele habe ich gelesen – sind immer subjektiv; sie geben in Wirklichkeit, sagen wir es vorsichtig, 'sehr selten' ein einigermaßen objektives Bild der Vergangenheit. Wer ist schon ehrlich genug, seine Fehler und Mängel ebenso offen und rücksichtslos aufzuzeigen, wie er das mit den Fehlern und Mängeln seiner Widersacher oft hemmungslos tut ? Deshalb also keine Memoiren. Kein 'Sehen Sie, ich hatte doch recht'." (S. 9)

Statt dessen legt Rosenberg eine Auswahl seiner Reden und Aufsätze aus der Zeit von 1948 bis zu seinem Rücktritt vor. Die Art der Edition ist ungewöhnlich: Die Texte wurden zerlegt, überarbeitet und in eine neue, systematische Ordnung gebracht. Auf diese Weise entstand ein reiches Mosaik, dessen Teile bemerkenswert gut zusammenklingen. Freilich wird der Historiker nicht darauf verzichten dürfen, die Originale nachzuschlagen und vergleichend auszuwerten. Behilflich ist dabei ein Quellennachweis im Anhang. Weitergehende Angaben über Publikationsweise, Datierungen und Fundorte der einzelnen Basaltexte wären für den wissenschaftlichen Gebrauch nützlich. Was nun vorliegt, ist keine historische Edition, sondern eine aktuelle Zusammenschau, die auf historischem Hintergrund mit der Perspektive in die Zukunft hinein geschrieben wurde. In dieser Gestalt gleicht Rosenbergs Werk einer episch geratenen Programmschrift oder einem ausführlichen, persönlichen Kommentar zum Grundsatzprogramm des DGB, das 1963 unter Rosenbergs Vorsitz verabschiedet wurde.

Am Anfang steht ein Abschnitt über "Demokratie und Staat", in dem Rosenberg die liberale Utopie einer freien Gesellschaft in einem sozialen Rechtsstaat entfaltet. Zentral ist dafür das Kapitel über "Freie Verbände – Bausteine der Demokratie" (S. 60 ff.). Dort heißt es, "daß Demokratie nicht an der Spitze beginnt und dort gleichsam aufhört. Sie ist wie eine Pyramide, die auf breiter Grundlage nach oben sich verjüngt. Sie fällt in sich zusammen, wenn die Basis nicht stark ist, auf halbem Wege brüchige Stellen auftreten oder gar ein Vakuum entsteht. Jeder Baustein dieser Pyramide ist eine demokratische Einheit für sich, die zwar allein kein Bauwerk schafft, ohne die aber kein Bauwerk möglich ist " (S. 60).Der Gewerkschaftsbund ist für Rosenberg keineswegs "Staat im Staate", wie von gegnerischer Seite so gerne behauptet wird. Dennoch stellt er in Rosenbergs Sicht mehr dar als einen bloßen Zusammenschluß von "Interessenverbänden". Im zweiten Abschnitt über "Gewerkschaften – gestern, heute, morgen" wird ausführlich dargelegt, welche weitergehenden Funktionen den Gewerkschaftsbund auszeichnen, worauf sich der Anspruch gründet, eine "gesellschaftliche Organisation" zu sein, die sich "für die Gesamtheit mitverantwortlich fühlt" (S. 111). Die folgenden Abschnitte über "Gesellschaft und Wirtschaft" und "Die Welt um uns" können als Ausführungen dazu verstanden werden.

Auffällig ist an allen Abschnitten und Kapiteln, daß es dem Autor immer um die Sache und fast nie um Personen geht. Wenn er Namen nennt, sind es Böckler, Kaiser oder Legien. Immer scheinen sie der aktuellen Auseinandersetzung entrückt. Oder es sind Heinrich Heine, Ludwig Börne und Immanuel Kant als klassische Kronzeugen liberaler und weltbürgerlicher Gesinnung. Auch Marx wird einige Male erwähnt als einer, der richtig analysierte (S. 81), der aber "nie verboten hat, nach seinem Tode weiterzudenken" (S. 91). Am häufigsten genannt und am ausführlichsten zitiert wird freilich Oswald von Nell-Breuning mit seinen Begründungen des Mitbestimmungsrechtes. Wollte man versuchen, nach diesem Befund die verschiedenen ideologischen Schichten im politischen Denken Rosenbergs aufzudecken, dann zeigte sich an der Oberfläche sehr viel christliche Soziallehre linker Provenienz, darunter marxistischer Revisionismus in der Lesart früher Programmschriften Kurt Schumachers und an der Basis ein umfangreicher Bestand liberalen Denkens vom linken Flügel des Vereins für Sozialpolitik bis zurück ins 18. Jahrhundert. Rosenbergs Kunststück ist es, all dies gleichzeitig zu vertreten und dabei voll glaubwürdig zu bleiben. Kunstvoller noch wirkt sein Geschick, eine Reihe verschiedener persönlicher Rollen und organisatorischer Funktionen auszufüllen und effektiv miteinander zu verbinden: Am klarsten erscheint

der optimistische "Bilderbuchdemokrat" angelsächsischer Prägung, der als strahlender Repräsentant eines selbstbewußten Arbeitnehmertums auftritt. Daneben steht der Außenpolitiker und "Europäer", ein Diplomat, der auch im Innern durch moderate Verbindlichkeit die Gegensätze zu überbrücken versteht. Voll Enthusiasmus ist der beredte Verfechter des Rechtes auf Mitbestimmung, voll pathetischem Ernst der politische Moralist.

Es gehört zu den gängigen Vorstellungen, daß die jüngere Geschichte des DGB von einem Gegensatz bestimmt wurde, der sich in Männern wie Otto Brenner und Georg Leber personifizierte. Von diesem Gegensatz ist in Rosenbergs *Entscheidung für morgen* kaum etwas zu vernehmen. Wer aber die Position Rosenbergs zu bestimmen versucht, wird in ihm den Widerpart beider Kontrahenten finden. Eine personalistische Analyse der Strukturkrise im DGB wird nicht von dem Gegensatz Brenner-Leber ausgehen müssen, sondern auf dem Dreiecksverhältnis Brenner-Rosenberg-Leber basieren. Um diese Analyse vornehmen zu können, bleiben Rosenbergs Memoiren ein wichtiges Desiderat der zeitgeschichtlichen Forschung. Gewiß darf bei einer personalistischen Analyse nicht stehengeblieben werden, aber durch sie kann die notwendige Strukturanalyse an Authentizität und Glaubwürdigkeit gewinnen. Die persönliche – auch subjektive – Sicht eines Mannes, der wie Rosenberg Außenseiter und Zentralfigur zugleich gewesen ist, dürfte als Quelle der Geschichtsschreibung von objektiv nicht ersetzbarem Wert sein.

Gerhard Beier

BRENNER, Otto: **Für eine bessere Welt.** Aufsätze zur Gewerkschaftspolitik. – Frankfurt/M.: Europäische Verlagsanstalt 1970. 115 S. = Theorie und Praxis der Gewerkschaften.

Referate von Gewerkschaftsführern sind wichtige Quellen der Bewußtseins-, Meinungs- und Willensbildung im gewerkschaftlichen Bereich. Wer diese Referate als historische Quellen ausschöpfen will, muß normalerweise auf schmale Sonderdrucke, kleine Flugschriften und Protokolle von Gewerkschaftstagen zurückgreifen. Nur selten hat ein Gewerkschaftsführer, wie in diesem Falle Otto Brenner, eine Reihe seiner Referate als sorgfältig überarbeitete Aufsätze in einer Sammelpublikation vorgelegt.

Es handelt sich um eine Sammlung von neun Arbeiten aus den Jahren 1966 bis 1969. Am Anfang steht die Jubiläumsansprache zum fünfundsiebzigjährigen Bestehen der Industriegewerkschaft Metall. Hier stellt Brenner in seinem typisch verhaltenen Pathos fest: "In allem Wandel der Zeit aber bleibt unverrückbar bestehen die einigende Kraft der gewerkschaftlichen Organisation und die Gültigkeit ihrer großen Ziele; Beseitigung aller Privilegien und Vorrechte, aller Formen der Ausbeutung und Unterdrükkung. Soziale Gleichberechtigung der Arbeitnehmer in einer Welt des Friedens, der Freiheit und der vollen Demokratie." Brenner nennt damit jene Grundgedanken, unter die auch seine anderen Aufsätze zur Geschichte der deutschen Wirtschaftspolitik, zur Automation, zur Angestelltenfrage, zur Mitbestimmung, zur Vereinigung Europas und zur Friedenspolitik zu stellen sind. Überraschend groß ist dabei der Anteil von Referaten zur internationalen Politik. Hierin dokumentiert sich, daß fortschrittliche gewerkschaftliche Arbeit über nationale Grenzen weit hinausgreift, ja, daß Außenpolitik im Horizont des weitblickenden Gewerkschafters mehr und mehr zur "Weltinnenpolitik" zu werden verspricht.

Brenners Aufsätze zu den verschiedenen Themen sind stets inhaltsreich und informativ, bisweilen moralisierend, selten radikal und nie prätentiös. Typisch ist ein sachlicher Lapidarstil von kurzen, einprägsamen Hauptsätzen. Überall spürt der Leser dabei die ordnende Hand eines realistisch denkenden Arbeiterführers. Studentische Illusionen über hier und da vermutete politische Intentionen des vielberufenen "Metallers" müssen vor dieser Lektüre verblassen.

Ein Mißverständnis wäre es, wollte man hinter den vorliegenden Aufsätzen nur die persönliche Leistung Otto Brenners sehen. In ihnen spiegelt sich die Effizienz eines wohlorganisierten gewerkschaftlichen Führungsstabes. Der kritische Leser wäre dem Verlag dankbar, wenn dazu in einem Vorwort die eine oder andere Erläuterung gegeben würde.

Gerhard Beier

KREISSLER, Felix: **Von der Revolution zur Annexion.** Österreich 1918 - 1938. – Wien, Frankfurt/M., Zürich: Europa Verlag 1970. 336 S. DM 28,–.

Gleichzeitig mit Leichters Bauer-Biographie[1] brachte der Europa Verlag das Buch Kreisslers heraus, der, 1917 in Wien geboren und heute als Dozent an der Universität von Rouen tätig, das Ende der ersten Republik Österreichs bereits bewußt erlebt hat und für seinen Widerstand gegen das Dollfuß-Schuschnigg-Regime, später gegen die Hitler-Herrschaft, in Gefängnissen und Konzentrationslagern büßen mußte. Auch dies ist ein "engagiertes" Buch, wie schon aus dem Hinweis des Autors hervorgeht, er hätte seiner Arbeit auch den Titel "Essay gegen die Unverantwortlichkeit in der Geschichte" geben können. Der Unverantwortlichkeit werden hier all die Politiker des neugeschaffenen Staates geziehen, die gegenüber den, wie Kreissler meint, grundlegenden drei Aufgaben versagt hatten: 1. Bildung eines österreichischen Nationalbewußtseins; 2. Schaffung einer gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung, die die Zustimmung der überwiegenden Mehrheit der österreichischen Staatsbürger hätte erlangen können; 3. Anerkennung der Lebensfähigkeit Österreichs. Die Anklage richtet sich also in erster Linie, wie Punkt 1 und 3 zeigen, gegen die "Anschlußpolitiker", unter welchem Vorzeichen auch immer sie den Anschluß vollziehen wollten.

Während Leichter – trotz seiner Kritik an manchen mit Bauers Anschlußbemühungen verbundenen Illusionen – sich von einer Vereinigung Österreichs mit Deutschland, wäre sie im frühen Stadium der Republik zustande ge-

1 Vgl. die Besprechung auf S. 82

kommen, positive Wirkungen versprochen hätte, hält Kreissler die Idee als solche für verwerflich. Seine durchgängig wiederholte, wenn auch nicht hinreichend begründete These ist, daß Österreicher und Deutsche außer der Sprache nichts Gemeinsames besitzen und daß die Vorstellung von Österreichern, sie seien Deutsche, historisch und politisch ein Irrglaube sei. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Verkündung dieser These der Zweck des Buches ist; denn sonst läßt sich nicht recht einsehen, warum den zahlreichen Monographien und Sammelwerken über die erste Republik Österreich eine weitere Darstellung hinzugefügt werden mußte, die weder unsere Kenntnis historischer Tatsachen erweitert noch unsere Einsicht in ihre Zusammenhänge vertieft.

Susanne Miller

DEUTSCHER, Isaac: **Die sowjetischen Gewerkschaften.** Ihr Platz in der sowjetischen Arbeitspolitik. Einleitung von Lisa Foa. – Frankfurt/M.: Europäische Verlagsanstalt 1969. 184 S. = Theorie und Praxis der Gewerkschaften. DM 15,–.

Deutschers Schrift erschien erstmals vor bald zwanzig Jahren, auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges. Dessenungeachtet zeichnet sie sich durch kritische Distanz und nüchterne Einschätzung aus. Die Anfänge der russischen Gewerkschaftsbewegung vor der Oktoberrevolution einschließlich Lenins Auffassung über die Gewerkschaften werden kurz skizziert. Das Schwergewicht seiner Darstellung legt Deutscher jedoch auf die Jahre 1917 - 1921, die Zeit des Kriegskommunismus. Ausführlich geht er auf die von Trockij initiierte Militarisierung der Arbeit ein, auf die politischen Implikationen der gewerkschaftlichen Forderung, verstaatet zu werden, und die verschiedenen Plattformen, die sich während der Gewerkschaftsdiskussion Ende 1920/Anfang 1921 herausbildeten, vorab die der Arbeiteropposition. Vernachlässigt wurde hingegen – was sich zum einen aus der Kürze der Darstellung und zum anderen aus der Verwertung von Quellen vorwiegend normativen Charakters ergibt – die praktische Arbeit der Gewerkschaften auf dem Sektor der Industrieorganisation, wie Regulierung des Arbeitsmarktes, Aufbau zentraler und lokaler Lenkungsorgane (Volkswirtschaftsräte, Hauptkomitees, Zentralverwaltungen, Unternehmensleitungen), Festigung der Arbeitsdisziplin, Steigerung der Arbeitsproduktivität mittels Stücklohn- und Prämiensystem.

Die Rolle der Gewerkschaften in der NEP war, wie diese selbst, ambivalent. Einerseits, so zeigt Deutscher, waren die Gewerkschaften gehalten, wenn auch nicht verpflichtet, Streiks in der vergesellschafteten Industrie im Interesse der "primären sozialistischen Akkumulation" zu vermeiden, andererseits wurden sie von der Partei aufgefordert, in der Privatindustrie die Interessen der Arbeiter auch in Form von Streiks zu verteidigen. Nahmen die Streiks auch allmählich ab, so waren doch 1928 noch fast 2,5 Millionen Arbeiter in Arbeitskonflikte verwickelt (S. 92). Unter dem Druck der Partei und der staatlichen Wirtschaftsorgane gaben die Gewerkschaften freilich ihre Konsumentenhaltung immer mehr zugunsten einer Produzentenhaltung auf.

Mit dem Übergang zur forcierten Industrialisierung im Rahmen der Fünf-Jahr-Pläne, gleichzeitig mit der Festigung der Herrschaft Stalins, verloren die Gewerkschaften ihre relativ autonome Stellung. Obwohl Deutscher der Planwirtschaft noch weniger Raum widmet als dem Kriegskommunismus, reißt er doch alle wichtigen Probleme an, wie die Beschaffung neuer Arbeitskräfte aus der nach Millionen zählenden landwirtschaftlichen Überbevölkerung und ihre Integrierung in den industriellen Produktionsprozeß; die bis Ende der dreißiger Jahre anhaltende Fluktuation der Arbeiter, welche aus der Suche nach besseren Arbeitsbedingungen, der ungenügenden Integrierung der neuen Arbeitskräfte in den Produktionsprozeß und dem mit der Expansion der Industrie allmählich auftretenden Arbeitskräftemangel resultierte; die verschiedenen Formen des sozialistischen Wettbewerbs (Stachanov-Bewegung, Stoßbrigaden), die Sozialversicherung als Mittel zur Disziplinierung der Arbeiter.

Ungeachtet der wiederholten Säuberungen auch des Gewerkschaftsapparats – Deutscher bringt dazu eindrucksvolle Zahlen (S. 136) – und der mit der Planwirtschaft sukzessive eingeführten autoritären Arbeitsverfassung Ende der dreißiger/Anfang der vierziger Jahre glaubt Deutscher hinter der Entwicklung der sowjetischen Gewerkschaften, d. h. ihrer bedingungslosen Unterordnung unter die Partei und die staatlichen Wirtschaftsorgane, so etwas wie eine objektive Notwendigkeit zu erkennen: Ein ökonomisch zurückgebliebenes Land könne nur durch äußersten Einsatz aller Kräfte, durch äußersten Dirigismus in der Planung und durch äußerste Rigidität in der Anwendung der Mittel Anschluß an die entwickelten Industriegesellschaften gewinnen (S. 157) – eine Vorwegnahme, wenn man so will, der Stalinismus-These von W. Hofmann. In einer Planwirtschaft auf relativ hohem industriellen und kulturellen Niveau, so meint Deutscher abschließend, sollte es allerdings möglich sein, den Gewerkschaften wieder einen breiteren Handlungsspielraum einzuräumen.

Genau an diesem Punkt setzt Lisa Foa mit ihrer Einleitung an. Mögen in einer zentral verwalteten Wirtschaft der gewerkschaftlichen Tätigkeit auch von vornherein Grenzen gesetzt sein, so würde die Entwicklung zur modernen Industriegesellschaft mit ihren Funktionszwängen, ihrer Interdependenz der Entscheidungen und ihrer nicht mechanistischen, sondern quasi kybernetischen Organisation der Produktion auf die Dauer Demokratisierungsprozesse doch unvermeidlich machen, in deren Verlauf auch die Gewerkschaften gewisse Entscheidungsfreiheiten zurückgewinnen würden. Zusammen mit Lisa Foas Einleitung kann Deutschers Darstellung einen Beitrag zur bislang vagen Gewerkschaftsdiskussion in den kapitalistischen Ländern leisten.

Uwe Brügmann

Sozialismus und Verfall der Bewegung. Auch die neuere Literatur bis hin zu dem gewiß eindrucksvollen Werk von Julius Braunthal gelange über die Feststellung der Fakten nicht wesentlich hinaus. Die Ursache hierfür sei wohl in der der bisherigen Forschung noch weitgehend eigentümlichen Methode zu suchen, die sich im wesentlichen in der Anwendung der Theorie-Exegese auf die Ergebnisse internationaler Kongresse erschöpfe. Solche Hinwendung zur Exegese von Kongreßpapieren deutet die internationale sozialistische Bewegung lediglich aus ihrem Selbstverständnis, aus ihrer Doktrin. Es ist der idealistisch-geistesgeschichtliche Ansatz, der von dem russischen Theoretiker bis hin zu dem am internationalen Geschehen selbst noch praktisch beteiligten Julius Braunthal reicht. Dieser methodische Ansatz, der die gesellschaftliche Realität des Sozialismus allein in seiner Doktrin sieht, führt zu Wertungen, die sich des Vokabulars von Rechtfertigung oder Verrat bedienen.

Dieses Prinzip ist weit entfernt davon, zur eigentlichen Analyse vorzustoßen, d. h. die Doktrin an ihrer jeweiligen Basis zu messen. Man könnte mit Karl Korsch feststellen, daß es an der Zeit ist, die Prinzipien des historischen Materialismus einmal auf den historischen Materialismus selbst anzuwenden in Form einer Analyse der Interdependenz aller Wirkungskräfte. Damit ist ein Weg vorgezeichnet, der von der Doktrin weg und zur tatsächlichen Bewegung und ihren Existenzvoraussetzungen hinführt. An die Stelle der Geistesgeschichte des Sozialismus im nationalen und internationalen Rahmen hat die Sozialgeschichte zu treten. In diesem Licht erscheint auch Braunthals jüngste Behauptung von geringem Erkenntniswert, wenn er schreibt: "Die Geschichte der Internationale ist die Geschichte des geistigen Prozesses, in dem sich der Gedanke des Sozialismus in der Theorie und in der Politik der sozialistischen Parteien kristallisierte" – abgesehen davon, daß uns der letzte Teil der Tatsachenbehauptung zumindest anfechtbar erscheinen will.

Das fertige Urteil des Autors wäre demnach umzuformulieren in einen Forschungsansatz in dem Sinne etwa, daß die Geschichte des internationalen Sozialismus zu untersuchen ist als ein sozialökonomischer Prozeß, in dem die sozialen Bedingungen als Primärfaktoren auf ihre Vereinbarkeit mit einer vorgefaßten Gedankenwelt hin analysiert und die Prädisposition des sozialökonomischen Bodens für fremde Ideologien geprüft werden. Erst hier liegt der Schritt, der von der Interpretation zur Analyse führt. Die Arbeiterklasse als Bewegung und nicht die Arbeiterklasse als Vorstellungswelt hat der eigentliche Akteur im Rahmen historischer Untersuchungen zur Internationale zu sein. Es ist – so Haupt – einfach unerläßlich, die Geschichte der Internationale sozusagen zu quantifizieren, sie einem geschichtlich präzisen ökonomischen, sozialen und politischen Zusammenhang einzufügen, sie möglicherweise – dies nur als Beispiel – auf dem Hintergrund großer Konjunkturbewegungen zu sehen. Es ist doch erstaunlich, daß die beiden Entwicklungsphasen der sozialistischen Arbeiterbewegung bestimmten Etappen der sozialökonomischen Entwicklung entsprechen. Da wäre einmal die Periode der wirtschaftlichen Depression mit ihren Preisrückgängen, ihren häufigen Schwankungen und sozialen Kämpfen und zum anderen die Periode des Wachstums mit ihren Preissteigerungen und tiefgehenden strukturellen Veränderungen und der Expansion der Industrieländer in unterentwickelte Wirtschaftsgebiete zu untersuchen. Auf dem Wege des Vergleichs, der nicht zuletzt auch noch für die Jahrhundertwende den Faktor der Phasenverschiebung in der industriellen Revolution zu berücksichtigen hätte, wären die Entwicklungsstufen der Industriewirtschaft, die Verteilung der Arbeitsbevölkerung, das spezifische Gewicht der sozioprofessionellen Kategorien, die Lage der Arbeiterschaft, die Umweltunterschiede mit allen ererbten Traditionen der Gesamtgesellschaft als Erklärungselemente in einer Zeit zu berücksichtigen, in der es zu einer Ausbildung sozialistischer Gruppen zu großen Landesparteien gekommen ist. Eben auf solcher Basis wäre zu prüfen, welche Möglichkeiten zur internationalen Interaktion die vielfältig strukturierten nationalen Arbeiterbewegungen aufgrund ihrer unterschiedlichen Voraussetzungen besaßen – mit anderen Worten, wie stark die Wirkungskraft des internationalen sozialistischen Gedankens bei heterogener sozialer Basis und vielfältiger nationaler ideologischer Konkurrenz war. Auf der Grundlage dieses von Haupt entwickelten methodischen Gerüstes wird man möglicherweise neue Erklärungen etwa für die Ausbreitung des Revisionismus und damit auch für das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften, für die Frage nach der Eingliederung der Arbeiter in den nationalen Staat, für – und das dürfte tatsächlich eng damit zusammenhängen – die Funktionstüchtigkeit des Parlamentarismus finden. Man wird weiterhin zu Erkenntnissen über die Funktionsmächtigkeit des Parteiapparates gelangen, die ja schon Robert Michels kritisch analysiert hat.

Hier sind im Zusammenhang mit der Unzulänglichkeit der bisher angewandten theorieexegetischen Methode nur einige der von Haupt dargelegten Arbeitsbereiche für künftige Geschichtsschreibung im internationalen Rahmen angerissen worden. Die gewonnene Bezugsebene, die als sozialgeschichtliche benannt werden kann, soll das Verhältnis von Theorie und Praxis, nach dem in der sozialistischen Gedankenwelt so häufig und in erster Linie gefragt wird, aus seinem ideengeschichtlich gewiß höchst interessanten Rahmen lösen und die Frage in erweiterter Form nach dem Verhältnis von Theorie und Wirklichkeit, nach den Bedingungen der Praxis also, stellen. Damit wird zugleich das Problem der Subjektivität politischen Handelns unter dem Aspekt ideologischer Prädispositionen und der objektiven Realisierungsmöglichkeiten angeschnitten. Um die Forderungen Haupts auf eine kurze Formel zu bringen, wird man sich der einführenden Worte Ernest Labrousses bedienen dürfen, der schreibt, daß es darum gehe, die Forschung von der Geschichte der sozialistischen Internationale auf die internationale Geschichte des Sozialismus hin zu orientieren. Haupt hat in dieser hervorragenden Studie den Weg gewiesen.

Horst Lademacher

LEWYTZKYJ, Borys: **Die Gewerkschaften in der Sowjetunion.** Geschichte, Aufgaben und Stellenwert der Gewerkschaften in der sowjetischen Gesellschaft. – Frankfurt/M.: Europäische Verlagsanstalt 1970. 160 S. = Beiträge zur Geschichte und Soziologie der Metallindustrie und ihrer Organisationen. DM 16,–.

Lewytzkyjs Darstellung ist weit weniger ausgeglichen als die Deutschers: Einem relativ schwachen allgemeinhistorischen Teil, der bis in die Gegenwart reicht, steht ein ausgewogener gesellschaftspolitischer Teil gegenüber, der Kompetenzen und Funktionen der Gewerkschaften und ihren Stellenwert in der sowjetischen Gesellschaft untersucht.

Der allgemein-historische Teil enthält eine Reihe von Fehlern, Fehldeutungen und unzulässigen Vereinfachungen. So erwähnt der Autor mit keinem Wort die Rivalität zwischen Gewerkschaften und Betriebskomitees und ihre unterschiedlichen ökonomischen Vorstellungen zum Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft, das Problem der Arbeiterkontrolle, die Wirtschaftsverwaltung während des Kriegskommunismus. Irrig ist Lewytzkyjs Meinung, die Frage der Einmannleitung (edinočalie) der Unternehmen sei erst 1920 zur Diskussion gestellt worden. Dabei sind diese Probleme längst mehr oder minder ausführlich behandelt worden, so bei Woldemar Koch (*Die bol'sevistischen Gewerkschaften.* Eine herrschaftssoziologische Studie, Jena 1932), bei Richard Lorenz (*Anfänge der bolschewistischen Industriepolitik,* Köln 1965) u. a. in deutscher, bei Kricman, Tomskij, Lozovskij u. a. in russischer Sprache. Auch was die NEP anbelangt, unterlaufen Lewytzkyj Fehler und Fehldeutungen. So dauerte diese nicht bis 1925 (S. 22), und auch die Arbeiteropposition war nicht "bis Anfang der dreißiger Jahre in der sowjetischen Arbeiterbewegung ein wichtiger Faktor" (S. 34). Allgemein fällt an der historischen Darstellung auf, daß der Verfasser fast ausschließlich normative Quellen verwertet, zum Beispiel Statute, Aussprüche von Lenin und Stalin, Parteitagsbeschlüsse usw., wodurch Kompetenzen und Funkionen der Gewerkschaften mitunter zu allgemein beschrieben werden.

Entscheidend für die Stellung der Gewerkschaften in Gesellschaft und Betrieb ist ihr Verhältnis zur Partei. Folgerichtig stellt Lewytzkyj dieses Problem an den Anfang des zweiten Teils seiner Untersuchung. Dabei zeigt er auf, daß Gewerkschaftsfunktionäre praktisch nur auf unterster Ebene demokratisch gewählt werden, während auf mittlerer und höchster Ebene die Partei es sich vorbehält, die zu wählenden Kandidaten vorzuschlagen bzw. diese selbst zu ernennen. Dieses Grundverhältnis zwischen Gewerkschaften und Partei bzw. den von ihr kontrollierten Staatsorganen schlägt sich in allen Bereichen gewerkschaftlicher Tätigkeit nieder. Im Betrieb rangiert das Gewerkschaftskomitee hinter der Parteizelle, und in der Lohnpolitik, wie überhaupt bei der Festsetzung der wirtschaftlichen Planziele, spielen die Gewerkschaften so gut wie keine Rolle. Lediglich bei der Sozialversicherung und bei der Berufsausbildung haben die Gewerkschaften ein Wörtchen mitzureden, wobei auffällt, daß nur ein äußerst geringer Prozentsatz der sowjetischen Arbeiter sich beruflich weiterbildet oder einen zweiten Beruf erlernt (S. 119). Welche Gebiete Lewytzkyj auch abklopft, stets können die Gewerkschaften ihre Aufgaben "mit Zustimmung" oder "unter Mitwirkung" von Partei- oder Staatsorganen wahrnehmen. Die Gewerkschaften, das ist sein sicherlich zutreffendes Resümee, erfüllen heute wie vor fünfzig Jahren die Funktion eines Transmissionsriemens für die Realisierung der Beschlüsse von Staat und Partei. Wenn es der Partei Ernst ist mit ihrem Ziel, bis 1980 den Kommunismus zu verwirklichen – und dazu gehört auch "Absterben des Staates" und Übertragung seiner Funktionen an öffentlich-gesellschaftliche Organisationen –, dann müßte auch den Gewerkschaften ein größerer Entscheidungsspielraum in Betrieb und Gesellschaft eingeräumt werden.

Uwe Brügmann

HAUPT, Georges: **Programm und Wirklichkeit.** Die internationale Sozialdemokratie vor 1914. Mit e. Vorwort von Ernest Labrousse. – Neuwied u. Berlin: Luchterhand 1970. 256 S. = Soziologische Essays. DM 16,80.

Wenn auch Julius Braunthal inzwischen den dritten und letzten Band seiner Geschichte der Internationale vorgelegt hat, so wäre es doch ein Trugschluß, das historische Phänomen "Internationale" als hinreichend geklärt zu betrachten. Das wird spätestens nach der Lektüre der Schrift von Georges Haupt deutlich, dem die Historiker der internationalen Arbeiterbewegung schon einige grundlegende Arbeiten zur Geschichte der II. Internationale verdanken. Bei der vorliegenden, überaus gedankenreichen Studie handelt es sich um den erheblich erweiterten und überarbeiteten ersten Teil einer 1964 in französischer Sprache erschienenen Untersuchung. Ausgehend vom Forschungsstand zur Geschichte der Internationale wird hier ein neuer methodischer Ansatz entwickelt, der die eigentümliche Monotonie der bisherigen, letztlich unfruchtbaren Betrachtungsweise überwinden helfen soll. Haupt läßt mit dem Titel "Programm und Wirklichkeit" schon seine neue Fragestellung durchblicken. Hier wird nämlich die Analyse der Diskrepanz von "Wahn und Wirklichkeit" ("to mistake shams for realities", H. G. Wells) angestrebt, die doch das Leben der II. Internationale weitgehend charakterisierte, ja strapazierte: Der Münchner Karikaturist Karl Arnold skizzierte die Gestalt des vom internationalen sozialistischen Kampf erschöpften Schrebergärtners, der nunmehr seinen kleinen Garten pflegt.

In Haupts bibliographischer Bestandsaufnahme bietet sich der fast schon traumatische Fixpunkt August 1914 als Ausgangslage. Tatsächlich wird die ganze Literatur von den Ereignissen eben jenes Kriegsmonats beherrscht – Die Vielzahl der zeitgenössischen politischen Schriften könne zwar eine ganze Bibliothek füllen, an Deutungsversuchen biete sie jedoch wenig. Der Tenor der Zeitgenossen reiche von der Rechtfertigung des Verhaltens im August 1914 bis zum Wort vom Verrat am